

CLEMENS KNOBLOCH

## Das sogenannte Gute

Zur Selbstmoralisierung der Meinungsmacht

Aufsätze und Vorträge



CLEMENS KNOBLOCH

**Das sogenannte Gute**  
Zur Selbstmoralisierung der Meinungsmacht



CLEMENS KNOBLOCH

**Das sogenannte Gute**  
Zur Selbstmoralisierung der Meinungsmacht

– Aufsätze und Vorträge –

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.dnb.de> abrufbar.

**Satz und Layout:**

universi – Kordula Lindner-Jarchow M.A.

**Titelmotiv:**

[www.pixabay.com](http://www.pixabay.com)

**Druck und Bindung:**

UniPrint, Universität Siegen

Siegen 2018: universi – Universitätsverlag Siegen

[www.uni-siegen.de/universi](http://www.uni-siegen.de/universi)

**ISBN 978-3-96182-026-9**

Der Band erscheint unter der  
*Creative Commons Lizenz CC-BY-SA*



## | Vorwort

Der folgende Band besteht aus Vorträgen und Aufsätzen, die in den vergangenen Jahren (zwischen 2015 und 2018) zu unterschiedlichen Anlässen verfasst wurden. Ganz überwiegend handelt es sich um Erstveröffentlichungen. Die vorherrschende kommunikative Gattung ist nicht der distanzierte und methodische linguistische Fachtext, sondern die engagierte Publizistik. Die Beiträge beziehen eine (hoffentlich erkennbare) Position, und sie versuchen, politische Begriffe, öffentliche Redeweisen und Deutungsmuster von dieser Position aus kritisch zu durchleuchten. Ihren unmittelbaren Anlass haben die Beiträge meist in prägnanten Wortkonjunkturen des öffentlichen Redens. Ausdrücke wie *Diversität/Vielfalt*, *Inklusion* beherrschen seit einiger Zeit die programmatische Selbstbeschreibung liberal-kapitalistischer Eliten, während *Populismus*, *Verschwörungstheorie*, *fake news* und *alternative Fakten* (alte und neue) Feindbilder markieren. Aber untersucht werden auch eher unauffällige und dauerhafte Fahnenwörter des öffentlichen Redens wie das Adjektiv *sozial*. Ziel der Beiträge ist es nicht, dem staunenden Publikum zu erklären, was alle diese Wörter wirklich bedeuten. Das ist weder sinnvoll noch möglich. Ziel ist es auch nicht, ein (stets unschuldiges) Wort zu skandalisieren – und damit die, die es öffentlich verwenden, etwa nach Art des alle Jahre wieder von einer Jury ausgerufenen „Unwortes“. Im öffentlichen Kampf um Deutungs- und Meinungsmacht, um Aufmerksamkeit und Zustimmung, sind die untersuchten Begriffe Werkzeuge. Die kritische Analyse fasst sie zugleich als Chiffren für das, was man mit ihnen im Kampf um Meinungsmacht und öffentliche Zustimmung machen kann.

Eröffnet wird der Band mit einem Beitrag über das erst in den letzten 20 Jahren zum Programm- und Fahnenwort avancierte *Diversität/Vielfalt*. Großbetriebe, Behörden und Organisationen

haben heute ein *Diversitätsmanagement*. Das signalisiert nach außen weltoffene Modernität und Toleranz, nach innen verpflichtet es die Angehörigen, ethnische, religiöse und sonstige (möglicherweise als bedrohlich wahrgenommene) Differenzen als *Chance* wahrzunehmen. Wie kommt ein semantisch so dürftiges Abstraktum wie *Diversität/Vielfalt* dazu, Chiffre für ein moralisches Hochwertprogramm zu werden? Nun, es erbt die Programm- und Wertladungen eines ökologischen Großdiskurses, der von (stets bedrohter und darum mit allen Mitteln zu erhaltender) *Biodiversität und Artenvielfalt* handelt. Insofern partizipiert *Diversität/Vielfalt* an einem mächtigen Trend, den man als „Naturalisierung“ von Machtpraktiken und Selbsteutungen zusammenfassen kann.

Der darauf folgende Text über die Begriffsgeschichte des „heimlichen Fahnenwortes“ *sozial* ist in einer stark gekürzten Fassung bereits im Druck erschienen in: Falko Schmieder & Georg Toepfer (Hg.): *Wörter aus der Fremde. Begriffsgeschichte als Übersetzungsgeschichte*. Berlin (Kadmos Verlag). Der Text verbindet begriffsgeschichtliche Rekonstruktion mit (in diesem Falle durchaus korpuslinguistischen) Beobachtungen über die Veränderungen in der öffentlichen Verwendung des Ausdrucks *sozial*.

„Wer hat Angst vor Verschwörungstheorie?“, so lautet der Titel des folgenden Beitrags, der auf einen Vortrag an der Universität Siegen zurückgeht. Die ausgeprägte Konjunktur des Vorwurfs, der jeweilige politische Gegner glaube an *Verschwörungstheorien*, zeigt an – so die These –, dass die Öffentlichkeit dem Anspruch der Leitmedien, die Tatsachen zu definieren, zusehends mit Misstrauen begegnet. Worauf eben diese Leitmedien ihr misstrauisch gewordenes Publikum ebenfalls mit dem V-Wort überziehen. Tendenziell fungiert *Verschwörungstheorie* als Pathologisierung- und Ausschließungsfigur: Wer an Verschwörungen glaubt, der ist unbelehrbar und nicht diskursfähig. Das ist umso verwunderlicher, als es ja in der Tat in der politischen Welt Verschwörungen gibt und es zu den vornehmsten Aufgaben der Massenmedien gehört, diese für das Publikum aufzuklären.

„Moralisierung und Normalisierung – Komplementäre Techniken der Herrschaftsverdichtung in der politischen Kommunikation“ – Dieser Text geht zurück auf einen Vortrag, den ich im Mai 2016 in einer Siegener Ringvorlesung zum Thema „Herrschaftsverdichtung“ gehalten habe. Hier ist, wie auch in einigen anderen Beiträgen, der Vortragsduktus beibehalten worden.

Thematisch eng verwandt ist der folgende Text mit dem Titel „Über die fallweise Improvisation moralischer Gemeinschaften durch Wertbegriffe“. Es handelt sich um einen (leicht erweiterten) Vortrag, der zu einem begriffsgeschichtlichen Workshop im Herbst 2015 an der Universität Siegen gehalten wurde. Beide Texte kreisen thematisch um die Wechselwirkungen zwischen normalisierenden und moralisierenden Diskurstechniken. In flexiblen Normalitätsregimes (Jürgen Link) gibt es keine plausiblen Begründungen für Grenzen und Unterschiede, schon gar keine wertbezogenen. Warum sollen behinderte Kinder nicht zusammen mit „normalen“ unterrichtet werden? Warum sollen gleichgeschlechtliche Paare nicht heiraten und Kinder adoptieren können? Fortbestehende Grenzen werden moralisch skandalisierbar und können als Diskriminierung rekodiert werden. Und mit einer solchen moralisierten Gemeinschaft im Rücken wird z. B. schulische *Inklusion* politisch durchsetzbar.

Just davon, von schulischer *Inklusion*, handelt der folgende Beitrag mit dem Titel „Wie man öffentlich über Inklusion spricht (und was man daraus schließen kann)“. Eine leicht veränderte Version dieses Textes ist 2015 in dem Blog „Nachdenkseiten“ veröffentlicht worden.

Eher tagespolitischer Natur ist auch der Text zur Flüchtlingskrise. Er trägt den Titel „Im Krisenlabor – Einige Beobachtungen zum aktuellen Flüchtlingsdiskurs in Deutschland“. Er ist an verschiedenen Orten vorgetragen worden und fokussiert die Auswirkungen, welche der „moralische“ Schwenk in der deutschen Flüchtlingspolitik von 2015 („Wir schaffen das!“) auf die Images und Selbstdarstellung der Parteien gehabt hat.

Bereits im Druck erschienen sind die beiden folgenden Beiträge, und zwar in den Heften 72/2017 und 73/2017 der Zeit-

schrift *kultuRRevolution*. „Beobachtungen über den jüngsten Gebrauch des Wortes *Populismus*“ handelt von der etwas unheimlichen Konjunktur des Stigmawortes *Populismus*, das vor unseren Augen so extrem überdehnt wird, dass es wohl bald als Stigmawort weitgehend unbrauchbar werden dürfte. Wer den liberal-moralischen Themenpark und dessen politisch korrekte Sprachregelungen verlässt, der fängt das Etikett *Populist* geradezu reflexartig, und es gehört inzwischen zu den vertrauten Übungen, dass die offiziell als *populistisch* verdammten sprachlichen Praktiken, wenn sie Erfolg und Zustimmung versprechen, von allen Parteien als Option vorgehalten werden. Es ist nur eine Frage der Zeit, bis das Wort auch in die Selbstbezeichnungen der Akteure aufgenommen wird. *Populismus*, so wäre zu resümieren, ist derzeit die Generalformel der hegemonialen liberalen Medien für alles, was die Segnungen der neoliberalen Globalisierung an ihren nationalen *Standorten* politisch in Frage stellt: den freien Handel, den Euro, die Austerität, die Deindustrialisierung, den Sozialabbau, die Privatisierung und Einschränkung öffentlicher Leistungen, die Postdemokratie, die Diversitätsfassaden etc.

„Sprachliche Techniken der Vermeidung und Herstellung antagonistischer Perspektiven“, so lautet der Titel des zweiten in der *kultuRRevolution* bereits gedruckten Beitrags. Er handelt von sprachlichen Mustern der Austragung und Vermeidung von potentiell bedrohlichen Konflikten, der Entartikulierung und Umartikulierung von Widerstand. In welche sprachlichen Verlaufsformen Interessengegensätze öffentlich kanalisiert werden können, das bestimmt deren weiteres Schicksal. Während ein kompakter Akteur mit Namen *der Westen* in den vergangenen Jahrzehnten (trotz nur zu sichtbarer Interessengegensätze im Detail) als wertgemeinschaftliches *Wir* auftreten konnte, zerfällt dieses *Wir* vor unseren Augen und löst sich in nationale Sonderinteressen und neue Allianzen auf. Während *der Westen* nur asymmetrische Feindschaften zulassen konnte (*Terroristen* sowie andere Verkörperungen des Bösen wie Saddam Hussein, Gaddafi etc.), werden jetzt symmetrische Feindkonstellationen wieder denkbar.

Die letzten beiden Texte des Bandes gehen wiederum auf Vorträge zurück: „Wissenschaftskritik – zur Einführung“ wurde 2014 vorgetragen im Zusammenhang einer studentischen Gegenuniversitätsveranstaltung in Siegen. Und der abschließende Beitrag „1968 als umkämpfter Erinnerungsort (und als Zurechnungsadresse)“ wurde präsentiert im Mai 2018 bei einer Veranstaltung der Rosa-Luxemburg-Stiftung NRW in Dortmund.

Was in Umrissen sichtbar wird in den hier versammelten Texten, das sind Entwicklungslinien moderner massendemokratischer Machtpraktiken und ihrer sprachlichen Implementierung. In ihrer Gesamtheit beruhen sie darauf, dass keine Interessengruppen oder Milieus adressiert werden, sondern die Individuen, die sozialen Elementarteilchen. Sie werden dabei angeleitet, sich selbst zu normalisieren, über moralisierte Gemeinschaften ihre Identität(en) und Programme auszubilden, ihre wechselseitigen Verhältnisse so zu deuten, als ob es Naturverhältnisse wären.

Siegen, Mai 2018

*Clemens Knobloch*



## | INHALT

<i>Diversität/Vielfalt:</i> Ein Leitbegriff mittlerer Reichweite	13
Zur Begriffsgeschichte und Verwendungsdynamik des Adjektivs „sozial“	51
Wer hat Angst vor <i>Verschwörungstheorie</i> ?	103
Moralisierung und Normalisierung – Komplementäre Techniken der Herrschaftsverdichtung in der politischen Kommunikation	135
Über die fallweise Improvisation moralischer Gemeinschaften durch Wertbegriffe	163
Wie man öffentlich über <i>Inklusion</i> spricht (und was man daraus schließen kann)	191
Im Krisenlabor – Einige Beobachtungen zum aktuellen Flüchtlingsdiskurs in Deutschland	211
Beobachtungen über den jüngsten Gebrauch des Wortes <i>Populismus</i>	237
Sprachliche Techniken der Vermeidung und Herstellung antagonistischer Perspektiven	259
Wissenschaftskritik – zur Einführung	271
1968 als umkämpfter Erinnerungsort (und als Zurechnungsadresse)	291



## | Diversität / Vielfalt:

ein Leitbegriff mittlerer Reichweite

### [ 1 ] Vorab

Aufmerksamen Zeitgenossen dürfte es nicht entgangen sein, dass die Ausdrücke *Vielfalt* & *Diversität* in den vergangenen Jahren und Jahrzehnten eine interessante Karriere hingelegt haben. Wie *diversity* im angelsächsischen Raum, so hat auch *Vielfalt* hierzulande einen Wert angenommen, den öffentlich zu loben, zu begrüßen und zu wünschen nicht nur in politischen Sonntagsreden geboten ist. Im *Glossar der Gegenwart* (Bröckling et al. 2004) hat die *Vielfalt* noch keinen Eintrag, aber verdient hätte sie einen. Den hat sie bereits im *Pädagogischen Glossar der Gegenwart* (Dzierzbicki & Schirlbauer 2008). Das spiegelt den Umstand, dass Diversitätspolitik im Feld von Schule und Sozialarbeit erprobt worden sind, bevor sie allgemein wurden. Schauen wir also etwas genauer.

Am aufdringlichsten dürfte in der Öffentlichkeit die Kombination *Vielfalt als Chance* sein. Wer spricht und worüber wird gesprochen, wenn von *Vielfalt als Chance die Rede* ist? Nun, gesprochen wird zunächst von Unternehmen, Behörden, öffentlichen Institutionen, die erwünschte Vielfalt ist die Vielfalt von Ethnien, Nationen, Kulturen und Gruppen in diesen Einrichtungen, und wer spricht, das ist zum einen das inzwischen in den Leitungsstellen ziemlich verbreitete *diversity management*, das seinen Weg aus den Managementschulen in die Betriebe und von dort in die öffentlichen Behörden, Ämter und Institutionen und in den Bildungsbereich gefunden hat, sowie andere Einrichtungen, die haupt- oder nebenberuflich mit *Vielfalt* zu tun haben wie die Beauftragte der Bundesregierung für Migration,

Flüchtlinge und Integration, von der ein 170seitiges Papier mit dem Titel *Vielfalt als Chance* (Untertitel: *Vielfalt als Erfolgsfaktor in Unternehmen und öffentlichen Institutionen in Deutschland*) im Internet zu finden ist, die *Bertelsmann Stiftung*, die über die Chancen von Vielfalt in den Bildungseinrichtungen informiert, das Wissenschaftsministerium, das laut und öffentlich von der *Vielfalt* in den Wissenschaften schwärmt etc. Besonders laut und schrill klingt das Hochamt der *Vielfalt* auch da, wo von der *Inklusion* von „Schülern mit Förderbedarf“ und Behinderten in das öffentliche Schulsystem die Rede ist (vgl. die Untersuchungen von Türcke 2016, Knobloch 2015).

Die Liste der Felder oder Gebiete, auf denen *Vielfalt* gemanagt und gefördert werden soll, umfasst in der sogenannten „Charta“: Geschlecht, Nationalität, sexuelle Orientierung, Behinderung, Religion, ethnische Herkunft, Interkulturalität. Einmal jährlich veranstalten die Unterzeichner dieser „Charta“ den *Deutschen Diversity-Tag* mit bundesweiten Veranstaltungen.

Der „Sound“ des Wortes *Vielfalt* ist universalistisch und egalitär. Es konnotiert ein Lob der Buntheit, propagiert Toleranz und richtet sich vordergründig gegen die Überschätzung und Verabsolutierung der (kulturellen, ethnischen etc.) Eigengruppe. *Jeder Jeck ist anders*, sagt man im Rheinland, und einen Supermarkt ohne hunderte von Marken und Herkünften in allen Warenkategorien können wir uns gar nicht mehr vorstellen. Wie wir die bunte *Vielfalt* der Warenwelt nicht mehr missen möchten, so sollen wir doch auch die *Vielfalt* der Menschen als wünschenswert, keineswegs bedrohlich, eben als *Chance* betrachten lernen.

Zum Thema *Diversität/Vielfalt* gibt es eine UNESCO-Konvention aus dem Jahr 2001, in der es heißt, Vielfalt sei eine „Quelle des Austauschs, der Erneuerung und der Kreativität“ (zitiert nach Salzbrunn 2014: 8). Für Gesellschaft und Kultur sei Vielfalt ebenso wichtig wie die biologische *Diversität* der Arten für die Natur. Die Parallele zwischen dem programmatischen Fahnenwort für die Gesellschaft und der *Biodiversität* (s. u.) wird also explizit hergestellt.

Eine erste Sichtung der medienöffentlichen Themen, bei denen *Diversität/Vielfalt* (meist entdramatisierend, gegen Iden-

titätsängste der Adressaten) in Stellung gebracht wird, ergibt folgendes: Überfremdungsängste, Parallelgesellschaften, schulische Inklusionsängste, Leitkultur, dramatisierte Probleme der sozialen Kohäsion, natürlich Gender, Migration, sexuelle Orientierung, Behinderung, Globalisierungsressourcen. Generell irritiert die Diversitätsfeier traditionelle politisch-soziale Solidaritätssemantiken. Die nämlich unterstreichen die (vopolitische) Zusammengehörigkeit sozialer Akteure und Gruppen, die sich in der gleichen Lage, in den gleichen Abhängigkeiten etc. befinden. Dagegen setzt *Vielfalt* die (ebenfalls solidarisch klingende) Forderung nach Anerkennung der anderen in ihrer Verschiedenheit. So gesehen ist das *Alleinstellungsmerkmal* der logische Endpunkt der Diversitätsrhetorik – und das nicht nur im Feld der Ökonomie und der Märkte.

Die Geschichte der theoretischen Reflexion von *Diversität/Vielfalt* ist sehr kurz. Es finden sich kaum Veröffentlichungen vor dem Jahr 2000; bei der *Biodiversität* (s. u.) beginnt die ansteigende Kurve der Veröffentlichungen zehn bis 15 Jahre früher. Für die Thematisierung von Vielfalt in der Geschichte der Soziologie vergleiche man Salzbrunn (2013: 13ff).

## [ 2 ] Linguistisches

Die „Grammatik“ der *Vielfalt* ist ambivalent. Einesteils lässt sich der Ausdruck in eine semantische Reihe stellen, welche einfach nur Bewertungsvarianten der *Ungleichheit* enthält. Dabei ist *Vielfalt* positiv, *Verschiedenheit* neutral und *Ungleichheit* negativ konnotiert, jedenfalls in der politischen Sphäre. Das hat der *Vielfalt* (sicher nicht zu Unrecht) den Vorwurf eingetragen, sie sei lediglich ein Euphemismus für *Ungleichheit*. In der Sache dürfte es kaum eine Faktenlage geben, die man nicht mit allen drei Ausdrücken gleichermaßen referenzialisieren könnte. Definitiv zeigt diese Reihe jedoch die Zugehörigkeit der Rede über *Vielfalt* zum weiten Umkreis der politisch traditionsreichen Opposition zwischen „Gleichheit“ und „Ungleichheit“, über deren rhetorisches Verwirrpotential Karl Otto Erdmann (1924: 116ff) schon

das Nötige gesagt hat: *gleich* ist semantisch mehrfach relativ und trägt die widersprüchlichsten Konnotationen (zwischen *Gleichmacherei* und *Gerechtigkeit*), natürlich sind alle Individuen deskriptiv *ungleich* und beanspruchen doch *gleiche politische Rechte*, *Gleichheit vor dem Gesetz*, *gleiche Chancen* etc.

Die lexikalische Semantik wird anmerken wollen, dass *Vielfalt* gewissermaßen *per definitionem* undefinierbar ist, seiner multiplen Relativität wegen und als echtes Abstraktum, d. h. als Prädikat ganz ohne Argumente. „Einstellen“ kann man den Ausdruck beliebig feinkörnig, und letztlich gleicht kein Individuum irgendeinem anderen. Am Ende geht es freilich gar nicht um die diagnostische Verfeinerung des Auflösungsvermögens, sondern um die programmatische Aufwertung von *Vielfalt*, die immer auch ein Mittel ist (oder sein kann), um alle möglichen Formen von Ungleichheit legitim, produktiv und wünschenswert erscheinen zu lassen (vgl. hierzu Salzbrunn 2014: 53ff). Was die unmögliche lexikalische Definition von *Vielfalt* für praktische Zwecke ersetzt, das sind die Listen diversitätsrelevanter Merkmale. Fast immer gehören dazu: Gender, sexuelle Orientierung, Ethnizität, Behinderung, Religion, Weltanschauung, Alter.

Vom Wortbildungstypus ist *Vielfalt*, ähnlich wie *diversity*, aber nicht ganz so durchsichtig, ein substantiviertes Adjektiv, ein „Adjektivabstraktum“, wie die Linguisten sagen. Im Deutschen sieht es eher so aus, als sei das Adjektiv *vielfältig* vom Substantiv *Vielfalt* abgeleitet, aber der Eindruck täuscht: *Vielfalt* heißt so viel wie *Vielfältigkeit*. Das Adjektivabstraktum zeigt sich auch in der *Vielfalt* darin, dass der Ausdruck eine offene Argumentstelle mitbringt, die man strukturell als den umgewandelten *modificandum-slot* des zu Grunde liegenden Adjektivs erkennen kann. Aus dem *schönen* Bild wird, wenn wir das Adjektiv *schön* zu einem Abstraktum *Schönheit* substantivieren, die *Schönheit des Bildes*. Das Genitivattribut *des Bildes* ist gewissermaßen der Erbe des Bezugssubstantivs, auf das sich das Adjektiv *schön* bezieht. Aus dieser wirklich (im engen Sinne) grammatischen Struktur folgt zunächst, dass *Vielfalt* eigentlich gar nichts bedeutet, solange die Argumentstelle offen und unbesetzt bleibt.

Dass *Vielfalt* schlechthin als positiver Wert gilt, ist demnach Ergebnis einer interdiskursiven Symbolbildung, ein „Kollektiv-singular“, bei dem man systematisch davon absieht, dass z. B. die *Vielfalt* der antibiotikaresistenten Keime, der Grippeerreger, der gefährlichen Parasiten etc., eben doch nicht so erfreulich anmutet. Manche Linguisten sprechen nur dann von „echten Abstrakta“, wenn substantivierte Prädikate alle ihre Argumentstellen gelöscht haben. So gesehen wäre *Vielfalt* sans phrase, ohne Spezifizierung dessen, was da vielfältig ist, ein „echtes Abstraktum“.

Die Genese solcher Wertbegriffe ist durchaus alltäglich. Wir würden als Linguisten erwarten, dass der Ausdruck *Vielfalt* sich selbst mit positiven Konnotationen aufgeladen hat, weil er sich häufig und bevorzugt mit Argumentosphären verbindet, in denen Uniformität, Homogenität etc. für negativ und die entgegengesetzte *Diversität* für positiv gelten. Schauen wir z. B. im DWDS, mit welchen Adjektivattributen sich das Substantiv *Vielfalt* gerne und häufig verbindet. Die Liste der häufigsten Adjektive sieht wie folgt aus:

architektonische beeindruckende biologische bunte einzigartige  
 enorme erstaunliche ethnische faszinierende föderale  
 genetische gestalterische größtmögliche inhaltliche klangliche  
 kulinarische kulturelle landschaftliche multikulturelle  
 publizistische regionale religiöse schillernde sprachliche  
 stilistische thematische unendliche unerschöpfliche ungeheure  
 unglaubliche unüberschaubare unübersehbare unübersichtliche  
 verwirrende überschaubare.

Es ist auf den ersten Blick erkennbar, dass die hochfrequenten Adjektivpartner der *Vielfalt* säuberlich in zwei Gruppen zerfallen. Einmal die sogenannten Relationsadjektive, die die Argumentstelle des Abstraktums „sättigen“ (*architektonisch, biologisch, ethnisch, föderal, genetisch, klanglich, kulinarisch, kulturell, landschaftlich, multikulturell, publizistisch, regional, religiös, sprachlich, stilistisch, thematisch*), und dann die selbst evaluativen, bewertenden Adjektive, die eine nicht minder beeindruckende Reihe bilden (*beeindruckend, bunt, einzigartig, enorm, erstaun-*

lich, faszinierend...). Sie sind durchweg positiv bewertend. Leicht ambivalent sind bestenfalls: *unübersichtlich, verwirrend*.

Bei den hochfrequenten Genitivattributen dürfen wir damit rechnen, dass sie uns ganz überwiegend mit Größen versorgen, die die Argumentposition der *Vielfalt* füllen und uns also, ähnlich wie die Relationsadjektive oben, darüber informieren, welche Sphären der positiv bewerteten Vielfalt häufig spezifiziert werden:

Angebots Ansätze Aspekte Aufgaben Ausdrucks Ausdrucksformen  
Eindrücke Erfahrungen Erscheinungen Erscheinungsformen  
Farben Formen Informationen Interessen Kulturen Küche  
Landschaft Lebensformen Materialien Meinungen Methoden  
Motive Möglichkeiten Natur Perspektiven Pflanzen Phänomene  
Produkte Programms Religionen Sprachen Stile Strömungen  
Themen Traditionen

Diese Erwartung wird erfüllt, die Liste der häufigen Genitivattribute zeigt uns aber darüber hinaus, dass es auch viele semantisch blasse, unspezifische, die Argumentsphäre nicht wirklich semantisch füllende Genitivattribute gibt: *Ansätze, Aspekte, Erscheinungen, Meinungen, Möglichkeiten, Perspektiven*. Aber auch sie stützen eine insgesamt positive, bereichernde Basissemantik der *Vielfalt*.

Unter den hochfrequenten Ausdrücken, die ihrerseits Vielfalt als Genitivattribut zu sich nehmen, finden wir erwartungsgemäß Derivate von positiven Einstellungsverben: *Achtung, Anerkennung, Bewahrung, Erhaltung*, andererseits aber auch admonitive wie *Bedrohung, Vernichtung, Verteidigung, Einschränkung, Zerstörung, Gefährdung*.

Unter den Komposita auf *-vielfalt* dürfte die (stets bedrohte und unbedingt zu verteidigende) *Artenvielfalt* (mit dem Gegenwort *Artensterben*) das häufigste sein. Sie verweist auf Biologie und Genetik als konnotative Sphären und auf den Ökologiediskurs. Darauf komme ich gleich zurück. Schon aus diesen banalen sprachstatistischen Befunden heraus rundet sich das semantische Bild der *Vielfalt* als eines immer gefährdeten, stets

verteidigungswerten und moralisch hoch zu schätzenden Wertbegriffs.

Einen Bedeutungs- und Verwendungsunterschied zwischen *Diversität* und *Vielfalt* findet man jedenfalls in den hier interessierenden Zusammenhängen nicht. *Vielfalt* gilt als deutsche Übersetzung von *diversity*, und *Diversität* dürfen wir so getrost als deutsche Ausdrucksseite eines politischen Internationalismus behandeln. Kehren wir nun dem Korpuswörterbuch und der „neutralen“ sprachlichen Darstellungstechnik den Rücken und wenden uns direkt der öffentlich-politischen Verwendungssphäre von *Vielfalt* & *Diversität* zu.

### [ 3 ] *Diversität, Vielfalt, kompensatorisch*

Zu den wenig reflektierten und kaum durchschauten Merkmalen der programmatischen Diversitätsrhetorik gehört deren latente, aber immer nachweisbare Bezugnahme auf die Kategorien von Sozialstruktur, die doch gerade als ausgeblendet erscheinen, weil es Frauen, Schwule, Transgender, Migranten, Behinderte in allen sozialen Schichten gibt. Gleich ob *Gender, Inklusion, Migration*, stets geht es auf der Vorderbühne um den Ausgleich der sozialen Nachteile, die mit identitären Wir-Kategorien verbunden sind. Schulische *Inklusion* soll die soziale und berufliche Benachteiligung Behinderter abbauen. Beim Geschlechterverhältnis geht es um Führungspositionen, Vorstände, Aufsichtsräte, Bezahlung, Rentenansprüche, Hausarbeit. Bei Migration um die Einwanderung in die Sozialsysteme etc. Das Diversitätsprogramm formuliert und beinhaltet den Anspruch, die sozialstrukturellen Folgen und Auswirkungen identitärer Wir-Kategorien abzubauen und *Chancengleichheit* mit der *Normalbevölkerung* (und in der *Normalbevölkerung*) herzustellen. Über den Anspruch von Minderheiten und Opferkategorien auf gesellschaftliche *Inklusion* bleibt die Frage nach Reichumsverteilung, sozialer Gerechtigkeit, Macht zugleich latent artikuliert und entartikuliert, weil stets die Unterstellung (Linguisten würden sagen: die pragmatische Präsupposition) mitläuft, dass diesbezüglich für die inkludier-

te Normalbevölkerung die Welt in Ordnung sei. Kein Wunder, dass oftmals vom Diversitätszirkus *not amused* ist, wer sich zur Normalbevölkerung rechnet und sich gleichwohl nicht gerecht behandelt, entlohnt, anerkannt fühlt. Wer nach Motiven für die Anziehungskraft des neuen Rechtspopulismus nicht direkt in der Sozialstruktur, sondern in den Feldern von Erfahrung, Erwartung, öffentlicher Artikulation sucht, der wird sie hier finden.

Begriffsarchitektonisch steht *Diversität/Vielfalt* für eine Strategie der Invisibilisierung der asymmetrischen Opposition zwischen dem „Wir“ und den „anderen“: Das „Wir“ erscheint gar nicht, und die „anderen“ werden namhaft gemacht als ausgewählte Objekte der Fürsorge und Anerkennung, die auch als solche erhalten werden müssen.

Die machtpolitischen Praktiken, die dem Diversitätsprogramm entsprechen, enthalten als Kern die strategische Ausschüttung von *Anerkennung* für Merkmale, die öffentlich als stigmatisierend und nachteilig wahrgenommen werden. Und *Anerkennung* ist in einer normalistisch atomisierten Gesellschaften ein prekäres und knappes, aber eben auch ein höchst preiswert strategisch zu beschaffendes Gut (vgl. hierzu den Abschnitt zur Implementierung von *Diversität* in diversen gesellschaftlichen Feldern). Zu den kompensatorisch montierbaren Gewinnen der Diversitätspolitik gehören: die verstärkte Bindung der (anerkannten!) Marginalisierten an den Staat, deren *empowerment*-Erfahrung, der *Zivilgesellschaftseffekt* (einige Marginalisierte machen die Erfahrung, dass ihr Engagement sich auszahlt), ihre Fürsprecher machen die Erfahrung, selbst als Vertreter moralisch hochwertiger Anliegen anerkannt und gegen Angriffe geschützt zu sein (auf der Vorderbühne würde es niemand wagen, eine Gleichstellungsbeauftragte zu bekämpfen). Das ist alles, für sich betrachtet, hoch erfreulich, man kann es niemandem verwehren, hier *Fortschritte* zu konstatieren.

Stigmatisiert und bestraft wird im Diversitätsregime freilich das Individuum, das sich weigert, den Marginalen die rituelle Anerkennung zu gewähren, wer diskriminierende Sprache ihnen gegenüber verwendet, wer sie als Gruppe reizt und herausfordert. Ausgeschlossen werden darf, wer in diesem Sinne schuldig

geworden ist an den Ausgeschlossenen. Denn natürlich ist die Nachricht des Diversitätshochamtes nicht, dass keiner ausgeschlossen werden soll, im Gegenteil: Die Nachricht lautet, dass dazu gehört, wer anerkanntermaßen unschuldig geblieben ist am Elend der Stigmatisierten und das auch bei passender Gelegenheit rituell kundtut. Wer unter dem Diversitätsregime ausgeschlossen wird, ist jedenfalls selbst schuld.

Im betrieblichen *Diversity-Management* dominieren explizit die Motive des Typs, wonach Mitarbeiter, die über zentrale Aspekte ihrer Person und Identität nicht sprechen, öfter krank, weniger leistungsfähig, weniger zufrieden seien. Es geht da also um die inszenierte Fürsorge des Arbeitgebers für seine Mitarbeiter und natürlich für sich selbst. Die Engführung von wirtschaftlichem Betriebsinteresse und Fürsorge gerade für die *diversen* Mitarbeiter ist ein pädagogisches Lehrstück für alle, vor allem für die Klassenkämpfer. Daneben geht es in Betrieben und Institutionen selbstverständlich in der Hauptsache um Image und PR. Man lässt sich im Rahmen eines Diversitätsaudits gerne bescheinigen, dass man bereits auf dem besten Wege zu einer welt-offenen und diskriminierungs- wie barrierefreien Institution ist. Und wenn man diese Bescheinigung hat, kann man im Einzelfall ganz anders auftreten, weil man bereits durch das Image geadelt ist.

Wiewohl auf den ersten Blick rein diagnostisch, feststellend, erhebend, ist *Vielfalt/Diversität* selbstverständlich ein programmatischer Wertbegriff, und Wertbegriffe (Sommer 2016) stiften gesellschaftlichen Zusammenhang. Dass völlig unklar ist, was im Einzelnen unter *Diversität/Vielfalt* zu verstehen ist, gehört zur Architektonik aller Wertbegriffe: Sie müssen fallweise implementiert werden. Was der Begriff jedoch konstatiert und lobt, das ist ganz explizit die „seinsollende“ Verschiedenheit. Luhmann hätte (mit seinem ausgeprägten Sinn für logische Widersprüche) vermutlich gesagt: Das Programm *Diversity* stehe für den Wertkonsens darüber, dass substantieller Wertkonsens nicht erforderlich ist. Und eben damit sind alle strategisch „ausgesperrt“ bzw. „aus-sperrbar“, die sich im Diversitätsprogramm nicht repräsentiert fühlen. Es ist ja nicht neu, dass alle Programmbegriffe aus der

Familie *Toleranz*, *Multikulturalismus* und eben auch *Diversität/Vielfalt* eine machtpolitische Matrix im Hintergrund voraussetzen, die von Fall zu Fall Grenzen zieht. Kein Diversitätspriester wird sein Bekenntnis zur *Vielfalt* auf Terroristen, Neonazis, Fundamentalisten, Extremisten oder das organisierte Verbrechen ausweiten – noch nicht einmal auf diejenigen, die sich weigern, die von ihm aufgestellten Gesslerhüte zu grüßen. Das Programm steht vielmehr für die strategische Ausschüttung von Anerkennung an einzelne Mitglieder von Gruppen, die Stigmatisierung und Benachteiligung konnotieren. Es fördert damit das Bekenntnis zu diesen Gruppen (und ergo ihre Erhaltung als Sondergruppen!), indem es dem Einzelnen Vorteile verspricht oder in Aussicht stellt. Und es erlaubt all denen, sich moralisch gut zu fühlen, die als Fürsprecher benachteiligter Gruppen auftreten.

Das systematische *Diversity Management* in Betrieben und Organisationen wird zwar den Nutzen und den Ressourcencharakter von *Vielfalt* ganz allgemein herausstellen, aber indirekt auch deutlich machen, dass es exklusiv um die *Vielfalt* geht, die von der jeweiligen Organisation als Humankapital auf dem Arbeitsmarkt nachgefragt wird (vgl. Pries 2013: 43). Dass *Vielfalt* ohne Spezifizierung seiner multiplen Relativitäten ein semantisches Leichtgewicht und nahezu leer ist, erlaubt es im Gegenzug allen kompakten Akteuren, jeweils für sich festzulegen, was sie darunter verstanden wissen wollen.

#### [ 4 ] Individualisierung und Abbau der „gemeinsamen Welt“

*Diversität/Vielfalt/Variation* sind Ausdrücke mit einer starken konnotativen Aufladung aus der „individualistischen“ Biologie und Genetik, die Richard Dawkins mit seinem *Egoistischen Gen* populär und interdiskursfähig gemacht hat. Sie naturalisieren die ökonomische Entbettung und Atomisierung der Individuen und verwandeln Gesellschaft in einen *pool* von individueller Variation, in dem jeder mit jedem konkurriert und in dem eine wenig voraussagbare Selektion über Erfolg und Misserfolg des Einzelnen entscheidet. Um die positiv für sich zu beeinflussen, sollen

die Individuen *kreativ/innovativ/flexibel* (neuerdings auch gerne: *resilient*) sein, d.h sie sind an- und aufgerufen, ständig neu zu disponieren, Ressourcen umzustellen, Chancen zu wittern. Die anonyme Selektionsinstanz, die sich – in strikter Analogie zum *Genpool* – aus dem *pool* der verfügbaren Variation bedient, ist einzig der *Erfolg* (Neckel 2008). Die radikalliberale Idee von Märkten als riskanten, aber effektiven Entdeckungsverfahren erfährt hier ihre biologische Adellung. War das klassische Evolutionsdenken eine Art Verzeitlichungsmaschinerie (qua Koppung an die Motive der Höherentwicklung und des Fortschritts), so ist dem Komplex *Diversität/Vielfalt* sowohl der absichernde Erfahrungshorizont „nach hinten“ als auch die langfristige (Besserungs-)Erwartung „nach vorne“ vollständig abhanden gekommen. Im Erwartungshorizont gibt es Möglichkeiten, aber keine Gewissheiten (vgl. zur Zeitlichkeit moderner Grundbegriffe auch Geulen 2010). Gegen die Wechselfälle des Erfolgs sichert nicht einmal das *Lebenslange Lernen!* Im blinden Spiel von Variation und Selektion gilt: Der Verlierer von heute kann morgen schon der Gewinner sein und *vice versa*.

Nun verbindet sich aber (wie erwähnt) mit dem aktuellen *Vielfalt-als-Chance*-Motiv nicht nur eine diagnostische, sondern prominent eine moralisch-programmatische Perspektive. Allenthalben ist das *diversity management* Chefsache, und es führt im Ergebnis der staunenden Mitwelt vor Augen, dass in der Institution auch diejenigen eine Erfolgchance haben, die mit anerkannten *handicaps* ins Rennen gehen. Rechnet Karl Mannheim (1958: 28) den Aufstieg der unteren Schichten noch zu den Langfristtendenzen der kapitalistischen Massengesellschaften, so ist dieser kollektive Aufstieg mittlerweile gestoppt. Nunmehr sind es ausgewählte Mitglieder gehegter Minderheiten, die von der Erfolgskultur kooptiert werden. Die Nachricht lautet natürlich, dass jeder es schaffen kann, selbst der Stigmatisierte. Was in den Massenkulturen von Sport und Popmusik von jeher zum guten Ton gehörte: dass nämlich die Helden aus den sozialen *slums* und Ghettos der Unterschichten kommen und zu Prominenz aufsteigen, das wird einerseits kontiniert und auf symbolisch marginalisierte Gruppen ausgeweitet: Aufstieg und Erfolg sind stets

individuell, andererseits von der sozioökonomischen Schichtung auf die (sozial neutrale) symbolische Schichtung verschoben – jedenfalls für Kommunikation und Wahrnehmung.

Einigermaßen widersprüchlich sind auch die Wirkungen des Diversitätsdiskurses auf die Angehörigen der diskriminierten (und nunmehr kommunikativ aufgewerteten) Gruppen. Das Stigma der Zugehörigkeit zu einer dieser Gruppen verwandelt sich unter der Hand in eine symbolische Ressource, die vom Einzelnen mehr oder minder geschickt genutzt und eingesetzt werden kann. Den Binnenzusammenhalt der Gruppe kann das ebenso schwächen wie stärken. Langfristig dürfte sich freilich eine ausgeprägte Statuskonkurrenz zwischen den Gruppen etablieren, die in den Katalogen der *Vielfalt* Aufnahme finden. Allenthalben werden die Gender- und Gleichstellungsbeauftragten in den öffentlichen Institutionen (neben denen es bisher bestenfalls noch die Behindertenvertretung gibt) durch *Diversity Manager* ersetzt, die viele Kategorien auf dem Schirm haben sollen. Allein dieser Umstand konzentriert Machtgewinne keineswegs in den beteiligten Gruppen selbst, sondern bei denen, die ihre Ansprüche gegeneinander abzuwägen haben – also beim Diversitymanagement selbst. Weiterhin dämpft der hoch moralische Status, den die anerkannten Opfergruppen genießen, deren öffentliche Konkurrenz. Man kann sich kaum vorstellen, dass Frauen, Behinderte, Schwule und Migranten ihre Ansprüche gegen einander öffentlich hart vertreten würden. Damit würden sie zu Lobby- und Interessengruppen und gingen ihrer moralischen Ressourcen verlustig. Auch das stärkt die Macht des Diversitymanagements und verbannt harte Konkurrenz hinter die Kulissen. Zudem führt der mittels Zugehörigkeit zu einer stigmatisierten Gruppe erlangte Erfolg immer auch zu einem (relativen) Ausstieg aus der stigmatisierten Gruppe.

[ 5 ] Moderne Gesslerhüte:  
Implementierung in Institutionen

Politische Programmbegriffe wie *Diversität/Vielfalt* dürfen niemals getrennt von den institutionellen Machtpraktiken gesehen werden, in denen sie implementiert sind. Den machtpolitischen Gestaltungsanspruch, der mit *Diversität/Vielfalt* verbunden ist, kann man kaum übersehen: Es gibt einen jährlich veranstalteten *Deutschen Diversitytag*, eine umfängliche *Charta der Vielfalt*, *Diversity Management* in fast allen Institutionen, Behörden, Betrieben. Bandelt (2017) verweist auf die verbreitete Selbstinszenierung der „Bewegung“ als multimodale Performance, als Gesamtkunstwerk gewissermaßen – mit den professionellen Mitteln des modernen Eventmanagements. *Vielfalt* kann und soll man feiern. Im einschlägigen Dachverband finden wir Vertreter von Allianz, Boehringer Ingelheim, Ernst & Young, Deutsche Bank – und des BAMF (ethnisch ziemlich homogene Vertreter übrigens).

Bei der Implementierung von *Vielfalt* als Programm in Organisationen (Bildungseinrichtungen, Unternehmen, Verwaltungen) geht es vordergründig stets um das positive Image der Weltoffenheit und Toleranz, das im Zeitalter konkurrierender moralischer Images Nutzen verspricht. Daneben verbinden die Einrichtungen aber auch ihre speziellen Zwecke mit dem *Vielfalt*-Motiv: ein durch *Vielfalt* geprägtes Stadtimage soll Touristen anlocken, und in den Unternehmen geht es selbstverständlich um optimale Ausnutzung aller im Humankapital verfügbarer Ressourcen für die Gewinnmaximierung bzw. die *Unternehmensziele*. Ziemlich unklar bleiben hingegen die (angestrebten) Effekte des *Diversity*-Hochamtes in den Bildungseinrichtungen, wo gemeinsames Lernen zumindest annähernd gleiche fachliche und kognitive und sprachliche Voraussetzungen erfordert. Zudem ist in den Bildungseinrichtungen der entgegengesetzte Trend, hin zu messbaren und vergleichbaren *Kompetenzen*, so stark, dass es ohne weitgehende Zusatzmoralisierung (qua Pflicht zur *Inklusion* Behinderter, Förderbedürftiger etc.) nicht geht. An

den Hochschulen beobachtet Salzbrunn (2013: 122), sonst nur mäßig kritisch gegenüber dem *Vielfalt*-Hype, eine „markante Verschiebung von Antidiskriminierungspolitik auf der Grundlage von Social Justice zugunsten einer Management-Perspektive zur Optimierung von Output“. Praktisches Vorbild dürften die Spitzenuniversitäten der USA sein, die von jeher auf ihre globale Attraktivität als Arbeitsorte für den weltweiten wissenschaftlichen Nachwuchs setzen.

Die kampagnenartig rasche Ausbreitung des Diversitätsmanagements in Betrieben, Verwaltungen und anderen Institutionen macht es weiterhin wahrscheinlich, dass auch die machtsociologische Seite der *Vielfalt* eine Rolle spielt: Über einschlägige *mission statements, codes of conduct*, verbindliche Ziele etablieren die Institutionen nach innen für ihre Mitarbeiter disziplinierende (sagen wir) moraloide Sprach- und Verhaltensregeln, die sie mit ihrem Image verknüpfen. Eine hessische Hochschule verlangt in allen ihren Stellenausschreibungen von den Bewerbern *Diversitykompetenz*. Die Mitglieder der Berufungskommissionen werden in einem Merkblatt des Gleichstellungsbüros gehalten, Bewerbern folgende Fragen zu stellen: „Setzen Sie bereits Methoden oder Konzepte einer diversitygerechten Didaktik in der Lehre ein?“ „Welchen Erkenntnisgewinn bringt eine diversitätstheoretische Perspektive in Ihrem Forschungsgebiet?“ „Wie gedenken Sie Dimensionen von Diversität in Ihren künftigen Forschungsvorhaben zu berücksichtigen?“ All das sind Fragen, die, an Stellenbewerber gerichtet, in ihrer tückischen Harmlosigkeit nur von praktizierenden Orwellianern erdacht sein können.

[ 6 ] Vielfalt als Indikator und Symptom für die Umstellung gesellschaftlicher Leitbegriffe von Integration, Konsens, Normalität, Konformität auf „Differenz“

Zu den politisch-philosophischen Theoriekonzepten, in denen die *Vielfalt* terminologisiert vorkommt, gehört auch Hannah Arendts (1960: 71ff) *Vita activa*. Eine gemeinsame Welt als Voraussetzung für Politik, so die Autorin, gibt es nicht durch eine

wie auch immer geartete Übereinstimmung der Perspektiven und Aspekte, im Gegenteil:

Eine gemeinsame Welt verschwindet, wenn sie nur unter einem Aspekt gesehen wird; sie existiert überhaupt nur in der Vielfalt ihrer Perspektiven. (Arendt 1960: 71)

Verschiedene Positionen in der gemeinsamen Welt, so heißt es da, können so wenig zusammenfallen wie die Position zweier Gegenstände im Raum. Es versteht sich, dass wir es hier mit einem diagnostischen Konzept von *Vielfalt* zu tun haben, nicht mit einem primär programmatischen. Auch in den gemeinsamen Ordnungen, die handelnd hervorgebracht werden, bleibt die Perspektivität real erhalten. Sie ist, philosophisch gesprochen, unhintergebar und bleibt präsent auch in allen kompakten und vereinheitlichten Aggregatformen der Vergesellschaftung.

Diese diagnostische Unhintergebarkeit von *Vielfalt* macht den Ausdruck zu einer mächtigen Waffe nicht nur im Kampf gegen organisierte Interessen, kompakte Akteure, traditionelle Gemeinschaften: Familienformen? Vielfältig! Wirtschaftliche Interessen? Divers! Lebensweisen? Bunt! Die Mittelschicht? Längst total vielfältig! Das ließe sich beliebig fortsetzen und gegen alle Konstruktionen von „Zusammenhang qua Homogenität“ in Stellung bringen, gegen (Sub-)Kulturen, Religionen, Interessenverbände etc. – und natürlich gegen soziale Solidaritätssemantiken.

Allerdings gilt die Auflösung aller Verbindlichkeiten und Verbindungen in der traditionellen (diagnostischen) Soziologie als tendenziell anomisch, während ja in der programmatischen Wendung des Begriffs die *Vielfalt* auf wundersame Weise vom Problem zur Lösung avanciert. Und das geht nur, weil in der programmatischen Wendung von *Vielfalt* eine ziemlich tiefe Paradoxie steckt, eine mystische Einheit von Gegensätzen: *Diversität/Vielfalt* ruft als Wertprogramm auf, was es als diagnostisches Konzept negiert: eine primäre moralische Wertgemeinschaft. Wo in modernen und funktionalen Marktgesellschaften Gemeinschaften an- und aufgerufen werden, da geht es in aller Regel um „die Zurückdrängung und Pönalisierung von Interessenverfol-

gung“ (Vobruba 1994: 40). Und die Improvisation (naturgemäß) konfligierender Wertgemeinschaften durch moralische Begriffe ist eine vergleichsweise neue Form der politischen Auseinandersetzung (vgl. Knobloch 2018). In dieser Landschaft ist *Diversität/Vielfalt* als Leitbegriff gewissermaßen das Ei des Kolumbus, weil der Ausdruck alle diejenigen als Wertgemeinschaft hinter sich versammelt, die solche Wertgemeinschaften zugleich für überflüssig erklären. Der Ausdruck taugt insofern exakt zum Fahnentext einer Gesellschaft, in der eine „konflikthafte Pluralisierung von Gemeinschaftsvorstellungen“ zu beobachten ist (Vobruba 1994: 173). In einer solchen Lage wirkt das demonstrative Bekenntnis zu einer „Gemeinschaft der Verschiedenen“ pazifizierend und wirkt den konkurrierenden Gemeinschaftsbindungen entgegen.

Tagespolitisch gehört das *Vielfalt*-Programm zu einer Frischzellenkur, die sich der „progressive Neoliberalismus“ (Nancy Fraser) angesichts der weltweit vorrückenden Rechtspopulismen verordnet hat (hierzu genauer Heim 2017). Angerufen wird „ein offenes, plurales Wir“, dem alle sich zugehörig fühlen können, in dem niemand wegen seines *Lebensentwurfes* ausgegrenzt wird, eine Wertgemeinschaft der Verschiedenen. Nimmt man den allenthalben ansteigenden Rechtspopulismus als Symptom für den Glaubwürdigkeitsverlust einer Politik, die weltweite soziale Ungleichheit in einem bisher nicht gekannten Tempo anwachsen lässt, dann wird der defensive Charakter des Diversitätshochamtes deutlich – und auch die beträchtliche Energie, mit der das Programm allenthalben verbindlich gemacht und implementiert wird. Wer sich nicht zu diesem *Wir* rechnet, der findet sich rasch als Populist und Fanatiker ausgegrenzt (Heim 2017: 22). Die weltoffene *Vielfalt* der Lebensweisen soll das öffentliche Selbstbild der Staaten und Gesellschaften prägen, die sich selbst zur obersten Normalitätsklasse (Link 2013) rechnen, nicht die katastrophischen sozial-ökonomischen, ökologischen, geopolitischen Folgen der neoliberalen „Externalisierungsgesellschaft“ (Lesenich 2017). Und das *globale* Außen der Vielfaltsfeier, das sind selbstverständlich all die Länder und Regionen niedriger Normalitätsklassen, in denen das Diversitätshochamt nicht gefeiert

wird, in denen Frauen, sexuelle Minderheiten, fremde Ethnien, Religionen etc. nicht gleichberechtigt sind. Es handelt sich hier um das symbolpolitische Gegenstück zur Externalisierungsgesellschaft, um eine moralische Externalisierung. Irritierend wirken vor diesem Hintergrund Nachrichten des Typs, dass etliche arme Länder relativ entspannt mit Flüchtlingszahlen umgehen, die hierzulande den Untergang des Abendlandes heraufbeschwören würden.

Anschlussfähig ist die Vielfaltsparole selbstverständlich auch für die Weltanschauung des klassischen Liberalismus, der ja ohnehin das Individuum feiert und in der Marktvergesellschaftung für jeden eine Nische zu finden gedenkt – während ihm organisierte Gruppen und Verbände ein Gräuöl sind. In der Tradition von Mandeville und Adam Smith tragen bekanntlich selbst Schurken, Betrüger und andere moralisch zweifelhafte Gestalten zum Wohle des Ganzen bei, das sich aus den Interaktionen ihrer zahllosen Besonderheiten ganz von allein entfalten soll. Und wenn es eine *Gesellschaft* in dem berühmten Satz von Margret Thatcher gar nicht gibt, sondern nur Individuen und Familien, dann ist die Umstellung der Leitsemantik auf *Verschiedenheit*, *Differenz* eigentlich schon im vollen Gange. Der von Fischer (2006) akribisch nachgezeichnete Formenwandel des Problems der gesellschaftlichen Kohäsion, für die im goldenen Zeitalter des Nachkriegskapitalismus der *Wohlfahrtsstaat* zuständig war, jetzt aber ein Staat, der sich zum Schiedsrichter über moralisierte Gruppeninteressen (Familien, Alte, Junge, Migrantinnen, Frauen, sexuelle Minderheiten...) erklärt und an ausgewählte Mitglieder dieser Gruppen Förderung und Anerkennung verteilt, hat im Hochamt der *Diversität/Vielfalt* seinen logischen Schlussstein.

### [ 7 ] Konnotationstransfer

Konnotationstransfer ist die alltäglichste Sache der Welt. In jedem Text, in jeder Äußerung finden sich Ausdrücke, Formeln, Konstruktionen, die andere Zusammenhänge konnotativ mitführen als die, in denen sie gerade stehen. Sprachpraktiken sind

semiotisch reflexiv, sie lagern Spuren an, mittels derer sie die Zusammenhänge aufrufen und mitbedeuten, in denen sie gewissermaßen zu Hause sind (Maas 1985, Feilke 1994). Niemand kann die Formel *Wahrlich, ich sage euch...* verwenden, ohne damit die gesamte biblische Welt in den aktuellen Redezusammenhang zu importieren – gleich ob er den Ausdruck am Küchentisch oder in der Vorlesung verwendet. Die vermeintliche (konnotative) Neutralität von Kerngrammatik und Kernlexikon ist eine erworbene Neutralität – und sie ist selten vollständig. Sobald wir längere Textpassagen ins Auge fassen, werden wir als kompetente Sprachbenutzer in eine (mehr oder minder bestimmte) Diskurswelt versetzt. Und da die textuell konnotierten Sphären nur selten *sortenrein* sind (um einen Ausdruck aus der Welt des Weins zu verwenden!), haben wir es *in praxi* stets mit *vieltimmigen* (so die Formel von Utz Maas) Texten zu tun, in denen mehrere gesellschaftliche Praxisbereiche semiotisch präsent, vermischt, übereinander gelegt sind. Das geschieht beim Sprechen unweigerlich und gewissermaßen von selbst, es ist aber auch eine Ressource für strategische Kommunikation im Feld der Aufmerksamkeit, der Organisation von Zustimmungsbereitschaft – und selbstverständlich auch im Feld von Ästhetik und Literatur.

Die konnotativen Anlagerungen sprachlicher Ausdrücke sind (*sit venia verbo!*) vielfältig. Welche von ihnen aktiviert werden, zum Zuge kommen, das hängt ab von den indexikalischen Möglichkeiten der Praxisphäre, in der sie implementiert werden. Grundsätzlich erlaubt es die Konstellation von *Diversität/Vielfalt*, den gesamten Komplex aus Deutungs-, Wertungs- und Handlungsbereitschaften aus dem Biodiversität- und Artenvielfaltdiskurs in andere Praxisbereiche zu importieren.

Es sei daran erinnert, dass *Biodiversität* trotz seiner offenkundigen Verwurzelung in Biologie und Evolutionslehre von Anfang an ein strategisches „Grenzobjekt“ gewesen ist (so die in der Fachliteratur gebräuchliche Formel; vgl. Piechocki 2007, Blum et al. 2016). Geprägt durch den weltbekannten (und äußerst wirkungsbewussten) Ameisenforscher und Begründer der Soziobiologie, Edward O. Wilson, adressiert der Ausdruck keineswegs den biologischen Fachdiskurs. Dafür ist er viel zu vage und

letztlich nicht fachlich explizierbar. Er adressiert von vornherein Umweltschützer, Politik- und Wirtschaftsakteure und präsentiert ihnen gewissermaßen ein symbolisches Hochwertprodukt, das gefährdet, unbedingt schützenswert, imagefördernd und in vielfältige Interessenzusammenhänge einzufädeln ist (vgl. Radkau 2011: 588–594). *Biodiversität* ist ein Begriff für die exoterische Kommunikation der Biologie. Piechocki (2007) schreibt klipp und klar: Der Begriff *Biodiversität* wurde erfunden, um politisch Einfluss zu nehmen, um die Rolle der Biowissenschaften im politischen Entscheidungsprozess zu stärken.

Mit dem Anspruch, zur Erhaltung von *Biodiversität* beizutragen, lassen sich vielfältige Ressourcen mobilisieren. Indem das Fach Biologie für ein solchermaßen überlebenswichtiges Problem fachlich *zuständig* ist, generiert der Ausdruck für das Fach auch interdiskursive Resonanz. Kein Wunder, dass nach diesem erfolgreichen Vorbild auch andere Akteure gerne erklären, sie seien für *Diversität/Vielfalt* zuständig! Mehr Potential für Konnotationstransfers geht nicht. Es ist aber eben nicht allein der biologische Fachdiskurs, der qua *Biodiversität* in der medienöffentlichen Kommunikation re-repräsentiert wird, es ist vielmehr die ganze hoch moralisierte Tier-, Umwelt- und Artenschutzdebatte, die überall da einschießt, wo von *Diversität* die Rede ist. Fachwissenschaftliche Weihen scheinen im Konnotationspaket moderner Leitbegriffe erforderlich zu sein (vgl. Geulen 2010), ebenso wichtig, vielleicht wichtiger ist aber die konnotative Affinität zur Sphäre der moralisierten Selbst- und Fremdsorge, die von ökologischen Aufladungen bestimmt ist. Es ist nicht mehr die klassische Wissenschaftlichkeit, die konnotativ mitgeführt wird, sondern die interdiskursiv popularisierte, die der Wissenschaftssoziologe Peter Weingart als politisiert, kommerzialisiert und medialisiert kennzeichnet (Weingart 2001).

*Biodiversität* war auch eine Steilvorlage für die Gen- und Pharmaindustrie, die sich auf lukrative Verwertung natürlicher Ressourcen werfen und zugleich den Artenschutz auf ihre imagepolitischen Mühlen lenken konnte. Mit der „Entdeckung“ der *Biodiversität* beginnt auch die Patentierung von Genen, Arten, Wirkstoffen. In den Ländern (und Regenwäldern) der Peripherie

konnten sich globale Gen- und Pharmakonzerne gewissermaßen als Retter der *Biodiversität* in Szene setzen – und deren Errungenschaften gleich patentieren lassen. So gesehen steht der Ausdruck für eine folgenreiche interdiskursive Wertsetzung (und nicht so sehr für einen biologischen Tatbestand). Zudem handelt es sich eben nicht bloß um die Herkunft der *Diversität* aus dem Artenschutz, es handelt sich auch um ein zutiefst liberales Deutungsmuster: Wenn jeder er selbst sein kann und seinen eigenen Neigungen und Präferenzen folgt, dann ist die so resultierende Ordnung für die Gesamtheit die beste aller möglichen Welten.

Betrachten wir nun die Implementierung von *Diversität/Vielfalt* als Programm- und Fahnenwort in verschiedenen Bereichen und beginnen wir mit:

[a] dem Bereich Schule & Pädagogik, wo das Diversitätshochamt die Begleitmusik zu top-down-Installierung von *Inklusion* in den öffentlichen Schulen zu liefern hatte. Als es um den gemeinsamen Unterricht für „Schüler mit Förderbedarf“ an den Regelschulen ging, um die schrittweise Auflösung der Förderschulen, da erklang das Lied von der *Vielfalt als Chance* ebenso wie wenige Jahre später während der Flüchtlingskrise, als unerwartet große Zahlen von (nicht muttersprachlichen) Flüchtlingskindern in das Unterrichtssystem eingegliedert werden mussten.

Aus der Biodiversitätsdebatte ist Vielfalt (in Ökosystemen) assoziiert mit *Emergenz*, *Synergie*, *Resilienz*, reichen Wechselwirkungen geworden. Mit der Beweglichkeit, die diesem hoch zeitgeistsensiblen „Fach“ eigen ist, stampfte man in der Pädagogik ein Lehrgebäude aus dem Boden, in dem *Anerkennung*, *Wertschätzung*, *Hierarchiefreiheit*, verbunden mit einem Kultus der *Differenz*, alle glücklich und produktiv zu machen verspricht. Dass eben noch alles um *die Besten* ging, die man für sich gewinnen musste, um mess- und rankbare *Kompetenzen*, war rasch vergessen. Eben noch waren die Schulen als Einrichtungen identifiziert worden, die soziale Ungleichheit (in Einkommen und Status) gnadenlos weitergeben und Bildungsaufstieg verunmöglichen, ganz plötzlich sind soziale Heterogenität und soziale Differenzen

so etwas wie ein pädagogischer Schatz, den man hüten und verwerten muss, eine Ressource für Lernfortschritte, eine hoch produktive Gemengelage. Man darf getrost bezweifeln, dass eine solche Kehrtwendung (diskursives Hakenschlagen gewissermaßen) ohne den mächtigen Schub diskursmöglicherweise gewesen wäre, den ihr der Konnotationstransfer von der *Biodiversität* verschafft hat.

[ b ] Bei der Implementierung im Management großer und global agierender Betriebe gilt ein top-down administriertes *diversity management* nicht nur als Wachstums- und Erfolgsfaktor, auch für das Image globaler Akteure macht es sich nicht schlecht, wenn sich die Vielfalt der Ethnien und Geschlechter in der Führungsriege spiegelt. Sie wirken dann nicht wie die national-imperialen Gebilde, die sie tatsächlich in der Regel (noch) sind. Stattdessen stellen sie Globalität, Offenheit – eben: *Vielfalt* zur Schau.

In die organisationsinterne Machtstruktur (von Betrieben, Behörden, Bildungsinstitutionen) geht das *diversity management* als harter Faktor ein, sobald es in sogenannten *codes of conduct* offiziell normiert wird. In Form eines kodifizierten und für alle Mitglieder verbindlichen Leitbildes wird *diversity* zu einem Gesslerhut, den nicht rituell zu grüßen rasch zu Sanktionen führen kann. Wer sich nicht auf ein leitbildkonformes Verhalten festlegen lässt, der wird *per definitionem* zu einer Bedrohung für das externe Image der Organisation. Und wo Verhaltensnormen so weich, so vage, so auslegungsoffen sind wie bei der *Vielfalt*, da bleibt es nicht aus, dass andere Macht- und Interessenkonflikte in dieses Feld verschoben und dort unauffällig ausgetragen werden. Ein Verstoß gegen das *diversity*-Leitbild findet sich immer, wenn man jemanden loswerden möchte.

Was ebenfalls nicht fehlen darf in den Gebrauchstexten des wirtschaftlichen *diversity*-Managements, ist der Nutzen für den „Diversen“ selbst: Der Hinweis z. B., dass offen homo-, trans- oder bisexuelle Mitarbeiter selbstbewusster und offener auftreten als Personen, die ihr Privatleben, ihre Vorlieben und „vermeintlichen Schwächen“ (Finke 2018) verstecken und geheim halten, ist notorisch. Ganz regelmäßig wird das als *win-win*-Konstellation

tion für den Einzelnen und für das Unternehmen kodiert. Über die Heldin seines Textes, die Chefin der Versicherungsbörse *Lloyd's of London*, schreibt Finke (2018):

Sie ist Botschafterin der Homosexuellen-Organisation Stonewall und zitiert gerne eine Studie der Gruppe, der zufolge Arbeiter, die ihr Privatleben verbergen müssen, ein Drittel weniger produktiv sind. Outen sich mehr homosexuelle Führungskräfte, ermutige das andere, es ihnen gleichzutun, sagt Beale. Die Managerin kämpft allgemein für mehr Vielfalt bei Lloyd's, für mehr Ausländer, mehr Frauen, mehr Minderheiten in der Belegschaft und in den Handelssälen.

Per Konnotationstransfer heißt das: Die Wirkungen der Vielfalt sind rundum positiv für alle Beteiligten. So wird aus einem Stigma auch für den Betroffenen ein sozialreputativer „kleiner Unterschied“ (Bourdieu). Dass alle Erniedrigten und Beleidigten qua *Diversität/Vielfalt* in höchste Machtpositionen gelangen können, ist die unmissverständliche Nachricht – sehr zum Verdruss derjenigen, die sich auch erniedrigt und beleidigt fühlen, aber keiner diversitätsrelevanten Kategorie angehören, weil sie womöglich weiß, *heteronormativ* und männlich sind.

[ c ] Nirgends ist die Implementierung von *Diversität/Vielfalt* so leicht und dankbar wie im Feld von Kunst und Kultur. Was neu, exotisch und spektakulär einher kommt, wirkt hier automatisch als Bereicherung. Auf die bewährten Bestände des (postkolonialen etc.) Multikulturalismus kann zurückgegriffen werden. Ebenso wie die kulinarische *Diversität* ist auch die kulturelle *self explaining*. Wer möchte schon immer das gleiche essen? So gesehen kann man die (versprochene) Vielfalt der Genüsse vielleicht sogar zur Spendersphäre des Konnotationstransfers rechnen.

Befürchtungen bezüglich einer homogenen und verbindlichen nationalen *Leitkultur* dürfte es in der Kunst- und Kulturszene kaum noch geben. Hier ist *Diversität* längst durchgesetzt, und das führt dazu, dass man sich an der Spitze von Fortschritt und Modernität fühlen kann.

[ d ] Natürlich gibt es auch ganz pragmatische und kleinteilige Implementierungen: Bei Behörden und Polizeidienststellen reduziert (ethnische, sprachliche) *Vielfalt* der Mitarbeiter die Gelegenheiten für konfliktäre Interaktionen. Das leuchtet jedem ein. Ebenso dass die *Diversifizierung* und *Vielfalt* von Geldanlagen das Risiko streut. Solche Mikroplausibilisierungen des Nutzens von *Vielfalt* sind zahlreich.

[ e ] Die Werbewirtschaft muss zu den Sphären gerechnet werden, in denen der *appeal* von *Diversität/Vielfalt* zuerst implementiert und erprobt wurde. Legendär sind die Kampagnen, die unter dem Slogan *United Colors of Benetton* liefen (mit der subkutanen konnotativen Anspielung der *United States of America!* – damals Flaggschiff multiethnischer und multikultureller Staaten) und erste Bebilderungen der schönen, neuen, bunten globalen Welt lieferten.

Über die aufmerksamkeitspolitische Privilegierung marginalisierter, diskriminierter, stigmatisierter (Benettons sterbender AIDS-Kranker!) Gruppen kommt nicht nur das Kompensatorische, das per Anerkennung Unrecht Ausgleichende der *Vielfalt*-Parolen zum Ausdruck, sondern auch eine Ahnung davon, dass Stigma-Identitäten zumindest für ausge- oder auserwählte Einzelne sogar zu Privilegien führen können:

Die Zugehörigkeit zu einer bestimmten Kategorie kann Vorurteile und Diskriminierungen ebenso mit sich bringen wie erhöhte Aufstiegschancen, Begünstigungen und privilegierte Zugänge zu Ressourcen wie Ausbildungen und Förderungen. (Freithofer & Hollerwöger 2008: 79)

Von der Werbung lernen, heißt bekanntlich siegen lernen, und so wundert man sich nicht, dass die *diversity*-Initiative der US-amerikanischen Fulbright Stiftung Stipendien für den Aufenthalt an US-Universitäten ganz speziell an eine Zielgruppe vergibt, die aus Zweit- bis Viertsemestern deutscher Fachhochschulen mit Migrationshintergrund (aber deutschem Abitur!) besteht. So kann man das Abwerben junger, weltoffener, ehrgeiziger Fach-

kräfte zugleich als Förderung der Vielfalt deklarieren und auf mehreren Ebenen gleichzeitig Punkte sammeln. Das nennt man Synergie.

Zur inhärenten Mehrstimmigkeit, zur Polyphonie des Diversitätsdiskurses gehört eine weitere, stets mit artikulierte Komponente: In den USA war *diversity* nicht nur der Kampf der Ökologen und Artenschützer, es war auch der Kampf der antikononialen kulturellen Identitätskriege, der *cultural wars*, des Multikulturalismus, der Kämpfe um Anerkennung aller kulturellen Traditionen als gleichwertig. Mit diesen zweifellos emanzipatorischen Traditionen macht die moderne Pastoralmacht (Bröckling 2017), was sie in solchen Fällen gerne macht: Sie verwandelt Forderungen, die von unten an sie herangetragen werden, in gleichnamige Prinzipien, die sie nun ihrerseits von oben verordnet. Vermutlich ist dieser Konnotationsstrang in der US-Diskussion stärker präsent als in der deutschen. Aber auch er gehört zum Gesamtbild.

[ f ] Etwas seltsam mutet dagegen die (diagnostische!) Thematisierung von Vielfalt ausgerechnet im Feld der Musik an (Salzbrunn 2014: 82ff), wenn man zwangsläufig beim Anschalten des Radios feststellt, dass der globalisierte (angelsächsische) Pop und die globalisierte (europäische) Klassik eigentlich weltweit die gesamte *Vielfalt* auf die Plätze in ebenso vielen randlichen und winzigen Nischen verweist. Und was als *Weltmusik* und *fusion* einherkommt, ist wohl doch eher ein ziemlich hybrider Brei und als Kronzeuge für die kreative *Vielfalt* denkbar ungeeignet. Eine gewisse Beliebigkeit dessen, was unter dem Schlagwort thematisiert werden kann, ist unübersehbar, so dass die ketzerische Schlussfolgerung naheliegt: Was die hegemonialen Mächte als *Vielfalt* thematisieren, das wendet sich jedenfalls nicht geschlossen gegen sie. Für die rhetorischen Tageszwecke ist der Ausdruck ein Dispersionsmittel. Die demonstrative Anerkennung von *Vielfalt* macht alle Sonder- und Gruppeninteressen erst einmal sprachlos. Im Arbeitsleben steht *diversity* für das Ideal individueller Vertragsvereinbarungen. Gibt es etwas *vielfaltsfeindlicheres* als einen verbindlichen Tarifvertrag für alle Beschäftigten?

Auch Kollektivsymbolik (Jürgen Link) und politische Metaphorik (Lakoff & Johnson) sind Formen des Konnotationstransfers. Sie bahnen aber eher die Tauglichkeit hoch komplexer fachdiskursiver Gegenstände für interdiskursive Behandlung. Man denke an das fast mechanische Einrasten des sprachlichen Bildfeldes „Scheidung“, als der Brexit medienöffentlich verhandelt werden musste – ein Vorgang ohne Präzedenz mit rechtlichen, politischen, ökonomischen Konstellationen und Problemen, die offenbar nicht einmal von den Fachleuten verstanden worden sind. Mit einem Male hatte man mit *Scheidung*, *Rosenkrieg*, *Sorgerecht*, *Vermögensfragen* etc. ein Metaphernfeld, dessen Spendersphäre jeder kennt und mit dessen Hilfe jeder (sagen wir) verständlich über all diese unverständlichen Dinge sprechen kann. Das ist ein typischer Fall von Kollektivsymbolik.

Neben den kognitiv modellbildenden Mechanismen des Konnotationstransfers, die bei der Kollektivsymbolik im Vordergrund stehen, gibt es jedoch auch zahlreiche andere, vor allem deontische und evaluative Inskriptionen, die angelagert und in der weiteren Verwendung der Ausdrücke mit prozessiert werden. Konnotationstransfer erlaubt uns, zwingt uns aber auch, die kulturellen Praktiken des Diversitätsregimes „im Lichte“ des vagen, aber ziemlich einwandsimmunen Ziels der *Biodiversität* zu sehen. *Diversität/Vielfalt* funktioniert als eine Art semantischer „Fähre“ zwischen den beiden Diskursen (Maas 1984, 1985). Die Bereitschaft zu solchen Transfers wird sicher gestärkt durch den Umstand, dass der ganze Bio- und Ökologiekomplex in den vergangenen Jahrzehnten dem am nächsten kommt, was man je nach theoretischer Präferenz als ein Sachgebiet mit „Schlüsselatmosphäre“ bezeichnen kann oder als ein gesellschaftlich-politisches „Zentralgebiet“, in dem Zustimmung und Macht stellvertretend auch für andere Themenfelder ausgehandelt werden. Ökologie ist jedenfalls ein höchst autoritativer Praxisbereich, und diese Autorität kann in andere Praxisbereiche um so leichter transferiert werden, als die kulturell entbetteten Individuen auch sich selbst zunehmend als Naturwesen, als Teil der Natur kodieren – eine Begleiterscheinung des Megathemas Ökologie.

Für den Transfer deontischer Bestände ist wohl entscheidend, dass die Prägung des Begriffs *Biodiversität* in den 1980er Jahren nach dem übereinstimmenden Urteil aller Beobachter eine alarmierende und mobilisierende Antwort auf die öffentlich wahrgenommene „Krise der Artenvielfalt“ gewesen ist. Artensterben, industrielle Landwirtschaft, Ausbreitung von Monokulturen, Abholzung der Regenwälder (die als vorbildliche Orte der Artenvielfalt gelten), das sind die Begleiterscheinungen bzw. die Schlagworte für diese. „Handlungsbereitschaften für ein schutzwürdiges Gut erzeugen“ – das wäre vielleicht eine Formel für den deontischen Transfer. Der ist immer dann möglich, wenn sich erfolgreich behaupten lässt, dass ein Handlungsbereich zu einheitlich, zu homogen, zu hierarchisch organisiert ist. Für machiavellistische Akteure mit reichen Ressourcen wird sich jede konkurrierende Machtballung so darstellen (lassen), dass sie mit mehr *Diversität* entschärft werden kann. Das macht den Ausdruck zu einer Waffe des institutionellen *change managements*. Das setzt darauf, die Verhältnisse so in dauernder Bewegung zu halten, dass Gegenmacht nicht formiert werden kann.

Der Ausdruck hat (anders als die Leitbegriffe der Sattelzeit) keine historische Tiefendimension. Das unterscheidet ihn auch von den modernen Begriffen, die semantisch umgebaute Versionen solcher alter Bewegungsbegriffe sind (wie etwa *Bildung*, der, wiewohl komplett umgebaut und auf das Gegenteil personaler Vervollkommnung, nämlich auf berufliche Verwertung, abstellt). Bildung führt, wie Kultur, den konnotativen Hof seiner quasi-religiösen Verwendung immer noch mit.

[ 8 ] *Diversität/Vielfalt* als Marke im Umbau  
der sozialen Leitsemantik

Eine begriffsgeschichtlich bewährte Frage lautet: *wogegen* richtet sich das Schlagwort von der *Diversität*? Es taucht admonitiv immer da auf, wo sich organisierte Interessen zu bilden und zu artikulieren drohen. Wenn sich die Taxifahrer gegen Uber organisiert zur Wehr setzen, dann beschwört Uber die *Diversität*.

Wenn Eltern sich gegen Inklusion zusammenschließen, dann ertönt todsicher das Lied von der *Vielfalt als Chance*.

Die Parole von *Vielfalt* und *Diversität* ist insofern auch nach ihrem Verhältnis zur Normalität zu betrachten, als sie einerseits die Normalität als Gleichförmigkeit kritisiert, andererseits aber beansprucht, an ihr teilzuhaben. D. h. sie handelt von Normalitätsgrenzen. Politisch höchst bedeutsam ist die Rolle, die *Diversität/Vielfalt* (nebst seiner semantischen Umgebung: *Differenz, Inklusion, Partizipation*) für den radikalen Umbau der gesellschaftlichen Selbstbeschreibungen im neoliberalen Zeitalter spielt, unter systematischer Nutzung der importierten Ambivalenz, nach welcher *Vielfalt* immer zugleich Beschreibung und Hochwertprogramm ist. Traditionell wird das Problem der gesellschaftlichen Kohäsion (Fischer 2006) *in terms* der Solidarität, des Ausgleichs von Differenzen, der Vereinheitlichung sozialer Lagen, kurz der *nivellierten Mittelstandsgesellschaft* (Schelsky) gestellt. Die Angleichung der Lebensverhältnisse ist Verfassungsgrundsatz. Der Diversitäts-Hype indessen verschiebt das Kohäsionsproblem semantisch in die entgegengesetzte Richtung. Nunmehr wird alles Vereinheitlichte zum Hemmnis für Kreativität, Fortschritt, Zusammenhang, Synergie. Und die Verschiedenheit wird von einer Bedrohung der Kohäsion zu ihrem neuen Garanten – der semantischen Kopplung von *Diversität/Vielfalt* mit Stabilität, Resilienz, Produktivität von Ökosystemen sei Dank! Fischer (2006: 22) spricht von der „...Umstellung der Moralkommunikation der Macht von der Solidaritäts- auf die Kohäsions- bzw. Inklusionssemantik, wie sie zumal seit dem Epochenbruch von 1989/90 zu beobachten ist“. In dieser semantischen Umstellung markiert *Vielfalt* einen entscheidenden Wendepunkt, da man ihren Nutzen leicht von den Kulturen, Ethnien, sexuellen Orientierungen, Talenten, Fähigkeiten auch auf die materiellen Verhältnisse und Einkommen ausweiten kann. Und mit einem Male wäre die horrende materielle Spaltung der Gesellschaft in Prekäre, Niedriglohnsektor, Arme auf der einen und unvorstellbar Reiche auf der anderen Seite keine Bedrohung des sozialen Zusammenhalts mehr, sondern deren Schutz und Garant. *Vielfalt* eben, und als solche Stabilität und Produktivität fördernd.

Das wagt momentan noch niemand medienöffentlich zu sagen, es entspricht aber durchaus dem radikalliberalen Credo. Von Hayek spricht unentwegt davon, dass große Einkommensdifferenzen in der *big society* nötig, fruchtbar und unvermeidlich seien. Wer sich umtut im Diversitätsdiskurs, der kann nicht übersehen, dass man sich herantastet an diesen semantischen Umbau. In der Inhaltsangabe zu Pries (2013) lesen wir z. B.:

Heterogenität und soziale Differenzen werden weniger als Ursachen sozialer Konflikte und von Spannungen thematisiert, sie gelten vielmehr als Ressourcen sowohl von Organisationsentwicklung als auch von individuellen Lernfortschritten. Die Problemperspektive hat einer Potentialperspektive Platz gemacht. Die Semantik einer wertgeschätzten Vielfalt, die den Fremden zu einem „nützlichen anderen“ macht, nimmt der Differenz das Bedrohliche, als das sie nicht selten wahrgenommen wird.

Eine ganze Sektion dieses soziologischen Sammelbandes handelt vom Nutzen und von der Produktivkraft sozialer Differenzen.

Der Charme, der Appeal, die Unwiderstehlichkeit der propagierten *Diversität & Vielfalt* liegen aber auch erkennbar darin, dass sie gegen grenzziehende und purifizierte Wir-Narrative gerichtet ist, Narrative des Typs *deutsche Leitkultur, europäische Wertegemeinschaft, Westliche Welt*, bei denen auf der einen, der guten Seite ein vor allen Verunreinigungen zu schützendes *Wir* und auf der anderen, der bösen Seite eine Gruppe, Kultur, Nation, Sprache etc. zu stehen kommt, die dieses reine *Wir* zu infizieren droht. Diese purifizierenden Narrative scheinen die *Vielfalt* zu negieren, aber sie maßen sich implizit immer eine Position an, aus der sie entscheiden kann, wer dazu gehören darf und wer nicht, wer Teil der *Vielfalt* ist und wer nicht. Das (exklusive) *Wir* gibt sich selbst bunt und vielfältig und inklusiv. Da stößt die Logik der sprachlichen Semantik hart zusammen mit der Logik diskursiver Realitäten. Das offizielle Programm der *Vielfalt* besteht in der Umorganisation der Gesellschaft dergestalt, dass sie Partizipationsmöglichkeiten für alle Gruppen bietet. *Vielfalt* liefert das programmatische symbolische Gegenbild zur Vermarkt-

lichung aller Verhältnisse. Die Kehrseite der *Diversität* ist, dass alles und jeder in den ökonomischen Verwertungsprozess eingliedert (und so die Vielfalt sozialer Formen gründlich planiert) wird. Es sind eben alles Marktformen.

Das Diversitätsmotiv blüht auch darum nach 1990, weil es dem entbetteten Kapitalismus gelungen ist, vor allem die ästhetisch-kulturelle Kapitalismuskritik in sich einzubauen (Boltanski & Chiapello 2003, vgl. Neckel 2008): *Kreativität, Vielfalt, Selbstverwirklichung* sind alles Werte aus den Alternativmilieus der Post-68er, aus dem Repertoire der ästhetischen Kapitalismuskritik, der die Monotonie der fordistischen und taylorisierten Bandarbeit vor Augen stand. Jetzt verlangt diese Tugenden der Arbeitsmarkt von allen, die etwas werden und Karriere machen wollen, er hat sie in Dienst genommen. *Vielfalt/Diversität* überträgt ja auch insofern biologisch-evolutionistische Konnotation, als es den Imperativ etabliert, wonach jeder seine eigene *Nische* finden muss. Der Komplex dient auch zur Rechtfertigung marginaler, prekärer, selbstunternehmerischer Lebensverhältnisse – als Teil der *Diversität*, ja als besonders *kreativer* Teil derselben.

Während *Multikulti* (salopp für *Multikulturalismus*) zum Spottwort wurde und ex cathedra für gescheitert erklärt, hat *Diversität/Vielfalt* die Bestände des Multikulturalismus erneuert, die auch weiterhin genutzt werden können, um die eigene Welt-offenheit und den eigenen Antirassismus publikumswirksam zu inszenieren; Radkau (2017: 205) notiert übrigens, dass *Multikulti* die soziale Entsprechung zur *Biodiversität* sei (vgl. auch Salzbrunn 2014: 58f).

Was die (zwangsläufige) Perspektivität politischer Programmatiken (und somit auch der Diversitätsprogrammatik) betrifft: Wer für sich beansprucht, *Diversität* zu akzeptieren, der beansprucht zugleich für sich einen überlegenen, der anerkannten *Diversität* übergeordneten Standpunkt. Mit kommuniziert wird immer: Die anderen leben in ihren relativ geschlossenen kulturellen, religiösen, ethnischen Umkreisen, ich hingegen lebe in einer höheren moralischen Sphäre, von der aus man die Relativität der anderen Standpunkte überschaut. Subversiv wirkt es in einem solchen Diversitätsregime, wenn Angehörige geschützter

Minderheiten demonstrativ auf die Anerkennung durch das invisibilisierte (s. o.) Wir der überlegenen Fürsprecher verzichten. Von ihrer jeweiligen Eigengruppe können sie dann als Verräter an der gemeinsamen Sache identifiziert werden. Nachhaltiger ist aber im Zweifel ihre Wirkung auf die moralisch überlegenen Fürsprecher der diskriminierten Gruppen, da deren Existenzberechtigung direkt angegriffen wird. Wer als Frau gegen die *Me-Too*-Hysterie prominenter Spätöpper oder als Schwuler gegen die Ehe für alle oder als Behinderter gegen die Inklusion auftritt, der streicht den Fürsprechern den Bonus der moralischen Überlegenheit. Die Hohepriester der *Vielfalt* werden ihn als Feind markieren – und die rechtspopulistischen Gegner der Diversitätsreligion werden sich nach ihm die Finger lecken, weil er der beste Kronzeuge gegen den progressiv-liberalen Kultus ist.

#### [ 9 ] *Diversität* und Ethnopluralismus

Zu den bisher unbemerkten Eigenschaften von *Diversität/Vielfalt* gehört es, dass diese Ausdrücke als semantische Fähre (Maas) und Scharnier zwischen universalistischen und partikularistischen Semantiken dienen können. Sie präsentieren gewissermaßen den (gradierbaren) Partikularismus als universalistisches Prinzip.

Vielfältigkeit und Individualisierung sind klassische Themen der Soziologie seit Simmel (einen Forschungsbericht zur soziologischen Thematisierung von Vielfalt gibt Salzbrunn 2014). Und auch der ganze *Gemeinschaft/Gesellschaft*-Komplex befasst sich mit Individualisierung, Enttraditionalisierung, Kohäsionsverlusten in modernen Gesellschaften etc. Von den multiplen Zugehörigkeiten als Regelfall und diversen modernen Ersatzgemeinschaften (vgl. hierzu zahlreiche Beiträge in Pries 2013) bis hin zum Selbststilierungsdruck durch die „kleinen Unterschiede“ (Bourdieu) in Habitus, Konsum, Kultur, Lebensweise etc. reicht die Palette dessen, was die Soziologie diagnostisch an *Diversität/Vielfalt* interessiert. Aber es ist eben doch ein himmelweiter Unterschied zwischen dem diagnostischen Potential, das ein Aus-

druck qua Terminologisierung und Methodisierung im Fachdiskurs gewinnen kann, und dem strategischen programmatischen Einsatz des nämlichen Ausdrucks im politischen Interdiskurs. Ein zeittypischer und strategisch zweifellos intendierter Effekt der „Gleichsetzung“ von diagnostisch-fachlicher und programmatisch-wertender Verwendung von *Diversität/Vielfalt* ist wiederum der Konnotationstransfer zwischen beiden Seiten: Der diagnostische Anspruch leiht dem Programm- und Fahnenwort seine (vielleicht nur pseudo-) wissenschaftliche Dignität und Autorität. Dass beide Seiten nicht scharf getrennt werden, ist die Schwäche von Salzbrunn (2014).

Um zur Führenfunktion von *Diversität/Vielfalt* zurückzukommen: Plausibilisiert zusätzlich durch den (realen oder vermeintlichen) Lebensstilpluralismus, die Vielfalt des Warenangebots, die sichtbare ethnische Buntheit moderner Großstädte scheint auch *Vielfalt* als Programm eine gewisse Zwangsläufigkeit zu erhalten. Ob man sie will oder nicht, zunehmen wird sie auf jeden Fall, also ist es angeraten, das Beste daraus zu machen. Und genau an dieser Stelle können sowohl rechte Ethnopraktikanten und Ethnopluralisten andocken als auch „progressive Neoliberale“ (Nancy Fraser). Die einen werden sagen: Nur durch die Pflege und Erhaltung des jeweils Eigenen werden die Vorzüge von *Diversität/Vielfalt* erhalten, jede Angleichung würde sie ja zunichtemachen und eine unkreative Misch- und Monokultur erzeugen. Die anderen werden unterstreichen, dass Vielfalt beliebig feinkörnig akzentuiert werden kann und stets erhalten bleibt. Wer die sozialwissenschaftliche Fachliteratur zum Thema durchmustert, der kann sich freilich dem Eindruck nicht entziehen, dass der harte Kern der Debatte auf dem Feld der Ethnien, Religionen, Kulturen liegt und es letztlich in der Hauptsache um die Herstellung eines möglichst friktionsfreien globalisierten Arbeitsmarktes geht (auf dem die Löhne nach unten nivelliert werden) – diagnostisch wie programmatisch. Selbst bei der hochschulpolitischen Implementierung von *Diversity Management* geht es immer um die „Wettbewerbsfähigkeit beim Halten internationaler Studierender“ (Salzbrunn 2014: 75), um die Attraktivität des jeweiligen *Standorts* für junge Fachkräfte, Nachwuchs-

wissenschaftler etc. Und selbst beim Stadtmarketing mittels *Vielfalt* spielen wirtschaftliche Erwartungen die unangefochtene Hauptrolle. Auch wenn *Vielfalt* zum progressiven Image gehört (Salzbrunn 2014: 125 berichtet von der US-Hochschule, die sich damit brüstet, sie habe den „first PhD to an African American woman“ verliehen), dient auch das Image der Selbstvermarktung der jeweiligen Institution.

Kurz angesprochen wurde bereits (s. o.) die fachlich-soziologische Debatte darüber, ob kulturelle (und sonstige) Diversität ein Faktor sei, der die soziale Kohäsion stärke oder schwäche (vgl. Pries 2013). Für gewöhnlich wird angenommen, dass in gemeinschaftlich organisierten Sozialverbänden eine negative Korrelation zwischen Diversität und Kohäsion zu beobachten sei, dass gesellschaftlich (also funktional, enttraditionalisiert etc.) organisierte Zusammenhänge aber von *Diversität* profitieren könnten. Salzbrunn (2014: 26) berichtet über eine klassische gemeindesoziologische Studie von Norbert Elias, die ermittelte, dass das Bild einer neu zuziehenden Gruppe in der ansässigen Bevölkerung immer von den schlimmsten und schlechtesten Ereignissen geprägt wird, die mit der ankommenden Gruppe in Zusammenhang gebracht werden kann (was ja durch die jüngste „Flüchtlingskrise“ noch einmal unterstrichen wurde).

Das *Vielfalt*-Programm erlaubt es jedenfalls Ethnopartikularisten, einfach den Akzent auf die Erhaltung der Eigenheiten der jeweiligen Gruppierungen zu legen, die der Diversitätsdiskurs beleuchtet und ergo als solche erhalten muss – es sind ja seine einzigen Ressourcen. Im Nachkriegseuropa erlaubte die Ideologie des Ethnopluralismus (nachklingend in Schlagwörtern wie dem vom *Europa der Völker*) den diversen völkischen Fraktionen, die mit dem NS kooperiert hatten, ein Europa-kompatibles Image aufzubauen. Darin spielt die Pflege und Erhaltung der jeweiligen Eigenheiten der Völker die entscheidende Rolle. An solchen Lehren kann die rechtspopulistische Bejahung ethnischer Vielfalt anknüpfen, welche dann einfach die Vermischung der Gruppen als deren existentielle Gefährdung kodiert. Gerade die systematische Überschreitung von (rechtlicher und politischer) Gleichbehandlung durch programmatische Vielfaltspolitiken

befestigt die kollektiven Identitäten der jeweiligen Gruppen als besonders und schützenswert. Wer wollte im Übrigen katalanische, baskische oder korsische Separatisten daran hindern, mit der programmatischen Erhaltung von *Vielfalt* für ihre Ziele zu werben?

[ 10 ] Nachbemerkung zur Medienpräsenz von *Vielfalt*

Themen, die sich mit *Vielfalt/Diversität* in Verbindung bringen lassen, genießen beträchtliche öffentliche Aufmerksamkeit, gleich ob sie ins Feuilleton, in den Wirtschaftsteil oder in die Politik fallen. Über die Filme, die um den Oscar 2018 konkurrierten, schreibt Vahabzadeh (2018):

Die Filme, für die sich die Academy-Mitglieder entschieden haben, handeln von genau jenen Typen, von denen es früher hieß, sie könnten keinen wirklich erfolgreichen Film tragen: eine gehörlose Putzfrau, eine zornige Mutter mittleren Alters, ein junger Schwarzer, dem die Eltern seiner weißen Freundin Angst machen. Klassische Randfiguren sind nun mit ihrem ganzen Gefühlsleben die Helden. [...] Dazu wurde ein Transgender-Drama bester ausländischer Film. [...] Filme prägen die Wahrnehmung von der Welt, darin liegt ihre Macht.

Dass das Hollywood-Kino die *Diversität* entdeckt, kommt (auch im Lichte von „Me too“) gewiss nicht unerwartet. Ist doch die globale Populärkultur ebensowohl eine Manifestation und Verkörperung der *Vielfalt* als auch von deren Gegenteil: der zumeist weißen und männlichen Macht der Gatekeeper zu Prominenz und Ruhm.

Als das Bundesverfassungsgericht ein „drittes Geschlecht“ in der Rechtsordnung anerkannte, sprach Heribert Prantl in der *Süddeutschen Zeitung* (vom 9. November 2017) von einem „Höhepunkt an aufgeklärter Liberalität“. Dagegen verweist in der gleichen Zeitung (vom 13. November 2017) Peter Dabrock, Vorsitzender des Deutschen Ethikrates, auf den Umstand, dass

hinter dem Prinzip, rechtliche Gleichbehandlung „für alle Personen“ zu garantieren, „die sich weder dem männlichen noch dem weiblichen Geschlecht zuordnen, aber auch nicht dauerhaft als ‚geschlechtslos‘ registriert werden wollen“ (Zitat aus dem Urteilstext), allerhand ziemlich polemogene Schlussfolgerungen ziehen lassen – etwa für Personen, die biologisch Mann oder Frau sind, sich aber selbst keiner dieser Kategorien zurechnen wollen. So gesehen „bietet der Karlsruher Beschluss leider alle Möglichkeiten des identitär motivierten Missbrauchs“, schreibt der Ethiker, der immerhin realisiert, dass das Urteil auch eine Steilvorlage für Religiöse, Traditionalisten, Populisten liefert – ebenso auch für Personen oder Gruppen mit dem Ehrgeiz, ihre persönlichen Marotten öffentlichkeitswirksam durchzusetzen – und sei es nur auf dem Einwohnermeldeamt.

Von nachgerade grenzenlosem Optimismus sind hingegen die (ebenfalls in der SZ als Gäste schreibenden) Vertreter der organisierten *Diversität*, Prittwitz-Schlögl & Weber (2018): Kaum ein globales Problem der Wirtschaft, das nicht mit Hilfe geeigneter diversitätsfördernder Maßnahmen zu beheben ist: Fachkräftemangel, Digitalisierung, Innovation, Betriebsklima, Design, Loyalität, Nachhaltigkeit, selbst die Wirkungen der Finanzkrise werden wundersam gemildert durch eine richtige Diversitätspolitik im Betrieb. Und dann folgt der Passus:

Das kann bedeuten, dass der Diversity-Management-Ansatz auf alle Mitarbeiter ausgedehnt wird. Denn Identifikation, Vernetzung und individueller Austausch über Hierarchien, Regionen und Divisionen hinweg tut jedem gut, nicht nur benachteiligten Gruppen. Und sie funktionieren besser, wenn es ein persönlich relevantes, verbindendes Element gibt, das Netzwerke und Gruppen zusammen hält. Schließlich sind Führungskräfte mit besonderen Merkmalen (sogenannte Diverse Leader) selbst ein wertvoller Beitrag zur Bewältigung des permanenten Wandels. Ihre aus dem „Anders-Sein“ kommenden Erfahrungen im Umgang mit Widerständen machen sie oft krisenfest und sensibel für schwierige Situationen. Ihre intrinsische Motivation ist oft hoch, geboren aus dem Kampf um die eigenen Entwick-

lungsmöglichkeiten. Und sie haben aus den Emanzipationsbewegungen häufig konkrete Erfahrungen gewonnen, wie man Veränderung unter Einbeziehung aller gestaltet und wie man Menschen gut führt.

Das klingt beinahe so, als ob Führungskräfte künftig ziemlich *divers* sein müssten, wenn sie etwas werden wollen. Der „Mitarbeiter mit besonderen Merkmalen“ (und haben wir die nicht alle?) wird zum Modellfall, eine Art Otto Normalabweichler (Jürgen Link). Was Heim (2018: 24) unter Bezugnahme auf Foucault (und Link) schreibt: Das Leitmotiv neoliberaler Programme sei eben nicht der Ausschluss des Nicht-Normalisierbaren, sondern die „Optimierung des Systems von Unterschieden“ – hier wird es anschaulich und greifbar.

Diese (wenigen, aber beliebig vermehrbaren) Beobachtungen unterstreichen, dass es eine starke Affinität zwischen dem liberalen Journalistenmilieu und dem *Diversitäts*-Wir gibt. Kritisch-Distanziertes ist hingegen in den *Qualitätszeitungen* kaum zu finden. Bei der Bewertung der *Vielfalt* gibt es sie kaum.

## Literatur

- Arendt, Hannah (1960): *Vita Activa oder Vom tätigen Leben*. München: Piper.
- Bandelt, Hans-Jürgen (2017): „Diversity statt University“. In: *Rubikon*, 29. August 2017.
- Blum, André & Zschocke, Nina & Rheinberger, Hans-Jörg & Barras, Vincent, Hg. (2016): *Diversität. Geschichte und Aktualität eines Konzepts*. Würzburg: Königshausen & Neumann.
- Boltanski, Luc & Chiapello, Ève (2003): *Der neue Geist des Kapitalismus*. Konstanz: UVK.
- Bröckling, Ulrich (2007): *Das unternehmerische Selbst. Soziologie einer Subjektivierungsform*. Frankfurt/M.: Suhrkamp.
- Bröckling, Ulrich & Krasmann, Susanne & Lemke, Thomas, Hg. (2000): *Gouvernementalität der Gegenwart*. Frankfurt/M.: Suhrkamp.

- Bröckling, Ulrich & Krasmann, Susanne & Lemke, Thomas, Hg. (2004): *Glossar der Gegenwart*, Frankfurt/M.: Suhrkamp.
- Bröckling, Ulrich (2017): *Gute Hirten führen sanft. Über Menschenregierungskünste*. Berlin: Suhrkamp.
- Dzierzbicka, Agnieszka & Schirlbauer, Alfred, Hg. (2006): *Pädagogisches Glossar der Gegenwart*. Wien: Löcker.
- Erdmann, Karl Otto (1924): *Die Kunst recht zu behalten*. 3. Aufl. Leipzig: H. Haessel.
- Feilke, Helmuth (1994): *Common sense-Kompetenz*. Frankfurt/M.: Suhrkamp.
- Fischer, Karsten (2006): *Moralkommunikation der Macht*. Wiesbaden: VS.
- Freithofer, Elisabeth & Hollerwöger, Otto (2008): „Diversity Management“. In: Dzierzbicka, Agnieszka & Schirlbauer, Alfred (Hg.): *Pädagogisches Glossar der Gegenwart*. 2. Aufl. Wien: Löcker. S. 79-87.
- Geulen, Christian (2010): „Plädoyer für eine Geschichte der Grundbegriffe des 20. Jahrhunderts“. In: *Zeitgeschichtliche Forschungen* 7,1. S. 79-97.
- Heim, Tino (2017): „Die Selbstverunmöglichung des ‚Ohne-Angst-Ver-schieden-Seins‘. Normalismus zwischen flexiblem Lebensstilpluralismus und autoritärer Realpolitik“. In: *kultuRRvolution*, Heft 2/2017. S. 22-30.
- Hoch, Gero & Schröteler von-Brandt, Hilde & Stein, Volker & Schwarz, Angela, Hg. (2016): *Vielfalt als Chance* (=Heft 37/2016 von *Diagonal – Zeitschrift der Universität Siegen*). Göttingen: V&R unipress.
- Knobloch, Clemens (2018): „Über die Improvisation moralischer Gemeinschaften durch Wertbegriffe“. In: ders.: *Kritik der medialen Moralisierung politischer Konflikte*. Berlin: Helle Panke.
- Lessenich, Stephan (2017): *Neben uns die Sintflut. Die Externalisierungsgesellschaft und ihr Preis*. Berlin: Hanser.
- Link, Jürgen (2013): *Normale Krisen? Normalismus und die Krise der Gegenwart*. Konstanz: Konstanz UP.
- Mannheim, Karl (1958): *Mensch und Gesellschaft im Zeitalter des Umbaus*. Darmstadt: Wiss. Buchgesellschaft.
- Maas, Utz (1984): „Als der Geist der Gemeinschaft eine Sprache fand“ – *Sprache im Nationalsozialismus*. Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Maas, Utz (1985): „Konnotation“. In: Januschek, Franz (Hg.): *Politische Sprachwissenschaft. Zur Analyse von Sprache als kultureller Praxis*. Opladen: Westdeutscher Verlag. S. 71-96.

- Neckel, Sighard (2008): *Flucht nach vorn: Die Erfolgskultur der Marktgesellschaft*. Frankfurt/M.: Campus
- Piechocki, Reinhard (2007): „Biodiversität“ – Zur Entstehung und Tragweite eines neuen Schlüsselbegriffs“. In: Potthast, T. (Hg.): *Biodiversität – Schlüsselbegriff des Naturschutzes im 21. Jahrhundert*. Bonn: Bundesamt für Naturschutz. S. 11-24.
- Pries, Ludger, Hg. (2013): *Zusammenhalt durch Vielfalt. Bindungskräfte der Vergesellschaftung im 21. Jahrhundert*. Wiesbaden: Springer VS.
- Radkau, Joachim (2011): *Die Ära der Ökologie. Eine Weltgeschichte*. München: Beck.
- Radkau, Joachim (2017): *Geschichte der Zukunft*. München: Hanser.
- Salzbrunn, Monika (2014): *Vielfalt – Diversität*. Bielefeld: transkript.
- Vobruba, Georg (1994): *Gemeinschaft ohne Moral. Theorie und Empirie moralfreier Gemeinschaftskonstruktionen*. Wien: Passagen Verlag.
- Weingart, Peter (2001): *Die Stunde der Wahrheit? Zum Verhältnis der Wissenschaft zu Politik, Wirtschaft und Medien in der Wissensgesellschaft*. Weilerswist: Velbrück.

## Material

- Richtlinien für „Diversitykompetenz in Berufungsverfahren an der Hochschule Darmstadt“ (2018)
- Dabrock, Peter (2017): „Und jetzt?“ In: *Süddeutschen Zeitung* vom 13. November 2017.
- Fichter, Alina (2017): „Besser als Ihr“. In *SZ* vom 23. August 2017.
- Finke, Björn (2018): „Erste Dame“. In: *SZ* vom 21. März 2018. S. 16.
- Holzki, Larissa (2017): „Keine bunte Arbeitswelt“. In: *SZ* 19. Juli 2017.
- Prantl, Heribert (2017): „Als Mann und Frau und als Drittes schuf er sie“. In: *SZ* vom 9. November 2017.
- Prottwitz-Schlögl, Florian & Weber, Matthias (2018): „Der Wert der Vielfalt“. In: *SZ* vom 5. März 2018.
- Vahabzadeh, Susan (2018): „Neue Typen braucht der Film“. In: *SZ* vom 6. März 2018



## | Zur Begriffsgeschichte und Verwendungsdynamik des Adjektivs *sozial*

*In dem Beiwort ‚sozial‘ scheint eine Aufforderung zu praktischer Tätigkeit verborgen und mitverstanden zu sein. Die Sozialwissenschaft des Volksleibes geht ganz und gar auf Besserung der Volkslage, die Sozialwissenschaft der Volksseele ist überall von solchen Bestrebungen gekreuzt.*

(Mauthner 1906: 31)

### [ 1 ] Zum Auftakt: Hayek und Gehlen

Ein politischer Grundbegriff der vergangenen 150 Jahre, der durch seine Allgegenwart nachgerade unauffällig und in seinen weitreichenden Wirkungen unterhalb der Wahrnehmungsschwelle geblieben ist, ist der Begriff des *Sozialen*. Und während der vom *Sozialen* abgespaltene *Sozialismus* (nebst den anderen Angehörigen der Wortfamilie: *Sozialist*, *sozialistisch* etc.) in allen großen begriffsgeschichtlichen Handbüchern prominent vertreten ist, bleibt das bescheidene Adjektiv *sozial* meist im Hintergrund der historischen Aufmerksamkeit. In der semantischen Opposition von *sozial* und *sozialistisch* ist jedoch das einfache Adjektiv mit einem weitestgehend einwandsimmunen Wertakzent versehen: *sozial* möchte heute so gut wie jeder sein, aber *sozialistisch* steht für ein im medialen Interdiskurs weitgehend geächtetes, mit negativen Wertakzenten versehenes und eher exklusives Glaubensbekenntnis. In kaum einer hochrangigen Selbstbeschreibung der deutschen Nachkriegsgesellschaft fehlt

das Adjektivattribut *sozial*: Die BRD ist ein *sozialer Rechtsstaat*, das gesellschaftliche System gilt als *soziale Marktwirtschaft*, hinter der Forderung nach *sozialer Gerechtigkeit* versammeln sich buchstäblich alle Parteien, von der CDU/CSU über die Sozialdemokratie (die das *Soziale* im Namen führt! – die CSU auch) bis hin zur Linkspartei, die das *Soziale* als ihren *Markenkern* ansieht, und auch die AfD dürfte nicht das geringste Problem mit dieser programmatischen Forderung haben. Alles *Unsoziale* ist unbedingt bekämpfenswert, gleich wo wir schauen und wen wir fragen.

In den 1950er und frühen 1960er Jahren, als die *Soziale Marktwirtschaft* zentrales Fahnenwort der CDU von Ludwig Erhard war, wurde heftig um das Definitionsvorrecht von *sozial* gestritten. Erst viele Jahre später (der *Sozialismus* war da schon längst ad acta gelegt) reklamierte auch die SPD die *Soziale Marktwirtschaft* für sich, suchte sie dann als *Neue Soziale Marktwirtschaft* an den alten Erhard-Mythos anzuschließen (vgl. Wengeler 2005), bevor mit der *Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft* die Unternehmensverbände qua Publizitätsmacht auch die Definitionshohheit für das allenthalben geschätzte Fahnenwort endgültig an sich reißen konnten.

Die programmatische Allgegenwart des *Sozialen* nährt den Verdacht, wir hätten es hier mit einem leeren und nichtssagenden „Plastikwort“ (Uwe Pörksen) zu tun, das vielleicht gebildete Dignität und moralisches Engagement vortäuscht, aber semantisch durchaus nicht zu fassen ist, weil es eben nichts Bestimmtes zu bedeuten vermag. Meine These ist hingegen, dass *sozial* in den Jahren um 1900 zu einer semantischen Chiffre wird, in der sich die Erfahrung reflexiv verdichtet, dass die dringlichsten Probleme der industriekapitalistischen Entwicklung diejenigen sind, die durch diese Entwicklung selbst erst hervorgebracht werden. Platt gesagt, die unbeabsichtigten Nebenfolgen des allgemeinen Fortschritts: Pauperisierung breiter Bevölkerungsschichten, Landflucht, Proletarisierung, Stockungen im Warenabsatz, Armuts- und Elendsseuchen, Analphabetismus etc. müssen sowohl *staatlich* als auch *gemeinschaftlich* bearbeitet werden. Mittels *sozial* erhalten all diese (im Schlagwort der *sozialen Frage*

resümierten, gebündelten) Probleme so etwas wie eine diskursive Adresse. Und fortan wird *sozial* programmatischer Bezugspunkt all dessen, was sich auf die unerfreulichen Folgen und Begleiterscheinungen der kapitalistischen *Entwicklung* bezieht. Es wird kompensatorisch, es wird (linguistisch gesprochen) nicht nur zum Relationsadjektiv, sondern zu einem pauschalen Verweis darauf, dass die qua *sozial* modifizierten NPs irgendeinen Bezug auf das Problem der sozialen Kohäsion haben. Hayeks (1967 und öfter) kognitives Irrelevanzverdikt ist eben darum anfangsplausibel, weil es in der Tat keinen Außenbezug für den Wert *sozial* gibt. Der ist nämlich zutiefst reflexiv, also eigentlich ein Bezug einzig auf den Sprachgebrauch selbst. Er dokumentiert die Erkenntnis, die auch die um 1900 entstehende Disziplin der Soziologie plausibilisiert: Dass nämlich alle unter diesem Etikett rubrizierten Erfahrungen und Wahrnehmungen nur der gesellschaftlichen Dynamik selbst zugerechnet werden können. Sie haben keinen Außenbezug. Insofern ist *sozial* in der Tat so etwas wie ein Sprachzeichen, das nur den sprachlichen Systemwert verkörpert: in dem Sinne, dass *sozial* für alles stehen kann, was in diesen Rückbezug der gesellschaftlichen Selbstzurechnung eingefädelt werden kann. Der Grundbegriff *sozial* verkörpert so gesehen eine Zuständigkeitserklärung des gesellschaftlich-politischen Apparates für die Folgen der technischen und ökonomischen Fortschritts- und Entwicklungsdynamik.

Da *sozial* offenbar bis heute evaluativ für einen ziemlich breiten, jederzeit abrufbaren Wertkonsens steht, der in durchaus friedlicher Koexistenz mit der Tatsache lebt, dass es in der Sache überhaupt keine Einigkeit darüber gibt, welche konkreten Maßnahmen und Verhältnisse eigentlich *sozial* sind oder *sozial* wirken, deutet auf den bekannten Umstand (Sommer 2016), dass hoch flexible Wertkodierungen Uneinigkeit in der Sache für das allgemeine Publikum jedenfalls zeitweise überdecken und zum Verschwinden bringen, dass sie Konsens einfordern und beschwören können, auch wenn er für die konkrete Maßnahme gerade nicht unterstellt (oder gar hergestellt) werden kann.

In einer solchen Konstellation ist *sozial* hoch inklusiv und zustimmungserzwingend, während *sozialistisch* im Gegenzug als

radikal, extremistisch, fundamentalistisch ausgeschlossen wird. Durchgehend gilt: Nur Kämpfer, die nicht um Zustimmung des allgemeinen Publikums buhlen, bringen sich als *sozialistisch* in Stellung, aber in den 1970er Jahren waren mäßige Formen von *Sozialismus* durchaus resonanzfähig – nach 1990 hingegen nicht mehr. Dass sich der unterlegene demokratische US-Präsidentenchaftskandidat Bernie Sanders als *Sozialist* in Stellung bringen konnte, hat das liberale Establishment jedenfalls mächtig irritiert. Vor diesem Hintergrund ist es eher uninteressant zu schauen, wer sich heute gegen den Wert *sozialistisch* positioniert, weil das im liberalen *mainstream* so gut wie alle sind. Es ist aber hoch interessant, wer sich explizit gegen den konsensuellen Hochwert *sozial* positioniert. Dem Prinzip folgend, dass politische Begriffe erst Kontur gewinnen, wenn man weiß, gegen welche Position sie in Stellung gebracht werden (und welche Oppositionen sie auslösen), beginnen wir hier mit zwei expliziten Angriffen auf die evaluativen und kognitiven Werte von *sozial*. Es ist nicht ganz uninteressant, dass eine der beiden Angriffspositionen radikal neoliberal ist, die andere radikal antiliberal:

[ a ] Gehlen (1973) thematisiert das *Soziale* im Zusammenhang seiner rhetorisch wüsten Polemik gegen die (aus seiner Sicht) hypermoralisierte politische Kommunikationskultur der modernen Massendemokratie, die (statt eines eigensinnigen institutionalistischen Staatsethos) den Massenlebenswert und ein elargiertes Familien- und Sippenethos propagiert. Dieses letztere (das ist bis heute, z. B. im Kontext der Flüchtlingsdebatten höchst relevant) behandelt alle „anderen“ bis zu einem gewissen, sehr weit gefassten Punkt, als Angehörige der familiären Eigengruppe, für die eine Fürsorgepflicht besteht. In der extremen Ausweitung dieses „Sippenethos“ besteht die moralische Inklusionspflicht für die gesamte Menschheit. Im Begriff des *Sozialen* (so Gehlen 1973) überlagern sich die masseneudaimonistische Ideologie des Lebenswertes (jeder hat ein Anrecht auf das gute Leben, und der Staat hat die Aufgabe, durch Umverteilung dafür zu sorgen, dass er es wahrnehmen kann) und die ausgeweitete, überdehnte Moral der Familie und Sippe, die uns verpflichtet,

die gesamte Menschheit so zu behandeln, als gehöre sie zu unserer engen Eigengruppe. Der Höchstwert des *Sozialen* lässt sich demnach umschreiben als staatlich-politische Pflicht, jedem den Zugang zu allen avancierten Konsum-, Bildungs-, Berufs- und Selbstverwirklichungsmöglichkeiten zu bahnen, die in der Gesamtgesellschaft verfügbar sind. Gehlen (1973: 62) spricht in diesem Zusammenhang von der „Ethisierung des Wohllebens“ und führt weiter aus:

Es mag uns schwerfallen wirklich zu akzeptieren, dass die Lehre vom Glücksvorrang, der Eudaimonismus, eine Ethik hergeben kann, aber ohne diese Einsicht verstünde man nicht einmal den Sinn des Wortes „sozial“, das eben diese Zugänglichkeit der materiellen und geistigen Lebensgüter für Alle als ethisches Postulat meint.  
(Gehlen 1973: 62)

Das scheint mir den diskursiven Gebrauchswert des Adjektivs *sozial* in den 1960er und 1970er Jahren (wenn auch polemisch) einigermaßen zu treffen. In der Ära der *Sozialdemokratie* und der *Sozialen Marktwirtschaft* mit ihren Aufstiegs- und Besserungserfahrungen stand *sozial* programmatisch für den (wenigstens in der öffentlichen Rede) weitgehend geteilten Anspruch, der Wohlfahrtsstaat möge durch seine Sozialpolitik (Mitbestimmung, Chancengleichheit etc.) für solchermaßen *soziale* Verhältnisse sorgen.

Just in dieser zutiefst sozialdemokratischen Zeit ist indessen der neoliberale Frontalangriff auf das „weasle word“ (Hayek) *sozial* bereits in vollem Gange.

[ b ] In einem (zuvor schon Ende der 1950er Jahre auf Deutsch erschienenen) Text fragt Hayek (1967), was denn eigentlich *sozial* sei und was das Wort bedeute. Er kommt zu dem (erwartbaren) Ergebnis, dass das Wort eigentlich nichts bedeute und nur dadurch für Verwirrung des politischen Denkens Sorge, dass es die Wertadjektive *gut*, *gerecht*, *moralisch* verdrängt habe. Aus der Perspektive des radikalen Liberalismus, für die Hayek steht, war das epitheton *sozial* vor *Marktwirtschaft*, *Rechtsstaat* etc. defini-

tiv Symptom einer defensiven Einstellung. Für einzig legitim hält Hayek die Teilbedeutung von *sozial*, die das reine Relationsadjektiv *sozial* ausmacht (s. u.) und die man umschreiben könnte mit: „auf die Gesellschaft, auf andere bezogen“. Etwa in dem Sinne, wie Max Weber *soziales Verhalten* bestimmt als seinem gemeinten Sinn nach auf andere bezogen. In dieser Verwendung hat *sozial* durchaus keinen moralisch wertenden Beigeschmack.

In Hayeks Szenario ist darum ein Ausdruck wie *soziale Demokratie* oder *Sozialstaat* tautologisch und leer: Staat und Demokratie haben immer mit Gesellschaft zu tun, das Adjektiv *sozial* fügt ihnen darum nicht Neues bei. Etwas anders verhält es sich mit dem (von Hayek 1978 als „atavistisch“ bezeichneten) Syntagma *soziale Gerechtigkeit*. Gerechtigkeit beziehe sich einzig auf individuelles Verhalten und dessen Übereinstimmung mit geteilten Normen, Gesellschaft hingegen sei ein anonymes und emergentes (würde man heute sagen) Resultat der Handlungen unzähliger Individuen und könne darum niemals als *gerecht* oder *ungerecht* bezeichnet werden (Hayek 1967: 244). Nur Handlungen von Individuen können dem moralischen Urteil unterworfen werden, anonyme Systemeffekte sind moralisch indifferent. *Soziale Gerechtigkeit* (so Hayek immer wieder) meine stets *Verteilungsgerechtigkeit*, und das sei in der Großen Gesellschaft (*big society*) ein Unwort, wo die Verteilung der Güter und Einkommen durch den anonymen Marktmechanismus geregelt sei. *Equal pay for equal work* werde durch den Markt herbeigeführt, jeder Versuch, ein solches Ziel politisch herbeizuführen, zerstöre den Marktmechanismus, der die *big society* zusammenhält (Hayek 1978: 63). Die Individuen (so Hayek 1978: 58) glauben an *soziale Gerechtigkeit* nicht, weil das ein sinnvolles und erreichbares Ziel sei, sondern weil alle daran glauben. Atavistisch sei die Vorstellung darum, weil sie an die Verhältnisse in urzeitlichen Horden und Stammesgesellschaften anknüpfe. Da nämlich sei der Gesamterfolg der Eigengruppe vom koordinierten Handeln aller Gruppenmitglieder abhängig gewesen. In der anonymen Marktgesellschaft sei der Gesamterfolg jedoch abhängig davon, dass jeder möglichst ungehindert sein Eigeninteresse verfolgt. Hinter jedem (vermeintlichen) Gemeinwohlinteresse versteck-

ten sich jedoch besondere Gruppeninteressen, die den Marktmechanismus zerstören, wenn sie an Einfluss gewinnen.

Damit sind wir natürlich bereits mitten in der großen liberalen Erzählung von der unsichtbaren Hand des Marktes, die das Gemeinwohl wie durch ein Wunder aus den summierten Effekten individueller Marktziele hervorgehen lässt. Die These lautet: Der Siegeszug des moralisch-programmatischen Adjektivs *sozial* beginnt Mitte des 19. Jahrhunderts als verspätete Reaktion auf das, was Fischer (2006) den „semantischen Coup des Liberalismus“ nennt, eben diese Wendung nämlich, die den alten asymmetrischen Gegensatz von Egoismus und Gemeinwohl gewissermaßen umdreht, indem sie die ungehinderte egoistische Zielverfolgung der vielen Einzelnen (der *sozialen Atome*) zum einzig wirksamen Garanten des Gemeinwohls macht und damit jede *direkte* Gemeinwohlorientierung dem Verdacht aussetzt, die segensreiche Wirkung der unsichtbaren Hand stören (oder gar diese selbst amputieren) zu wollen.

Es vervollständigt das Gesamtbild der seltsamen Koalition gegen die Verführungen des *Sozialen*, wenn wir hinzufügen, dass Arnold Gehlen, der ultrakonservative Verteidiger des eigenständigen Staatsethos, für das (von Hayek revitalisierte) Narrativ von der unsichtbaren Hand nur Hohn und Spott übrig hat:

Wir wollen hier einen Moment verweilen und feststellen, dass der Liberalismus von Anfang an in optimistisch-verharmlosender Form den Individualismus Aller zu einem kollektiven Glück zusammenspielt – eine vorpolitische Gutmütigkeit. (Gehlen 1973: 63)

Während das Herkommen will, dass Linke und Rechte, Kommunisten und Faschisten, im Kampf gegen den liberalen Staat einig seien, finden wir hier eine Einheitsfront von Rechtskonservativen und Ultraliberalen gegen die Versuchungen des *Sozialen* als staatliches Projekt – freilich mit durchaus gegensätzlichen politischen Motiven. Gehlen kämpft gegen das *Soziale*, weil die Moralisierung des Wohllebens den Staat zum verteilungspolitischen Diener der Gesellschaft, zur Milchkuh, macht und sein Eigenethos zerstört. Hayeks Staat soll hingegen lediglich für

die Rahmenbedingungen zuständig sein, die das ungestörte Wirken der unsichtbaren Hand garantieren. Vor allem dürfen Regierungen nicht die Marktpreise verfälschen, und (ganz im Gegensatz zum antiliberalen Gehlen) dürfen sie auch keine eigenständige Agenda entwickeln, die mit den Ordnungseffekten des Marktes konkurrieren könnte. Denn:

The word ‚social‘ presupposes the existence of known and common aims behind the activities of a community, but does not define them. (Hayek 1967: 242)

*Ad nauseam* wiederholt Hayek den Satz, jeder Versuch, den Markt zu korrigieren, führe zu dessen Zerstörung. Wer etwas als *soziales Problem* etikettiere und *soziale Gerechtigkeit* einfordere, der fordere lediglich Privilegien für die eigene Gruppe:

Allein schon der übliche Sprachgebrauch, der sogleich alles als ‚soziales Problem‘ etikettiert, was die Unzufriedenheit einer beliebigen Gruppe erregt, und suggeriert, dass es die Pflicht der Legislative sei, etwas gegen eine derartige ‚soziale Ungerechtigkeit‘ zu unternehmen, hat den Begriff der sozialen Gerechtigkeit in einen bloßen Vorwand für Ansprüche von Sonderinteressen auf Privilegien verwandelt. (Hayek 1981: 189)

So werde der Ruf nach *sozialer Gerechtigkeit* zum Schlagwort aller Gruppen, deren ökonomischer oder sozialer Status im Sinken begriffen ist. Für den Staat gilt in dieser Konstellation, dass er leicht zur *Beute* der am besten organisierten Gruppen- und Sonderinteressen wird, deren Anliegen erfolgreich mit dem Gemeinwohl identifiziert werden können. Wer an den diskursiven *cantus firmus* denkt, wonach es allen gut geht, wenn es nur der Wirtschaft gut geht, der wird an der robusten Natur dieses Narrativs auch in der Gegenwart nicht zweifeln. Dennoch hat sich nach 1990 auch für die wohlfahrtsstaatliche Semantik (vgl. Lessenich 2003) einiges verschoben.

Beide öffentlichen Angriffe auf das *Soziale*, Gehlens wie Hayeks, gehören zu der Epoche, die 1990 zu Ende gegangen ist.

Gehlen ist 1975 gestorben, Hayek wurde in den 1980er Jahren zu einem wichtigen Berater und Stichwortgeber für neoliberale Regierungen (Pinochet, Thatcher, Reagan) und ihre radikalen (bei Pinochet auch: terroristischen) Angriffe auf den Sozialstaat. Kein Zweifel: Heute klingt das moralisch-politische Programm hinter dem Adjektiv *sozial* deutlich defensiver als vor 40 Jahren. Dennoch läuft *sozial* als öffentlich weitgehend unangefochtenes Wertwort weiter mit. Wer öffentlich von *Sozialklimbim* spricht oder Hartz IV-Empfänger pauschal als *Sozialschmarotzer* oder ironisch als *Sozialadel* bezeichnet, wird in den seriöseren Medien zurückgepfiffen (kann sich aber natürlich in den enthemmten Foren der *sozialen Netzwerke bzw. Medien* (!) ungestört austoben).

Auf der theoretisch-sozialwissenschaftlichen Hinterbühne freilich konstatiert man bereits den „Tod des Sozialen“ (Rose 2000). Ohne offenen Angriff auf den Leitwert des *Sozialen* habe man ein Regime errichtet, dessen Macht- und Regierungspraktiken das Bezugsfeld *Gesellschaft* nicht mehr benötigen und nicht mehr verwenden. „There is no such thing as society“ zählt nicht umsonst zu den am häufigsten zitierten Aussprüchen Margret Thatchers. Stattdessen mutiert die Substanz des Sozialen kognitiv wie moralisch zum dauerhaften und sanften Druck auf den Einzelnen, in allen Lebenslagen zum Unternehmer seiner selbst und seiner Arbeitskraft zu werden (Bröckling 2007). Und *sozial* ist fortan alles, was ihm dabei an persönlichen Tugenden und administrativen Maßnahmen auf den richtigen Weg hilft, vom Ideal der Ich-AG bis zu den *aktivierenden* Maßnahmen der Arbeitsagenturen und dem allseits propagierten *lebenslangen Lernen*.

Zwar ist nach 1990 die öffentliche Delegitimierung rational organisierter Gruppeninteressen (ganz im Sinne des radikalen Liberalismus) weiter fortgeschritten. Während gewerkschaftliche Streiks bis in die 1980er Jahre Teil des Alltags waren, führt heute jeder Arbeitskampf zur sofortigen Mobilisierung einer öffentlichen Meinung, deren gemeinsamer Nenner in der moralischen Disqualifizierung eines Sonderinteresses besteht, das sich auf Kosten des Gemeinwohls Vorteile verschaffen möchte (man denke an Lokführer, Ärzte, Piloten, Flugpersonal, Kinder-

gärtner, öffentlicher Dienst – wenn die Berufsgruppe ohnehin als *privilegiert* gilt oder wenn sie moralisch in die Pflicht genommen werden kann, kommt es besonders schlimm). Dagegen beobachten wir ein paralleles *Empowerment* von (im klassischen Sinne) weitgehend unorganisierten Opfergruppen (Frauen, Flüchtlingen, Migranten, ethnischen und sexuellen Minderheiten), deren Benachteiligung medienöffentlich skandalisiert und moralisiert wird. Rose (2000) spricht unterscheidend von *communities* und deren mikromoralischen Binnenbeziehungen. *Identitätsgemeinschaften* wäre vielleicht eine geeignete Übersetzung. Dieser Gruppen nimmt sich der Wohlfahrtsstaat demonstrativ und symbolisch an, wenn das seinem Gemeinwohl-Image zugutekommt (vgl. Fischer 2006). Er tut das freilich auf eine Art und Weise, die die einzelnen Angehörigen dieser Minderheitsgruppen mit individuellen Rechten ausstattet (und sie keineswegs als Gruppe organisiert). Was augenblicklich als Welle des Rechtspopulismus durch die westliche Welt rollt, ist nichts anderes als die politische Krise dieses neoliberalen Diversitätsuniversalismus. Nicht zuletzt, weil sich die Opfer des globalisierten Arbeitsmarktes und der globalisierten Standortkonkurrenz von *dieser* moralisierten *Diversität* demonstrativ ausgenommen fühlen und daher leicht von populistisch auftretenden Elitezirkeln mobilisiert werden können.

Die Frage ist nun, ob und wie sich dieser Funktions- und Bedeutungswandel des *Sozialen* auch im Material aufzeigen lässt. Galt das Individuum der klassisch *sozialen* Epoche in seinen Möglichkeiten und Wirklichkeiten als weitgehend determiniert durch seine wirtschaftliche und gesellschaftliche Lage, galt es weiterhin als Aufgabe staatlicher *Sozialpolitik*, auch den Schichten ein Anrecht auf angemessenen Lebensunterhalt zu verschaffen, für die die Marktökonomie keine Verwendung hatte, so führt die neoliberale Revolution zu einer radikal veränderten Adressierung der Individuen als eigenverantwortliche Subjekte all ihrer Lebenslagen (Rose 2000: 83). Ihre subalterne Lage im ökonomischen Macht- und Marktgefüge verschafft ihnen keine Ansprüche, wohl aber ihre Zugehörigkeit zu diversen *communities*.

[ 2 ] Phänographische Skizze: *sozial* in seinen Konstruktionen

Wir geben hier eine grobe und oberflächliche Skizze der wichtigsten Verwendungsweisen von *sozial*. Ausgegrenzt wird die terminologisch biologische Verwendung von *sozial*, die in allen Konstruktionen auf Lebewesen angewandt wird, die in Gesellschaft leben. Weitgehend ausgenommen bleiben zunächst auch die prädikative, koprädikative und adverbiale Konstruktion. Zur adverbialen Konstruktion hier nur so viel: Praktisch alle DWDS-Belege adverbialer Modifikation durch *sozial* begegnen auch attributiv mit der Substantivierung des jeweiligen Prädikatsausdrucks als Nukleus:

*Sozial aufsteigen, abfedern, absichern etc. -> Sozialer Aufstieg, soziale Abfederung, soziale Absicherung etc.*

Auffallend ist bei den hochfrequenten DWDS-Belegen für die adverbiale Verwendung von *sozial* weiterhin, dass sie sich zu ca. 90% auf Partizipien, also auf adjektivierte Verbformen, sowie auf anderes adjektivisches Material beziehen:

*Sozial abgesichert, akzeptabel, angemessen, ausgewogen, bedürftig, befriedet, bessergestellt, deklassiert, intakt, lebend, relevant, rückständig, etc.*

In der prädikativen Sphäre (*sozial* als Prädikativ in Kopulasätzen: *X ist sozial*) ist das Adjektiv praktisch beschränkt auf seine evaluative, wertende Bedeutung, es heißt dann immer so viel wie prosozial, ausgewogen, gerecht. Diese Opposition ist noetisch besonders greifbar in Relation zum Kompositum mit *Sozial-* als Bestimmungswort:

*Die Sozialpolitik der Regierung XYZ ist ausgesprochen unsozial.*

In *dieser* Form der Kopulaprädikation sind Subjektsreferent und assertiertes Prädikat maximal disjunkt, was zu einer weitgehen-

den Abtrennung der evaluativen Werte von *sozial* führt, während sich die lexikalische Typisierungsleistung im Kompositum konzentriert (vgl. Schlücker 2014). Ein typischer Beleg für die Korrelation von prädikativ und evaluativ, verstärkt durch den Komparativ, lautet:

*Die EU müsse aber „demokratischer, sozialer und ökologischer“ werden. (ZEIT vom 11. November 2016)*

Es versteht sich, dass es im Rahmen der Kopulapredikation auch ganz andere Muster gibt, z. B. das der Referenzidentität, wenn beide „Mitspieler“ der Kopula definite NPs sind. Das attributive Syntagma steht gewissermaßen zwischen diesen beiden Polen. Darstellungstechnisch ist die Kopulakonstruktion mit *sozial* als Prädikatskern auch insofern interessant, als wir sie als „Form der lexikalischen Isolation“ ansehen und deuten können. In dieser Konstruktion (nicht dagegen in der adverbialen und attributiven) erweckt *sozial* (wie alle Adjektive) den Eindruck, es stelle seine lexikalische Bedeutung unabhängig von der fallweisen Modifikationsbeziehung auf einen anderen Ausdruck dar. Gewiss kann *sozial* in der Konstruktion *X ist sozial* unterschiedliche Werte annehmen, je nach dem referenziellen, konzeptuell-generischen und thematischen Status von X. Das Adjektiv *sozial* tendiert dazu, das thematische Subjektsargument der Kopulakonstruktion agentiv zu akzentuieren, nicht als bloßen thematischen Merkmalsträger, wie das für „statische Adjektive“ (*X ist rund, schwarz, müde...*) gilt (Baumann i. Dr.), *sozial* ist ein eher „dynamisches“, aktionsbezogenes Adjektiv. Der (metasemantische) Effekt der „lexikalischen Isolierung“ hängt sicher auch damit zusammen, dass das prädikative Adjektiv explizit assertiert (oder negiert) wird, was sowohl den (subjektiven) Bewertungscharakter als auch den lexikalischen Eigenwert des Adjektivs in den Vordergrund spielt. In der prädikativen Position nähert sich das Adjektiv einem prädikativen Substantiv an, und es ist gewiss kein Zufall, dass sich im DWDS-Korpus auch Belege wie:

*Mit sozial hat das nichts zu tun.*

finden (im gesprochenen Teil), die das Adjektiv wie ein Substantiv in eine Präpositionalphrase integrieren. Auch in solchen Konstruktionen tritt der Wertaspekt in den Vordergrund.

Der Schwerpunkt dieses kleinen Überblicks liegt auf den Determinativkomposita mit *Sozial-* als Bestimmungswort und auf den (mehr oder weniger festen) attributiven Syntagmen mit *sozial*. Außer Betracht können auch die (nicht zahlreichen) Bildungen mit dem Konfix *Sozio-* bleiben (*Soziologie, Soziolinguistik, Soziobiologie*), sie sind ohne moralisch-politischen Konnotationsehalt und bleiben dem Sinn nach reine terminologische Relationsadjektive („mit Bezug auf Gesellschaft, Gruppen, andere“), wie etwa die native Bildung *gesellschaftlich*, die ebenfalls frei bleibt von den Wertladungen von *sozial*.

Was das ganze Gebiet kompliziert und unübersichtlich macht, ist die große Zahl der eingebürgerten Lehnübersetzungen aus dem Angelsächsischen und Französischen. Zwar wird Rousseaus *Contrat social* immer noch (konnotativ neutral) als *Gesellschaftsvertrag* ins Deutsche übersetzt, aber zahlreiche andere französische Nenneinheiten aus Relationsadjektiv und Substantiv erscheinen auch im Deutschen mit *sozial* als Adjektiv: *die soziale Frage (la question sociale), die soziale Bewegung (le mouvement social), der soziale Fortschritt (le progrès social)* etc. Kanonisch ist in deutschen Nachschlagwerken (vgl. Schulz & Basler 1978: 288f) die Ansicht, *sozial* sei Ende des 18. Jahrhunderts über das gleichbedeutende französische *social* (das seinerseits vom lateinischen *socialis* abstammt) in das Deutsche gelangt. Das dürfte allerdings nur schwer schlüssig zu belegen sein, zumal es gerade für die evaluative und bewertende Bedeutungskomponente einen bedeutenden Vorlauf in der englischen Tradition gibt (*social virtues* bei John Locke; vgl. Ritter & Gründer 1995: 1113f). Und während in der geistesgeschichtlichen Tradition von Thomas Hobbes die Individuen Beziehungen untereinander nur eingehen, um individuelle Macht- und Lustgewinne zu erzielen (sie sind von Natur unsoziale Egoisten, die, jeder einzeln, ihre Handlungsmöglichkeiten an den staatlichen Souverän abgeben, der ihnen im Gegenzug Schutz gegen die anderen verspricht, die ja bekanntlich die Hölle sind), sind Locke's Individuen von Natur

aus gut, vergesellschaftet und am Wohlergehen ihrer Nächsten interessiert. Das *Soziale* ist bei Hobbes ein Mittel zur Steigerung der individuellen Macht, bei Locke ein moralischer Zweck. Es ist gerade diese enorme Bandbreite der Lesarten, die den kommunikativen Mehrwert von *sozial* prägt.

Noch weitaus umfanglicher ist nämlich (auch aus synchroner Sicht) die Liste der halbfesten englischen Bildungen mit *social* als Erstelement, die teilweise im Deutschen als attributive Syntagmen und teilweise als Komposita wiedergegeben werden. Im Englischen (wie im Französischen) ist es schwer zu entscheiden, ob ein solcher Ausdruck als „Kompositum“ oder als Nennsyntagma gelten soll, und es kann hier auch offen bleiben, ob die deutsche Version tatsächlich aus dem Englischen entlehnt ist oder umgekehrt, bzw. ob die englische selbst eine Lehnübersetzung aus dem Französischen ist:

- Social conscience* – Soziales Gewissen
- Social responsibility* – Soziale Verantwortung
- Social Justice* – Soziale Gerechtigkeit
- Social control* – Soziale Kontrolle
- Social rights* – Soziale Rechte
- Social media* – Soziale Medien
- Social evolution* – Soziale Evolution
- Social policy* – Sozialpolitik
- Social legislation* – Sozialgesetzgebung
- Social democracy* – Sozialdemokratie
- Social system* – Sozialsystem, soziales System, Gesellschaftssystem
- Social work* – Sozialarbeit (und soziale Arbeit)
- Social science* – Sozialwissenschaft
- Social scientist* – Sozialwissenschaftler
- Social security* – Sozialversicherung

Voll entfalten können sich die eigenen konnotativen Sphären von *sozial* in der attributiven Konstruktion dann, wenn das Nucleussubstantiv nennschwach, ein bloßer Platzhalter ist. Ausdrücke wie:

*Soziale Aspekte, soziale Belange, soziale Angelegenheiten, soziale Dimension...*

erlauben eine Vielfalt von Deutungen, von der bloßen Bereichsangabe des Relationsadjektivs bis hin zu Bewertung, Hierarchie, Kohäsion etc.

Ansonsten präzisiert die Bedeutung des Nucleussubstantivs (ganz traditionell) das vage semantische Potential des Adjektivs. Syntagmen wie:

*Sozialer Aufstieg/Abstieg, soziale Schichten, soziale Stellung, soziale Ungleichheit, soziale Schiefelage, soziale Pyramide...*

aktivieren den Bezug auf eine kollektivsymbolische Gesellschaftstopologie mit Oben und Unten. Auf die nimmt auch Bezug, was sich im weiten Sinne auf gesellschaftliche Kohäsion als Problem beziehen lässt (vgl. Fischer 2006):

*soziale Absicherung, sozialer Ausgleich, soziale Balance, soziale Bindung, sozialer Zusammenhalt.*

Terminologisierte attributive Syntagmen stehen im Ruf, evaluativ neutral zu sein:

*Soziales Handeln, sozialer Wandel, soziale Bewegungen, soziale Gruppe, soziale Wirklichkeit...*

Genauer wäre die Formulierung, dass sie Neutralität suggerieren. Synchron scheint es sinnvoll, *sozial* als einen Internationalismus zu behandeln, der seine Verwendung lediglich in Nuancen der jeweiligen Einzelsprache mit ihren bevorzugten Konstruktionen anpasst: *Social science* entspricht dem deutschen *Sozialwissenschaft*, während *soziale Wissenschaft* gerade den bewertenden Teil von *sozial* in den Vordergrund schiebt, der in *Sozialwissenschaft* (= Gesellschaftswissenschaft) im Hintergrund bleibt.

[ 3 ] Linguistisches I:  
Konnotation, Relationsadjektiv und Wertung

Ausgehend von der oben skizzierten Polarisierung zwischen einer rein relationsadjektivischen Lesart von *sozial* (= gesellschaftlich, die Gesellschaft, andere betreffend) und einer rein evaluativ wertenden Lesart (= gut, gerecht, prosozial, nützlich für den sozialen Zusammenhalt) schauen wir in diesem Abschnitt nach den konnotativen und kombinatorischen Schichtungen, die sich im Gebrauch des Adjektivs *sozial* überlagern und selektiv kombinieren. Offenbar sind die einzigen stabilen Anker- und Erdungspunkte von *sozial* der „Bezug auf andere, auf Gesellschaft“ und der positiv evaluierende Wert im Sinne von „prosozial, gerecht, gesellschaftlich nützlich“.

Für die konnotativ neutrale Verwendung von *sozial* gilt zunächst nur, was generell für eine Minimaldefinition von Relationsadjektiven gilt: Sie sind desubstantivisch, in substantivische Attribute paraphrasierbar, auf den attributiven Gebrauch beschränkt und nicht graduierbar („konnotativ neutral“ ist freilich insofern ein höchst problematischer Ausdruck, als es eine konnotativ neutrale Gebrauchssphäre von Lexemen *per definitionem* gar nicht gibt und auch nicht geben kann; was wir hier provisorisch als *neutral* bezeichnen, heißt nur „sachliche Neutralität konnotierend“). Wenn ein soziologisches Fachbuch den Titel *Soziale Systeme* trägt, dann denken wir nicht an die evaluativen Werte des Adjektivs. Auch Sklaverei ist ein *soziales System*.

In der wort- und begriffsgeschichtlichen Sekundärliteratur zu *sozial* (Zimmermann 1948, Geck 1963) herrscht weitgehend Einigkeit darüber, dass sich die moderne Konstellation der Verwendungsweisen des Adjektivs erstmals in der Mitte des 19. Jahrhunderts konfiguriert. Allerdings gibt es die *soziale Frage* (*la question sociale*) als Thematisierung von Armut und Verelendung auch bereits im Umkreis der Französischen Revolution. Nicht zufällig wird von Robespierre die rhetorische Äußerung zitiert: „La République? La Monarchie? Je ne connais que la question sociale.“ (Arendt 2018: 31). Markant ist gleichwohl vor allem der Umstand, dass sich erst im Kontext von kapitalistischer In-

dustrialisierung und Arbeiterbewegung *sozial* auflädt mit den Konnotationen von Armut, Elend, unteren Schichten und Klassen. Zuvor waren Lesarten gebräuchlich, in denen *sozial* sich ausschließlich auf die herrschenden Oberschichten, auf deren geselligen Verkehr, auf deren kulturelle Zugehörigkeitsnormen und Werte bezog, also auf zivilisierte, gepflegte Geselligkeit. In der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts avanciert *sozial* zu einem hoch aggregierten semantisch-pragmatischen Komplex, in dem sich ganz widersprüchliche Konnotationssphären überlagern. Ich nenne nur die wichtigsten (die Trennung der Bereiche ist selbstverständlich ganz künstlich, typisch ist deren konnotative Überlagerung!):

- [a] Armut, Unterklasse, Elend
- [b] Wohlfahrt, Hebung und Verbesserung der wirtschaftlichen, kulturellen Lage der Unterschichten
- [c] politischer Kampf der Arbeiter und Unterschichten um wirtschaftliche und politische Rechte
- [d] christlich-brüderlich-sozialreligiöse Motive
- [e] staatliche Politik zur Begrenzung von Ausbeutung, Kinderarbeit etc.
- [f] Kooperation, Genossenschaftswesen, Mutualismus

Neben diesen programmatischen Bezugssphären läuft das analytische *sozial* weiter und verdickt sich (wie in Comtes *physique sociale*) zum terminologischen Relationsadjektiv für alles, was gesellschaftlichen Bezug hat (und langfristig zur *Sozialwissenschaft/Soziologie*). Dieser gesamte Komplex bündelt sich semantisch in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts zur *sozialen Frage*. Und was sich da in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts semantisch zur Sphäre des *Sozialen* konfiguriert, das ist „eine von politischen Leidenschaften hoch besetzte Erfindung der Geschichte“ (Rose 2000: 75), die ihre Gestalt seither mehrfach verwandelt und sich mit diversen staatlichen, administrativen, karitativen, juristischen und anderen Praktiken verknüpft hat.

Zimmermann (1948: 173ff) spricht wohl ganz für die Erfahrung seiner Zeit und seiner sozialen Schicht, wenn er hervorhebt,

dass um 1900 herum das *Soziale* einen „aufreizenden Geruch“, einen „roten Anstrich“ hatte und dass zu dieser Zeit alles, was wir heute auf das begriffliche Spektrum von *Sozialpolitik*, *Sozialismus/Kommunismus*, *Arbeiterbewegung*, *Soziologie*, *Wohlfahrt*, *soziale Gerechtigkeit* etc. verteilen würden, in den Verwendungen von *sozial* gebündelt war. Analytisches und ethisch, politisch, staatlich Programmatisches sind zu dieser Zeit (und in wechselnden Mischungsverhältnissen bis heute) miteinander vermengt in den diversen Verwendungen von *sozial*. Für die deutsche Tradition mag auch bedeutsam sein, dass in *sozial* die (evaluativ eher neutralen) Bestände und Bezüge von *Gesellschaft* mit den (eher warmen und heimeligen) Beständen von *Gemeinschaft* zusammenlaufen.

Wenig verwunderlich, aber hoch indikativ ist es demnach auch, dass Zimmermann (1948: 173), kurz nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs, als seine Alltagserfahrung notiert, *sozial* sei „durch ständigen Missbrauch zu einem wertlosen Allwort abgegriffen“ und in seiner hoch konsensuellen „Qualligkeit“ völlig inhaltslos geworden. Das schreibt Hayek 20 Jahre später einfach von ihm ab. Ganz offenkundig hat die politische Nachkriegszeit *sozial* als an allen Fronten programmatisch zustimmungsfähiges Kompromisswort in Deutschland etabliert, das die Christen über Nächstenliebe, die Sozialdemokraten über die alte sozialistische Konnotation und die Liberalen über die (angeblichen) Gemeinwohlfolgen individueller Gewinnorientierung einzubinden vermochte. Dass es in den programmatischen Leitbegriffen der alten BRD allgegenwärtig war, ist insofern symptomatisch (*Sozialstaat*, *sozialer Rechtsstaat*, *soziale Marktwirtschaft* etc.). Für wechselnde rhetorische Akzentuierungen gibt *sozial* reichlich Raum, eben weil es für einen weitherzigen semantischen Kompromiss steht.

Als darstellungstechnische Kategorie, als „Redeteil“, ist *sozial* qua Adjektiv ein Modifikator anderer Bedeutungen und Bezüge. Damit verbunden ist eine stark eingeschränkte lexikalisch-semantische Autonomie modifizierender Bedeutungen. Ihre semantische Verarbeitung hängt am jeweiligen Bezug auf das Modifizierte. Rein technisch (bzw. syntaktisch) kann *sozial* sich modifizierend auf Verben beziehen (*X handelt sozial*), es kann

von thematischen Referenten (kopula-)prädiziert werden (*Diese Politik ist sozial*) oder substantivische Konzepte und/oder deren Referenten attributiv bzw. koprädikativ modifizieren. Unter „koprädikativ“ verstehe ich alle Adjektivverwendungen, die weder attributiv noch kopulapredikativ sind (vgl. Knobloch i. V.). Dabei gilt, einigermaßen vergrößert (und verzerrt, wie angedeutet, durch die zahlreichen Lehnübersetzungen aus weniger kompositionsfreudigen Sprachen): Die engste *konzeptuelle* Verbindung zwischen Modifikator und modifiziertem Ausdruck entsteht in der kompositorischen Verbindung (*Sozial-*). In der attributiven Verbindung schwanken Adjektive kategorial zwischen dem modifizierenden Bezug auf das substantivische Konzept und der Charakterisierung bzw. Bewertung von dessen Referenten durch den Sprecher. Die adverbiale Modifikation kann sich ebenfalls auf das verbale Konzept und/oder dessen Referenzereignis, -situation, -handlung beziehen. Über diese darstellungstechnischen und konstruktionellen Varianten hinaus dürfte es allerdings für ein politisches Passepartout-Wort wie *sozial* charakteristisch sein, dass die jeweils nicht dominierenden Beziehbarkeiten subkutan und konnotativ präsent bleiben.

Was die evaluativen Gehalte von *sozial* betrifft, so ist noch folgende Beobachtung zu notieren: Auch sie hängen in erheblichem Maße von den Wertgehalten des Nukleussubstantivs ab, wenn wir von attributiven Fügungen reden. Evaluiert der Nukleus positiv, so tendiert das Attribut *sozial* zur Redundanz, ganz wie es Hayek beobachtet hat:

*Soziale Gerechtigkeit, sozialer Frieden, sozialer Zusammenhalt, sozialer Fortschritt, soziale Grundsicherung...*

Bestenfalls wirkt es als Bereichsspezifizierung und Wertungsverstärker. Ist der Nukleus evaluativ neutral, verschiebt sich auch der Wertgehalt von *sozial* in Richtung Neutralität (= Relationsadjektiv):

*Sozialer Wandel, soziale Wirklichkeit, soziale Situation,*

*sozialer Konflikt, soziale Gruppe, soziales Milieu, soziales Umfeld, soziale Realität...*

Im Umfeld negativ evaluierender Nuklei verstärkt *sozial* hingen den mahrenden, beschwörenden Gehalt des ganzen Ausdrucks:

*Soziale Spannungen, soziale Spaltung, sozialer Graben, soziale Ungleichheit, soziale Verwerfungen, soziale Unruhen, soziale Missstände, soziale Schieflage, soziale Katastrophe, soziale Ausgrenzung, soziale Kälte, soziale Gegensätze...*

Man könnte sagen: In diesen Fällen dramatisiert der Zusatz *sozial* das im Nukleus benannte Problem im Blick auf seine Folgen für die Gesellschaft.

[ 4 ] Linguistisches II:  
Narrative Folie für die Verwendung von *sozial*

Wie unentbehrlich uns das Wort *sozial* zur moralischen Orientierung ist, macht die Beobachtung deutlich, dass es völlig unmöglich ist, metasprachlich über *sozial* zu reden, ohne das Wort dabei ständig auch objektsprachlich zu verwenden, was man ja tunlichst vermeiden sollte, damit man nicht in die wohlbekannten Fallen der semantischen Paradoxie tappt: Das genauer zu bestimmende Wort sollte in den Versuchen seiner Erklärung eigentlich nicht vorkommen. Kognitiv identifiziert der Ausdruck (besonders als deadjektivisches Abstraktum und Kollektivsingular *das Soziale*) einen komplexen Bereich gesellschaftlicher Selbstbeschreibung, der (anders als Hayek unterstellt) in den bevorzugten Kollokationspartnern von *sozial* (Gleichheit, Gerechtigkeit) eben nicht identifiziert ist.

Wer in der medialen Gegenwart den Gebrauch des Adjektivs *sozial* studiert, der kommt auch nicht an der Erkenntnis vorbei, dass *sozial* nach wie vor unbedingt und einwandsimmun positiv konnotiert ist. Rein feldsemantisch hat *sozial* zwei primäre An-

tonyme: *unsozial* und *asozial*. Evaluativ gilt für diese beiden Antonyme, dass *unsozial* ein moralischer Appell an den Adressaten ist, die so charakterisierte Politik, die so charakterisierten Verhältnisse negativ zu bewerten, während *asozial* ein moralisches Exklusionsprädikat für Personen (und Verhaltensweisen) ist.

Über diese direkten (und stark wertenden) Antonyme hinaus hat *sozial* freilich noch eine Vielzahl von Gegenwörtern. Und da modifizierende Adjektive semantische Bestimmtheit in der Hauptsache über Dualisierung und Paradigmatisierung von Gegensatzpaaren gewinnen, lohnt ein Blick auf einige dieser mehr oder minder antonymischen Paare:

- [a] *sozial – individuell*
- [b] *sozial – wirtschaftlich*
- [c] *sozial – politisch, staatlich*
- [d] *sozial – egoistisch*
- [e] *sozial – kulturell*

[ a ] In der Antonymie zu *individuell* scheint es auf den ersten Blick evaluativ neutral zuzugehen. Opponiert scheinen hier einfach entgegengesetzte Relationsadjektive: „mit Bezug auf die Gesellschaft“ vs. „mit Bezug auf den Einzelnen“. Auf den zweiten Blick führt aber auch *individuell* eine Doppelexistenz als Relationsadjektiv und als Bewertung. *Individueller Service*, *individuelle Lösung* heißt so viel wie „auf den Einzelnen zugeschnitten“. Außerdem wird *individuell* auch als referenzieller Vereinzeler gebraucht und wird in der Lesart als Relationsadjektiv mit typisierenden Syntagmen auf *sozial* durchaus kompatibel:

*Der individuelle soziale Abstieg/Aufstieg, individuelle soziale Absicherung, das individuelle soziale Elend...*

Das hat mit den grammatischen Mechanismen der Adjektivreihung zu tun, nach welchen die typisierende Bindungsenge nukleusadjazent am stärksten sein kann und nach links die Kräfte der Referenzspezifizierung zunehmen.

[ b ] Die Entgegensetzung von *sozial* und *wirtschaftlich* spielt in liberalen Narrativen natürlich eine wesentliche Rolle. In dieser Konstellation steht zunächst *wirtschaftlich* für die harte Welt der Sachzwänge und *sozial* für das Gute, Wünschenswerte. Es ist eine selbstverständliche rhetorische Pflicht, dass wirtschaftspolitische Maßnahmen *sozialverträglich* sein müssen und dass *Sozialpolitik* die Wirtschaft nicht überlasten darf. Und insofern gehört es zu einer liberalen politischen Sonntagsrede, dass *wirtschaftlich* und *sozial* eben doch *keine* Gegensätze seien. Flankiert wird diese Nachricht freilich dadurch, dass zunehmend nur noch als *sozial* gilt, was den Einzelnen marktfähig macht.

[ c ] In der Entgegensetzung zu staatlich und *politisch* steckt die alte semantische Opposition von Staat und Gesellschaft. In seiner allgemeinen und weiten Bedeutung deckt *sozial* alles Zwischenmenschliche, und damit auch Staat, Politik und Macht ab, in seiner engen, dem Politischen entgegengesetzten Bedeutung nur das, was übrigbleibt, wenn man von Staat und Politik absieht.

In Thomas Hobbes' *Leviathan* müssen die Menschen eben darum per Vertrag einen staatlichen Souverän einsetzen, weil sie (anders als Ameisen und Bienen!) eben von Natur aus *nicht* sozial sind: Individueller Vorteil und Gemeinwohl fallen bei ihnen *nicht* per se zusammen, die Individuen stehen von Natur in Konkurrenz um Ehre, Würde, Macht (Hobbes 1976: 133f). Erst mit Rousseau beginnt die bis heute wirkmächtige Tradition einer Naturalisierung der menschlichen Sozialität (qua elargierter Familie, Hilfsverpflichtung, Solidarität etc.). *Diese* naturalisierte *Sozialität* ist heute ein Gemeinplatz politischer Akteure und als Wert moralisch verpflichtend.

Als verbindlich verbindender Wert für alles staatliche und politische Handeln (nicht zufällig ist stets vom *Sozialstaat* die Rede) ist *sozial* häufig mit den beiden anderen Adjektiven koordiniert. Legitime staatliche und politische Macht ist offenbar nur dann massendemokratisch reproduzierbar, wenn sie (in weiten Grenzen) mehrheitlich als *sozial* erlebt und erzählt werden kann. Wobei die enorme semantische Dehnbarkeit des Adjektivs als Resource dient. Nur was als *sozial* gilt, hat die Chance allgemeiner

politischer Billigung. Performativ mutiert *sozial* vom Ruf nach der Revolution zum Appell an das Gewissen der Oberschichten.

[d] Im Gegensatz zu *egoistisch* haben wir es mit einer klaren Wertopposition zu tun, *sozial* wird hier zu einem Synonym für *altruistisch*. Die interdiskursive Konjunktur dieser Opposition geht weitgehend auf Dawkins (1976) zurück, der den „Egoismus der Gene“ als Schlüsselprinzip aller Lebensprozesse zu etablieren sucht. Der zeitweise starken interdiskursiven Präsenz dieser neoevolutionistischen Motive haben wir die Narrative zu verdanken, die hinter jeder (vermeintlich) altruistischen Verhaltensweise deren letztlich egoistischen Sinn und Zweck zu entdecken suchen (vgl. Knobloch 2015).

[e] In der Entgegensetzung zu *kulturell* gewinnt *sozial* einen ganz anderen Akzent. Auch *kulturell* finden wir unter den häufig mit *sozial* koordinierten Adjektiven. Analytisch und kognitiv steht *sozial* in dieser Opposition für das Kulturübergreifende, für das Universalistische, gewissermaßen für „Gesellschaft schlechthin“ im Unterschied zu den zahllosen kulturellen Differenzen. Es konnotiert dann Züge, die zur menschlichen Natur gerechnet werden und damit das uralte *zoon politikon* / *animal sociale* – Motiv als menschliche Selbstdefinition.

Der Vollständigkeit halber ist hier anzumerken, dass schon Hannah Arendt (1967: 28) notiert: Die seit Thomas von Aquin („*homo est naturaliter politicus, id est socialis*“) kanonische Gleichsetzung von politisch und sozial ist fehlerhaft und schon darum historisch hoch signifikant. Sie zeigt nämlich, dass im 13. Jahrhundert die Bedeutung des Griechischen *politikon* ebenso untergegangen war wie die alte Bedeutung des Lateinischen *socialis*, das – ohne griechische Entsprechung – zunächst ein bloßes Zweckbündnis zwischen Individuen meint (zur Gewinnung von Macht oder Vorteilen für die *socii*). Dass die Menschen *von Natur sozial* seien, kann man erst viel später meinen. Insofern zeigt der Siegeszug von *sozial* seit der Mitte des 19. Jahrhunderts auch als Indikator nachdrücklich die Ablösung der staatlich-politischen Eigensphäre durch den neuen Gott *Gesellschaft* (worauf Gehlen,

s.o., anspielt). Und für dessen Inthronisierung spielt in der Tat Rousseau eine nicht minder wichtige Rolle als ursprüngliche Akkumulation und kapitalistische Industrialisierung.

Für die moderne begriffliche Dynamik von *sozial* bleiben diese (relativen) Antonyme jedoch unbefriedigend, weil das diskursive Drama, in dem *sozial* eine Hauptrolle spielt, inzwischen auf einer anderen, ebenfalls paradigmatisierten semantischen Bühne gegeben wird: Neben dem *Sozialen* spielen auf dieser Bühne hauptamtlich das *Ökonomische* und das *Politische* – in einer Dreieckskonstellation, in der das *Soziale* zur moralischen Adellung der (mit Recht) als ziemlich moralfern geltenden Sphären *Politik* und *Ökonomie* beiträgt. Ein diesbezüglich typischer Beleg aus der ZEIT-online vom 16.11.2016:

Mit digitaler Bildung müsse man die Voraussetzungen dafür schaffen, dass wir „nicht Opfer einer technologischen Entwicklung sind, die über uns kommt wie das Wetter von morgen, sondern dass wir sie gestalten können zum politischen, sozialen und ökonomischen Erfolg“.

In diesem (sowohl paradigmatischen als auch syntagmatischen) Feld von *ökonomisch-politisch-sozial* steht *sozial* erkennbar für den Anspruch, das Kohäsionsproblem gewissermaßen immer mitzudenken, wenn es um wirtschaftliche und/oder politische Richtungsentscheidungen geht. In der (bereits weiter oben skizzierten) Reihe *demokratisch – sozial – ökologisch* tritt das Kohäsionsproblem in eine Reihe mit den anderen großen und einwandsimmunen Fahnenwörtern der Epoche.

## [ 5 ] Der semantische Coup des Liberalismus

Was Fischer (2006) als „semantischen Coup des Liberalismus“ bezeichnet, das ist das nach Bernard de Mandevilles *Bienenfabel* und Adam Smiths *Wealth of Nations* höchst erfolgreich durchgesetzte Narrativ, wonach Egoismus und Altruismus in den

modernen kapitalistischen Gesellschaften die Rollen tauschen. Wenn jeder seinen egoistischen Interessen nutzenmaximierend nachgeht, dann optimiert das insgesamt das Allgemeinwohl, während jeder strategische Versuch (von Staat, Interessengruppen, Moralakteuren), das Gemeinwohl gegen die individuellen Egoismen durchzusetzen, zu einer irreparablen Schädigung des Gemeinwohls führt. Verdichtet ist dieser „semantische Coup des Liberalismus“ im Kollektivsymbol der *unsichtbaren Hand*. Der Staat, *per definitionem* irgendwie zuständig für die Belange des Gemeinwohls, gerät zwangsläufig in eine semantische Zwickmühle. Subskribiert er die Geschichte von der *unsichtbaren Hand*, ist er eigentlich genötigt, alles zu tun, damit sich die individuellen Egoismen der einzelnen Wirtschaftsakteure möglichst ungestört entfalten können. Denn das (und nur das) fördert das Allgemeinwohl. Am meisten Gutes tun wir (so Hayek 1981: 195), wenn wir versuchen, einen Gewinn zu erzielen. Der Staat hat die Verhältnisse so zu gestalten, dass wir das auch können. Das ist dann wohl die *marktkonforme Demokratie*. Jeder Versuch, (womöglich gar organisierter) Interessengruppen gegen die Folgen des segensreichen Wirkens der *unsichtbaren Hand* zu schützen, vulgo: *Sozialpolitik* zu betreiben, ist Teufelswerk. Solche Versuche zerstören die beste aller Welten, die spontane, emergente Ordnung des Marktes, die *große Gesellschaft* (Hayek). Rhetorisch ist die *unsichtbare Hand* auch insofern ein dankbarer Topos, als es ja allen Beobachtern frei steht, die tatsächlich vorfindlichen Verhältnisse entweder auf ihr Wirken oder aber auf ihre staatlich-politische Beeinträchtigung zuzurechnen. Der gläubige Liberale wird stets letzteres tun, wenn ihm etwas nicht gefällt, und stets ersteres, wenn er mit dem Lauf der Dinge zufrieden ist.

Die Entstehungskonstellation des heimlichen Grundbegriffs *sozial* in der Mitte des 19. Jahrhunderts dürfte die zunächst durchaus moralische Reaktion auf diesen semantischen Seitenwechsel von Egoismus und Altruismus im Liberalismus des 19. Jahrhunderts gewesen sein. Die Radikalisierung dieser Reaktion in der sozialistischen und kommunistischen Arbeiterbewegung führt dann zu dem (bei allen Beobachtern in der Zeit des Kaiserreichs notierten) semantischen Amalgam, in dem *sozial*, *sozialistisch*

und selbst *soziologisch* (sagen wir) Aufruhr und Rebellion gegen die Staats- und Gesellschaftsordnung konnotierten. Erst nach dem 2. Weltkrieg wird *sozial* zum defensiven Fahnenwort der politischen Mitte gegen alles, was sich sozialistisch nennt. Normalistisch gesprochen: alles, was als *sozial* kodiert werden kann, ist inkludiert, alles *Sozialistische* ist exkludiert in die tendenziell anormalen Randzonen der politischen Topologie. Wie stark diese Opposition bis heute im allgemeinen Bewusstsein verankert ist, erkennt man daran, dass die semantische Gegenoffensive des radikalen Neoliberalismus (Friedman, Hayek), die alles *Soziale* für *sozialistisches* Teufelswerk erklärt, in der Sache partiell erfolgreich ist (Obamas Krankenversicherung wird von den US-Rechtsliberalen als *Sozialismus* kodiert), aber semantisch nicht richtig durchdringt. *Sozial* bleibt moralisch positiv. Umstritten bleibt, welche staatlich-politischen Maßnahmen *sozial* sind oder wirken.

Allerdings finden sich auch in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts bereits viele Belege dafür, dass sich *sozial* evaluativ positiv moralisiert und in einen scharfen Gegensatz zum politisch radikalen *sozialistisch* tritt. So schreibt der sprachkritische Fritz Mauthner (von dem auch das Motto zu diesem Text stammt):

Soziale Einrichtungen erscheinen uns wertvoll, nicht weil sie an anderen Werten gemessen die Wohlfahrt verbürgen, sondern weil sie *sozial* sind. Das Wort ‚sozial‘ erscheint wertvoll.

(Mauthner 1906: 90)

Und Leopold von Wiese, Befürworter eines gemäßigten Liberalismus, glaubt schon 1917 feststellen zu müssen: „Sozial zu sein ist nicht dasselbe wie gut oder vor Gott gerecht zu sein.“ (Wiese 1917: 115). Die implizite Trennung der konnotativen Bestände von *sozial* und *sozialistisch* dürfte zu dieser Zeit bereits im Gange gewesen sein.

Die bis in die Gegenwart hinein entscheidende semantische Weichenstellung dürfte allerdings bei *sozial* mit dem Eintreten des Staates in die Verantwortung für die (nationale) Kohäsion in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts verbunden sein. Fischer

(2006: 108f) argumentiert, dieser Prozess hin zu einer staatlichen Kohäsionspolitik habe sich in der Selbstabgrenzung staatlichen Handelns vom radikalen Liberalismus und vom revolutionären Sozialismus vollzogen, mit der symbolischen Übernahme einer Vermittlungsrolle durch den Staat gewissermaßen. Als ereignisgeschichtliche Marke kann in Deutschland die Bismarcksche *Sozialgesetzgebung* der 1880er Jahre gelten. Für Frankreich liefert Ewald (1993) die klassische Rekonstruktion der diskursiven Genese des „Vorsorgestaates“ um 1900. Die Flut des *Sozialen*, die seit den 1880er Jahren anschwillt, ist Ausdruck eines zugleich moralischen und juristischen Solidarismus, der den Einzelnen von vornherein nur als Produkt gesellschaftlicher Selbstdifferenzierung sieht, unter Umkehrung des liberalen Individualismus gewissermaßen. Am Beispiel der Versicherung von Arbeitsunfällen entwickelt Ewald (1993) die umfassende Abhängigkeit dieses neuen Solidarismus von einem versicherungähnlichen staatlichen Risikomanagement. Von da an gilt ein (natürlich fiktiver) Vertrag zwischen den Individuen und „ihrer“ Gesellschaft, der ihnen einerseits einen Lebensunterhalt garantiert, wenn sie alt, krank, arbeitsunfähig etc. sind, andererseits die Pflicht auferlegt, sich selbst zum Wohle des Ganzen zu optimieren und zu *entwickeln*. *Sozialisiert* werden die Kinder in Schulen und Kindergärten, die Erwachsenen in Vereinen, Gewerkschaften, Verbänden, *resozialisiert* die Verbrecher in den Gefängnissen. In dieser Entwicklung, die (im weitesten Sinne) zum Vorsorgestaat, Wohlfahrtsstaat, Sozialstaat führt, sieht Ewald (1993) eine doppelte Frontstellung: Gegen den Liberalismus, der seit Mandeville und Smith auf die Moralisierung von Armut, Elend etc., also auf Mitleid und Barmherzigkeit als natürliche Tugenden der Individuen setzt, etabliert der Vorsorgestaat ein (nicht mehr auf Moralisierung angewiesenes) rechtliches System aus Ansprüchen und Pflichten. Gegen den kämpferischen Klassensolidarismus der Arbeiterbewegung setzt der Vorsorgestaat die Fragmentierung und Individualisierung dieser Rechte und Pflichten. Der staatliche Solidarismus bricht, so gesehen, die Solidarität der Kämpfenden und ihre kollektive Moral. Er ist, *horribile dictu*, zugleich eine Maschine zur Abwertung und Atomisierung der

Individuen, die vom Gesichtspunkt der Gesellschaft nur „Zufälligkeiten“ sind (Ewald 1993: 481), und zur Steigerung der moralischen Verantwortung eben dieser Individuen, deren Handlungen und Handlungsfolgen immer auch alle anderen betreffen. Auch die völkischen Ideologien der Zwischenkriegszeit (und der Nazis) leben davon, dass diese solidaristische Weltansicht weitgehend durchgesetzt ist (*Du bist nichts, dein Volk ist alles*).

Für die Periodisierung der Begriffsgeschichte von *sozial* kann die Zeit zwischen 1880 und dem Ersten Weltkrieg so für die Etablierung und Institutionalisierung der Verhältnisse stehen, in denen der Staat das Kohäsionsproblem als Selbstlegitimation annimmt und lernt, dessen Mobilisierungsressourcen einzusetzen: Schul-, Gesundheits-, Sozial-, Hygienepolitik erfassen den Einzelnen und suchen ihn zum Wohle des Ganzen einzubinden und zu verpflichten.

*Soziale* Kohäsion beerbt in Deutschland nach der Reichsgründung die zuvor diskursiv dominante sprachlich-kulturelle Kohäsion. Seither ist das Problem, auf welches der Ausdruck *sozial* programmatisch antwortet, das des gesellschaftlichen Zusammenhaltes. Und die Bedeutung von *sozial* wechselt mit den herrschenden Definitionen und Erscheinungsformen des Kohäsionsproblems durch konkurrierende staatliche und gesellschaftliche Akteure. Als Forderung ist *sozial* bis heute die mahrende Chiffre, man möge die revolutionäre Sprengkraft des Kohäsionsproblems nicht unterschätzen. Ohne den latenten Hintergrund dieses Kohäsionsproblems ist die Rhetorik der (wirtschaftlichen, sozialen, politischen) *Mitte* kaum zu verstehen. Die gilt nämlich als symbolischer Ziel- und Anziehungspunkt der Individuen und insofern auch als kollektivsymbolische Gegenkraft gegen alles, was Kohäsion bedroht (*Spaltung, Schere, schrumpfende Mitte, Ungleichheit* etc.).

Von dieser Periode der Etablierung des *Sozialen* als Grundbegriff deutlich zu unterscheiden ist dann die Zeit nach 1945 in Deutschland, in der *sozial* den konsensuellen Kompromiss aller legitimen Parteien gegenüber der sozialistisch-kommunistischen Gefahr markiert. Darauf folgt so etwas wie eine massendemokratische Transformation der konnotativen Ressourcen von *sozial*

in den 1960er Jahren und eine imagepolitische Transformation in den 1990er Jahren. In den 1960er Jahren erhält *sozial* eine moralisch-kämpferische Note und nähert sich im Gebrauch dem Wert an, den Arnold Gehlen im obigen Zitat so umschreibt: die Zugänglichkeit der materiellen und geistigen Lebensgüter für alle als ethisches Postulat – für das politisch gekämpft werden muss, und zwar von den Benachteiligten selbst. Zeitgleich etabliert die kämpferische 1968er Generation (inspiriert durch die Frankfurter Schule) eine wirkmächtige Alltagstheorie der *gesellschaftlichen Bedingtheit* von allem und jedem, vor allem auch des individuellen Verhaltens (Bude 2018: 68f). Das dürfte nicht unerheblich zur Fusion *und* zur Arbeitsteilung zwischen den Adjektiven *sozial* und *gesellschaftlich* beigetragen haben. Beide erhalten komplementäre konnotative Aufladungen dergestalt, dass *gesellschaftlich* für das Analytische und *sozial* für das Programmatische zuständig wird.

Diese rhetorisch-semantischen Bestände erbt der moderne Neoliberalismus nach 1990, wenn er zur herrschenden Lehre wird. Er transformiert sie aber in demonstrative Staatsaktivitäten, bei denen es weniger um organisierte Kämpfe der Betroffenen und mehr um das moralische Image des Staates selbst geht, der seine Legitimität zusehends aus dem gemanagten Eindruck bezieht, er schaffe (individuelle) Rechte für anerkannte Gruppen von Benachteiligten. Sollten diese Gruppen organisiert sein und kämpfen, wirkt sich das eher zu ihrem Nachteil aus, was ja der liberalen Doktrin entspricht, dass alle organisierten Gruppeninteressen das Wirken der unsichtbaren Hand beeinträchtigen, während der Staat das Recht hat, benachteiligte Individuen zu ermächtigen und marktreif zu machen.

## [ 6 ] Der Wohlfahrtsstaat als Garant von sozialer Kohäsion

In der soziologisch-politologischen Literatur zum massendemokratischen *Wohlfahrtsstaat* und seiner Semantik (exemplarisch Lessenich 2003, Fischer 2006, Nassehi 2003) wird überwiegend herausgestellt, dass dieser Staatstyp sowohl in der Selbstdefini-

tion als auch in der Fremddefinition durch das Wahlpublikum auf das (diskursive) Problem der Sicherung *sozialer Kohäsion* verpflichtet sei. Beschwörende Formeln wie die von der *sozialen Spaltung*, dem *Auseinanderdriften* der Gesellschaft, der *wachsenden Kluft zwischen Arm und Reich*, der *schrumpfenden Mittelschicht* (und im weitesten Sinne: Formeln der *Inklusion*) bestätigen diese Diagnose. Die *Schere*, die sich immer weiter öffnet, ist ein gängiges Kollektivsymbol für diesen Komplex. Wie alle Diagnosen lässt sich auch diese freilich ganz unterschiedlich akzentuieren. Wer politische Macht (als Meinungsmacht) eher unter dem Gesichtspunkt ihrer kommunikativen Herstellung betrachtet, der konstatiert ganz kühl, dass der moderne Wohlfahrtsstaat durchaus keinen Wert darauf legt, die Kohäsionsprobleme bezüglich „randlicher“ sozialer Gruppen wirklich zu lösen. Er legt vielmehr allein Wert darauf, sein eigenes Image so zu kommunizieren, dass es die stetige Besorgnis um die Erhaltung sozialer Kohäsion dokumentiert. Anders gesagt: Die neoliberale Politik der *sozialen Kohäsion* ist ein Element der staatlichen Selbstsorge, in deren Kontext universalistisch moralisierbare Gruppeninteressen in individuelle Ansprüche an den Wohlfahrtsstaat umgewandelt (und gegen einander für Abwägung, Ranking, Priorisierung etc. in Stellung gebracht) werden (Fischer 2006).

Wenn diese Analyse zumindest partiell angemessen ist, dann wäre zu vermuten, dass das Epitheton *sozial* in erster Linie zur staatlichen (und institutionellen) Imageproduktion eingesetzt wird. Es funktioniert, solange am Ende der Eindruck entsteht, der Staat habe sich aktiv für die Interessen (*sozial!*) benachteiligter Gruppen eingesetzt, ihren individuellen Mitgliedern bessere Startchancen auf den diversen Märkten, vor allem natürlich auf dem Arbeitsmarkt, verschafft.

Die Lektüre typischer Medientexte zu der Streitfrage: Was ist/wirkt eigentlich *sozial*? Bestätigt die Vermutung, dass alle Mitropolitiker im Wohlfahrtsstaat vor allem an der Pflege der eigenen Images interessiert sind. Konkret definiert der Staat seine Pflichten gegenüber benachteiligten Gruppen in erster Linie so, dass er ihren individuellen Mitgliedern Möglichkeiten anbietet, sich fit zu machen für den Arbeitsmarkt. Ob es sich um Kitas

mit Ganztagsbetreuung (Frauen), Lebenslanges Lernen (Arbeitslose), Qualifizierung (Flüchtlinge) etc. handelt, immer lautet die Nachricht: Wir helfen Individuen aus benachteiligten *communities*, sich fit zu machen für den Arbeitsmarkt (und wir finanzieren keine Sozialleistungen im klassischen Sinne, weil die nämlich gerade die individuelle Motivation für die Arbeitssuche zerstören („Das süße Gift der Subventionen“, Heise 2017). Damit ist der Staat, salopp gesprochen, fein heraus. Er hat das Seine getan, die restliche Verantwortung liegt bei den Empfängern seiner Hilfe.

Wie in diesem Zusammenhang strategisch um die inhaltliche Füllung und die Definitionshohheit für *sozial* gestritten wird, kann man anekdotisch zeigen an der verwickelten Karriere des definitorisch-programmatischen Slogans *Sozial ist, was Arbeit schafft*. Dessen jüngste Karriere beginnt mit der im Jahr 2000 gegründeten *Initiative neue soziale Marktwirtschaft*, einer neoliberalen PR-Organisation diverser Arbeitgeber- und Wirtschaftsverbände. Sie setzt den Spruch in Umlauf. Für das Jahr 2002 finden sich „Übernahmen“ des Spruches durch Merkel, Westerwelle, Rüttgers, Stoiber. In der CSU-Wahlwerbung wird der Satz 2002 eingesetzt. 2009 steht er im Programm der FDP für die Europawahl und in der Antrittsrede des damaligen neuen Arbeitsministers Jung (CDU). Die Diskussion kommt in Fahrt, als die *taz* (18.8.2002) kommentiert, es handele sich bei diesem Spruch um ein nur leicht modifiziertes Zitat aus einer Rundfunkrede Alfred Hugenburgs zur Reichstagswahl 1932 (28.7.1932): „Derjenige ist wirklich und wahrhaft sozial, der Arbeit schafft“. Dass ausgerechnet einer der Wegbereiter und Weggefährten Hitlers diesen (wahrhaft marktliberalen!) Satz geprägt hat, ist natürlich gute Wahlkampfmunition und wird auch von der SPD als solche genutzt.

Da im mediopolitischen Interdiskurs eine explizite Gegenposition zum Wert- und Programmgehalt von *sozial* offenbar nicht bezogen werden kann, steht der Ausdruck ganz uneingeschränkt für das zur Verfügung, was man eine Zeitlang „Begriffe besetzen“ genannt hat: Wer verfügt über genügend Diskurs- und Deutungsmacht, um *seine* Lesart eines inhaltlich unbestimmten Begriffs in die Zirkulation zu bringen und durchzusetzen? Es wimmelt

selbstverständlich im Internet von kritischen Kommentaren, die gegen den Slogan geltend machen, *sozial* bedeute „eigentlich“ etwas ganz anderes, nämlich durchweg moralisch: Altruismus, Hilfe für die Schwachen, Nächstenliebe etc. Es gibt so etwas wie eine neoliberale Lesart von *sozial*, die im Wesentlichen individuelle Hilfe bei der Selbstqualifikation für den Arbeitsmarkt umfasst und der eine karitativ-moralische Lesart gegenübersteht, die zwischen der idealisierten staatlichen Umverteilungspolitik der 60er und 70er Jahre und einer moralischen Pflicht gegenüber den Armen schwankt.

Studieren kann man den augenblicklichen Istwert von *sozial* in den Kommentaren neoliberaler Ideologen zum anlaufenden Wahlkampf in Deutschland 2017, in dem die SPD (mal wieder, ist man geneigt zu sagen) auf das Image der *sozialen Gerechtigkeit* setzt, sicher auch, um der Linken auf der einen Seite, der sozialdemokratisierten Merkel-CDU auf der anderen Seite, ehemalige SPD-Stammwähler wieder abzugewinnen. Als einen diesbezüglich typischen Text nehmen wir Piper (2017). Der Autor bedient sich zunächst bei Hayek und stellt eingangs in Frage, ob *sozial* in der Kombination mit *Gerechtigkeit* überhaupt eine Bedeutung habe. „Kann etwas sozial ungerecht sein, wenn es gleichzeitig gerecht ist?“ Schon Hayek wird nicht müde zu betonen, dass *gerecht* nur die Handlungen von Individuen sein können. Für den Status von *sozial* als einem nicht hintergehbaren Grundbegriff spricht dann freilich der Umstand, dass der gesamte Folgetext zu belegen sucht, dass Forderungen, die im Namen der *sozialen Gerechtigkeit* erhoben werden, keineswegs *sozial gerecht* sind! Gebührenfreie Kitas, so Piper (2017) nutzen der Mittelschicht, die sie nicht braucht, die Bedürftigen zahlen bereits jetzt nicht (oder weniger). Die Abschaffung der Studiengebühren führe ebenfalls nicht zu mehr Gerechtigkeit. Schließlich erwerbe man im Studium die Chance auf ein „überdurchschnittliches Lebenseinkommen“:

Nun dürfen Langzeitstudenten Studienplätze belegen, während in den unterfinanzierten Universitäten junge Wissenschaftler mit schlecht bezahlten Teilzeitjobs über die Runden kommen müssen. (Piper 2017: 26)

Angesichts der Tatsache, dass die Studiengebühren allenthalben zur Begründung für die Ausweitung prekärer und befristeter Stellen für „junge Wissenschaftler“ herhalten mussten (die freilich mit dem Ende der Studiengebühren nicht wieder abgeschafft wurden), weil sie nicht langfristig kalkulierbar seien, kann man das nur als postfaktische Demagogie bezeichnen. Am Ende mündet dann das Gerechtigkeitsmotiv in die neoliberale Standardnarration von Bildung und Chancengleichheit: „Wir tun zu wenig, damit Menschen aus prekären Milieus ihre Potenziale entfalten können“, zitiert Piper den Generalsekretär des Caritasverbandes als unverdächtigen Zeugen. Nachdem er zuvor schon den DIW-Präsidenten mit der steilen These zitiert hat, es sei das *Reden* über Gerechtigkeit, das die Gesellschaft weiter spalte.

Selbstverständlich wird hier über die normative Autorität verhandelt, die den Leitwert *sozial* mit politischen Inhalten verbindet, auch wenn der Autor bestreitet, dass *sozial* überhaupt eine Bedeutung habe. Piper thematisiert auch (ganz in der Tradition des Besetzens von Begriffen), dass *soziale Gerechtigkeit* einen linken Klang habe, um dann zwei italienische Theologen aus der Mitte des 19. Jahrhunderts mit dem Erstbeleg von *iustitia socialis* zu ehren. Und in den begrifflichen Vorschlägen, die Piper selbst macht, um die *soziale Gerechtigkeit* zu ersetzen, ist *sozial* und *gerecht* ebenfalls mächtig präsent:

Wie wäre es zum Beispiel mit der „gerechten Sozialordnung“? Die steht im Godesberger Programm und verbindet auf sehr altmodische [Weise? CK] das Ziel der Gerechtigkeit mit dem einer konsistenten Ordnung, so wie es der Tradition der Sozialen Marktwirtschaft entspricht. (Piper 2017: 26)

[ 7 ] *Sozial* im Kontext  
massendemokratischer Selbstmoralisierung des Staates

Als einen *sozialen Arbeitsmarkt* bezeichnen Staatsakteure öffentlich finanzierte Arbeitsplätze für Langzeitarbeitslose. Die Wendung wird nicht selten mit *sogenannt* versehen, was andeutet,

dass sie lexikalisch noch nicht wirklich etabliert ist. Die Formel indiziert aber die staatliche Definition einer Maßnahme als *sozial*, die Arbeit für Menschen bezuschusst oder bezahlt, die im regulären Arbeitsmarkt nicht unterkommen. Ausdrücke dieses Typs befestigen den Eindruck, dass staatliche Akteure den Gesslerhut *sozial* definitiv grüßen müssen. Gleich, was sie konkret tun, es muss als *sozial* präsentabel sein, besser noch: als *sozial gerecht*, *sozial ausgewogen*, *sozialverträglich*. All das unterstreicht die grundsätzliche Fortdauer der semantischen Nachkriegskonstellation: *Das Soziale* mag inhaltlich hoch umstritten und in seiner Definition veränderlich sein, aber es gehört weiterhin zur selbst erklärten Zuständigkeit staatlicher Akteure. Als solches konkurriert es freilich mit den anderen, in der Selbstsorge des Wohlfahrtsstaates hoch moralisierten Themenfeldern: Frauen, sexuelle Minderheiten, Bildung etc., denen aber stets eine Prise *Soziales* beigemischt ist: Die soziale Benachteiligung von Frauen zeigt sich im Lohngefälle, in der Nichtwürdigung von Haus- und Carearbeit, in der Altersarmut etc., individuelle Bildungsanstrengungen werden als sichere Mittel des *sozialen Aufstiegs* und als Rückversicherung gegen *sozialen Abstieg* propagiert. Bei gleichgeschlechtlichen Paaren geht es durchweg um deren *soziale Benachteiligung* etc.

Mit dieser öffentlichen Unanfechtbarkeit des *Sozialen* öffnet sich freilich noch eine andere, eine symbolisch-kommunikative Schere. Alles, was qua einwandsimmuner Moralisation dem Wertstreit weitgehend entzogen ist, wird automatisch zur Resource privat marktförmiger und pseudoprivater Imageproduktion. Werte, gegen die man öffentlich nicht auftreten kann, sind *eo ipso* freigegeben für die Sphäre der Imagewerbung. Neben den Staatsakteuren und den sogenannten Wohlfahrtsverbänden (Caritas, AWO, Rotes Kreuz, Paritätischer Wohlfahrtsverband etc.), die (wenn man nach der Finanzierung schaut) ebenfalls überwiegend staatlich sind, etablieren sich also in den letzten 25 Jahren in der Öffentlichkeit Akteure, die das Wertwort *sozial* im Schilde führen. Dazu gehören einfache propagandistische PR-Organisationen des Kapitals wie die *Initiative neue soziale Marktwirtschaft* ebenso wie die global tätigen Organisationen des aktiven Regi-

mewechsels in Osteuropa (verbunden zumeist mit dem Namen von George Soros). Was im Bereich der Warenwirtschaft als *fair produziert* oder *fair gehandelt* prozessiert wird, das partizipiert ebenfalls am positiven Image des *Sozialen*.

Was die mediopolitische Sphäre der öffentlichen Kommunikation betrifft, so führt die skizzierte Konstellation dazu, dass sich eine Konkurrenz etabliert. Die hat zum Inhalt, wer mit den positiven Wertgehalten des *Sozialen* öffentlich identifiziert wird. Die Gewerkschaften sind als erklärte Interessenverbände an dieser Front inzwischen zweifellos in der Defensive. Ihnen hat man erfolgreich das Image der partikularen Gruppenanliegen verpasst, das der hohen Moralisierung des *Sozialen* zu widersprechen scheint. Das Image der Wohlfahrtsverbände hingegen ist ein moralisches, durchaus positiv, ihr politisches Gewicht ist und bleibt dagegen gering. Mit den öffentlich höchst präsenten *pressure groups* des Kapitals mag der Staat (und mögen seine Akteure) nicht gerne identifiziert werden. Die einzige öffentlich akzeptable Rolle für die Staatsakteure ist die des Schiedsrichters gegenüber den konkurrierenden moralischen Anliegen der Interessengruppen. Diese Rolle hat auch den Vorzug, den Staat als neutral gegenüber den gleichberechtigten Kräften der Gesellschaft erscheinen zu lassen.

Illustrieren kann man diese Konstellation durch eine Anekdote: Nach dem medial skandalisierten Hungertod eines vernachlässigten Kindes in Hamburg gründet ein Pfarrer, gesponsort durch Unilever und flankiert mit einer Imagekampagne, eine Einrichtung („Arche“), die *sozial schwachen* Kindern ein kostenloses Mittagessen und Aufenthaltsräume für Schulaufgabenbetreuung zur Verfügung stellt. Das führt zu heftigen Protesten der etablierten Wohlfahrtsverbände, die den *strange bedfellows* (Pfarrer/Unilever) vorwerfen, den Tod eines Kindes geschmackloserweise für eine Imagekampagne zu instrumentalisieren. Dass es sich auch um einen Übergriff auf das Terrain der Wohlfahrtsverbände, eine Art Revierverletzung, handelt, wird öffentlich natürlich nicht thematisiert. Hier tut sich offenbar eine Kluft auf zwischen institutioneller (sagen wir) Verwaltung und Bearbeitung der *sozialen Probleme* und imagepolitischer Instrumentalisierung von

Wohltätigkeit nach dem bei Prominenten, Milliardären, Wirtschaftsunternehmen – und zusehends auch bei (den Marktmechanismen ausgelieferten) öffentlichen Institutionen – beliebten Modell „Tue Gutes und rede darüber!“ (vgl. Knobloch 2015a). Was in diesem Zusammenhang entsteht, ist eine Art Dreiecksbeziehung zwischen Staatsakteuren, Wohlfahrtsverbänden und privaten Image- bzw. Aufmerksamkeitsakteuren. Verhandelt wird in diesem Dreieck das Wertimage des *Sozialen* – und wem es in der Hauptsache zugerechnet wird. In dieser Konstellation liegt das Risiko, dass auch der Wohlfahrtsstaat zum reinen Imageakteur degeneriert, der nicht wirklich am sachlichen Erfolg seines Handelns interessiert ist, sondern lediglich an der Verbesserung des eigenen Images. *Symbolpolitik* wäre dann die diskursive Formel, mit der das kritisiert werden könnte. Es käme dann nur darauf an, welche Ziele der Staat als gemeinwohlförderlich, als *sozial*, demonstrativ verfolgt. So kann man hinter der verbalen Fahne der *Inklusion* offenbar die teuren professionellen Strukturen der Behandlung behinderter Schulkinder demontieren und sie in das preiswerte allgemeine Schulsystem verschieben.

Dass die Präsentation des Wertwortes *sozial* unbedingten Konsens einfordert und den politischen Gegner daran hindert, Differenzen geltend zu machen, illustriert ein französisches Beispiel: Balbastre (2017) hat in der Zeitung *Le Monde* gezählt, dass die Formel vom *dialogue social* zwischen 2000 und 2010 sechszigmal so häufig auftaucht wie in den Jahrzehnten vorher, und zwar stets da, wo zuvor von Verhandlungen (*négociation*) zwischen Arbeitgebern und Gewerkschaften die Rede war. *Verhandlungen* (so lässt er einen Gewerkschaftsvertreter zu Wort kommen) implizieren entgegengesetzte Interessen, die zu einem Ausgleich gebracht werden müssen. Wer hingegen im *dialogue social* die Zustimmung verweigert und auf gegensätzlichen Interessen beharrt, der ist offenbar ein Störenfried. Der Gewerkschaftsvertreter kommt zu dem Schluss: „Depuis que le ‚dialogue social‘ est devenu le parangon de la modernité, les intérêts des salariés se sont évaporés“.

[ 8 ] Das Adjektiv *sozial* im Kräftedreieck von kategorialem Schema, konzeptuellen Beziehbarkeiten und Nennbefestigung bzw. lexikalischer Typisierung

Wir müssen noch einmal zurückkommen auf das unter [2] skizzierte Verhältnis der im engeren Sinne linguistischen Konstruktionen von *sozial* zur (politisch-moralischen) Semantik und Pragmatik der mit dem Adjektiv gebildeten Ausdrücke. Komposita mit *Sozial-* und attributive Syntagmen, so haben wir gesagt, können beide für enge, hoch typisierte, quasi-lexikalische Nennheiten stehen oder aber für weniger enge, aus lokalen textuellen Nenn- und Charakterisierungsbedürfnissen komponierte Einheiten. Im Deutschen tendiert das Kompositum zum ersteren, das attributive Syntagma zum letzteren Modell, aber die Überlappungszone ist breit. So ist im Deutschen *Sozialsystem* lexikalisiert als Gesamtheit der staatlichen und gesellschaftlichen sozialen Einrichtungen, die der gesellschaftlichen Kohäsion verpflichtet sind. Soziales System ist terminologisiert in der Soziologie als gegen eine spezifische Umwelt abgesetzter Zusammenhang von Kommunikationen. Hohe Gebrauchsfrequenzen liefern die Korpora verständlicherweise nur für hoch typisierte und nennfeste Bildungen.

Gradadverbien und Gradpartikel (*sehr, ziemlich, ausgesprochen, zutiefst, eminent...*) schieben automatisch den Bewertungsgehalt von *sozial* in den Vordergrund. Erstelemente von Komposita sind systemisch (als „verinselte“ und dekategorierte Größen) nicht von Gradelementen zu modifizieren. Das Sehrsozialsystem geht nicht. Wenn ein attributives Syntagma halbwegs nennfest geworden ist, geht in der Regel die Kombination mit Gradelementen auch nicht, und wenn sie geht, dann verändert sich auch der Nennwert des Ausdrucks weg von der Typisierung:

*Sozialer Aufstieg* – ?*sehr sozialer Aufstieg*

*Soziales Leben* – ?*ziemlich soziales Leben*

*Soziale Gerechtigkeit* – ?*ausgesprochen soziale Gerechtigkeit*

Ist das Attribut hingegen stärker charakterisierend als typisierend, z. B. zu Handlungen, Maßnahmen etc., sind Gradelemente jederzeit möglich:

*Eine sehr soziale Maßnahme, eine ausgesprochen soziale Tat, Politik, Handlung...*

Diese Polarität ist offenbar aufgespannt zwischen lexikalischer Typisierung und/oder Nennfestigkeit auf der einen Seite, Charakterisierung des Bezeichneten durch den Sprecher auf der anderen Seite. Sie ist typisch für die Kategorie Adjektiv. Der Ausdruck *soziale Netzwerke* ist ein nennfester typisierender Sammelname für *Facebook, Twitter, Instagram* etc., wir interpretieren ihn, indem wir das typisierte Gemeinte des Syntagmas identifizieren. Insofern funktioniert das Syntagma gewissermaßen wie ein Lexem. Eine kompositionale Deutung im Sinne von „ein Netzwerk, das sozial ist“ führt nicht zum Ziel. Wollten wir etwa die *Caritas* zu den sozialen Netzwerken zählen, weil sie ein Netzwerk mit sozialen Aufgaben ist, müssten wir mit Missverständnissen rechnen. Die funktionale Opposition hängt offenbar auch mit der Opposition von prädikativem und nominativem Gebrauch von Adjektiv-Substantiv-Syntagmen zusammen. Im prädikativen Gebrauch tendiert das attributive Adjektiv dazu, rhematisch zu werden (Thompson 1988). Zumindest in der gesprochenen Sprache sind viele prädikative Adjektiv-Substantiv-Syntagmen von der Art, dass der substantivische Nukleus lediglich den Subjektsreferenten in einer allgemeineren Konzeptualisierung wieder aufnimmt:

*Der Zauberberg ist ein phantastisches Buch; Peter ist ein intelligenter Junge; Der Karneval ist für Kölner die schönste Jahreszeit...*

Diese Struktur setzt offenbar voraus, dass das attributive Syntagma keinen nennfesten und typisierenden Komplex bildet, sondern semantisch dekomponiert werden kann. Rhematisch ist in der Regel das Adjektiv. Ähnlich wie in Referenz restringierenden

Nennsyntagmen (*Ich nehme den roten [Pullover]*) ist der Nukleus lediglich eine syntaktische Schließung und Komplettierung der Phrase. Anders als in solchen referierenden Nennsyntagmen kann der Nukleus aber im Prädikat nicht ohne weiteres weggelassen werden. Zwar gehen umgangssprachlich auch Formulierungen wie *Peter ist ein (ganz) schlauer*, aber deren Gebrauch ist auf eng begrenzt.

In der linguistischen Literatur fehlt eine systematische Analyse und Beschreibung der Differenzen zwischen attributiven Gruppen in prädikativer und in referentieller Funktion. Selbst für anwendungsnahe Themen wie *sozial* wäre eine solche Analyse und Beschreibung hilfreich, denn alle hochfrequenten Belege, attributive Syntagmen wie Komposita, legen den Schluss nahe, dass es sich in der Hauptsache um typisierende Nennsyntagmen handelt. Die Bildungen, deren Bedeutung kompositional konstruiert werden muss, sind eindeutig in der Minderheit. Womöglich haben wir es aber auch mit bloßen Frequenzeffekten zu tun: Was häufig vorkommt, erweckt den Eindruck, nennfest und lexikalisiert zu sein. Wer größere Belegmengen zu *sozial* durchsieht, der bekommt jedenfalls den Eindruck, dass nicht dekompositionierbare Nenneinheiten des Typs *soziale Netzwerke*, *soziale Medien*, *sozialer Aufstieg*, *sozialer Absturz*, *soziale Schiefelage*, *soziale Not*, *soziales Engagement*, *soziale Einrichtung*, *soziale Härte* etc. die Mehrheit der Belege bilden. Zweifellos ist hier die syntaktische Bindungsenge nicht überall gleich stark oder schwach, zweifellos ist auch die Nennfestigkeit insofern eine Illusion, als jeder unter *sozialer Schiefelage* etc. verstehen kann, was er will. Es handelt sich um *noetische Einheiten* und keinesfalls um *referentielle*. Im Gegenteil, die Opposition von noetischer Festigkeit und referentieller Unbestimmtheit ist nachgerade charakteristisch für die einschlägigen Bildungen. *Soziale Spaltung*, *Schiefelage*, *Polarisierung* etc. stehen für alarmistische *buzz words*, deren empirische Entsprechungen eben naturgemäß strittig bleiben. Was auch immer das sonst noch bedeuten mag: Es bedeutet jedenfalls auch, dass im politischen Diskurs diese Bildungen kraft der semantischen Systemwerte funktionieren und nicht kraft ihrer externen Referenzwerte. Auch das ist trivial und keineswegs

überraschend. Historisch-politische Begriffe sind wohl maximal systemabhängig, aber nur, wenn man das Sprachsystem (ganz im Gegensatz zur strukturalistischen Tradition) nicht als unhistorische Abstraktion, sondern als realen Schnitt in der diachronen Kette der verfügbaren konnotativen Ressourcen für die Sprecher versteht.

### [ 9 ] Konstruktionsbedeutung bei Nenneinheiten?

Attributive Verbindungen mit *sozial* umfassen eine breite Palette von Typen und Möglichkeiten, die sich überlagern und vermischen. Da es sich bei dem Adjektiv *sozial* um einen leicht von Sprache zu Sprache wandernden Internationalismus handelt, importieren Lehnübersetzungen auch die Konstruktionsmuster der Sprachen, aus denen sie übernommen sind. Das Erstelement in einem Kompositum auf *Sozial-* kann ebenso alle Lesarten des Adjektivs kodieren wie das attributive Adjektiv *sozial* in einem nennenden und/oder charakterisierenden Syntagma. Insgesamt haben wir es mit einer maximalen Überlagerung der Konstruktionstypen zu tun. Erst die konventionelle oder fallweise Beziehbarkeit der Adjektivbedeutungen auf den jeweils modifizierten Ausdruck erlaubt uns, die Verhältnisse halbwegs eindeutig semantisch zu ordnen.

Aufgrund seiner evaluativen Ladungen und seiner höchst allgemeinen Bedeutung als Relationsadjektiv („mit Bezug auf Gesellschaft“) hat *sozial* eine geringe Eigenselektivität. Es verbindet sich attributiv und in Komposition mit Orts- und Institutionenbezeichnungen (*Sozialamt, Sozialstation, Sozialkaufhaus, Sozialgericht, soziale Einrichtungen*), mit *nomina actionis* und *actoris*, mit Ereignisbedeutungen etc. Was auffällt im Bereich der hochfrequenten Bildungen, ist deren Hang zu stark stereotypisierten Umgebungen und Verwendungen. Hier kann ich natürlich nur anekdotische Belege präsentieren: Das *soziale Umfeld* ist entweder intakt oder nicht, es ist meist das eigene/fremde und es kodiert ganz offenbar sowohl Geborgenheit als auch (soziale) Kontrolle. Verfehlungen des Einzelnen werden oft auf das *Versagen*

des *sozialen Umfelds* zurückgeführt. Der *soziale Frieden* zwischen Arm und Reich ist ein hoher Wert, ein zu schützendes Gut, er ist fast immer *gefährdet*, durch Niedriglöhne, Einschränkung der Tarifautonomie, exorbitante Managergehälter etc. *Soziale Kompetenz* ist etwas, was Familien und Schulen hervorbringen sollen und worauf die Wirtschaft Wert legt (Frauen haben übrigens mehr davon als Männer!). Das *soziale Netz* war bis jüngst ein Kollektivsymbol für die Einrichtungen, die Menschen mit *sozialen Problemen auffangen*, inzwischen wird es zur Kurzbezeichnung für die *sozialen Netzwerke* (Facebook, Twitter, Instagram). Das *Sozialsystem* ist im DWDS belegt als Akkusativ zu den Verben: *reformieren, sanieren, umbauen, überfordern, modernisieren, ruinieren, entlasten, ausnutzen, belasten...* (in dieser Reihenfolge).

Am Ende steht der höchst eigentümliche Status zahlreicher fester und halbfester Nennbildungen mit *sozial*. Ihre Bestandteile sind kollokativ verschweißt und bilden so etwas wie eine noetische Nennbedeutung, einen Gegenstand höherer Ordnung, der vor allem mit geteilten und/oder strittigen Konnotationen versehen ist. Was ihnen fehlt, ist eine konsistente Bündigkeit in den Umfeldern der öffentlichen Kommunikation, in dem, was man gemeinhin Referenz (plus Konzeptualisierung) nennt. Realkontakt in umgrenzten und identifizierten Außenbezügen haben diese Ausdrücke nur exemplarisch, d. h. sie werden (sagen wir) illustriert durch den Verweis auf Außenweltlagen, die ihnen entsprechen sollen. Sie sind aber nicht konsistent fundiert (grounded) in solchen Lagen, sondern in hohem Maße interpretationsoffen, so dass ihr Wertakzent die eigentlich und überwiegend prozessierte Größe in der Kommunikation bildet. Insofern ist die Analyse derartiger Auseinandersetzungen als „Wortstreit“ sicherlich nicht ganz neben der Sache. Sie ist aber insofern auch nicht erschöpfend, als es subkutan immer um die mit den Programmbegriffen verbundenen Institutionen, Einrichtungen, Rechte geht, also um sehr wirkmächtige Realien der Gesellschaft.

[ 10 ] Strategische und fachdiskursive Definitions- und Einhegungsversuche für *sozial* von Leopold von Wiese über Max Weber bis zu August Friedrich Hayek

Hayeks beißende Kritik am semantisch leeren „weasle word“ *sozial* sollte niemanden darüber hinwegtäuschen, dass der neoliberale Chefdenker lebenslang versucht hat, den öffentlichen Gebrauch von *sozial* strategisch zu beeinflussen. Die dabei verfolgte rhetorisch-semantische Strategie ist leicht zu identifizieren. Alles läuft darauf hinaus, dass die aus der spontanen Wechselwirkung der individuellen Egoismen emergent entstehende Marktordnung der kulturelle Evolutionsersatz der *großen Gesellschaft* sei. Nur sie ist eigentlich *sozial*. Jeder Versuch, dieses fein abgestimmte und quasi-natürliche Räderwerk politisch zu beeinflussen, reduziert den Druck auf die Individuen, sich in ihren respektiven Nischen marktkonform zu verhalten. Und da der Staat nur verteilen kann, was er zuvor den erfolgreichen Marktakteuren abgenommen hat, zerstört er durch solche Eingriffe langfristig auch die Ressourcen seiner eigenen Reproduktion. Das Gleichgewicht der Marktordnung korrigieren heißt so viel wie die Evolution korrigieren. Eine Regierung (so Hayek 1981: 192), die das versucht, wird von den Prinzipien weitergetrieben, die in den von ihr geschaffenen Präzedenzfällen enthalten sind. Wenn sie die Gruppe A fördert, wird die Gruppe B dartun, dass sie in der gleichen Lage ist und auch gefördert werden muss. Viele konkurrierende Gruppenansprüche relativieren sich freilich auch gegenseitig und können vom Staat gegen einander ausgespielt werden (Fischer 2006). Und da die Reproduktion staatlicher Macht von den Mittelschichten abhängt (wo sie zahlenmäßig stark und kulturell hegemonial sind), ist es nicht verwunderlich, dass *Sozialleistungen* im Wohlfahrtsstaat auch den (als Stabilitätsanker hofierten) Mittelschichten zugutekommen, während die Unterschicht demonstrativ ermahnt wird, ihre Bildungsanstrengungen zu verstärken!

Begriffspolitisch sucht Hayek *sozial* einzugrenzen auf das reine Relationsadjektiv mit der Bedeutung „auf Gesellschaft, auf andere bezogen“ und die Wertbedeutung auf individuelles,

zwischenmenschliches Verhalten. *Sozial* kann der Akt eines Individuums gegenüber einem anderen sein; Institutionen, Gesellschaften, Kollektive sind in der großen Gesellschaft nicht sozial und können es auch gar nicht sein. Mit Bezug auf Gesellschaft ist also *sozial* entweder semantisch leer oder eine Lüge, ganz ebenso wie es in der Natur nicht *gerecht* zugehen kann. Das in den 1970er Jahren von Richard Dawkins (1976) verbreitete populäre Evolutionsnarrativ vom „egoistischen Gen“ basiert auf der gleichen dramaturgischen Matrix, so dass die Modelle der Naturvolution und der liberalen Gesellschaft einander wechselseitig plausibilisieren in einer Gesellschaft, die an Naturwissenschaften und vor allem (im beginnenden Zeitalter der Ökologie) an die Biologie als Leitdisziplin glaubt.

Und obwohl Hayek (1967) versucht, *sozial* als eine Art Unwort zu verunglimpfen (und sogar vorhersagt, man werde es alsbald in seriösen Texten nicht mehr verwenden können), leistet er einen wesentlichen Beitrag zur Begriffsgeschichte von *sozial*: Alles, was er dem Missbrauch des Wortes zurechnet („destruction of the sense of justice“ [1967: 245], „destruction of the feeling of personal responsibility“ [ibid.], Förderung unmoralischen Sozialneids, Vertuschung von Gruppeninteressen etc.), zeigt in der Tat, dass die Karriere dieses heimlichen Grundbegriffs das Ende einer sortenrein liberalen Welt einläutet. Einer Welt, in der (wiederum mit Hayeks eigenen Worten) individuelle Freiheit und individuelle Verantwortung die höchsten wirtschaftlichen und moralischen Werte sind, in der jeder die Folgen seines Verhaltens in vollem Umfang zu tragen hat, selbst dann, wenn er nur einen unschuldigen Irrtum begangen hat. In dieser reichlich totalitären und pädagogischen Welt muss *sozial* ein Unwort sein, denn es steht für Praktiken, Institutionen, Deutungsmuster und Wissensformen, die eine solche Welt der grenzenlosen individuellen Haftung *normalistisch* formen. In dieser Welt des Vorsorge- und Versicherungsprinzips, der Umlegung individueller Risiken per statistischer Prognose auf Gesamtheiten und Populationen (Ewald 1993) wird das Wort *sozial* zu einer Chiffre für die moralisch-politisch-rechtlich-institutionelle Umstellung der modernen kapitalistischen Gesellschaften auf ein staatliches Manage-

ment zentraler Lebensrisiken: Alter, Krankheit, Arbeitslosigkeit etc. Und während es in der durch und durch liberalen Welt gar keine Opfer geben kann (Ewald 1993: 84), nur Leute, die Fehler gemacht und sich nicht marktkonform verhalten haben, will in der massendemokratischen Welt der Gegenwart manch einer als Opfer gelten, weil ihm das staatliche Leistungen eintragen kann. Freilich können wir auch beobachten, dass die kapitalistische Finanzwirtschaft, gut verschanzt hinter *sozialen* Images, die staatliche Vorsorge längst zu weiten Teilen wieder in ein Instrument der privaten Plusmacherei rückverwandelt hat.

Die Karriere von *sozial* entfaltet sich zeitparallel mit den Anfängen des Vorsorgestaates und des öffentlichen Versicherungsprinzips (Ewald 1993). Der Grundbegriff steht schon am Beginn dieser Konstellation für eine radikale Verschiebung der Grenzen zwischen individueller Haftung und Verantwortung auf der einen, normalistischem Risikomanagement in der Masse auf der anderen Seite. Da hat Hayek (1967) völlig recht. Moral, Recht und Institutionen der liberalen Welt werden durch etwas Neues ersetzt, und für dieses Neue steht das Wort *sozial*. Genauer gesagt: dieses Neue liefert den kognitiven Bestandteil von *sozial*, während der moralisch wertende Bestandteil durch den Glauben gestiftet wird, dass wer das Ziel der eigenen Wohlfahrt verfolgt, zwangsläufig auch das Wohl der anderen wollen muss. In der konnotativen Semantik von *sozial* bündelt sich sowohl eine neue Zurechnungsfigur jenseits des Individuums als auch ein Ensemble von moralisierbaren Praktiken des Ausgleichs von Nachteilen.

Hayek erzählt diese Geschichte als Verlustgeschichte, der liberale Individualismus des 19. Jahrhunderts verkörpert für ihn die gute alte Zeit. Die Grenzen zwischen dem liberalen Prinzip der vollen individuellen Verantwortung und dem Prinzip des Nachteilsausgleichs qua Sozialversicherungen werden neu gezogen (und bleiben selbstverständlich dauerhaft hoch umstritten bis in die Gegenwart). Die Arbeitslosenversicherung in ihrer klassischen Form versichert das Risiko, seinen Arbeitsplatz zu verlieren. In ihrer neoliberal *reformierten* Form wandelt sie sich vom Rechtsanspruch dessen, den es getroffen hat, zu einem

staatlichen Zwang, zusätzliche Anstrengungen für seine Marktfähigkeit zu unternehmen. Und dass Kinder zu haben als (unvollkommen versichertes) soziales Armutsrisiko Nr. 1 in den unteren Schichten gilt, verrät auch einiges.

Witzigerweise ist Hayeks Definition des *Sozialen* als einer (kaum strategisch entwickelbaren, aber sehr störbaren) spontan emergenten Ordnung der fachsoziologischen Ordnung von Max Weber strikt entgegengesetzt. Das seinem gemeinten Sinn nach auf andere bezogene Handeln (= Webers Definition des *Sozialen*) manifestiert für Hayek lediglich Eigenschaften des Individuums. Auch (und gerade!) das sinnhaft auf andere bezogene Handeln des Individuums wird dem Handelnden rechtlich und moralisch zugerechnet. Kognitiv bleibt *sozial* hoch polyvalent, seine Definitionen schwanken zwischen individuell intentional zurechenbar (Max Weber), aber auf andere gerichtet, und anonym konditioniert aus den kumulierten Folgen der Interaktion zwischen den Individuen (und eben darum gerade *nicht* individuell zurechenbar!). Das sollte Soziologen zu denken geben, die nicht im Ausgang definitorisch präzise festlegen, was sie unter *sozial* verstanden wissen wollen. Hayeks Verdikt, *sozial* sei ein *weasle word*, ist keineswegs falsch. Zwischen Fach- und Interdiskurs schlingert *sozial* heftig und unkontrollierbar hin und her. Leopold von Wiese, der gemäßigte Liberale, der auch mit den Nazis konnte, verfolgt die Strategie der Definition des Sozialen durch eine kritische Sichtung des tatsächlichen Wortgebrauchs. Wiese (1917) sucht sich abzugrenzen von den moralischen Implikationen von *sozial* = gut, gerecht, moralisch und setzt auf Konformität („Des sozialen Menschen höchste Tugend ist Angepasstheit und Normalität“; Wiese [1917: 116]). Beinahe 20 Jahre später versucht Wiese (1936), die Eigenständigkeit des Sozialen (als Gegenstand der soziologischen Disziplin) abzugrenzen gegen das Vitale, das Geschichtliche, das Ethnische, das Geistige, das Kulturelle, das Moralische und das Politische. Die Pointe lautet: Das *Soziale* ist das, was sich *zwischen* den Menschen als Wirkung ihrer Interaktion entwickelt und verselbständigt. Diese Formel lässt sich auf Fritz Mauthners skeptische Sprachphilosophie zurückführen. Was die „auf andere bezogenen“ Haltungen und Handlungen

betrifft, so will auch Wiese sie eher der Psychologie zurechnen. Hierin ist der gemäßigt Liberale von Wiese dem radikalen Liberalen Hayek durchaus ähnlich. Was am *Sozialen* „gut“ ist – so lautet offenbar der gemeinsame Nenner des Liberalismus – das sind die spontan emergenten Strukturen, die sich aus den Handlungen der Individuen absichtslos ergeben. Sie sind gewissermaßen evolutionserprobt. „Schlecht“ sind hingegen alle im Namen des Sozialen unternommenen Versuche, diese natürliche Sozialordnung politisch zu verändern: durch organisierte Interessen, staatliche Politik etc.

Hier nun kommen dann die semantischen und pragmatischen Verschiebungen ins Spiel, durch die der Tageswert von *sozial* konstellativ präzisiert wird. Stand *sozial* in den „Zeiten des Aufbruchs“, den 1960er und 1970er Jahren, für die verbale Anerkennung der kämpferischen Durchsetzung kollektiver Ansprüche der Arbeitenden auf Teilhabe am gesellschaftlichen Reichtum, Aufstieg etc., hat der neoliberal gewendete Wohlfahrtsstaat die Bedeutung von *sozial* auf individuelle *Inklusions-* und Teilhabeansprüche umgepolt, die vielleicht kollektiv (durch moralisierte Gemeinschaften) eingefordert, politisch gewichtet und umgewichtet, aber nur individuell gewährt werden (Nassehi 2003). Diese semantische Transformation steht durchaus im Einklang mit der Wertewelt des Liberalismus, in der das Privatrecht als natürliche evolutionäre Ordnung gilt, das öffentliche Recht aber als künstliches Artefakt, das für bestimmte strategische Staats- oder Gruppeninteressen geschaffen ist (Hayek 1978a: 78).

[ 11 ] Schluss: Das imagepolitische und das darstellungs-  
technische Kräftedreieck des Adjektivs *sozial*

Programmatisch und begrifflich verklammert ist in den zahllosen Verwendungen von *sozial* die versöhnliche Absicht, den (salopp gesagt) auseinander strebenden Laden der kapitalistischen Marktgesellschaft politisch zusammenzuhalten. Durch den „semantischen Coup des Liberalismus“ ist es möglich und plausibel, den wachsenden Wohlstand der *großen Gesellschaft* (Hayek) auf

den ungehinderten wirtschaftlichen Egoismus der Marktakteure zurückzuführen. *Sozialpolitik* kann dann, wenn sie *nachhaltig* sein soll, als allseitiges Fitnessprogramm für Marktsubjekte reformatiert werden. Wer nicht marktfähig gemacht werden kann, fällt der privaten oder öffentlichen Mildtätigkeit anheim. Das ist die neoliberale Gegenwart. Die begriffliche Erfolgsgeschichte von *sozial* hingegen – so ließe sich resümieren – beginnt um 1850 mit der staatlichen, ökonomischen und kämpferisch-arbeiterbewegten Einsicht, dass *gesellschaftliche Ordnung* ein explizites Gestaltungsproblem wird (Vobruba 1994: 62) – und eben nichts, was auf Dauer dem liberalen Selbstlauf der *unsichtbaren Hand* überlassen werden kann. Insofern ist *sozial* als Leitbegriff das Produkt eines politischen und gesellschaftlichen Reflexivierungsprozesses, der ein Problem explizit formuliert, das vorher schon lange implizit mitgelaufen ist. Schon darum fokussiert die neoliberale Begriffskritik an *sozial* den gleichsam heilig-sontanen Selbstlauf der *großen Gesellschaft*, in den der Staat und die Interessenverbände ihre plumpen Finger möglichst nicht stecken sollten. Seine radikalste Gestalt gewinnt der Anspruch, gesellschaftliche Ordnung planmäßig zu gestalten, um 1850 in der aufsteigenden Arbeiterbewegung. Dass *sozial* und *sozialistisch* (und sogar *soziologisch*) in der liberalen Welt lange Zeit die gleichen rebellischen Konnotationen mitführten, ist insofern keineswegs verwunderlich. Diese Konstellation endet wirkmächtig mit dem deutschen Nachkriegskompromiss, in welchem *sozial* allen Parteien semantische Anschlussmöglichkeiten bieten konnte.

Heute, im Zeitalter des moralischen Fassadenuniversalismus, ist die per *sozial* kodierte versöhnliche Absicht verbindlich und einwandsimmun. Den kämpferischen Ton organisierter kollektiver Interessenvertretung hat *sozial* in den Jahrzehnten des neoliberalen Globalismus weitgehend verloren. Die allgemeine Inflation *sozialer* Imageaktivitäten hat aber auch dafür gesorgt, dass die Zahl derer, die nur noch die Augen verdrehen, wenn sie das Wort *sozial* hören, zweifelsfrei zugenommen hat. Das dürfte radikalen Neoliberalen gefallen. Einen offenen Kampf gegen die ausgleichenden Implikationen von *sozial* führen aber heute nur neoliberale Fundamentalisten. Ihr Ziel ist es, *sozial* wieder mit

den negativen Konnotationen von *sozialistisch* aufzuladen, die es im letzten Jahrhundert abgestreift hat. Allerdings spricht es für *sozial* als heimlichen Grundbegriff, dass alle politischen Lager, Konservative, Linke und sogar Liberale (wie Fischer 2006: 12ff ein wenig süffisant bemerkt) übereinstimmen in der beschwörenden Diagnose vom stets gefährdeten Zusammenhalt der Gesellschaft. Der Verlust sozialer Kohäsion gilt in allen politischen Lagern als die ultimative Denormalisierung. Es gibt einen reichen Vorrat geteilter Kollektivsymbole, mit denen vor diesem Kohäsionsverlust gewarnt wird: *die sich öffnende Schere, die Spaltung der Gesellschaft, das Nachlassen der Bindekräfte, das Zerreißen des sozialen Bandes, die Abgehängten, Globalisierungsverlierer* etc. Diese lagerübergreifende Übereinstimmung kann man als einen Reflex des Normalismus analysieren (Link 2007): Die Auflösung des gesellschaftlichen Zusammenhangs ist ein Schreckbild für das Ende jedweder *Normalität*, und dass an allen Ecken „außerhalb“ der Normalität gefährliche Denormalisierung droht, ist die stärkste Trumpfkarte normalistischer (Selbst-)Regulierungsappelle. Insofern ist die Denormalisierungsangst geradezu eine Voraussetzung dafür, dass Normalitätsmacht funktioniert. Man kann sie aber auch verstehen als Reflex der staatlichen *Selbstsorge*, die seit ca. 100 Jahren mit dem Image operiert, der Staat sei in dem Maße legitim, als er die soziale Kohäsion der Gesellschaft managt und garantiert. In beiden Fällen kommt es nicht darauf an, ob der staatlich erklärte Kampf gegen die Kräfte der sozialen Spaltung wirklich erfolgreich ist oder nicht, es kommt noch nicht einmal darauf an, ob diese Spaltung tatsächlich droht oder nicht. Entscheidend ist, dass die jeweilige Regierung erfolgreich den Eindruck erweckt, gegen die Kräfte der sozialen Spaltung vorzugehen. Was sie durchzusetzen hat, ist in der Hauptsache ihre Problemdefinition, die von der Öffentlichkeit geteilt werden soll.

Was den Sprachwissenschaftler an der Semantik und Pragmatik von *sozial* interessieren mag, das ist die Frage nach den (sagen wir) Systemeigenschaften, die den Ausdruck *sozial* geeignet machen für die auf den ersten Blick sehr widersprüchliche Vielfalt von Funktionen, die der Ausdruck in der öffentlichen Kommunikation zweifelsfrei erfüllt. Hier wäre zuerst an die Dynamik zu

denken, die aus evaluativ neutralen Relationsadjektiven (*sozial* = mit Bezug auf Gesellschaft) gerne starke Evaluativa macht, wenn sie in die Sphäre der Prädikation übergehen (X ist *sozial/unsozial/nicht sozial*). Die Selektivität der evaluativen Komponente ist (im Kontrast zur Relationsadjektiv-Lesart) niedrig, was dafür sorgt, dass der Ausdruck sich gut ausbreiten kann und sich in zahllosen Kollokationen festsetzt. Was wiederum dazu führt, dass die konnotativen Ladungen (Maas 1985) der beiden extremen Lesarten sich überlagern und vermischen. Das Ergebnis ist ein Ausdruck, mittels dessen sich buchstäblich alles, was zur Gesellschaft in Beziehung gesetzt werden kann, moralisierend aufladen lässt, und zwar in beide Richtungen, positiv wie negativ.

## Literatur

- Arendt, Hannah (1967): *Vita Activa oder: Vom tätigen Leben*. München: Piper.
- Arendt, Hannah (2018): *Die Freiheit, frei zu sein*. München: dtv.
- Balbastre, Gilles (2017): „Le fantassin du dialogue social“. In: *Le Monde diplomatique*, Septembre. S. 28.
- Bourgeois, Leon (1914): *La politique de la prévoyance sociale*. Paris.
- Bröckling, Ulrich (2007): *Das unternehmerische Selbst. Soziologie einer Subjektivierungsform*. Frankfurt/M.: Suhrkamp.
- Bröckling, Ulrich & Krasmann, Susanne & Lemke, Thomas, Hg. (2000): *Gouvernementalität der Gegenwart*. Frankfurt/M.: Suhrkamp.
- Bude, Heinz (2018): *Adorno für Ruinenkinder. Eine Geschichte von 1968*. München: Hanser.
- Dawkins, Richard (1976): *The Selfish Gene*. Oxford: Oxford UP.
- Ewald, Francois (1993): *Der Vorsorgestaat*. Frankfurt/M.: Suhrkamp.
- Fischer, Karsten (2006): *Moralkommunikation der Macht. Politische Konstruktion sozialer Kohäsion im Wohlfahrtsstaat*. Wiesbaden: VS.
- Frevel, Claudia (2002): *Nominationstechniken der spanischen Fachsprache*. Frankfurt/M.: Lang.
- Gagné, Christina L & Spalding, Thomas L. (2006): „Conceptual Combination: implications for the mental lexicon“. In: Libben, Gary & Jarema,

- Gonia (eds.): *The Representation and Processing of Compound Words*. Oxford: Oxford UP. S. 145-168.
- Geck, L.H. Adolph (1963): *Über das Eindringen des Wortes sozial in die deutsche Sprache*. Göttingen: Otto Schwartz & Co.
- Gehlen, Arnold (1973): *Moral und Hypermoral. Eine pluralistische Ethik*. Frankfurt/M.: Athenaion.
- Hagelüken, Alexander (2017): „Sozial, aber ganz anders“. In: *Süddeutsche Zeitung* vom 10. März 2017.
- Hayek, Friedrich August von (1967): „What is ‚social‘? – What does it mean?“. In: ders.: *Studies in Philosophy, Politics, and Economics*. London: Routledge & Kegan Paul. S. 237-250 (zuerst deutsch 1957).
- Hayek, Friedrich August von (1978): „The Atavism of Social Justice“. In: ders.: *New Studies in Philosophy, Politics, Economics and the History of Ideas*. London: Routledge & Kegan Paul. S. 57-70.
- Hayek, Friedrich August von (1978a): „The Confusion of Language in Political Thought“. In: ders.: *New Studies in Philosophy, Politics, Economics and the History of Ideas*. London: Routledge & Kegan Paul. S. 71-97.
- Hayek, Friedrich August von (1981): *Recht, Gesetzgebung und Freiheit, Band 2: Die Illusion der sozialen Gerechtigkeit*. Landsberg am Lech: Verlag moderne Industrie.
- Hobbes, Thomas (1976): *Leviathan*. Frankfurt/M.: Ullstein.
- Knobloch, Clemens (2015): „Die Moral des Neoevolutionismus“. In: Fabian Deus et al. (Hg.): *Die Kultur des Neoevolutionismus.. Zur diskursiven Renaturalisierung von Mensch und Gesellschaft*. Bielefeld: Transcript. S. 103-134.
- Knobloch, Clemens (2015a): „Moralisierung in der öffentlichen Kommunikation“. In: *LiLi Zeitschrift für Literaturwissenschaft und Linguistik*, Heft 177, Jahrgang 45. S. 167-184.
- Knobloch, Clemens (2018): „Sozial. Bemerkungen zu einem heimlichen Grundbegriff“. In: Schmieder, Falko & Toepfer, Georg (Hg.): *Wörter aus der Fremde. Begriffsgeschichte als Übersetzungsgeschichte*. Berlin: Kadmos. S. 216-222.
- Knobloch, Clemens (i. V.): „Adjektive: koreferentiell, kokonzeptuell, koprädikativ“. Vortrag Uni Kassel, 15. Januar 2018. Erscheint in: ders.: *Beiträge zur Grammatik und Semantik des deutschen Adjektivs*.
- Maas, Utz (1985): „Konnotation“. In: Januschek, Franz (Hg.): *Politische Sprachwissenschaft. Zur Analyse von Sprache als kultureller Praxis*. Opladen: Westdeutscher Verlag. S. 71-96.

- Pavlov, Vladimir (2009): *Deutsche Wortbildung im Spannungsfeld zwischen Lexikon und Syntax*. Frankfurt/M., Berlin: Lang.
- Piper, Nikolaus (2017): „Was ist gerecht?“. In: *Süddeutsche Zeitung* vom 15./16./17. April 2017. S. 26.
- Ritter, Gerhard & Gründer, Karlfried, Hg. (1995): Artikel „Sozial, das Soziale“. In: dies.: *Historisches Wörterbuch der Philosophie*. Band 9. Basel. Sp. 1113-1121.
- Rose, Nikolas (2000): „Tod des Sozialen? Eine Neubestimmung der Grenzen des Regierens“. In: Bröckling et al. (2000: 72-109).
- Schlücker, Barbara (2014): *Grammatik im Lexikon. Adjektiv-Nomen-Verbindungen im Deutschen und Niederländischen*. Berlin: De Gruyter.
- Schulz, Hans & Basler, Otto (1978): *Deutsches Fremdwörterbuch*, Band 4. Berlin, New York: De Gruyter.
- Vobruba, Georg (1994): *Gemeinschaft ohne Moral. Theorie und Empirie moralfreier Gemeinschaftskonstruktionen*. Wien: Passagen Verlag.
- Wasserrab, Karl (1900): *Socialwissenschaft und sociale Frage*. Leipzig: Duncker & Humblot.
- Wengeler, Martin (2005): „Tiefensemantik – Argumentationsmuster – soziales Wissen. Erweiterung oder Abkehr von begriffsgeschichtlicher Forschung?“. In: Ernst Müller (Hg.): *Begriffsgeschichte im Umbruch*. Hamburg: Felix Meiner. S. 131-146.
- Weise, Frank-Jürgen (2017): „Das süße Gift der Subventionen“. In: *Frankfurter Allgemeine Zeitung* vom 2. März 2017. S. 17.
- Wiese, Leopold von (1917): *Der Liberalismus in Vergangenheit und Zukunft*. Berlin: S. Fischer.
- Wiese, Leopold von (1936): *Sozial, geistig und kulturell. Eine grundsätzliche Betrachtung über die Elemente des zwischenmenschlichen Lebens*. Leipzig: Hans Buske.
- Zimmermann, Waldemar (1948): „Das ‚Soziale‘ im geschichtlichen Sinn- und Begriffswandel“. In: Geck, L.H. Adolph et al. (Hg.): *Studien zur Soziologie. Festgabe für Leopold von Wiese*. Band 1. Mainz. S. 173-191.



## | Wer hat Angst vor *Verschwörungstheorie*?

[ 1 ] Nein, es sind nicht die Verschwörungstheorien selbst, deren Konjunktur dem aufmerksamen Beobachter ins Auge fällt. Es ist nur der üppig ins Kraut schießende Vorwurf, solchen Verschwörungstheorien anzuhängen, dem augenblicklich kaum einer entgeht. AfD-Anhänger glauben angeblich, die politischen und ökonomischen Eliten hätten sich verschworen, das deutsche Volk durch Flüchtlinge zu ersetzen. Putin-Versteher glauben zu beobachten, dass bei den Olympischen Spielen passiert, was eigentlich auch sonst immer passiert: Alle dopen – und die Russen werden dafür bestraft. Und Putin-Hasser wittern ohnehin den russischen Geheimdienst hinter allem, was nicht so läuft, wie sie es gerne hätten. Ob es sich um Doping handelt, um die Bombardierung Syriens, um die Behinderung fremdfinanzierter NGOs, um die (militärische und politische) Unterstützung von Rebellionen in anderen Ländern, ist gleich. Wer findet, dass auch US-Amerikaner und Europäer (von ihren imperialen Verbündeten ganz zu schweigen) das ausgiebig tun, der fängt sich leicht den Vorwurf, Verschwörungstheoretiker zu sein. Und die Linke? Nun, die glaubt ohnehin an die kapitalistische Weltverschwörung, ist aber ihrerseits rasch bei der Hand, diesen Vorwurf an Pegida, AfD und Konsorten weiterzureichen. So schließt sich der Kreis. Wie sehr das V-Wort bereits verinnerlicht worden ist, kann man daran erkennen, dass viele linke Äußerungen mit der vorweggenommenen Entschuldigung beginnen: „Das klingt jetzt wie eine Verschwörungstheorie, aber...“.

Grund genug, der Frage nachzugehen, was ein (sagen wir) Diskursteilnehmer eigentlich tut, wenn er einem anderen Diskursteilnehmer vorwirft, einer Verschwörungstheorie anzuhängen, und warum diese Anschuldigung momentan boomt.

Unglücklicherweise wächst in der medialen Diskussion um das V-Wort bis zur Unkenntlichkeit zusammen, was nicht wirklich zusammen gehört: Der Vorwurf aus den Medien an das (vorwiegend rechte, der AfD oder Pegida angehörige, aber natürlich auch an das linke) Publikum, man glaube eher an eine Verschwörung von Politik- und Medieneliten als an die Meldungen und Kommentare der „Lügenpresse“ – und der inverse Vorwurf aus dem (s. o.) Publikum, die mediale Aufbereitung der politischen Handlungen und Ereignisse sei selbst Teil einer Verschwörung zwischen den etablierten Machteliten im Bereich der politischen „Altparteien“ und der medialen Meinungseliten.

Festhalten müssen wir jedenfalls, dass der V-Vorwurf notorisch in beide Richtungen geht: aus den Medien an das unbotmäßige und ungläubige Publikum und aus dem Publikum an die Medien. Wachsende Teile des Publikums halten die „Leitmedien“ für eingebunden in eine Art von Elitenverschwörung gegen das Volk, und diese Leitmedien überziehen das misstrauische Publikum im Gegenzug mit dem Vorwurf, es glaube an Verschwörungstheorien.

[2] Mit einem „Anhänger von Verschwörungstheorien“ diskutiert man nicht, das braucht man nicht und es lohnt sich auch nicht. Er ist ja per definitionem beratungsresistent und lernunwillig bzw. lernunfähig. Das ist ein Standardtopos. Das Stigmawort markiert eine Grenze des rationalen (und oft auch nur: des hegemonialen) Diskurses. Im Feld der veröffentlichten Meinung steht das V-Wort für Exklusion aus dem argumentativen Raum. In der Hauptsache geht es also zuerst nicht um das, was der Beschuldigte annimmt, sondern um ihn selbst und seinen diskursiven Status. Wer Verschwörungstheorien anhängt, hat sich dadurch als Diskursteilnehmer disqualifiziert. *Verschwörungstheorie* ist, so gesehen, ein Kampfbegriff und dient der Disqualifikation des politischen Gegners (vgl. Butter 2018: 47f).

Darum liest man neuerdings so häufig Sätze in den Zeitungen wie diesen (meist im Zusammenhang mit Pegida/AfD): „Mit Verschwörungstheoretikern kann man nur schwer reden. Wir müssen es dennoch tun.“ (Drobinski 2016).

Wo das V-Wort fällt, ist deshalb auch der Populismusvorwurf nicht weit, der ebenfalls einen Rand der Exklusionszone markiert. Performativ steht der Vorwurf des Populismus ebenfalls für den autoritativen Versuch, eine (bewegliche) Grenze zu ziehen: Wo DU stehst, ist Populismus, wo ICH stehe, ist Demokratie. Natürlich machen die Experten der Politologie zahllose (und kontroverse) Versuche zu bestimmen, was Populismus „wirklich“ ist, aber das ändert kaum etwas an der Funktionsweise des Ausdrucks in der öffentlichen Kommunikation. Dabei gilt jedoch als Faustregel: Wer als Populist bezeichnet wird, gilt grundsätzlich als rückholbar, mit ihm kann gesprochen werden. Mit Extremisten dagegen nicht.

Da der Vorwurf, einer Verschwörungstheorie zu folgen, den von ihm Betroffenen stigmatisiert, ist der praktische Einsatz des V-Wortes ein Element der gesellschaftlichen Kämpfe um Definitionsmacht. Das V-Verdikt ergeht in aller Regel von oben nach unten, aus der hegemonialen in die dissidente Zone, was in der Sache höchst verwunderlich ist, weil auch das medial herrschende Weltbild einen Grad von Geschlossenheit und Erfahrungsabdichtung aufweist, der einer Verschwörung alle Ehre machen würde. In der Tat ist der Vorwurf, Verschwörungstheorien zu folgen, in keinem Zusammenhang der jüngsten Zeit so oft erhoben worden wie in der Ukrainekrise, wo er aus den deutschen Leitmedien all denen entgegengeschleudert wurde, die zumindest notiert haben wollten, dass die Absetzung von Janukowitsch in Kiew (auch) ein Putsch und die russische Annexion der Krim (auch) Ergebnis einer Volksabstimmung gewesen sei. Und dass hinter der prowestlichen Euromaidan-Bewegung der hochexpansive US- und NATO-Wunsch stand, auf der für das russische (und sowjetische) Militär nicht allein hochsymbolischen, sondern auch strategisch zentralen Krim NATO-Raketen zu stationieren. Jedem halbwegs politischen Menschen musste klar sein, dass keine russische Regierung, sei sie die eines durchgeknallten Despoten (wie Jelzin), eines rationalen Bonapartisten (wie Putin) oder eines lupenreinen Demokraten, diese ultimative Expansion der NATO auf russisches Territorium hätte hinnehmen können.

Es besteht also der Verdacht, dass das V-Wort in der Presse dann besonders gerne fällt, wenn Teile des Publikums der veröffentlichten Meinung misstrauen, ihren etablierten Deutungsmustern nicht mehr folgen wollen. Was man ja auch als Index demokratischer Reife und Selbständigkeit kodieren könnte! Zur regelmäßigen Dramaturgie der *Süddeutschen Zeitung* gehört indes die Engführung von offensichtlich verrückten Chemtrail-Gläubigen, Freimaurer-Spinnern und Anhängern der These, Frau Merkel sei ein Reptil, mit Zeitgenossen, die (z. B.) der segensreichen Tätigkeit der *Open Society Foundations* (zweifellos eine der größten imperialen Einflussmaschinen weltweit – wer sich gegen sie zur Wehr setzt, zieht sich fast automatisch den Vorwurf zu, Antisemit zu sein) in Osteuropa oder den zahllosen Medienexperten misstrauen (vgl. in der SZ Vollmuth 2016 oder Rühle 2017). Vollmuth (2016) präsentiert gar einen Ex-BILD-Mitarbeiter als „Experten für Verschwörungstheorie“. Und Herr Soros firmiert als „Philanthrop“!

Zu den fatalen Eigenschaften des V-Wortes gehört es demnach, dass es von den Leitmedien gebraucht wird, um die zu disqualifizieren und zu disziplinieren, die nicht länger gewillt sind, die hegemonialen Deutungsmuster für das letzte Wort zu halten und ihnen bedingungslos zu folgen. Und da das Internet die Erlangung und Verbreitung nichthegegonialer Informationen und Deutungsmuster erleichtert hat, werden seine *communities* besonders gerne zu Verschwörungstheoretikern erklärt. Die Standardfigur lautet: Solche Gemeinschaften sind „Blasen“, in denen ohnehin nur bestätigende Information zur Kenntnis genommen wird, sie kennen kein Außen. Aber diese Figur ist argumentativ schwach, weil die Öffentlichkeit der „Qualitätszeitungen“ nach dem Urteil vieler Experten (Krüger 2016) ja selbst für Abweichungen zusehends undurchlässiger wird. Dass konsonante Informationen aufgenommen und in das Weltbild eingebaut werden, dissonante aber gerne konsonant umgedeutet, ist keine Erfindung des Internetzeitalters, sondern ein sozialpsychologisches Axiom, bekannt seit Leon Festingers „Theorie der kognitiven Dissonanz“, also seit beiläufig 60 Jahren.

Eine weitere V-Figur bezüglich des Internet und seiner „Blasen“ besteht darin, dass die *communities* dort wenig Affektkontrolle hätten und kaum von rationalen narrativen Kommunikationsstrukturen zivilisiert würden (Nachtwey 1916: 229). So stelle sich rasch affektive Einigkeit her und die Verschwörungstheorien schossen ins Kraut. Die Einführung von Netzkommunikation und rasch improvisierten *moral communities* scheint mir nachvollziehbar. Nicht unbedingt auch der Schritt zum V-Wort, es sei denn, Moralgemeinschaften neigten per se dazu, die Welt derjenigen, die ihnen nicht angehören, unter V-Gesichtspunkten zu sehen. Das müsste dann aber ebenso für die liberal-moralische *community* der Leitmedien gelten.

[ 3 ] Es gehört zu den großen Missverständnissen der Politikwissenschaft, dass sie glaubt, man müsse zuerst die Frage beantworten, was eine Verschwörungstheorie *wirklich sei*. Wie aber der Ausdruck „Verschwörungstheorie“ in einem wissenschaftlichen Spezialdiskurs von Experten für ihre Zwecke definiert wird, das hat kaum Folgen für die Frage, was in der medienöffentlichen Auseinandersetzung mit dem Begriff *wirklich gemacht wird*.

Dass die gängigen Expertendefinitionen sich zwischen zwei Extrempolen bewegen, von denen der eine bei krankhaften Wahngelbilden (wie der berüchtigten „jüdischen Weltverschwörung“, der „Verschwörung der Weisen von Zion“) ansetzt, der andere bereits bei Deutungsmustern, die keine unerklärlichen Zufälle anzunehmen bereit sind (was ziemlich verbreitet ist), ist nicht verwunderlich. In einem solch breiten Rahmen lässt sich beinahe alles als verschwörungstheoretisch kodieren. Und was sich als purer Zufall allen Deutungsmustern entzieht, das schafft es wohl kaum in die mediale Zirkulation. Dass Geschehnisse in ein etabliertes Deutungsmuster eingepasst werden können, ist ja eine Voraussetzung für ihren Nachrichtenwert. Ist nicht die vorausseilende Bereitschaft, hinter jedem psycho- und soziopathologischen Amoklauf die islamistische Verschwörung des IS zu wittern, die eigentlich verschwörungstheoretische Praxis unserer Tage? Jeder Amokläufer, der die mediale Aufmerksamkeit

für seine Tat maximieren möchte, wird schon darum IS-Kontakte suchen, weil das den Nachrichtenwert seiner Tat erhöht. Das Ergebnis ist eine win-win-win-Situation: Der Amokläufer hat sein Aufmerksamkeitsziel erreicht, der IS verbreitet Furcht und Schrecken, der Innenminister baut Bürgerrechte ab und den Überwachungsstaat aus. Das allgemeine Angstregime wird befeuert. So kurz ist der Weg zwischen individueller Ohnmacht und individueller Allmachtsphantasie.

„Vernünftige Menschen haben keine rationalen ‚Begründungen‘ für viele Erscheinungen der sogenannten Realität“, sagt Klaus Theweleit in einem Zeitungsinterview (AK 618 vom 16.8.2016). Und da die Massenmedien für alle Erscheinungen der Realität ein Deutungsmuster haben (was mit der Konkurrenz um die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit zusammenhängt), sind sie diesbezüglich auch nicht „vernünftig“.

[ 4 ] Nicht nur die Produktion von Waren und Dienstleistungen ist professionalisiert und automatisiert worden in den letzten Jahrzehnten, sondern auch die Produktion von öffentlichen Meinungen. Der medial-politische Raum wimmelt nachgerade von strategischen *think tanks* und Lobbygruppen, von Bürgerinitiativen und NGOs, die genau das nicht sind, sondern getarnte Einflussgruppen kompakter politischer Akteure. Nicht zufällig macht das Wort von den GONGOs (den government-organized non-governmental organizations) und den BINGOs (den business and industry NGOs) die Runde. Jeder kritische Medienkonsument weiß, dass, wenn es irgendwo auf der Welt militärisch wird, auf das Netzwerk der „Atlantiker“ in allen unseren Qualitätszeitungen Verlass ist und die Leitartikel wie auf Kommando stramm auf NATO-Kurs gehen. Kurz: Es gibt mehr als genug gute Gründe, den Medien zu misstrauen (wie erwähnt: Krüger 2016 stellt sie zusammen; vgl. auch den Vorabdruck aus Krüger 2016 im Heft 8/2016 der Blätter). Unter diesen Umständen ist es durchaus rational, im Zweifel strategische Kommunikationsabsichten hinter dem medialen *mainstream* zu argwöhnen.

An strategischen Machtakteuren, die im öffentlichen Raum unter falschen Masken auftreten, hat es wahrlich keinen Man-

gel in unserer hoch professionalisierten Meinungsszene. Globale Medienkonzerne wie Bertelsmann treten als gemeinnützige Stiftungen auf (und sparen dabei Steuern, die sie in den Lobbyismus stecken). Industrieverbände tarnen ihre Meinungslobbys als Bürgerinitiativen. Am bekanntesten ist vielleicht die *Initiative neue soziale Marktwirtschaft*, hinter deren freundlicher Fassade knallharte Kapitalinteressen gegen diejenigen durchgesetzt werden, die eine „soziale Marktwirtschaft“ bräuchten. Vermeintlich neutrale, Experten-Images vor sich her tragende *Think Tanks*, wie sie in den letzten Jahren allenthalben aus dem Boden schießen, verleihen einer strategischen Interessenpolitik die wissenschaftlichen Weihen, die man braucht, um in einer wissenschaftsgläubigen Zeit Zustimmung zu organisieren. Wer hält die Experten der *Stiftung Wissenschaft und Politik*, die alle Nase lang in den Medien auftreten, für strategische Akteure? Das sind sie aber. Die Stiftung ist ein Lobby-Verband der deutschen Politik- und Wirtschaftseliten und wird von der Bundesregierung finanziert.

Die Qualitätszeitungen selbst setzen heute viel mehr auf das kampagnenartige Durchdrücken von Deutungsmustern, Zustimmungsbereitschaften und moralischen Images als auf vielseitige Hintergrundinformation. Das beginnt mit Kampagnen über die „gewachsene Verantwortung“ Deutschlands in der Welt, die auch militärisch wahrgenommen werden müsse, bis hin zu den stereotypen Umerziehungsversuchen im Wirtschaftsteil der Zeitungen: Die dämlichen, risikoscheuen deutschen Sparer möchten sich doch endlich bequemen, Aktien zu kaufen.

Ganz analoge Verhältnisse wie bei der zutiefst pädagogischen Anstrengung, aus den Deutschen ein Volk von Aktionären zu machen, gibt es bei dem (durchaus verwandten und nicht minder pädagogischen) Thema privater Altersvorsorge. Hier spielen Politik und Medien insofern Hand in Hand, als mindestens einmal im Quartal ein prominenter Wirtschaftspolitiker darauf hinweist, dass die reguläre Rente künftig definitiv nicht mehr reichen wird und private Altersvorsorge dringend geboten ist. Im Wirtschaftsteil der Zeitungen finden wir dann gehäuft die entsprechenden Hinweise auf Privatvorsorge – allen anderen Optionen voran: Aktienkauf (natürlich gestreut, in Fonds!). Wollte

man den Unterschied zwischen neoliberaler und sozialliberaler Rentenpolitik auf den Punkt bringen, so genügte der Hinweis auf den damaligen Arbeitsminister Norbert Blüm, der nicht müde wurde, dem Publikum zu versichern, die Rente sei sicher. Seine Nachfolger werden nicht müde zu beteuern, dass *eines nicht* sicher sei: die Rente. Ehedem regierte man mit Sicherheitsversprechen, heute regiert man durch das Schüren von Ängsten und Unsicherheiten.

Kurz zusammengefasst: Was den V-Vorwurf an die hegemonialen Medien nährt und plausibilisiert, das ist der Umstand, dass ihre Storylines, Deutungsmuster und Narrative zusehends vorhersagbar und pädagogisch werden, und zwar entlang der moralisierten Linie von gut und böse.

Um ein weiteres Beispiel zu nennen: Seit einigen Jahren häufen sich in der Presse Reportagen über mutige und kämpferische junge Frauen aus islamischen Ländern, für die alle gilt: Sie sind als Jugendliche unterdrückt, am Schulbesuch gehindert, vergewaltigt, zwangsverheiratet worden, haben sich dem durch Flucht entzogen, sind in den liberal-kapitalistischen Ländern unterstützt und aufgenommen worden, haben Schutz und eine neue Identität erhalten und sehen sich heute als engagierte Helferinnen ihrer armen Schicksalsgenossinnen in den Ländern des Nahen Ostens. Sie sind Heldinnen, mediale Verkörperung der Überlegenheit der liberal-hedonistischen Lebensweise der oberen Normalitätsklassen und verkörpern diese Überlegenheit, weil sie von der anderen Seite kommen, besonders glaubwürdig. Sie erhalten hier Preise und Auszeichnungen. Ihr brutales Schicksal rechtfertigt hierzulande den „Krieg gegen den Terror“, der aber ein Krieg gegen die islamischen Länder ist, die nicht mit dem Westen verbündet sind.

Ich behaupte keineswegs, dass es solche Fälle nicht gibt, im Gegenteil, ich behaupte nur, dass diese *story line* so attraktiv ist, dass man sie erfinden müsste, wenn es sie nicht gäbe. Sie ist gewissermaßen zu schön, um wahr zu sein.

[ 5 ] Gegen Linke wird der V-Vorwurf meist in der Form erhoben, sie glaubten an so etwas wie eine Zentralsteu-

erung aller kapitalistischen Machenschaften, was angesichts der Marx'schen Analysen von kapitalistischer Konkurrenz und tendenzieller Anarchie des Gesamtprozesses ein ziemlich dämlicher Vorwurf ist. Selbst Bourdieu schreibt, dass sich durch das gesamte ‚kritische‘ Denken ein „Phantasma der Verschwörung“ zieht, wonach „ein dämonischer Wille hinter allem steckt, was in der sozialen Welt geschieht“ (Bourdieu & Wacquant 1996: 133).

Strategisch verhalten sich Individuen und Institutionen, und weil Interessen berechenbar sind, können die Verhaltensweisen anderer Individuen und Institutionen vorausgesagt und in das eigene Verhalten als Ressourcen eingebaut werden. Was ein Marktteilnehmer als Anbieter, Konkurrent, Kunde etc. auf einem bestimmten Markt tun wird, das ist (trotz aller berechtigten Kritik am *homo-oeconomicus*-Modell) berechenbar. Es müssen eben nur auch andere als ökonomische Motive in die Berechnung eingestellt werden (dass der Kunde eher ein Produkt kauft, das mit moralischen oder ökologischen Images versehen ist etc.).

Interessanter in Sachen V-Wort wird die Geschichte, wenn kompakte Akteure ins Spiel kommen, die politisch dem allgemeinen Interesse verpflichtet sind, von denen aber vermutet wird, dass sie entweder ihre eigenen partikularen Interessen oder die einer kompakten (wirtschaftlichen oder sonstigen) Machtgruppe vertreten: mediale und politische Akteure – die sind es ja auch, welche ihren Kritikern gerne das V-Wort vorhalten. Werden sie von den Beherrschten als Inhaber von Deutungs- und Entscheidungsmacht wahrgenommen, die „unter einer Decke stecken“, dann fällt das Wort gewiss. Die Medien pflegen ein Selbstbild, in dem sie als „vierte Gewalt“ den politischen Machtakteuren auf die Finger schauen, sie (im Dienste und im Interesse der Öffentlichkeit) kontrollieren. Aber natürlich hat eine große Zeitung auch eine eigene Agenda (und eine öffentlich-rechtliche Sendeanstalt, die indirekt mit dem politischen Machtapparat verbunden ist, erst recht). Und dass mediale Meinungseliten mit Fraktionen der politischen und wirtschaftlichen Machteliten durch Habitus, Interesse, geteilte Überzeugung verbunden sind, ist nun wirklich keine Neuigkeit.

[6] Was nährt das Misstrauen gegen die massenmedial veröffentlichte Meinung, das „den Medien“ den Vorwurf einträgt, Teil einer Elitenverschwörung zu sein? Ich glaube, die Antwort auf diese Frage ist relativ leicht. Man kann sie bisweilen sogar in den Zeitungen selbst lesen. Sie hat damit zu tun, dass die Medien neuerdings das mehr oder minder ausschließlich tun, was sie immer schon getan haben, aber eben nicht ausschließlich: gesellschaftliche Konfliktlagen auf die Form einer binären moralischen Opposition von gut und böse bringen. Jeder Medienwissenschaftler weiß, dass pure „Informationen“ ohne Deutung und Bewertung nirgends zu haben sind. Tatsachen sind in politisch-sozialen Konflikten eine rare (ja eine gefährdete) Spezies. Niemand geht heute mehr in einen öffentlichen Konflikt, ohne seine eigenen Zahlen, Daten, Statistiken mitzubringen. Woraus erhellt, dass so gut wie jede „Tatsache“ strittig ist (und vielleicht auch sein muss). Je unübersichtlicher der Wust der (wirklichen und vermeintlichen) Tatsachen, desto mehr kommt es am Ende darauf an, das Publikum auf die „richtige“ Seite zu bringen. Die falsche gilt dann für *postfaktisch*.

Also dominiert auch in den Qualitätsmedien die systematische Bewirtschaftung der moralischen Reflexe und Bewertungsbereitschaften des Publikums. Wer weiß, selbst wenn er unsere Qualitätszeitungen sorgfältig liest, wer in Syrien mit welchen Verbündeten und welchen geostrategischen Interessen und welchem Erfolg gegen wen kämpft? Stattdessen kennt er gezielte Opferbilder, möglichst von Frauen und Kindern. Von Assads Fassbomben, russischen Flugzeugen, IS-Verbrechen weiß er, vielleicht auch noch von den Heldentaten der Kurdenmilizen, die eben noch Terroristen waren (und für die NATO, wegen der ach so wichtigen Türkei, gerade bereits wieder zu Terroristen werden), gegen den IS. Der Fall des blutenden und rauchgeschwärtzten Fünfjährigen auf der Titelseite der SZ (und nicht nur dort) ist paradigmatisch. Das Bild könnte auch zu einem Autounfall gehören, aber es ist so platziert, dass es in einem auf allen Seiten maximal brutalisierten Krieg „unseren“ Bösen markiert.

Auf weite Strecken ist und war die seriöse Berichterstattung über den Syrienkrieg (der wider alles bessere Wissen immer

noch „Bürgerkrieg“ heißt!) nicht mehr und nicht weniger als ein tagesaktuelles Ranking der Bösen. Es begann mit dem Assad-Regime („Krieg gegen die eigene Bevölkerung“ – was tut, wer als gewählter Staatschef im eigenen Land einen bewaffneten Aufstand niederschlägt?) auf Platz 1, dann konnte der IS kurzzeitig die Führung übernehmen. In diesem Zusammenhang führten plötzlich Kurdenorganisationen die Tabelle der Guten an, Organisationen, die jüngst noch auf der Terrorliste standen, aber jetzt von den USA ausgerüstet und mit Luftunterstützung versehen wurden. Inzwischen hat man sie aus Rücksicht auf den NATO-Partner Türkei, der seine prosunnitische (aber unbedingt antikurdische) Suppe in Syrien und in der ganzen Region kocht, wieder fallen gelassen. Seit Russland auf Seiten des Assadregimes in den Krieg eingriff, führt das Land unangefochten die Bösenliste der deutschen Leitmedien. Und die führt ja Russland in allen andren Konflikten ebenfalls.

Das Gebet der diversen NATO- und Atlantiker-Lobbyisten („Unseren täglichen Anti-Putin-Artikel gib uns heute!“) wird jedenfalls in den meisten Redaktionen erhört. Der Kontrast zwischen der penetranten Inszenierung Putins als Personifikation des Bösen und der nicht minder penetranten Schonung von Despoten, die „man“ in der Flüchtlingskrise und anderen strategischen Zusammenhängen braucht (Erdogan, Al Sisi, Saudiarabien etc.) fällt vielen Mediennutzern auf, und dieser Kontrast befeuert den Verdacht, die Leitmedien steckten mit der politischen Elite unter einer Decke, anstatt sie zu kontrollieren als „Vierte Gewalt“.

Kritische Medienwissenschaftler (Krüger 2016, Schiffer 2016) weisen darauf hin, dass die mediale Mobilmachung gegen Putin den Mustern folgt, mit denen der Westen seine Kriege gegen Saddam Hussein, Gaddafi, Milosevic, Assad so vorbereitet hat, dass sie sich gegen personale Verkörperungen des Bösen zu richten scheinen und nicht gegen Länder und Völker. Vielfach sind es die eigenen strategischen Interessen, die auf den Feind Putin projiziert werden:

Vergleicht man die Militärpräsenz Russlands außerhalb des eigenen Gebiets mit der der USA, dann wirkt die Unterstellung von „imperialen Interessen“ geradezu lächerlich. (Schiffer 2016)

Schreibt die Mitarbeiterin des *Instituts für Medienverantwortung*.

[7] Natürlich gibt es Verschwörungen, mehr wahrscheinlich, als sich die Schulweisheit träumen lässt. Bleiben wir bei den Märkten. Jeder moderne Staat hat eine Kartellbehörde, die ganz offensichtlich an Verschwörungstheorien glaubt, weil es so nahe liegt, dass sich eine Handvoll marktbeherrschender Unternehmen in ihrem jeweiligen Handlungsfeld heimlich abspricht. Und heimliche Absprachen zwischen Abgeordneten oder Regierungen und interessierten Wirtschaftsvertretern gehören offenbar auch überall da an die Tagesordnung, wo Korruption verfolgt und kontrolliert werden muss. Also überall.

Glaubt irgendjemand ernsthaft, dass wirtschaftliche und politische Eliten keine informellen Kooperationen pflegen? Das wäre reichlich naiv.

Von den zahllosen Autoren, die medienöffentlich über V. sprechen, hat, wenn ich recht sehe, einzig der Internetaktivist Sascha Lobo (2016) es für nötig gehalten, daran zu erinnern, dass es in der Tat Verschwörungen gibt, und das keineswegs selten. Was Edward Snowden als kühle und institutionalisierte weltweite Praxis US-amerikanischer Geheimdienste enthüllt hat, das wäre bis vor einigen Jahren als paranoid wahrgenommen worden, wenn jemand es öffentlich behauptet hätte:

Vor Snowden schien die Behauptung der Existenz von elektrizitätslos funktionierenden, nicht detektierbaren Miniwanzen, die Daten aufzeichnen und aus der Ferne per Radar ausgelesen werden können, einem schlechten Science-Fiction-Film entnommen. Heute wissen wir, dass es den „Ragemaster“ gibt, eine Datenwanze, die genau so funktioniert. Und es sind nicht nur die ach so bösen Amerikaner, die diese nutzen. (Lobo 2016: 67)

Und während Lobo noch daran erinnert, dass inzwischen tatsächlich der 5. (in Worten: der fünfte) Zeuge im NSU-Prozess, der über die Verwicklung administrativer, exekutiver, geheimdienstlicher Stellen in diese Angelegenheit hätte Sachdienliches aussagen können, eines vorzeitigen und einigermaßen seltsamen (um nicht zu sagen: unnatürlichen) Todes gestorben ist, scheint es neuerdings noch weitere Links zwischen NSU und unaufgeklärten Morden zu geben.

Dagegen geht Lobos These, Verschwörungstheorien hätten Konjunktur, weil die Komplexität der von uns im Internetzeitalter wahrgenommenen Welt rasant steige, m. E. ins Leere. Es mag sein, dass es viel mehr Informationen gibt, zu denen wir Zugang haben, aber die (weitgehend moralische) Schematisierung der medial vermittelten Deutungen ist deutlich schlichter, schematischer, holzschnittartiger als (sagen wir) in den 1970er oder 1980er Jahren.

Auch auf den dritten Grund für die Allgegenwart der Verschwörungsunterstellung, den Lobo nennt, möchte ich kurz eingehen: Es handelt sich um die Vielfalt pseudowissenschaftlicher welterklärender Narrative, die überall zirkulieren, seit die Grenzen zwischen wissenschaftlich halbwegs soliden und an den Tatsachen geprüften (bzw. prüfbar) und bloß als wissenschaftliche Tatsachen auftretenden Erklärungen begonnen haben, sich zu verwischen. Auch daran ist das Internet mit seiner Verfügbarkeitsillusion wesentlich beteiligt. Jedenfalls kann sich jeder das Narrativ aussuchen, das zu seinen eigenen Prinzipien kognitiver und deskriptiver Konsonanz passt. – Aber ist es nicht gerade das massenweise und gleichförmige Auftreten ganz bestimmter Narrative, das frappiert und solchermaßen „individualistisch“ gar nicht zu erklären ist?

[ 8 ] Massendemokratie: Der V-Vorwurf gehört politisch-soziologisch zu einer massendemokratisch funktionierenden Öffentlichkeit. In der alten Gruppen-, Schichten-, Klassendemokratie standen Parteien und Organisationen für erkennbare und identifizierbare gesellschaftliche Gruppen. Die SPD war eine

Arbeiterpartei, die CDU stand für Christen und Unternehmer, die FDP für kleine und mittlere Selbständige etc., Gewerkschaften und Verbände hatten Trägerschichten, Gruppeninteressen waren präsent und legitim. Die Demokratie war eine Veranstaltung, die für Ausgleich und Kompromiss zu sorgen hatte. Das V-Problem beginnt mit der Fiktion, dass alle Gruppierungen für sich beanspruchen, im allgemeinen Interesse zu sprechen. Sie wollen „Volksparteien“ sein, grundsätzlich im Interesse der Allgemeinheit sprechen, und zeigen nur noch schamhaft Reste der Gruppeninteressen, für die sie einmal standen. In einem solchen System ist die Verlogenheit gar nicht zu umgehen, und das Misstrauen des Publikums ist zunächst eine durchaus verständliche Reaktion. Gruppeninteressen werden dadurch *öffentlich illegitim*, hören aber natürlich nicht auf zu existieren und organisiert vertreten zu werden. Sie gehen gewissermaßen in den Untergrund, werden da moralisch umgeschminkt als Interessen von benachteiligten Opfergruppen, von einwandsimmunen Allgemeinwerten, von fallweise improvisierten Moralisierungen.

[ 9 ] Zu den tückischen Wirkungen des generalisierten V-Vorwurfs gehört die (ganz regelmäßig eintretende und gewiss strategisch erwünschte) folgende: Wer eine Verschwörung annimmt, der beschuldigt seine Gegner, das gezielt anzustreben und zu wünschen, was in der Regel eher nur ein unbeabsichtigter Effekt der Verhältnisse, der Programmierung der sozialökonomischen Machtmaschine ist, ein Effekt indes, der von den Profiteuren dieser Maschinerie gerne in Kauf genommen wird. Die Grenze zwischen Absicht, beabsichtigtem Effekt, wahrgenommenem Effekt, faktischem Effekt ist ohnehin aushandlungsbedürftig. Wahrscheinlich ist es den Aktionären von Monsanto relativ egal, ob ihre Firma die Ökosysteme der Welt abstürzen lässt und Milliarden von Kleinbauern weltweit in sklavenähnliche Abhängigkeiten transponiert. Sie wollen einfach ihren Schnitt machen. Aufklärerische demokratische Kritik hat immer das im Visier, was *volens volens* „passiert“, wenn sich politische, marktökonomische, sonstige Akteure auf ihre partikularen Ziele konzentrieren. Die Akteure müssen das keineswegs „wollen“, es

passiert völlig unabhängig davon, wer was „eigentlich“ will. Wer will schon das Artensterben oder den Klimawandel?

Ein Beispiel für diese im V-Diskurs keineswegs seltene Konstellation: Micha Brumlik (2017) referiert den rechtspopulistischen Vorwurf gegen die Obama-Regierung, sie habe durch ihre Wirtschaftspolitik Arbeitsplätze in den USA vernichtet und zur Entstehung von Mittelschichten in asiatischen Ländern beigetragen. Er fährt fort:

...eine Diagnose, der man, wenn ihre verschwörungstheoretische, intentionalistische Form ausklammert, ‚objektiv‘ leider zustimmen muss. (Brumlik 2017: 61)

Was ja offenbar heißen soll, dass die Wirtschaftspolitik der Obama-Regierung „absichtslos“ den faktisch unbestrittenen Effekt hervorgebracht habe. Wird der Vorwurf dadurch unberechtigt? Gibt es überhaupt Politik, ohne dass man den jeweiligen Gegner dafür verantwortlich macht, was er *volens volens* angerichtet hat?

Der Soziologe Niklas Luhmann hatte dafür die Formel, dass in funktional differenzierten Gesellschaften kein Teilsystem über so etwas verfügt wie eine Repräsentation des „Ganzen“. Aufklärerisch ist Kritik, wenn sie darauf pocht, dass die Aktionäre von Monsanto wissen *können* und wissen *müssen*, was zwangsläufig passiert, wenn sich ihr Kapital verwerten soll. *Deswegen* werden sie politisch angegriffen. Die Formel von den in sich geschlossenen Teilsystemen hat (eigentlich seit der Aufklärung!) immer einen exkulpierenden Beigeschmack: Niemand kann das Ganze im Blick haben. Aber selbstverständlich kann in einer komplett verpunkteten und verdateten Gesellschaft niemand ernsthaft behaupten, er wisse nicht, was die (möglichen, wahrscheinlichen) Folgen seines Tuns seien.

Die ungehemmte Expansion des V-Vorwurfs, als Entmutigung jeder auch nur halbwegs radikalen Opposition, lässt sich darum im Öko-Bereich besonders gut studieren. Unter dem Titel „Die Mär vom Ökozid“ (Grossarth 2016) druckt die FAZ am 15.9.16 einen Leitkommentar, dessen offenkundiger Anlass ein doppelter

ist: Der Abschluss der Monsanto-Übernahme durch Bayer *und* die Ankündigung des Monsanto-Tribunals durch Umwelt- und Agrogruppen. Der *FAZ*-Kommentator holt weit aus und identifiziert natürlich sofort die Sprache der Verschwörungstheoretiker im Ökozid-Thema. Er fühlt sich bei den Angriffen erinnert an „das im Mittelalter verbreitete Stigma der Juden als Brunnenvergifter“ (Grossarth 2016). Nur dass die verblendeten Verschwörungstheoretiker diesmal keine Nazis sind, sondern ganz harmlose Adressen haben: Sie heißen nämlich „Arbeitsgemeinschaft bäuerlicher Landwirtschaft“, Demeter, Slowfood, Greenpeace und (nun ja) attac. Auch die Vorsitzende des Rechtsausschusses des Deutschen Bundestags, Renate Künast, ist an Bord des Verschwörungsschiffes, man kann also nicht ganz einfach die üblichen Verdächtigen verhaften. Aber man kann sie diskreditieren, indem man sie in die Nähe antisemitischer V-Theorien lotst.

Nicht unkompliziert sind in dieser Hinsicht auch Fälle wie das (von Butter 2018: 9ff.) mit Recht als Paradebeispiel einer Verschwörungstheorie ausgebreitete Narrativ von Eva Herman, wonach es hinter der europäischen Flüchtlingskrise einen teuflischen Plan zur Zerstörung der europäischen Kulturen und Völker, ins Werk gesetzt von „Machtmenschen des globalen Finanzsystems“ geben soll (nach Butter 2018: 10). So verrückt diese Story ist, Resonanz generiert sie, weil es zu vielen Details halb-rationale Parallelen bei vielen „ernsten“ Geostrategen gibt. Hat der deutsche Exportweltmeister kein Interesse an einem globalisierten Arbeitsmarkt, um seine Arbeitskosten niedrig zu halten? Und dass es manche US-Globalstrategen (unter Trump wie unter Obama!) nicht ungerne sehen, wenn sich der Konkurrent EU an den Flüchtlingsproblemen selbst zerlegt, steht auch bisweilen in den großen Zeitungen. Die Strategen der Neuen Rechten haben beträchtliches Geschick, was die Verbreitung solcher Geschichten angeht. Zudem ist der Themenkomplex Asyl/Migration/Demographie in der Öffentlichkeit machtpolitisch so brisant, dass er öffentlich nur indirekt, umweghaft artikuliert wird. Auch das nährt den V-Komplex.

[10] Verschwörungstheorie als diskursive Figur; Eine originelle Antwort auf die Frage nach dem Eigenbeitrag der Massenmedien zur Verbreitung des Eindrucks, politische Eliten und Medienmacher hätten sich gegen die Bevölkerung verschworen, stammt von dem Medienwissenschaftler Uwe Krüger. Der spricht, wohl teils ironisch, teils polemisch von einer „Verantwortungsverschwörung“ (Krüger 2016: 105ff). Was ist damit gemeint? Aus der Perspektive vieler Journalisten (so argumentiert er) lässt sich die „Vertrauenskrise“ zwischen Medien und Öffentlichkeit folgendermaßen formulieren:

Was von unten aussieht wie eine Verschwörung, ist eigentlich übernommene Verantwortung – für die Folgen unserer Veröffentlichungen. (Krüger 2016: 105)

Anders (und etwas zugespitzt) formuliert: Die Medienmacher legen sich ihre eigene Tätigkeit so zurecht, dass sie sich für die Folgen ihrer Veröffentlichungen verantwortlich fühlen, sie moralisieren ihre eigene Tätigkeit. Die besteht aber, bei Licht betrachtet, durchaus nicht darin, das durchzusetzen, was sie selbst gut und richtig finden, tatsächlich haben sie die Pflicht, möglichst umfassend und vielseitig zu informieren. Und zwar besonders nüchtern und neutral über Akteure, die von der wirtschaftlichen und politischen Machtelite mit Feinderklärungen versehen werden. Der Gleichklang zwischen Politik und Medien, den viele aus dem Publikum als Verschwörung deuten, kommt ohne Zensur, ohne Fremdsteuerung, ohne explizite Sprachregelung zustande, weil Medieneliten und politische Eliten ganz ähnliche Klassenlagen, Einstellungen und Wertsozialisierungen haben. Sie brauchen sich gar nicht zu verschwören, weil sie ohnehin schon die gleichen Freunde und die gleichen Feinde haben und diesen Umstand als ihre „Verantwortung“ für die Folgen ihres Tuns moralisieren.

Um es an dem wahrhaft paradigmatischen Beispiel der ukrainischen Maidan-Bewegung zu illustrieren: Wer auf dem Höhepunkt dieser Bewegung darüber berichtet hat, dass dieses zarte Pflänzchen von „Demokratie“ und „Zivilgesellschaft“ mit US- und NATO-Milliarden finanziert war und seine (sagen wir) Bo-

dentruppen aus der ukrainischen Neonazi-Bewegung bezog, der galt als jemand, der das Geschäft des Feindes Putin/Russland betreibt, anstatt die mutigen pro-westlichen Kräfte zu unterstützen, die ja für „unsere“ Werte stehen.

Die Figur von der „Verantwortung“, welche die Medienmacher für die Folgen ihrer Veröffentlichung tragen und natürlich gerne übernehmen („Verantwortung übernehmen“ ist *die* euphemistische Formel für „nach Macht streben“!), zeigt etwas und sie kaschiert etwas: Sie zeigt das zutiefst *pädagogische* Verhältnis der Leitmedien zu ihrem Publikum. Sie betreiben eine Art Werteeziehung, deren Kampagnenartigkeit und Penetranz auf wachsende Teile des Publikums abstoßend wirkt. Wir sollten gegenüber den Medien darauf bestehen, dass wir Informationen haben wollen, auch und gerade die, die nicht ins herrschende Deutungsmuster passen. „We don't need no education!“

Diese „Selbstmoralisierung der Meinungsmacht“ mit Hilfe der Verantwortungsformel macht auch erklärlich, warum die Reaktionen auf plakative Vorwürfe aus rechtspopulistischen Lagern („Lügenpresse“) so dünnhäutig und beleidigt ausfallen. Es ist die Dünnhäutigkeit des gutmeinenden Pädagogen, der seine guten Absichten nicht gewürdigt sieht.

[ 11 ] Netzwerke der Macht: Neben den bereits erwähnten *think tanks*, die öffentlich als Expertengremien oder als zivilgesellschaftliche Institutionen auftreten, gibt es durchaus auch eine ganze Reihe von informellen Organisationen, über die politische Eliten und journalistische Meinungsführer miteinander verbunden sind. Den Experten bekannt (vgl. erneut Krüger 2016) sind Organisationen wie die *Atlantik-Brücke*, die journalistische Unterstützung für US- und NATO-Positionen in den Medien lancieren, wann immer bezüglich westlicher militärischer Engagements Meinungskonflikte drohen. Aufgefallen sind die erstmals, als SPD-Kanzler Schröder der US/NATO-Allianz der „Willigen“ im Irakkrieg von 2003 die Gefolgschaft verweigerte, und zwar durch Initiativen und Kampagnen in den deutschen Leitmedien, die die Bedrohung durch Irak & Islamischen Terrorismus so aufgepusht haben, dass die westliche Versenkung und

Zerstörung des (säkularen!) Irak als eine Art Notwehr erscheinen sollte (ähnliche Spielarten von „Notwehr“ hat man inzwischen gegen den Jemen, gegen Libyen, gegen Syrien etc. veranstaltet, alles Länder, die natürlich veritable Bedrohungen des westlichen Lebensgefühls darstellten!).

Ohne dass wir hier wirklich Details ausbreiten könnten, lautet das Fazit dieser Abteilung: Auch wenn die Zentren der westlichen kapitalistischen Macht (USA, EU, NATO) wirtschaftlich hart konkurrieren, arbeiten sie militärisch organisiert und konspirativ so eng zusammen, dass Ausreißer wie die deutsche Weigerung, am Irakkrieg von 2003 teilzunehmen oder die subkutanen Differenzen zwischen NATO/USA und EU im Ukraine/Krim-Konflikt, Bruchlinien sichtbar machen, die ansonsten eben kaum sichtbar sind. Die notorische Schwäche der EU hat ihren Grund darin, dass zwischen sie und die USA/NATO-Allianz medienöffentlich kein Blatt Papier passen darf, obwohl natürlich alle wissen, dass die Machtinteressen alles andere als identisch sind. Der eurasischer Macht- und Wirtschaftsblock EU-Russland-China ist das Angstgespenst der USA und der NATO, und die Europäer wissen gar nicht so recht, ob sie so etwas überhaupt wollen dürfen.

[12] Ich habe argumentiert, dass die wachsende Vorhersehbarkeit der medialen Narrative, die offenkundige und penetrant pädagogische Anstrengung der öffentlichen Leitmedien, alle großen Konflikte klar nach der Opposition *gut/böse* bzw. *wir/die* anderen zu sortieren, anstatt das Publikum mit den höchst widersprüchlichen Informationen und Tatsachen neoimperialer Kriege zu konfrontieren, eine Nahrungsquelle des Verdächtigen (und der „Lügenpresse“-Vorwürfe) ist. Im syrischen Krieg, der verblüffenderweise immer noch „Bürgerkrieg“ heißt, desavouieren die wenigen verfügbaren Tatsachen freilich das *gut/böse*-Narrativ. Die Stellungs- und Seitenwechsel erfolgen viel zu rasch und erlauben keine dauerhafte Typik (den IS ausgenommen, der allen als Vorwand für ihre fortdauernde militärische Präsenz dient). Am 25.10.2016 war in den Medien erstmals zu hören, dass auch die NATO Kriegspartei ist; Jetzt, Anfang 2018,

kann man in den vermischten Nachrichten lesen, Russland habe seine Truppen weitgehend aus Syrien abgezogen, die US-Truppen hingegen würden im Land bleiben (wegen des IS selbstverständlich!). Offenbar gelingt es dem Westen erstmals nicht mehr einfach, einen nahöstlichen Staat zu zerstören, indem man den legitim gewählten Staatschef mit fremdfinanzierten Milizen und interessierten Helfern bekämpft und stürzt (wie in Afghanistan, im Irak, in Somalia, im Sudan, im Jemen, in Libyen etc.) und das Land dann im Chaos versinken lässt. Das wäre doch wohl auch mal eine zu erprobende Erzählung!

Diese Vorhersagbarkeit lebt von der etablierten Opposition zwischen einem westlich demokratischen und liberalen „Wir“, das höchst variable Eingemeindungen duldet, und einem nicht minder variablen „die anderen“. Wie prekär und gefährdet dieses „Wir“ ist, zeigt sich bei offenkundigen Überdehnungen. Die grellste Überdehnung ist wohl derzeit der Flüchtlingspakt mit der Türkei, die zeitgleich (nach dem gescheiterten Militärputsch) so ungefähr alles kriminalisiert, entlässt und zum Terrorismus rechnet, was in ihrer Innenpolitik den viel gerühmten „westlichen Werten“ entspricht. Nicht dass das neu wäre. Im Verhältnis zu Libyens Gaddafi oder der ägyptischen Militärregierung war das alles auch schon vor Erdogan herrschende Praxis!

Das alles wäre in seiner Widersprüchlichkeit viel genauer zu bestimmen. In unserem V-Kontext geht es um etwas anderes: In den „sozialen Netzwerken“ wie *Facebook* und *Twitter*, die ja Medienskeptikern als echte und volksnahe, als wahrhaft demokratische Alternativen zu der „Lügenpresse“ gelten, haben wir nicht nur die gleichen Tendenzen zur moralischen Simplifizierung und Binarisierung von Konfliktlagen, wir haben darüber hinaus auch noch deren spieltheoretische Algorithmisierung durch die sogenannten *social bots*. Nach übereinstimmenden Analysen vieler Medienwissenschaftler stammen im Schnitt ca. 30% aller politischen Stellungnahmen im Netz, sei es zu Trump/Clinton, sei es zum Brexit, sei es zur Flüchtlingsproblematik, von fiktiven Netzakteuren, die automatisch massenweise Kurznachrichten mit der gewünschten Tendenz generieren und zirkulieren. Diese *social bots* sind für Zeitungs- und Fernsehjournalisten natürlich der In-

begriff der Verschwörungstheorie. Sie werden von strategischen Machtakteuren *gegen die herrschende Meinung* implementiert und dienen der quantitativen Verstärkung ihrer Positionen. Wenn es bei *Twitter* hunderte von konformen Meinungsäußerungen zu irgendeinem Problem gibt, dann erzeugt das den Eindruck eines allgemeinen Konsensus. Und den erstreben die Installateure von *social bots*. Die Medienexperten vermuten, dass deren Wirkung überall da besonders groß ist, wo relevante Teile des Publikums den öffentlichen (und privaten) Leitmedien (Presse, Fernsehen) misstrauen. Dieser Typ von Meinungsmanipulation durch Algorithmen, die in den sozialen Netzwerken platziert werden, ist Journalisten naturgemäß ein Dorn im Auge, ein moralischer Skandal. Nach der vorherrschenden journalistischen Deutung steigern *bots* den Einfluss populistischer und verschwörungstheoretischer Ansichten in den sozialen Netzwerken (Domainko 2016). Das ist vermutlich nicht falsch als Diagnose, es verstärkt aber zugleich einen Effekt, den Journalisten nicht wollen, aber gleichwohl beständig füttern: Sie nehmen die sozialen Netzwerke als „Konkurrenten“ bei der gesellschaftlichen Verbreitung von Meinungen wahr, und gerade dieses Spiel können sie nicht gewinnen. Denn jede Aktion, die sich gegen diese Netzwerke als Konkurrenz zu richten scheint, verstärkt die (ja nicht ganz unbegründete) Ansicht der Netzgemeinde, die klassischen Medien fürchteten um ihr Meinungsmonopol und ihre Meinungsmacht.

[ 13 ] Die Verismus-Moralismus-Spirale der Massenmedien: Es gibt einige Themenfelder, bei denen die Medien unfreiwillig Teil und Faktor einer Eskalationslogik sind, die sie nicht oder kaum kontrollieren können. Die fatale Vorhersehbarkeit ihrer Berichterstattung entfaltet sich am stärksten in Eskalationslogiken wie etwa der des islamischen Terrors. Der „Erfolg“ eines Terroranschlags besteht bekanntlich nicht in den Toten, sondern eben in der medialen Verbreitung des Schreckens und der ständig wiederholten Angstnachricht: Jeden kann es überall treffen. Da die Massenmedien untereinander um die Aufmerksamkeit des Publikums konkurrieren, folgt ihre Berichterstat-

tung über den Terror der Logik einer „veristischen Eskalation“: Nur wer live dabei ist, wer den Anschlag, die Morde, die Täter zeigt, hat die maximale Aufmerksamkeit des Publikums, und insofern kann sich jeder terroristische Täter darauf verlassen, dass die Medien maximal zum „Erfolg“ seiner Tat beitragen werden. Auch ein seelisch kranker Amokläufer, der mit Politik gar nichts zu tun hat, aber mit einem großen Knall abtreten möchte, wird womöglich Kontakte zum „Islamischen Staat“ suchen, weil das den medialen Effekt seiner Tat automatisch multipliziert.

Auch hier schieben die „traditionellen“ Medien gerne dem Internet den schwarzen Peter zu bei der Eskalation der immer brutaler werdenden veristischen Terrorbilder: Da jeder ein *smart phone* mit Kamera dabei hat, sei es nur eine Frage der Zeit, bis alle möglichen Bilder des Geschehens im Internet kursierten, und ergo könnten Zeitungen und Fernsehen da nicht zurück.

Mit der Brutalisierung der Bilder vom Terror wächst aber keineswegs das Verständnis der Zusammenhänge beim Publikum. Was wächst, ist einzig und allein die Neigung der Kommentatoren, ihren moralischen Abscheu vor den Tätern immer schriller und laustarker kundzutun. In dem Maße, wie die Bilder brutaler werden, wird die Wir-Moral der Medienmacher gläubiger, unwiderstehlicher und überzeugter. Sie glauben, ihren Beitrag zum „Krieg gegen den Terror“ beisteuern zu müssen. Tatsächlich müssten sie aber zur Aufklärung und Information des Publikums beitragen! Carolin Emcke (SZ vom 23./24.7.2016) umreißt den inneren Zusammenhang zwischen der Brutalisierung der Bilder und dem wachsenden Druck, Abscheu statt Aufklärung zu kommunizieren.

Die Länder, die dem islamischen Terrorismus einen wirklichen Blutzoll zahlen, sind die islamischen: Irak, Syrien, Jemen, Afghanistan, Pakistan vor allem, und ein Gutteil der Unterstützer dieses Terrors sind „Freunde“ des Westens.

Man mag ja gar keine Zahlen aufrechnen, aber durch Schusswaffengebrauch sind in den USA zwischen 2004 und 2014 350.144 Menschen ums Leben gekommen. Das sind fast so viele Menschen, wie die USA im Zweiten Weltkrieg verloren haben. Und mehr als tausendmal so viel wie bei *Nine Eleven*.

Die Effekte des islamischen Terrors im Westen sind in der Hauptsache medial. Kluge Journalisten wissen das (Mascolo & Neumann 2016) und denken öffentlich darüber nach, wie sich die Medien aus diesem Teufelskreis heraus bewegen könnten. Sie könnten aber auch gründlicher dem Verdacht nachgehen, dass diese Effekte manchen westlichen Innen- und Außenpolitikern durchaus zupass kommen, den Innenpolitikern, weil sie die „allgegenwärtige“ terroristische Bedrohung zur kontinuierlichen Aushöhlung von Bürgerrechten und zum Ausbau der allgemeinen Überwachung nutzen, und den Außenpolitikern, weil der islamische Terror ihre eigenen imperialen Gelüste (wer hat denn die Länder des Nahen Ostens zerstört? Von Afghanistan über den Irak bis nach Libyen und Somalia) mit innenpolitisch verwendbarer Legitimität versorgt. Schließlich lässt sich die Öffentlichkeit bei uns gerne davon überzeugen, dass man den Terror da (militärisch) bekämpfen muss, wo er herkommt. Die Frage, ob es die vom Westen betriebene Zerstörung von halbwegs funktionierenden Staaten ist, die den islamischen Terror hervorbringt, fällt dabei leicht unter den Tisch.

[14] Als Symptom und Indikator betrachtet offenbart die Konjunktur des V-Wortes das, was man neudeutsch eine Vertrauenskrise zwischen den traditionellen Medien und ihrem Publikum nennt. Dieses Misstrauen ist beim Publikum rational, es gibt gute Gründe dafür, und es wird von zahlreichen kritischen Medienwissenschaftlern geteilt (vgl. besonders den schon mehrfach erwähnten Band von Krüger 2016). Nicht minder rational ist es gegenüber der (algorithmisch aufgerüsteten) Meinungsmache, die im Netz zirkuliert. Wer dem medialen *mainstream* skeptisch gegenübersteht, der muss nicht überall Strippenzieher wittern (die es freilich auch reichlich gibt!), es gibt (jenseits des politischen Lobbyismus) auch ganz einfache habituelle und soziokulturelle Effekte, die Machteliten und Meinungseliten „auf eine Wellenlänge“ bringen. Die gemeinhin als *populistisch* bezeichneten Gruppierungen knüpfen strategisch an diese Entfremdung an und suchen sie zu vertiefen. Aber erfunden haben sie sie nicht. Fast immer (siehe Brexit!) sind es Ange-

hörige der alten und traditionellen Eliten selbst, die versuchen, ein alternatives „Wir“ gegen „die da oben“ aufzumachen – worunter sie dann die Verschwörung zwischen Politik und politisch korrekten Medien verstehen wollen. Wo der *Populismus* definitiv nicht herkommt, das ist „aus dem Volk“.

Performativ betrachtet ist der aus den Medien erklingende V-Vorwurf ein (einigermaßen verzweifelter) Versuch, sich mittels „Publikumsbeschimpfung“ gegen den drohenden Hegemonieverlust zu wehren, ein Versuch, der freilich die entgegengesetzte Wirkung auslösen könnte, weil die V-Figur das Publikum pauschal für unreif und nicht diskurswürdig erklärt. *Verschwörungstheorie* ist und bleibt eine Ausschlussfigur. Und wer da Übersoll erfüllt, der füttert mit seiner Entrüstung die V-Stories dick und rund.

Nach innen bilden die Anhänger exklusiven Wissens immer so etwas wie eine „Gemeinschaft der Besserwissenden“ (vgl. Butler 2018: 97). In dieser Hinsicht sind jedoch die Anhänger von Verschwörungslehren kaum von den Wissenschaftlern zu unterscheiden, die sich in der Regel ebenfalls als Besitzer exklusiven Wissens verstehen. Die Inflation des V-Vorwurfs in den Qualitätszeitungen ist insofern eine riskante Strategie, als sie das Misstrauen des Publikums eher schürt als beruhigt. Die Exklusivität des eigenen Wissens muss bewiesen, nicht behauptet werden. Und da hilft das Aufdecken von Verschwörungen (Panamapapiere!) weit mehr als der Vorwurf, das Publikum glaube wohl an solche.

[ 15 ] Unterm Strich geht es bei der medialen Verwendung des V-Wortes noch um etwas anderes, das ich hier nur anreißen kann: Es geht um das Verhältnis von „Tatsachen“ und moralischen Wertungen in der politischen Kommunikation. Nun kennen die Leser bestimmt den berühmten Spruch über „Tatsachen“, wonach die im Allgemeinen davonlaufen, wenn man ihnen nur fest in die Augen schaut („Facts are like cows. If you look them in the face hard enough they generally run away.“ – Dorothy L. Sayers). Tatsächlich sind „Tatsachen“ zunächst vor- und unpolitisch. Dass London an der Themse liegt und die Erde sich

um die Sonne dreht, ist nicht diskutierbar und nicht politisierbar. Wir müssen bei allem, was wir tun, davon ausgehen, dass es stimmt. Nun wissen wir aber alle, dass das in der Politik nicht das letzte Wort sein kann. Kaum etwas ist so vulnerabel und umstritten im politischen Kampf wie Tatsachenbehauptungen: Wer hat denn nun das Flugzeug abgeschossen und wer den UN-Konvoi militärisch angegriffen? Wer das Wohngebiet bombardiert, das Giftgas eingesetzt? Wer steckt hinter den NSU-Morden? Wer hat von ihnen gewusst und sie gedeckt? „Der Historiker weiß, wie verletzlich das ganze Gewebe faktischer Realitäten ist, darin wir unser tägliches Leben verbringen.“ (Arendt 1972: 9). Und wo der Schlachtruf eines nicht mehr ganz neuen politischen Magazins lauten konnte: *Fakten! Fakten! Fakten (Focus)*, da liegt man wohl nicht ganz falsch mit der Annahme, dass es so etwas wie einen gesellschaftlichen Tatsachenfetischismus gibt, dass der akzeptierte Status als „Tatsache“ gewissermaßen eine Voraussetzung für die politische Wirksamkeit einer Annahme, Meinung ist. Meinungen, Interessen dürfen nicht als Meinungen auftreten, sie müssen als Tatsachen auftreten, um wirken zu können. Anders und etwas vereinfacht gesagt: Im Politischen ist die Grenze zwischen Tatsache und Meinung immer umkämpft. Das ist banal. Es wird aber interessant im Zusammenhang unserer Verschwörungsdebatte, weil die Medien (jedenfalls die Leitmedien, aber nicht nur sie) ein Selbst-Image pflegen, wonach *sie selbst* die letzte Autorität sind in allen Fragen, die den Tatsachenstatus von Angelegenheiten des politischen Lebens betrifft.

Wenn Journalisten sich über die V-Neigung ihres (Noch-)Publikums beschweren, dann fällt regelmäßig das Wort von der „postfaktischen“ Gesellschaft (jüngst haben es ein paar Sprachwissenschaftler mit der dämlichsten Erklärung der Welt zum „Wort des Jahres“ gemacht!). Zu den Theorien und Annahmen, die um die Verwicklung staatlicher und geheimdienstlicher Stellen in die NSU-Morde zirkulieren, schreibt etwa Annette Ramelsberger: „Beweise aber interessieren viele in der postfaktischen Gesellschaft gar nicht mehr. Die bessere, die spannendere Erzählung gewinnt.“ (Ramelsberger 2016). Das ist leider nicht selbstkritisch gemeint (es gilt nämlich auch für die hoch repeti-

tiven *stories* der Zeitungen). Was hier besonders auffällt, ist der beleidigte Ton der Journalisten, den man bei der Beschimpfung des Publikums als V-hörig regelmäßig spürt. Er hängt eng damit zusammen, dass sich Journalisten eben den Tatsachen verpflichtet fühlen. Das gehört zu ihrem Berufsbild. Böswillige könnten sogar behaupten: Die Tatsache, dass WDR, NDR und *Süddeutsche Zeitung* (zusammen mit einigen anderen internationalen Medien) jüngst einen Rechercheverbund für investigativen Journalismus gegründet haben (dem wir bereits jetzt viele neue und interessante Tatsachen verdanken!), deutet darauf hin, dass es der medienrelevanten Welt mächtig viele Verschwörungen gibt, die aufgedeckt werden müssen – und dass die Medien das auch wissen. Tatsächlich ist diese Initiative aus der (reichlich späten) Erkenntnis geboren, dass der Journalismus kämpfen müssen wird (kann man das sagen?), wenn er seine Restautorität im Reich der Tatsachen erhalten möchte. Unbestreitbar ist nämlich auch die Erkenntnis der kritischen Medienwissenschaftler (ich verweise erneut auf Krüger 2016), wonach der moralisch binarisierende (gut/böse) Wertejournalismus auch in den seriösen Medien auf dem Vormarsch ist. Entdramatisierung des V-Themas wäre da gewiss die bessere Strategie (auch Butter 2018 rät von Panik ab).

Ein Monopol der seriösen Leitmedien auf zertifizierte Tatsachen (bzw. deren autoritative Definition) wird es in Zukunft umso weniger geben, als auch die Glaubwürdigkeit der Wissenschaften selbst (auf welche sie sich gerne berufen) von der „Krise der Wahrheit“ (Rühle 2018) betroffen ist. Ausgelöst wird die Glaubwürdigkeitskrise der Wissenschaften von dem, was der nüchterne und prognosesichere Wissenschaftssoziologe Peter Weingart (2001) als Medialisierung, Kommerzialisierung und Politisierung der Wissenschaften analysiert. Um „marktfähig“ zu werden, haben sich die wissenschaftlichen Fächer der Aufmerksamkeitsökonomie unterworfen und deren Präsentationsmethoden übernommen. Die Folgen:

Jenseits nostalgischer Kulturkritik drängt sich die Frage auf, ob die Wissenschaft als Institution vollkommen unbeeinflusst davon bleiben wird, dass sie sich der Öffentlichkeit mit den Mitteln und

in der Symbolsprache kommerzieller Werbung anzupreisen und Akzeptanz zu gewinnen sucht. Die konservativste Vermutung ist, dass sie von der umworbenen Öffentlichkeit auch in den Kategorien kommerzieller Werbung wahrgenommen werden wird. (Weingart 2001: 246f)

Und warum sollte man einer „Wissenschaft“ glauben, die sich mit allen verfügbaren PR-Mitteln in den Aufmerksamkeitsmarkt stürzt?

Zwischen dem Image- und Wertejournalismus und der unaufhaltsamen Politisierung der Frage nach den „Tatsachen“ gibt es einen dynamischen inneren Zusammenhang, auf den Hannah Arendt (1972) hingewiesen hat. Wer ausschließlich mit gut/böse-Images für die eigene und die andere Seite arbeitet, der politisiert damit image-inkongruente „Tatsachen“ in dem Maße, wie sie den verbreiteten Images gefährlich werden können. Wenn die Images die Berichterstattung dominieren, dann spielt das den Macht- und Meinungskampf an die Stellen, wo es unbezweifelbare Tatsachen gibt, die mit den Images nicht zur Deckung zu bringen sind. In allen Kriegen muss zuerst die Legitimität der gegnerischen Partei zerstört werden, weshalb man auch immer moralische Barbareien sucht, erfindet oder auch begeht, die man dem andern in die Schuhe schieben kann. Und dass Organe eines demokratischen Rechtsstaates der obersten Normalitätsklasse in die NSU-Morde verwickelt sein könnten, wäre wohl der GAU für das deutsche Image. Man könnte fast sagen: Wo binäre moralische Images das Ziel der journalistischen Akteure bilden, da entsteht ein Zwang, die Welt der „Tatsachen“ imagekonform zu ordnen oder besser: anzuordnen, ein Zwang, der die Informationspflicht der Journalisten auf eine harte Probe stellt. Die nämlich müsste, wenn man die Kontrollfunktion der Medien gegenüber den Machteliten ernst nimmt, gerade darauf aus sein, die Images der Machteliten zu stören und durch alle erreichbaren inkongruenten „Tatsachen“ in Frage zu stellen.

Interessant sind daher Fälle, wo das Eigengruppeninteresse der Journalisten sich deutlich von dem der politischen Machteliten unterscheidet. Die Türkei nach dem gescheiterten Militärputsch

ist da ein gutes Beispiel: Die Machteliten schonen Erdogan, weil sie ihn für den schäbigen Flüchtlingsdeal brauchen (solche *deals* hatte man zuvor schon mit Gaddafi und einigen anderen, man sollte eigentlich wissen, wie tragfähig sie sind!). Die Journalisten aber, die täglich sehen, wie liberale Zeitungen geschlossen, Journalisten verhaftet, die ganze Opposition aus- und gleichgeschaltet wird, müssen schon aus Berufsethos ihre Kollegen verteidigen und ihrer Unterdrückung und Kriminalisierung lautstark entgegenreten. Die augenblickliche Konstellation zwischen Medien und Regierung ist also geeignet für eine genauere Prüfung des Verdachts, es gebe einen Schulterchluss zwischen Medien- und Politikszene – und nach meinen Beobachtungen könnten die Zeitungen hier weit mehr öffentlichen Druck aufbauen. Can Dündar (Chefredakteur der türkischen *Cumhuriyet*, dem Zentralorgan der säkularen und nationalen Kemalisten, das absurderweise beschuldigt wird, mit kurdischen Terroristen und mit dem Islamprediger Gülen gemeinsame Sache zu machen!) hat sich jüngst darüber mokiert, dass der Merkel-Regierung außer „Besorgnis“ nichts eingefallen sei zur Zerschlagung von Demokratie und Pressefreiheit in der Türkei. Dass jüngst in zwei EU-Ländern (Malta und der Slowakei) Journalistinnen ermordet worden sind, die mafiösen Netzwerken der wirtschaftlich-politischen Eliten ihrer Länder auf der Spur waren, sollte die Medien darin bestärken, Verschwörungen aufzudecken statt ihr Publikum dafür zu tadeln, dass es (angeblich) an Verschwörungen glaubt.

[ 16 ] Ein Exemplum zum Schluss: Wer die hier ausgebreiteten Thesen an einem Zeitungstext studieren möchte, dem rate ich zu Goetz & Richters (2016) *SZ-Reportage* über einen Besuch bei Julian Assange in dessen Exil in der ecuadorianischen Botschaft in London. Es handelt sich um einen Artikel, der gleich mehrfach betont, der Wikileaks-Aktivist neige zu Verschwörungstheorien – der aber selbst nur so strotzt vor vagen und geheimnisvollen Vermutungen, nach denen auch hier mal wieder Putin hinter allem steckt. Was dagegen wörtlich von Assange zitiert wird, ist so vernünftig und distanziert, dass man sich nachgerade sehnt nach Regierungspolitikern, die so vernünftig

reden. Dass Assange bloßes Werkzeug eines finsternen russischen Plans sei, in den USA Trump an die Macht zu bringen, ist an sich schon reichlich verrückt, und was dafür an „Evidenz“ präsentiert wird, ist noch verrückter. Dass Putin öffentlich Partei für Assange ergriffen hat, dürfte nun wirklich niemanden wundern, der sich an den westlichen Medienzirkus mit russischen „Dissidenten“ in den 80er Jahren erinnert. Natürlich ist die Verfolgung und Bedrohung des Wikileaks-Gründers durch die USA (und das Schweigen der „Verbündeten“) Stoff dafür, die westliche Image-Story über die vorbildliche liberale Demokratie und ihre Meinungs- und Informationsfreiheit zu stören. Aber das gehört doch zur politischen Axiomatik. Man müsste sich eher wundern, wenn Russland sich diese Gelegenheit entgehen ließe. Kein westliches Land würde sich so etwas entgehen lassen.

Und dass die Wahlkämpfer von Frau Clinton eine Allianz zwischen Trump, Putin und Assange konstruieren, ist angesichts der bestehenden Konstellation naheliegend – und es ist eine klassische Verschwörungstheorie: unwiderlegbar und einwandsresistent, gerüchtesättigt, diffamierend, das Image gleich dreier (nun wirklich nicht zusammenhängender) Gegner der US-Demokraten beschmutzend. In der semantischen Engführung ganz disparater Feinde kann sich diese Story wahrhaftig mit den Großmeistern der Verschwörung messen.

Dass nämlich Enthüllungen über Clinton Trump nutzen, stand im US-Wahlkampf 2016 felsenfest. Also braucht die *New York Times* (die natürlich Wahlkampf für die Demokraten macht) nur noch suggestiv zu fragen: „Ist Wikileaks zu einer Waschmaschine geworden für belastendes Material, das von russischen Spionen gesammelt wurde?“ Dabei wäre es, wenn es sich um Tatsachen handelt, woran meines Wissens niemand zweifelt (auch die Autoren des Artikels nicht), die Pflicht jedes Journalisten, gerade die Informationen an die Öffentlichkeit weiterzugeben, die ihr systematisch vorenthalten werden, weil sie die Images politischer Akteure zu zerstören drohen. Die *New York Times* würde jedenfalls keine Nachricht unterdrücken, die Putin (oder sonst einen *bad guy*) belastet, gleich, ob die Informationen von Spionen stammen oder nicht. Warum sollte Assange sich darum küm-

mern? Eine Einrichtung wie Wikileaks kann nur funktionieren, wenn alle Quellen geschützt werden. Jede Zeitung schützt ihre Informanten, sonst bekommt sie keine Informationen mehr (Das oben genannte Recherchenetzwerk investigativer Journalisten, zu dem auch die SZ gehört, tut das übrigens auch!).

Wer einen solchen Artikel liest, kommt jedenfalls kaum um die Folgerung herum, dass die großen Zeitungen jetzt ernten, was sie selbst gesät haben: die grenzenlose Proliferation imagekonformer Narrative. Es handelt sich jedenfalls um eine ziemlich *postfaktische* Reportage.

[ 17 ] Fazit: Wer nicht anders kann, als überall Verschwörungsanhänger am Werk zu sehen, wo man seine Ansichten nicht teilt, der hat demnach ein Problem. Offenbar haben sich alle gegen ihn verschworen! Die kritische Presse tut gut daran, den V-Vorwurf nicht zu inflationieren. Leicht entsteht der Eindruck, hier werde ein (unhaltbares) Monopol auf Tatsachenfeststellungen beansprucht und gegen wachsende Dissidenz im Publikum verteidigt.

## Literatur

- Arendt, Hannah (1972): *Wahrheit und Lüge in der Politik. Zwei Essays*. München: Piper.
- Bourdieu, Pierre & Wacquant, Loic (1996): *Reflexive Anthropologie*. Frankfurt/M.: Suhrkamp.
- Brumlik, Micha (2017): „Vom Proletariat zum Pöbel: Das neue reaktionäre Subjekt“. In: *Blätter für deutsche und internationale Politik* 1/2017. S. 56-62.
- Butter, Michael (2018): „Nichts ist, wie es scheint.“ – *Über Verschwörungstheorien*. Berlin: Suhrkamp.
- Domainko, Annika (2016): „Der Bot, der mich liebte“<sup>44</sup>. In: *Süddeutsche Zeitung* vom 6. Juli 2016.
- Drobinski, Matthias (2016): „Reinheitsfanatiker“. In: *Süddeutsche Zeitung* vom 13.-15. August 2016. S. 45.

- Goetz, John & Richter, Nicolas (2016): „Der Bote“. In: *Süddeutsche Zeitung* vom 28. Oktober 2016. S. 3.
- Knobloch, Clemens (2015): „Die Image-Lüge in der Massendemokratie. Über einen neuen Typ der politischen Lüge“. In: *Cahiers d'études Germaniques* 68/2015 (= *Quelques vérités à propos du mensonge* Vol. II, herausgegeben von Hélène Barrière, Susanne Böhmisch, Karl Heinz Götze und Ingrid Haag). Juni 2015. S. 131-148.
- Krüger, Uwe (2016): *Mainstream. Warum wir den Medien nicht mehr trauen*. München: Beck.
- Lobo, Sascha (2016): „Das Ende der Gesellschaft. Digitaler Furor und das Erblühen der Verschwörungstheorien“. In: *Blätter für deutsche und internationale Politik*, Heft 10/2016. S. 59-74.
- Mascolo, Georg & Neumann, Peter (2016): „Die rohe Botschaft“. In: *Süddeutsche Zeitung* vom 6./7. August 2016.
- Nachtwey, Oliver (2016): *Die Abstiegs-gesellschaft. Über das Aufbegehren in der regressiven Moderne*. Berlin: Suhrkamp.
- Ramelsberger, Annette (2016): „Unter dem Hitlerbild“. In: *Süddeutsche Zeitung* vom 4. November 2016. S. 4.
- Rühle, Alex (2017): „Gegenzauber“. Interview mit Michael Butter. In: *Süddeutsche Zeitung* vom 6. Dezember 2017. S. 13.
- Rühle, Alex (2018): „Ich glaube mir. Sie bieten Fakten? Wir haben alternative Fakten. Warum die Krise der Wahrheit die Demokratie bedroht“. In: *Süddeutsche Zeitung* vom 27./28. Januar 2018.
- Schiffer, Sabine (2016): „Feindbild Putin“. In: *Analyse und Kritik (AK)* Nr. 618 vom 16.8.2016. S. 32.
- Theweleit, Klaus (2016): „Was soll der Käse?“ – Interview mit Klaus Theweleit. In: *Analyse & Kritik (AK)*, Nr. 618 vom 16.8.2016.
- Vollmuth, Hannes (2016): „Fight Club“. In: *Süddeutsche Zeitung* vom 10./11. Dezember 2016. S. 3.



## | Moralisierung und Normalisierung – Komplementäre Techniken der Herrschafts- verdichtung in der politischen Kommunikation

We abdicate our civic responsibilities to the government and expect the government, in effect, to legislate morality.

(David Foster Wallace, *The Pale King*, S. 132)

Interessen und Bedürfnisse machen gehorsam, auch gegenüber der ‚Macht der Verhältnisse‘. Macht hat, wer sie erfüllen oder wirksam bedrohen kann.

(Arnold Gehlen, *Soziologie der Macht*, 1961)

### [ 0 ] Vorab

Der Fachausdruck „Herrschaftsverdichtung“ – das hat man Ihnen gewiss schon häufiger erzählt – entstammt eigentlich der Historiographie der frühen Neuzeit. Er fasst die Mikro- und Mesoprozesse der zunehmenden Verrechtlichung und Verwaltung des öffentlichen Lebens zusammen, die in ihrer Gesamtheit zur Herausbildung dessen geführt haben, was man als hoch zentralisierten „absolutistischen Staat“ zu bezeichnen gewohnt ist. In *unserem* Zusammenhang, bei der Übertragung des Ausdrucks in die Gegenwart, wird „Herrschaftsverdichtung“ hingegen zu einer Formel für die moderne Reorganisation von Machtmechanismen, die zwar immer noch von zentralisierten Staatsfunktionen (Recht, Exekutive, Verwaltung, Legislative) *reguliert*, aber nicht mehr durch direktes staatliches Machthandeln *durchgesetzt* werden, sondern sich abstützen in indirekten, dezentral angreifenden, schwer zurechenbaren, objektiven, Widerstand entmuti-

genden Praktiken der (durch sanften Konsenszwang) ermutigten Selbstregulation.

Die in diesem Sinne „modernen“ Staaten haben Weltanschauung, Religion, Werte, Überzeugungen, sexuelle Orientierung etc. weitgehend freigegeben und Wertentscheidungen (bis zu einer bestimmten Grenze) gewissermaßen privatisiert. Primitiv, vor-modern, diktatorisch, unnormal wirken aus ihrer Perspektive Staaten, die sich auf officialisierte Werte, Religionen, Nationalismen stützen und nichtkonforme Abweichler mit den Mitteln des Strafrechts verfolgen. Wo Macht und Herrschaft personal administriert werden, da sehen „wir“ sofort Korruption, mafiose Strukturen, Vetternwirtschaft. Bei uns ist Herrschaft versachlicht, durch institutionelle Verfahren geregelt, objektiv und anonym. Sie verliert den Charakter der persönlichen oder institutionellen Willkür und wird versachlicht, verrechtlicht, objektiviert.

Um ein banales, aber Ihrem Alltag nahes Beispiel zu geben: Wer in meiner Studienzeit in ein Oberseminar zugelassen werden wollte, der musste zum Prof in die Sprechstunde. Heute teilt Ihnen die elektronische Lehrveranstaltungsverwaltung LSF mit, wo Sie zugelassen sind und wo nicht, und versuchen Sie mal, da einen „Machthaber“ zu finden, dem Sie die Entscheidung zu-rechnen (und gegen den Sie protestieren) könnten!

Neben der versachlichten und anonymisierten technischen Herrschaft von Sachzwängen haben Sie in den modernen Gesellschaften vor allem Machttechniken, bei denen Ihr Handeln zwar von außen reguliert und eingeschränkt wird, zurechnen müssen Sie es sich aber durchaus selbst. Auch da verschwindet die Macht und erweckt den Anschein, dass Sie selbst ganz individuell entschieden haben, wie Sie sich verhalten wollen. Um wieder mit einem alltagsnahen Beispiel zu beginnen: Staatliche Versuche, das Rauchen als volks- und gesundheitsschädlich zu entmutigen, haben bereits die Nazis unternommen. Der Mix von Werbebeschränkung, Warnaufdrucken, Verbot im öffentlichen Raum und normalistischer Selbstsorgepflicht für die eigene Gesundheit (tendenziell sanktionsbewehrt durch Krankenkassenbeiträge) hat zu einem erheblichen Rückgang des Rauchens zumindest in den Mittelschichten geführt. Wer hingegen der Bevölkerung per

Staat und Politik normativ ein bestimmtes Gesundheitsverhalten aufdrücken möchte, der wird sofort als illiberal abgestraft, wie die Grünen bei ihrem unbedachten Veggieday-Vorschlag im Wahlkampf 2013 leidvoll feststellen mussten. Das wurde sofort als völlig unzulässige staatliche Bevormundung kodiert.

Dass man hochschul- und bildungspolitisch den Universitäten Autonomie und Eigensinn am besten dadurch entzieht, dass man ihnen „Autonomie“ gewährt und sie damit den jeweils stärksten Marktkräften ausliefert, haben wir alle im letzten Jahrzehnt erfahren. Seit die Unis des Landes „autonom“, d. h. seitdem ihre Neutralität nicht mehr politisch geschützt ist, verhalten sie sich alle vollkommen gleich und vorhersagbar. Die „objektive“ Marktsteuerung, die Regulierung durch Konkurrenz auf Pseudomärkten macht es möglich.

Die Frage, um die es geht, lautet also: Wie sichern liberale Massendemokratien, die Werte, Religionen, Weltanschauungen etc. als „privat“ weitgehend freigeben, das für ihr Funktionieren erforderliche Maß an Steuerung, Übereinstimmung, Konformität, „Konsens“?

Jede einigermaßen umfassende Antwort auf diese Frage füllt Bände. Ich will hier (aus der Perspektive von Diskurs- und Kommunikationswissenschaft) lediglich auf zwei komplementäre Mechanismen indirekt verdichteter Herrschaft hinweisen: Auf die mit den Praktiken der Verpunktung, Verdattung, Quantifizierung verbundene „Normalitätsmacht“, und auf die Macht der öffentlichen Moralisation von Problemlagen.

## [ 2 ] Zu Beginn: ein altes soziologisches Paradox

Je individualisierter und atomisierter die Gesellschaft, desto einfacher wird ihre Beherrschung, wenn sie an den Eigenschaften und Merkmalen ansetzt, mit denen ihre Mitglieder zur „Masse“ (oder zu ihren Bezugsgruppen) gehören (Simmel 1907a, 1907b).

Es ist auch ein Axiom der systemischen Soziologie (z. B. Niklas Luhmann), dass funktional differenzierte Gesellschaften, deren Subsysteme lediglich systemkompatible Handlungen binden

(und nicht, pathetisch gesprochen, „Menschen“), zu Individualisierung und zur Privatisierung von Werten, Weltanschauungen, religiösen Bekenntnissen etc. führen. Als funktional integriert brauchen sie keinen materiellen Wertkonsens. Was marktförmig zu regeln ist, das regelt der kühle Markt, dem es völlig egal sein kann, was Käufer und Verkäufer meinen, glauben, denken. Und die letzten 30 Jahre sind bekanntlich durch eine beispiellose Expansion von Marktprinzipien (auf Gesundheitswesen, Bildung, kommunale Dienstleistungen etc.) gekennzeichnet. Heute findet niemand etwas dabei, dass ein Krankenhaus Gewinne abwerfen muss, sonst wird es geschlossen. Das Publikum wundert sich höchstens über Meldungen, wonach in bestimmten Regionen die Zahl der ADHS-Diagnosen (Würzburg) und der Hüftoperationen steil angestiegen ist, bringt das aber nicht in Verbindung damit, dass Gesundheitseinrichtungen „sich rechnen“ müssen und sich entsprechend positionieren und verhalten.

Dagegen gab es in der Antike den Topos, dass die Mächtigen ihre Ärzte nur dann bezahlten, wenn sie selbst gesund waren. Wurden sie krank, so stellten sie die Besoldung ihrer Ärzte umgehend ein. Es versteht sich, dass die ein lebhaftes Interesse an der Gesundheit ihrer Patienten hatten und sie möglichst rasch wieder herzustellen suchten, hing doch ihr Einkommen davon ab, dass ihre Auftraggeber gesund waren. Heute ist die Motivlage der Ärzte etwas anders.

Was durch Märkte, bürokratische Verfahren, technische Sachzwänge reguliert wird, das erfordert eben keinen Konsens, keine Wertübereinstimmungen, es wird, Luhmannsch gesprochen, von moralischen „Zumutungen“ befreit (Was infolge dessen einzig und allein „moralisch“ geregelt werden muss in hoch individualisierten Gesellschaften, das ist die mikrosoziologische „Achtungskommunikation“ zwischen den Individuen; vgl. Luhmann 1978 in Luhmann & Pfürtnner 1978 – In der Sache entspricht das Goffmans Einsicht, wonach als einzige heilige und rituell zu ehrende Instanz das Individuum verbleibt).

Die Herrschaftsverdichtung bleibt insofern weitgehend unsichtbar, ja vielfach sogar „unföhlbar“, weil normalistische und moralkommunikative Herrschaftstechniken *indirekt* am Einzel-

nen angreifen. Sie zeigen dem Individuum seine aktuelle Position in einer Normalitätsskala und überlassen es ihm selbst, daraus Konsequenzen zu ziehen. Beide setzen gleichzeitig auf Autonomie und auf Konformitätswünsche, die in dem Maße wachsen und virulent werden, wie das Individuum aus seinen primären, nicht marktförmigen Einbettungen herausgelöst und auf sich gestellt wird.

Niemand sagt Ihnen heutzutage, was Sie zu tun haben, niemand präsentiert Ihnen Normen, an die Sie sich zu halten haben. Niemand befiehlt. Wenn der Papst sagt, Sie dürften nicht verhüten, dann lachen Sie sich kaputt. Stattdessen kommt die Herrschaft einesteils als *Sachzwang*, sie präsentiert sich objektiv, als Marktgesetz, als bürokratisches Regulativ, als technische Notwendigkeit, andererseits als moralischer Appell zur Selbstnormalisierung und Selbstoptimierung – im eigenen Interesse, versteht sich! Wenn Sie fürchten müssen, sich mit AIDS oder sonst etwas zu infizieren, dann sind Kondome im Eigeninteresse geboten. Dagegen kommt der Papst nicht an. Fassbar und adressierbar ist aber die Macht in beiden Formen *nicht*. Sie werden niemanden finden, den Sie bekämpfen, den Sie verantwortlich machen können, außer eben sich selbst. Herrschaftsverdichtung heißt zuerst: Die Herrschaft wird ungreifbar, sie schwimmt, greift nicht von einem fassbaren „Außen“ an, sondern scheint sich immer schon irgendwie in Ihrem Inneren zu befinden: als Wunsch, dazuzugehören, als „Einsicht in die Notwendigkeit“. Wer sich zu wehren versucht, der hat von Anfang an das donquichotteske Gefühl, gegen Windmühlen zu kämpfen. Wehren Sie sich mal gegen die objektiv-technischen Regularitäten des LSF! Landesgesetz und Rektorat werden Ihnen jederzeit bescheinigen, dass Sie nicht einmal an den Lehrveranstaltungen teilnehmen müssen. Alles liegt bei Ihnen – was aber am Ende natürlich auch heißt, dass Sie sich nicht beschweren können. Für die Folgen Ihres Handelns sind Sie selbst verantwortlich. Paradox formuliert: Die Macht verdichtet sich in dem Maße, wie sie sich zerstreut, unsichtbar, ungreifbar wird und scheinbar von Ihnen selbst auszugehen scheint. Das Individuum freilich, über das diese neue und verdichtete Macht herrscht, ist ein vollkommen anderes Individuum. Es ist durch

die Auflösung primärer Gruppenzugehörigkeiten isoliert, fühlt sich vielleicht noch seinen Eltern und Geschwistern verbunden, weil das die einzigen „anderen“ sind, zu denen es nicht in markt-förmigen Beziehungen steht. Ansonsten hat es keine Klassen- oder Schichtenidentität, keine Gruppenwerte und Gruppenziele, denen es qua Herkunft verpflichtet wäre, keine Institutionen, die es mit Halt und Sicherheiten versorgen, keine religiöse Wertbindung, die sein Handeln anleitet. Das Individuum ist isoliert und atomisiert, es ist ein „soziales Atom“, ein „Elementarteilchen“, wie es in dem gleichnamigen Roman von Michel Houellebecq heißt.

Macht (und erst recht Gegenmacht) hat aber, das wissen wir von Hannah Arendt, ihre Grundlage im gemeinsamen Handeln. Moderne Gesellschaften sind herrschaftstechnisch so pflegeleicht, weil sie den Individuen die Ressourcen des kollektiven Handelns abschneiden (oder sie doch so regulieren, dass sie in ungefährlichen Bahnen bleiben).

Im Jahre 1955, also vor beiläufig 60 Jahren, veröffentlichte Hans Freyer seine *Theorie des gegenwärtigen Zeitalters*. Sie enthält einiges, was man für ein Verständnis der modernen Herrschaftsverdichtung benötigt. Was Freyer als „sekundäre Systeme“ versteht, entspricht ungefähr der „funktional differenzierten Gesellschaft“ in der (späteren) Theorie der sozialen Systeme (Luhmann). In den modernen Industriegesellschaften, so die These, ist die Herrschaft über Menschen genau so unpersönlich, partiell und ungreifbar organisiert wie die Verwaltung der Sachen. Diese letztere ist kühl, neutral, sachlich. Sie vollzieht sich im Modus technischer und sonstiger *Sachzwänge*. Denken Sie an das LSF! Jeder einzelne dieser Sachzwänge bezieht sich nur auf einen winzigen und höchst speziellen Ausschnitt Ihres Lebens, aber in ihrer Gesamtheit bilden sie ein dichtes Netz von versachlichten Zwängen. Freyer schreibt:

Jedes Verwaltungssystem knüpft ein Maschennetz, und ein solches hat seine Knotenpunkte. Es baut einen Apparat auf, und ihn kann man spielen lassen. Es ist über seinen Sachbereich informiert und kann an jedem Punkte zugreifen. Es betrifft zwar die Menschen immer nur in bestimmten Hinsichten und erfasst sie nur mit be-

stimmten Funktionen, aber auf diese hat es sie ja reduziert: der Rest des Menschen ist privat und mag sich im freigelassenen Erwerb, im Amüsement und in harmloser Opposition tummeln.  
(Freyer 1955: 112)

Das Internet mit seiner grenzenlosen Kontroll- und Überwachungskapazität für alle Kommunikationen ist machtpolitisch die Steigerung dieser Technik zur Potenz. Diese neue Form der Macht hat keine Mitte, keine Adresse, keine Personifizierung.

Oder nehmen Sie die laufenden Initiativen zur Abschaffung des Bargeldes bzw. zur Begrenzung von Bargeldzahlungen auf 5000,- Euro, begründet wird sie mit Geldwäsche und Terrorfinanzierung, womit man so gut wie alles begründen kann, tatsächlich würde sie die Geldversorgung privatisieren und vollständig durch die Banken kontrollierbar, belastbar, steuerbar machen; die Banken sind ohnehin auf dem absteigenden Ast und auf der verzweifelten Suche nach neuen, vielversprechenden Geschäftsmodellen, da kommt ihnen die Abschaffung des Bargeldes gerade recht; die komplette Disjunktion von zirkulationsfähigen Großmotiven, die immer abstrakter werden – Terror, ethnische oder sexuelle Diskriminierung, Inklusion, Bio und Öko, Fairness... – und dahinter versteckten partikularen Interessen, die auf ganz andere Ziele hinauslaufen, ist charakteristisch für die Epoche und wird von Tag zu Tag schärfer.

### [ 3 ] Normalisierungsmacht durch Verpunktung und Verdatung: PISA als Beispiel

Was die Länder als bildungspolitisch zuständige und politisch verantwortliche Instanzen in Jahrzehnten nicht geschafft haben, das schafft ein privatwirtschaftliches Bewertungs- und Rankingverfahren für Schulleistungen im Handumdrehen: die Gleichschaltung und Disziplinierung der Schulen im Sinne der „Abnehmer“. Sie erinnern sich: PISA tritt an als groß angelegter internationaler Leistungsvergleich in den zentralen Schulfächern der OECD-Länder. Der sogenannte PISA-Schock im Jahr 2001

produzierte ein gigantisches Medienecho, da das bildungsstolze Deutschland, Heimat der Dichter und Denker, mit seinen Schülern bei den elementaren Lesefähigkeiten auf einem äußerst niedrigen Rangplatz irgendwo inmitten von „Entwicklungsländern“ gelandet ist. Seither etablieren sich hektische „Reformen“ im Schulwesen, an deren Verlauf man die latente Macht von Verpunktungs- und Verdattungsverfahren gut studieren kann.

Die sind nämlich scheinbar neutral und wissenschaftlich, sie „messen“ ja nur die Leistungen aller unter den stets gleichen Bedingungen. Und gegen Leistungsmessung kann heute niemand etwas haben. Ihre latenten Macht- und Steuerwirkungen zeigen sich erst dann, wenn die Verbesserung des eigenen Rangplatzes zum strategischen Ziel der Ministerien, der Schulleiter, der Klassenlehrer wird. Was tun die? Sie schauen sich an, was in den Leistungsvergleichen genau gemessen wird, und dann versuchen sie, ihren Unterricht so umzuorganisieren, dass die Schüler in just diesen „Kompetenzen“ (so heißt das jetzt) besser werden. *Learning to the test*, nennt man das ironisch. Alles, was nicht gemessen wird in den rankings der (ganz neutralen!) Verpunkter und Verdatter, spielt auch für die Reformer keine Rolle. Und der erkennbare Gesamteffekt besteht darin, dass der Veranstalter der Verpunktung am Ende ganz allein bestimmt, was wichtig ist. Bildungspolitiker (oder gar Pädagogen) können sich da den Mund fusselig reden. Wenn man bei PISA besser aussehen will, dann muss man sich auf das konzentrieren, was von PISA gemessen wird. Infolgedessen werden die Veranstalter von PISA (und dem entsprechend natürlich auch von anderen Testbatterien der empirischen Bildungsforschung) schulpolitisch hegemonial, obwohl niemand sie gewählt hat, niemand sie kontrolliert und auch niemand sie abwählen kann.

Inzwischen weiß sogar Wikipedia, dass PISA alles andere als ein „wissenschaftliches“ Unternehmen ist, die Veranstalter entziehen sich der Kontrolle, halten ihre Daten und Verfahren geheim, verfolgen direkt wirtschaftliche Interessen, was alles den elementarsten wissenschaftlichen Standards widerspricht. Aber das öffentliche Ansehen, eine bloße objektive „Erhebung“, Leistungsvergleich, Leistungsmessung zu sein, macht die Sache

weitgehend einwandsimmun: Wie sollen sich Schulen als öffentliche, steuerfinanzierte Einrichtungen dagegen sträuben, dass ihre Leistungen bewertet werden? Das ist man dem Steuerzahler schuldig, Rechenschaft abzulegen! Wer fragt da schon, warum Messung und Bewertung der Schulen von undurchsichtigen privaten Akteuren besorgt werden sollten?

Die Veranstalter von PISA-Tests haben übrigens genau die gleiche diskursive Strategie zum mundtot machen ihrer zahlreichen Gegner implementiert wie das Hochschulranking des CHE, das versucht, entsprechende Steuerwirkungen auf die Universitäten zu etablieren:

- Schweigen, um Kritikern keine öffentliche Resonanz zu verschaffen;
- wenn das nicht mehr ausreicht, den Kritikern Kompetenz absprechen und unlautere Motivation unterstellen;
- nötigenfalls isolierte Probleme zugestehen, aber behaupten, dass diese keine nennenswerten Auswirkungen haben;
- schließlich behaupten, dass die Kritik altbekannt und längst widerlegt sei.

So beschreibt es der Wikipediaeintrag „Kritik an PISA“.

Solche Macht- und Steuerungskreisläufe, die den „neutralen“ Verpunktern, den Statistikern, den Fliegenbeinzählern, unkontrollierte Macht zuspielden, gibt es natürlich nicht nur im Bildungswesen. Während der sogenannten Finanzkrise konnte man ihre segensreiche Wirksamkeit ebenfalls beobachten: an der unkontrollierten Machtposition der Ratingagenturen, die die Kreditwürdigkeit von Staaten und Unternehmen bewerten und klassifizieren. Für die Finanzierung und Refinanzierung von Staatsschulden ist die „Note“, die diese Agenturen den Staaten erteilen, oft eine Frage von Leben und Tod, weil nämlich danach über die Verzinsung staatlicher Anleihen und Wertpapiere entschieden wird. Ein hübscher Effekt dieser Bewertungen staatlicher Kreditwürdigkeit durch die Ratingagenturen besteht darin, dass die deutsche Bundesregierung, der die Finanzmärkte (wie man so schön sagt) Vertrauen entgegenbringen, jetzt nur

einen Bruchteil der Zinsen auf ihre Staatsschuld zahlt, die sie vor der Krise zu zahlen hatte. Die verarmten und wirtschaftlich gebeutelten Länder der EU-Peripherie hingegen, denen die Finanzmärkte (und ihre Verpunter: die Ratingagenturen) kein so großes Vertrauen entgegenbringen, zahlen freundlicherweise jetzt die deutschen Zinsen mit. Dass Herr Schäuble jetzt trotz der Flüchtlinge „die schwarze Null“ schafft, das verdankt er einzig und allein diesem Mechanismus, der die Kassen des Exportweltmeisters wie durch ein Wunder noch voller macht, als sie ohnehin schon sind.

Das freilich sind Beispiele dafür, dass normalistische (Link 2006) Techniken der Verpunktung und Verdattung zur Steuerung von Staaten und Großinstitutionen eingesetzt werden. Es mangelt aber auch nicht an direkten Auswirkungen dieser Techniken auf den einzelnen, der in einer solchermaßen integrierten Gesellschaft von allen Seiten umgeben ist mit Selbstoptimierungs- und Selbstnormalisierungsimperativen. Die Formel vom „unternehmerischen Selbst“ hat der Soziologe Ulrich Bröckling geprägt (Bröckling 2007). Ob es darum geht, „lebenslang zu lernen“, das eigene „Humankapital“ zu optimieren, sich für den Arbeitsmarkt fit zu halten, stets ist das Individuum konfrontiert mit einem Umfeld, das es für seinen Erfolg, seine Position, seine Chancen, seine Sicherheit selbst verantwortlich macht. Jeder ist selbst lebenslang der Manager seiner selbst. Dazu bekommt er von Zeit zu Zeit mitgeteilt, „wo er gerade steht“ im Leistungsfeld der Klasse, des Sportvereins, der Mitarbeiter. Selbst die Universitäten sollen seit Jahren dazu erzogen werden, keine Noten mehr zu geben, sondern jeden Jahrgang strikt numerisch zu ranken. Dann erhalten Sie für Ihre Prüfungsleistung keine Note mehr, sondern einen Rangplatz. Sie stehen dann auf Nr. 3 oder auf Nr. 54 Ihrer Kohorte, und die Nachricht ist immer dieselbe: Sie müssen strampeln, um ihren guten Platz zu erhalten oder um Ihren schlechten Platz zu verbessern.

Oder denken Sie an die immer intensiver werdende Angstpropaganda bezüglich der Alterssicherung in unserer „alternden Gesellschaft“. Das klassische Angstprogramm, das jeden zum Handeln (oder wenigstens zu einem schlechten Gewissen)

bringt. Der französische Soziologe Emmanuel Todd (2016) hat dafür die hübsche Formel geprägt von der jugendlichen Generation, die schon aufgefordert wird, an ihre Alterssicherung zu denken, bevor sie überhaupt den ersten Arbeitsplatz angetreten hat. Und wenn es zur Pflege des eigenen Humankapitals gehört, zuerst nach dem Studium ein paar unbezahlte Praktika zu machen, wer wird sich dann dieser Selbstoptimierungspflicht entziehen? Was medial als „normal“ präsentiert und durchgesetzt ist, das wird zum Selbstnormalisierungsimperativ für den (verängstigten) Einzelnen.

Das Programm der Selbstoptimierung, des unternehmerischen Selbst, zeigt eine Architektonik von Macht und Herrschaft, bei der die (tendenziell verschwindenden) Machtinstanzen (keineswegs nur die Staaten oder die offiziellen Behörden, auch Schulen, Sozialämter, Unternehmen etc.) die Individuen dazu anleiten, *sich selbst zu regieren* – mit dem Effekt, dass die Macht „ortlos“ wird bzw. ihren „Ort“ in uns selbst zu haben scheint. Wer gegen sie ankämpfen will, der muss gegen sich selbst ankämpfen! Das Ergebnis hat paradoxerweise sowohl Züge der Anarchie als auch Züge des totalen Staates.

Die bisher skizzierten Beispiele haben alle einen gemeinsamen Nenner: Die Verpunktung und Verdattung der Lebensverhältnisse dient zugleich ihrer Vermarktlichung, ihrer ganz realen oder symbolischen Ökonomisierung. Selbstnormalisierungsimperative des fraglichen Typs heizen immer die marktförmige Konkurrenz unter den Individuen oder Institutionen an. Wer den Abstieg aus der Bundesliga in die Regionalliga fürchtet, der beißt doch lieber einen Konkurrenten weg und bleibt selbst in der Bundesliga. Tatsächlich ist aber die so erzeugte *Verhaltenskonformität* sehr viel höher als die durch geteilte Normen erreichbare. Wenn jeder sich in allen Lebenslagen unternehmerisch, selbstoptimierend und konkurrenzmäßig verhält, dann ist jeder völlig vorhersagbar, berechenbar. Und wenn er keinen Erfolg hat, wird er das nicht der Macht oder ihren verborgenen Inhabern zurechnen, sondern sich selbst. Er hat dann auf das falsche Pferd gesetzt, nicht „lebenslang gelernt“, falsch investiert etc. Es ist im Übrigen auch völlig klar, dass in einer Ranking-

Gesellschaft nicht jeder gewinnen *kann*, im Grunde kann immer nur einer gewinnen, wenn alle Verschiedenheiten des Könnens, der Begabung, des Talentes, nicht als gleichwertige Verschiedenheiten gelten, sondern per *Ranking* in eine lineare Rangfolge gebracht werden. Rankings kennen nämlich nicht *gut* oder *schlecht*, sie kennen nur *besser* oder *schlechter*. In einer Kohorte mit guten Leistungen können Sie durchaus auch auf dem vorletzten Rangplatz noch ziemlich gut sein, nur haben Sie dann nichts mehr davon!

Durch solche und ähnliche „Mechanismen“ geht ein Großteil ehemals politischer und demokratisch kontrollierter Macht an private Akteure über, die aber als solche nicht in Erscheinung treten. Sie verbergen sich hinter: [a] Tests und Leistungsmessungen wie PISA, [b] Akkreditierungsagenturen, die Studiengänge prüfen und genehmigen, [c] Evaluations- und Ranking-Verfahren, [d] technisch implementierten Administrationsprozessen (LSF etc.), [e] massenmedialer Definitionsmacht, die von Privatbetrieben kontrolliert wird (Bertelsmann), um nur einige Beispiele zu nennen.

Verpunktung und Verdattung, Ranking und Reihenfolge gehören zu den gemeinsamen Nennern dieser Machtverfahren. Sie alle machen höchst Unterschiedliches „vergleichbar“, bringen es gewissermaßen auf einen Nenner. Wenn Sie alle den gleichen Test absolvieren, geraten Ihre Leistungen in eine Reihenfolge. Dass Sie vielleicht manches können, was der Test nicht prüft, geht dabei verloren.

Und just aus diesem Grunde (und nur aus dem) halten sich neoliberale Massendemokratien der oberen Normalitätsstufe komplementär einen offiziösen Kultus der *Diversität*. Ein Hochamt der *Verschiedenheit*, der *Vielfalt* (jeder Jeck ist anders). *Vielfalt* als Chance können Sie überall hören und lesen, gleich ob es um die Flüchtlingskrise, um sexuelle Minderheiten, um die Beschulung von Benachteiligten oder Behinderten geht. Und da sind wir schon bei der zweiten strategischen Sphäre der Macht- und Herrschaftsverdichtung: der fallweisen öffentlichen Moralisierung von Problemlagen. Ich werde zu zeigen versuchen,

dass öffentliche Moralisation (auch wenn das höchst paradox scheint) ganz ähnlich funktioniert und ganz ähnliche Folgen hat wie Verpunktung, Verdattung, Normalisierung. Und die Hauptkonsequenz ist die Erschwerung und Entmutigung von Dissidenz – solange das Publikum atomisiert, individualisiert, unorganisiert bleibt.

#### [ 4 ] Verbleibende Herrschaftsressourcen: Moralisation

Hoch moralisiert ist in unserer verpunkteten und verdatteten Normalgesellschaft allerlei, nicht zuletzt die Normalität selbst und das Recht (und die Pflicht), an ihr teilzuhaben. Hoch moralisiert sind nicht zuletzt auch die (ziemlich flexiblen) Normalitätsgrenzen. Wer außerhalb der Normalität lokalisiert werden kann, der kann als „krank“, als „kriminell“ oder als „benachteiligt“ etikettiert werden. Auch wenn etwa sexuelle Orientierungen und Identitäten weitgehend freigegeben und privatisiert sind, heißt das im Gegenzug, dass die verbleibenden Grenzen in hohem Maße moralisiert sind. Während meine Generation noch Erfahrungen sammeln durfte (oder musste) mit dem hysterischen Sexualstrafrecht der Vergangenheit, das homosexuelle Handlungen unter Strafe stellt und Zimmervermieter wegen Kuppelei bestrafen konnte, wenn sie gegengeschlechtlichen Besuch zuließen, sieht die Szene heute ziemlich anders aus: Hoch moralisiert (und infolge dessen kriminalisiert) ist alles, was vom Prinzip des Einvernehmens und der erwachsenen Gegenseitigkeit nicht gedeckt ist: Pädophilie, Kinderprostitution, sexuelle Gewalt etc. Alles andere wird rechtlich normalisiert. Prostituierte sind heute „Sexarbeiter“, sollen Sozialversicherung zahlen und sich regelmäßig ärztlich untersuchen lassen. Dass sich hinter solchen Normalitätsfassaden brutale Gewaltverhältnisse verstecken, wird dann unsichtbar. Was Markt- und Warenform angenommen hat, ist aber per se normal. Aber es ist auch ein Beispiel für das politische Management von Normalitätsgrenzen durch Moralisation. Pädophilie dürfen Sie als „Krankheit“ oder als „Verbrechen“ ver-

buchen, sexualisierte Gewalt und nicht-einvernehmliche Sexualkontakte sind kriminell (die aktuelle Debatte über die Reform des Sexualstrafrechts liefert da Anschauung).

Was ist genau gemeint mit Moralisierung? Zunächst einmal gibt es kaum einen Sachverhalt, der sich der moralisierenden Interpretation, der sich moralisierenden Deutungsmustern entziehen würde. Umfassend moralisiert sind inzwischen weite Teile des Konsums. Was verkauft werden will, muss fair, öko und ohne Kinderarbeit hergestellt sein. Der Kunde kauft nicht nur, nicht einmal in erster Linie, eine Ware, er kauft auch ein moralisch gutes Gewissen. Das geht nur unter der Voraussetzung, dass er im Hinterkopf ein schlechtes Gewissen hat und weiß: in Wirklichkeit ist es nicht so weit her mit fair, öko und ohne Kinderarbeit. Das ist banal und bekannt. Man muss Verhältnisse schaffen, die es den Individuen nahe legen und leicht machen, sich in die eigene Tasche zu lügen. Der US-amerikanische Schriftsteller David Foster Wallace hat in seinem nachgelassenen Roman *The Pale King* dafür folgende Formel gefunden:

The new leader won't lie to the people; he'll do what corporate pioneers have discovered works far better: He'll adopt the persona and rhetoric that let the people lie to themselves.

(David Foster Wallace, *The Pale King*, S. 150)

Es handelt sich hier um eine Rhetorik, die wirkt, indem sie den unerfüllbaren Wunsch des isolierten Individuums, zur Gemeinschaft der Guten zu gehören, als leicht erfüllbar darstellt, bevorzugt durch mehr oder minder exklusive Kaufakte, bei denen man sich nur ein kleines bisschen selbst belügen muss. Dass öko und fair zugleich auch distinktiv, teuer, Prestigeconsum (im Sinne von Thorstein Veblen und Pierre Bourdieu) bedeutet, dass man sich fair und öko etwas kosten lassen, dass man es sich leisten können muss, gibt dem Ganzen noch einen zusätzlichen Dreh: Man gehört zugleich zur Gemeinschaft der Guten und zur Gemeinschaft der feinen Leute.

Oder nehmen Sie ein banales Beispiel aus der Sphäre von Wirtschaft und Politik. Viele Gemeinden, vor allem Großstädte

mit vielen Touristen, führen neuerdings einen Krieg gegen Privatleute, die ihre Zweit- oder Ferienwohnungen in diesen Städten an Touristen vermieten. Sie können sich darauf verlassen, dass die Lokalpolitiker mit der Wohnungsnot, mit dem Mangel an bezahlbarem Wohnraum, also einer Moralisierung, gegen private Zweitwohnungsvermieter argumentieren werden. Sie können sich aber ebenso darauf verlassen, dass die Initiative für solche Kampagnen von der Hotellobby und ihren wirtschaftlichen Interessen ausgeht. Die nämlich fürchten die private Vermieterkonkurrenz, die ihnen inzwischen einen beträchtlichen Teil des Geschäfts abjagt. Der Kommunalpolitiker, der sich für die Interessen der Hotellobby einsetzt, hat damit zugleich sein moralisches Image, seine Sorge für die Wohnungsnot der Bevölkerung, wirksam artikuliert. Und was will man mehr?

Was tut ein CDU-Wirtschaftspolitiker, der den gesetzlichen Mindestlohn verhindern möchte? Er sagt keinesfalls, dass der Mindestlohn nicht den Arbeitgeberinteressen entspricht, er sagt vielmehr (so wörtlich geschehen in der Auseinandersetzung um den deutschen Mindestlohn), der Mindestlohn werde „Hürden für die Schwächsten am Arbeitsmarkt“ aufrichten, deren Arbeitsplätze dann gefährdet würden. Eine ziemlich dreiste Moralisierung!

Beide Beispiele zusammen werfen bereits ein Schlaglicht auf einen weiteren Modus der Herrschaftsverdichtung, auf den ich noch kurz zurückkommen werde: Auf die öffentliche Delegitimierung von Gruppeninteressen und ihrer wirksamen Vertretung, die sich natürlich in der Hauptsache gegen die Gewerkschaften und Arbeitnehmervertretungen richtet. Öffentlich auftreten dürfen Gruppeninteressen nur als moralisch-allgemeine Interessen.

## [ 5 ] Exkurs über den Typus des modernen Moralisten

Macht und Herrschaft richten sich nach den Typen und Sozialcharakteren, die sie teils vorfindet und teils auch selbst hervorbringt. In einer Gesellschaft mit Familienclans, die unbedingten Gehorsam einfordern, muss Macht anders organisiert sein als in einer Gesellschaft aus lose aggregierten Lohnarbeitern mit pri-

vaten und familiären Bindungen bestenfalls an die Kernfamilie (Eltern und Kinder). Der typische Moralist in der Politik ist in der soziologischen Typologie von David Riesman (1958) eigentlich der *Innengeleitete*. Als historisch-sozialer Typus steht er zwischen dem *Traditionsgeleiteten* (der tut, was er tut, weil seine Vorfahren es „schon immer“ so getan haben) und dem *Außengeleiteten*, der tut, was er tut, weil es seine massenmedialen Vorbilder (Prominente, Werbegrößen, Sportler, Experten...), seine Nachbarn, seine Berufskollegen auch so machen.

Riesmans (1958) innengeleiteter Moralist ist ein Gewissensmensch, er hat einen inneren Wertkompass, der ihm in allen Lebenslagen sagt, was richtig und was falsch ist. Wenn die Staatsmacht oder das Gesetz etwas von ihm verlangt, was er falsch findet, dann folgt er seinem Gewissen. Dass andere etwas tun, ist für ihn nicht die geringste Rechtfertigung, es auch zu tun. Der klassische Innengeleitete ist ein „Hier stehe ich, ich kann nicht anders“-Protestant und notorisch schwer zu beherrschen.

In unserer massendemokratischen Gegenwart haben wir es mit einem ganz anderen Typ von Moralisten zu tun: mit einem außengeleiteten Moralisten, der gerne Vorbildern folgt, ein notorisch schlechtes Gewissen (wegen seiner Lebensweise) hat und ein Bedürfnis, zu den „Guten“ zu gehören, ohne dabei sein insgesamt doch recht bequemes Leben ernstlich ändern zu müssen.

Was der Soziologe Pierre Bourdieu unter dem bekannten Stichwort der „kleinen Unterschiede“ als Bedürfnis nach Distinktion, nach Verfeinerung, nach Unterscheidung beschrieben hat, das hat in der Zwischenzeit eine stark moralisierende Färbung angenommen: Von der *marginal differentiation*, von den *kleinen Unterschieden* zum fairen PrestigeKonsum. Die Sorgen und Schuldgefühle derer, die in den Ländern der ersten Normalitätsklasse leben, kannte Riesman schon ziemlich gut. Er zeigt, wie „wir“, als Bewohner der reichen, bevorzugten Länder (der „ersten Normalitätsklasse“ würde Jürgen Link sagen) etwas von der Schuld abtragen können, die viele von uns wegen des verhältnismäßig bequemen Lebens empfinden, das sie im Vergleich zu denen führen, die das nicht mehr zu reduzierende Maß schwerer und unbequemer Arbeit verrichten – ein Schuldgefühl, das in

der Epoche der Außenlenkung sicherlich noch viel weiter verbreitet ist und mit zunehmender „Autonomie“ der Individuen eher stärker als schwächer werden wird. (Riesman 1958: 286)

Der moralisierende Charakter wandelt sich unter den Bedingungen der (massenmedialen) Außenleitung radikal. Wenn einflussreiche Menschen, Prestige- und Autoritätsträger zu Moralisten werden, dann wird auch der außen-geleitete Mensch, gerade weil er außen-geleitet ist, versuchen, zum Moralisten zu werden. (Riesman 1958: 193) Denken Sie an Prominente, Stars, Firmen, Marken, Behörden, selbst Universitäten gerieren sich inzwischen nach außen fassadenmoralisch, legen sich ein „gutes“ Image zu, akquirieren moralisches Kapital. Die Universität Siegen will keineswegs wissenschaftliche Bildung vermitteln, nein, sie will „Zukunft menschlich gestalten“!

Politiker, Behörden, Institutionen gleichen ihr öffentliches Erscheinungsbild den Strategien der Wirtschaft an, sie wollen eine „Marke“ werden, ein „positives Image“ erwerben. Riesman, schon in den 50er Jahren ein scharfer Beobachter der US-amerikanischen Massendemokratie, schreibt:

Außerdem wird die Politik, eben weil die Verhaltensweisen des Konsums in sie eindringen, zu einem Bereich, in dem die Manie und Haltung, *wie* etwas getan wird, fast ebenso wichtig wird wie das, *was* getan wird. Dies entspricht der Neigung des außen-geleiteten Menschen, den Mitteln mehr Bedeutung als dem Zweck beizumessen, im Gegensatz zu dem innen-geleiteten Menschen. (Riesman 1958: 201)

Fast alle Appelle und Zurichtungen der verdichteten Macht richten sich an die *Eigenverantwortung* des Einzelnen und zeigen diese im Licht eines globalen moralischen Problems. Die herrschende spektakuläre Form der massenmedialen Berichterstattung ist der Skandal, und ein Skandal hat immer Moral- und Imagekomponenten. Schon aus aufmerksamkeitspolitischen Motiven heraus neigt der Journalismus, neigen die Massenmedien zur Moralisierung von Problemlagen.

Denn trotz des moralisierenden Stils, in dem sie die politischen Ereignisse gestalten, sind die in Film, Presse, Funk und Fernsehen Beschäftigten in Wirklichkeit typisch außen-geleitet. In betriebsfreien Augenblicken stellt sich das überempfindliche Radargerät, das sie mit den notwendigen Impulsen versorgt, nicht auf die Abnehmer-schichten ein, die sie beliefern, sondern auf die sie umgebenden und über ihnen stehenden Schichten von Intellektuellen. Diese sehen aber häufig nur mit Verachtung auf die Massenkommunikationsmittel herab. (Riesman 1958: 212)

An diesem Zitat kann man freilich auch sehen, wie weit 1958 von 2016 entfernt ist. Heute sehen die Intellektuellen zu den Medienmenschen hoch, die haben ihrerseits gelernt, die Autorität von Experten, Prominenten und Moralagenturen für ihre Zwecke zu nutzen und brauchen den alten Intellektuellen überhaupt nicht. Der freilich braucht sie, wenn er Resonanzmechanismen als Resource einsetzen will, wofür auch immer. In Riesmans (1958) Perspektive ist eigentlich der Innen-geleitete der typische Moralist, er kommt in der außen-geleiteten Welt der Hedonisten und Gleichgültigen nur schlecht zurecht und ist daher für politische Radikalisierung anfällig, man denke an die Zöglinge des protestantischen Pfarrhauses, aus dem nicht wenige RAF-Mitglieder stammen! Was Riesman noch nicht sehen konnte, das ist der Siegeszug der medialen Moralisierung aus aufmerksamkeitsökonomischen Gründen, sie macht die Moral unernst, distanziert sie, sie wird Teil des Spiels, bleibt aber keineswegs folgenlos. Großbetriebe und Behörden reden von *Corporate Social Responsibility*, wollen moralisches Kapital ansammeln, weil sie wissen, dass Kaufakte stark durch das Image des Produzenten oder der Ware bestimmt werden. Moral ist Mittel der Warenwerbung. Die mediale Moralisierung ist Motor und Antrieb der Lübbeschen „Verantwortungsexpansion“ und sie ist beteiligt an der Erzeugung des modernen außen-geleiteten Moralisten, der es in der Praxis mit der Moral nicht so furchtbar genau nimmt, aber sehr sorgfältig sein moralisches Image nach außen pflegt.

[ 6 ] Verdichtete Herrschaft adressiert  
das atomisierte Individuum...

...aber nicht *als* Individuum, sondern in seinem unvermittelten Verhältnis zur Normalität und Moralität des „Ganzen“

Es ist nicht auf Anhieb verständlich und nachvollziehbar, warum die modernen Machtpraktiken des Neoliberalismus die öffentliche Moralisierung von Themen, Problemen, Personen als Ressource nutzen können. Denn mit seiner universellen Tendenz zur Herauslösung der Individuen aus ihren Sozialverbänden und zur Vermarktlichung und Objektivierung von Herrschaft und Vergesellschaftlichung untergräbt der Neoliberalismus eigentlich die primären Quellen moralischer Orientierung. Die bestehen nämlich in der „Einbettung“ und Zugehörigkeit der Individuen zu diversen (und mehr oder weniger organisierten) Gruppen. Moral orientiert ja in der Hauptsache das Verhalten (und seine Motive, Antriebe) gegenüber den Eigengruppen und gegenüber Fremdgruppen. Wir haben bereits notiert, dass der „moderne“ Typ der Moralisierung das Individuum adressiert. Man könnte sogar sagen, dass die modernen Moralisierungen im Extremfall (man denke an PC-Attacken; vgl. Vox Day 2015) das Individuum aus seinen sozialen Restbezügen herausschießen und es gewissermaßen „entbetten“. Kompensiert wird das durch eine flüchtige und fallweise improvisierte *moral community*.

Ein Grund für die zunehmende Religionsfeindlichkeit der neoliberalen Medienöffentlichkeit besteht gewiss darin, dass religiöse Gemeinschaften Reststrukturen und Restpraktikern von gegenseitiger Unterstützung bereitstellen, die nicht marktförmig sind und gegen Vermarktlichung einigermaßen resistent. Sie kennen vielleicht die These aus Karl Polanyis (1978) bekanntem Buch *The Great Transformation*, wonach der vorrückende Kapitalismus des 20. Jahrhunderts sich dadurch „auszeichnet“, dass er das Marktgeschehen radikalisiert, universalisiert und „entbettet“, indem er vorkapitalistische Residuen und Ressourcen allmählich marktförmig umorganisiert. Eine Pointe von Michel Houellebecqs Satire *Soumission* besteht ja darin, dass der Autor vorführt, wie sehr der moderne Islam einerseits kapitalismus-

kompatibel ist, und andererseits zeigt, dass er sogar (ganz im Unterschied zum zurückgedrängten Christentum!) den Kapitalismus mit einer neuen Gemeinschaftseinbettung versorgen kann, die ihn eben nicht schwächt, sondern stabilisiert.

Wir präzisieren also die Ausführungen der letzten Abschnitte dahingehend, dass wir sagen: Die Machtressource „Moralisierung“ wird in dem Maße frei für die neoliberale Gesellschaft, wie die „Entbettung“ des Kapitalismus und die Atomisierung der Individuen fortschreiten. Dazu gehört, dass die modernen Moralierungen niemals umgrenzte (und möglicherweise politisch aktionsfähige!) Gruppen und Gemeinschaften definieren. Sie setzen vielmehr das Individuum direkt und umstandslos mit einem universellen und hoch abstrakten Wert in Verbindung, mit dem „Ganzen“. Gleich, ob wir von Ökologie, Klima, Artensterben, Tierschutz etc. reden, stets ist es nicht eine bestimmbar Gruppe, um die es geht, sondern die menschliche Spezies als Ganze. Man könnte von einem „biologischen Universalismus“ der Spezies Mensch sprechen.

[ 7 ] „Zurechnungsexpansion“ (Lübbe 1994) als ein Mittel der Herrschaftsverdichtung

Verdichtete Herrschaft adressiert das atomisierte Individuum, aber nicht *als* Individuum, sondern in seinem unvermittelten Verhältnis zur Normalität und Moralität des „Ganzen“. Es macht einen riesigen Unterschied, ob sich eine Moralkommunikation an ein verunsichertes und ängstliches atomisiertes Individuum richtet oder an eine organisierte Gruppe, Institution, Einrichtung. Letztere werden (wie alle Kollektivgebilde) ihre eigene Moral ausbilden und für von außen an sie herangetragene Wertkommunikationen wenig *compliance* haben. Indessen entspricht der Auflösung mächtiger normsetzender Sozialverbände (von der Familie über die Nachbarschaft, die Berufsgruppe, die soziale Schicht, die Klasse) beim atomisierten Individuum durchaus eine paradoxe Wirkung. Es ist nicht nur viel „ansprechbarer“ für

moralische Kommunikationen, es traut und rechnet sich auch viel mehr zu.

Ein Individuum, das sich im Jahre 1980 mit seinem persönlichen Verhalten für das Weltklima mit verantwortlich gefühlt hätte, wäre vermutlich in die Psychiatrie eingewiesen worden. Heute reicht es beinahe, sich nicht für das Weltklima verantwortlich zu fühlen, um in die Psychiatrie eingewiesen zu werden.

Dieses Phänomen hat der (konservative) Philosoph und Politologe Hermann Lübbe als „Zurechnungsexpansion“ oder als „Zurechnungsexplosion“ bezeichnet. Mit dem Verlust sozialer Bindungen wächst zugleich der Umkreis dessen, für das sich die Individuen zuständig und mitverantwortlich fühlen. Kennen Sie jemanden, der sich für seine Gesundheit, Ernährung, für Tierwohl, Ökologie, Artensterben, Klima *nicht* zuständig erklären würde? Das ist alles historisch noch jung, aber für Sie so selbstverständlich, dass sie es sich kaum anders vorstellen können.

Vor allem über die expansiven ökologischen Motive hat diese „Zurechnungsexplosion“ inzwischen einen Punkt erreicht, dem sich niemand entziehen kann, die Tatsache nämlich, dass auch die Menschen eine biologische Spezies und Teil der Natur sind. „Packen“ kann man so machttechnisch jedes Individuum, es ist ja mit verantwortlich für das, was „seine“ Spezies anrichtet. Nicht zufällig blühen mehr oder minder esoterische Bewegungen, die aus der „Selbstdämonisierung“ der Spezies Mensch pseudo- und quasireligiöse Konsequenzen ziehen.

Wer heute eine Krankheit bekommt, der sagt sich nicht: Pech gehabt, der fragt sich: Was habe ich falsch gemacht? Habe ich genügend Sport getrieben? Mich richtig ernährt? Die Bereitschaft, sich alles, was einem im Leben zustößt, selbst zuzurechnen, ist ein mächtiges Herrschaftsinstrument, zumal wenn es auch die sozialen Schicksale der Individuen sind, für die sie sich letztlich selbst verantwortlich machen. Wenn Sie heute keine vernünftige Stelle bekommen, dann haben Sie das falsche Fach, an der falschen Uni, mit der falschen Intensität etc. studiert oder nicht die richtigen Praktika gewählt. Sie sind eine Ich-AG und haben Ihr Leben nicht richtig gemanagt. Es entsteht eine wachsende

Spannung zwischen den immer umfassender werdenden Selbstoptimierungs- und Selbstnormalisierungspflichten auf der einen Seite und den Verantwortungsgefühlen für das „große Ganze“, und in diesem Zwischenraum bewegen (und überfordern) sich gerade die moralisch anspruchsvollen Individuen. Die eher pragmatischen grüßen gelegentlich den moralischen Gesslerhut und kümmern sich ansonsten um ihr eigenes Fortkommen. Beide Gruppen sind leicht zu beherrschen, weil beide Gruppen ein schlechtes Gewissen haben.

### [ 8 ] Die öffentliche Delegitimierung von Interessenpolitik

Vor einigen Jahren hat Spanien den staatlichen Ausnahmezustand erklärt, als die Fluglotsen des Landes zu einem Lohnstreik aufgerufen haben. Das Grundrecht der spanischen Bürger auf Bewegungs- und Reisefreiheit sei höher einzustufen, hieß es, als das Streikrecht der Fluglotsen. Wenn hierzulande bestimmte, einschlägig sensible Berufsgruppen in den Streik gehen, dann können Sie in den Medien und in den politischen Verlautbarungen interessante Erfahrungen machen. Das prominenteste Beispiel der letzten Jahre waren die Streiks der Lokführer. Dass der Chef ihrer Gewerkschaft (Weselksky) als „Wahnsinniger“ apostrophiert wurde, ist noch die geringste Entgleisung. Auch hier wurde selbstverständlich die Wirkung dieses Streiks auf die Wirtschaft und auf die Bevölkerung moralisiert. Andere Beispiele waren die Streiks der Kita-Beschäftigten in den Kommunen. Da kann man so wunderbar die armen berufstätigen Mütter gegen die Interessen der Streikenden in Stellung bringen. Dass die Mehrzahl der Kita-Beschäftigten selbst berufstätige Mütter sind, fällt da gar nicht ins Gewicht. Auch Ärztestreiks eignen sich wunderbar für das hier in Frage stehende Phänomen. In den Medien ist die Rede von Erpressung, Geiselnahme, rücksichtslosen Gruppenegoismen. Dabei handelt es sich beim Streikrecht von Berufsgruppen um einen der höchsten demokratischen Verfassungsgrundsätze (und im öffentlichen Verständnis für ein De-

mokratieindiz: ein Land ohne Streikrecht für die Beschäftigten gilt heute als Diktatur, und das mit Recht!).

All diese Streiks machen so viel medialen Wind, weil in sie eines der zentralen Muster der Herrschaftsverdichtung passt: die tendenzielle Delegitimierung von all den Gruppeninteressen, die nicht ohnehin hegemonial sind (das sind die von Staat, Finanzkapital, Wirtschaftsunternehmen). Und man kann hier auch verfolgen, wie diese Delegitimierung vor sich geht. Nicht zufällig handelt es sich bei den Angriffen auf das Streikrecht stets um kleine und gut organisierte Berufsgruppen, die in Bereichen tätig sind, welche sich nach ihrer „Bedeutung“, nach ihrem „Stellenwert“ für das Ganze leicht moralisieren lassen. Die Folgen eines Streiks für die Allgemeinheit müssen gut dramatisierbar sein, damit der Angriff gelingt. Ärzte, Krankenschwestern, Kita-Beschäftigte, Pflegekräfte lassen sich leicht „packen“, wenn man sie verantwortlich macht für die ihnen anvertrauten sozial „Schwachen“, die sie, streikend „im Stich lassen“: Kranke, Kinder, Alte etc. Bei anderen Gruppen tritt der „wirtschaftliche Schaden“ in den Vordergrund. Aufgeblasen wird stets die enorme Macht kleiner Gruppen, die in „unserer arbeitsteiligen Gesellschaft“ alles aus gruppenegoistischen Motiven lahmlegen können. Das sei so nicht mehr „zeitgemäß“.

Die Selbstdarstellung der streikenden Gruppen ist im Gegenzug fast immer auch moralisierend (es ehrt den Chef der Lokführergesellschaft, dass er dieses Spiel nicht mitgespielt hat, sondern auf politische Vertretungsrechte und wirtschaftliche Besserstellung gesetzt hat!).

Die Rhetorik ist radikal egalitär, sie wird in dem Maße egalitärer, als sich die tatsächlichen Einkommensunterschiede zwischen den Gruppen vergrößern, und vor allem organisierte Gruppen werden stets als „privilegiert“ dargestellt und den „weniger privilegierten“ gegenübergestellt. Denken Sie an die öffentliche Kodierung von Beamten, Pensionären, Lehrern.

In auffallendem Kontrast zu dieser Delegitimierung von kämpferisch vertretenen Gruppeninteressen steht die Tatsache, dass moralisch resonante Anliegen und Gruppen gerne von

(staatlichen, wirtschaftlichen) Machtakteuren mitbewirtschaftet und in das eigene Image integriert werden. Ohne Ökologie, Tierschutz, Minderheitenrechte, Barrierefreiheit für Behinderte, Frauengleichberechtigung, Diversität etc. geht heute gar nichts mehr. Ein politischer Effekt dieser Konstellation besteht darin, dass der Wohlfahrtsstaat moralische Gruppenforderungen zugleich aufnehmen, individuell entschärfen und in Imagegewinne für sich selbst umwandeln kann. Zugleich lassen sie sich auch zur Abwehr und Delegitimierung *anderer* Gruppenforderungen einsetzen, die ja stets als partikular und gruppenegoistisch moralisch diffamiert werden können. So hat die jüngste *Willkommenskultur* Merkels sogleich zu einem massiven (und, wie man gerade zu sehen beginnt, erfolgreichen) Angriff auf den gesetzlichen Mindestlohn geführt. Der ist nämlich moralisch minderwertig im Vergleich zur Hilfe für Flüchtlinge oder zur Eingliederung von Behinderten in die allgemeinen Schulen. So trägt die kurz- und mittelfristige Improvisation moralischer *communities* dazu bei, dass die staatlichen Akteure Flexibilität gewinnen für die fallweise Hierarchisierung zu bedienender (oder eben nur: zu inkludierender) Gruppenforderungen.

Der massendemokratische Staat spielt gewissermaßen das Spiel der symbolischen, simulierten „Totalinklusion“ aller gesellschaftlichen Gruppen (Fischer 2006). Das gehört zu seinem Image und befördert seine Legitimität. Er entscheidet am Ende, welche Anliegen als moralisch universal gelten und zur Herabstufung anderer Gruppeninteressen eingesetzt werden können.

## [ 9 ] Fazit

Die Grundlage von Macht ist kollektives Handeln. Techniken der modernen Herrschaftsverdichtung zielen darauf ab, die Ressourcen machtbegründenden kollektiven Handelns für die Beherrschten zu verknappen. Nur als Teil eines Kollektivs, einer Gruppe, eines Verbandes lässt sich Gegenmacht begründen. Die Auflösung kollektiver Bindungen und Verbindlichkeiten macht Sie im wahrsten Sinne des Wortes „frei“, aber die Freiheit ist die, welche Hannah Arendt einmal als „Hasenfreiheit zu Zeiten der

Jagd“ bezeichnet hat. Jeder organisierten Macht sind Sie hilflos ausgeliefert, und es ist ein Gemeinplatz, dass Gegenmacht in einer autoritären Disziplinargesellschaft leichter aufzubauen und zu etablieren ist als in einer ultraliberalen Konsensgesellschaft, die die Individuen zu „sozialen Atomen“ zersplittert und von allen Machtressourcen abschneidet.

Der gemeinsame Nenner moderner Verdichtungstechniken besteht in der Atomisierung der Individuen und im Zwang, sich selbst in allen Lebenslagen als Ich-AG zu behaupten. Normalistische Sachzwänge und moralisierende Apelle teilen die Eigenschaft, Dissens und Opposition zu erschweren. Wer sich gegen objektive, anonyme, technische Sachzwänge wehrt, der wird zum Don Quixotte und scheint gegen Windmühlen zu kämpfen. Wer sich gegen die moralisierenden Anmutungen der Machtkommunikation wehrt, der wird aus der Gemeinschaft der Guten ausgeschlossen und weiter vereinzelt.

Immer weniger, immer geringer wird der Anteil an Macht- und Herrschaftsmechanismen, der tatsächlich demokratisch gewählt, kontrolliert und legitimiert wird. Das Wort von der „Postdemokratie“ (Colin Crouch) macht auch darum die Runde, weil der Kernbereich staatlicher, demokratischer Macht schrumpft. Was an deren Stelle tritt, ist ein System von „privatisierten“ Sachzwängen und moralischen Appellen an das Eigeninteresse und das Gemeinschaftsbedürfnis.

Gegen eine sichtbare und verkörperte Macht kann man aufstehen. Wenn unsere Gesellschaften Feinde brauchen und aufbauen, dann wissen Sie das sehr genau. Putin ist eine Feindverkörperung, Bin Laden war es auch. Aber wie wehrt man sich gegen eine verdichtete Macht, die eben nicht verkörpert, ungreifbar, als Amalgam von Sachzwängen und hoch universalisierten moralischen Imperativen auftritt?

Pièrre Bourdieu sprach von der „Institutionalisierung von Unsicherheit“ für die Individuen. Dass die weitgehend gelungen ist, daran gibt es keinen Zweifel. Und die politische und ökonomische Ausbeutung der damit verbundenen Ängste der Individuen treibt die modernen Techniken der Herrschaftsverdichtung.

## Literatur

- Bröckling, Ulrich (2007): *Das unternehmerische Selbst*. Frankfurt/M.: Suhrkamp.
- Bröckling, Ulrich, Krasmann, Susanne & Lemke, Thomas (2004): *Glossar der Gegenwart*. Frankfurt/M.: Suhrkamp.
- Crouch, Colin (2007): *Postdemokratie*. Frankfurt/M.: Suhrkamp.
- Fischer, Karsten (2006): *Moralkommunikation der Macht. Politische Konstruktion sozialer Kohäsion im Wohlfahrtsstaat*. Wiesbaden: VS.
- Freyer, Hans (1955): *Theorie des gegenwärtigen Zeitalters*. Stuttgart: Deutsche Verlags-Anstalt.
- Heins, Volker (2002): *Das Andere der Zivilgesellschaft. Zur Archäologie eines Begriffs*, Bielefeld: Transcript,
- Honneth, Axel (1992): *Der Kampf um Anerkennung. Zur moralischen Grammatik sozialer Konflikte*. Frankfurt/M.: Suhrkamp.
- Kaube, Jürgen (2003): „Das Reflexionsdefizit des Wohlfahrtsstaates“. In: Lessenich (2003: 41-54).
- Knobloch, Clemens (1998): *Moralisierung und Sachzwang. Politische Kommunikation in der Massendemokratie*. Duisburg: DISS.
- Knobloch, Clemens (2013): „Migration und Demographie“. In: Lars Koch (Hg.): *Angst. Ein interdisziplinäres Handbuch*. Stuttgart 2013 (Metzler). S. 351-358.
- Knobloch, Clemens (2015): „Wie man öffentlich über ‚Inklusion‘ spricht (und was man daraus schließen kann)“. In: *Nachdenkseiten – Die kritische Website*, 15. Januar 2015.
- Knobloch, Clemens (2015a): „Moralisierung in der öffentlichen Kommunikation“. In: *Zeitschrift für Literaturwissenschaft und Linguistik (LiLi)*, Jahrgang 45, Heft 177. S. 167-184.
- Kondylis, Panajotis (2001): *Das Politische im 20. Jahrhundert. Von den Utopien zur Globalisierung*. Heidelberg: Manutius.
- Lahusen, Cristian & Stark, Carsten (2003): „Integration: vom fördernden und fordernden Wohlfahrtsstaat“. In: Lessenich (2003: 353-372).
- Lessenich, Stephan, Hg. (2003): *Wohlfahrtsstaatliche Grundbegriffe. Historische und aktuelle Diskurse*. Frankfurt/M.: Campus.
- Link, Jürgen (2006): *Versuch über den Normalismus. Wie Normalität produziert wird*. 3. Aufl. Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht.
- Link, Jürgen (2013): *Normale Krisen? Normalismus und die Krise der Gegen-*

- wart. Konstanz: Konstanz UP.
- Lübbe, Hermann (1994): „Moralismus. Über eine Zivilisation ohne Subjekt“. In: *Universitas. Zeitschrift für interdisziplinäre Wissenschaft* 49,4. S. 332-342.
- Luhmann, Niklas & Pfürtnner, Stephan H. (1978): *Theorietechnik und Moral*. Frankfurt/M.: Suhrkamp.
- Nassehi, Armin (2003): „Inklusion – Von der Ansprechbarkeit zur Anspruchsberechtigung“. In: Lessenich (2003: 331-352).
- Neckel, Sighard (2008): *Flucht nach vorn. Die Erfolgskultur der Marktgesellschaft*. Frankfurt/M.: Campus.
- Nullmeier, Frank (2003): „Anerkennung – Auf dem Weg zu einem kulturellen Sozialstaatsverständnis?“. In: Lessenich (2003: 395-418)
- Polanyi, Karl (1978): *The Great Transformation. Politische und ökonomische Ursprünge von Gesellschaften und Wirtschaftssystemen*. Frankfurt/M.: Suhrkamp.
- Riesman, David (1958): *Die einsame Masse* (mit einer Einführung von Helmut Schelsky). Hamburg: Rowohlt.
- Simmel, Georg (1907a): „Zur Philosophie der Herrschaft. Bruchstück aus einer Soziologie“. Wiederabgedruckt in Simmel (1993: 142-179).
- Simmel, Georg (1907b): „Soziologie der Über- und Unterordnung“. Wiederabgedruckt in Simmel (1993: 180-257)
- Simmel, Georg (1993): *Aufsätze und Abhandlungen 1901–1908*, Band II. Frankfurt/M.: Suhrkamp.
- Todd, Emmanuel (2016): *Wer ist Charly? Die Anschläge von Paris und die Verlogenheit des Westens*. München: Beck.



## | Über die fallweise Improvisation moralischer Gemeinschaften durch Wertbegriffe

### [ 1 ] Präliminarien

Dass die großen Programm- und Bewegungsbegriffe der „Sattelzeit“: *Fortschritt, Wachstum, Bewegung, Bildung, Entwicklung, Aufklärung*, um die herum die geschichtlichen Grundbegriffe Kosellecks gebaut sind, in ihrer Strahlkraft stark abgenommen haben in den vergangenen Jahrzehnten, pfeifen die Spatzen von allen begriffsgeschichtlichen Dächern. Auch um die Programmbegriffe und Fahnenwörter, die das 20. Jahrhundert geprägt haben – und erst ein Jahrhundert später die historische Bühne betreten haben (*Demokratie, Sozialismus*) – befinden sich in einem Entwicklungs- oder Verfallsstadium, das man nicht als sonderlich hoffnungsfroh bezeichnen möchte. Auch wenn *Demokratie* als globales Fahnenwort zugleich weitgehend entleert und weitgehend durchgesetzt ist (Salomon 2012, Losurdo 2008, Canfora 2007), hören und lesen wir deutlich mehr von (reichlich desillusionisierter) *Postdemokratie* (Crouch 2007), und die teils krampfhaften, teils auch ein wenig lächerlichen Versuche, den *Sozialismus* semantisch wieder aufzupolieren, bleiben peripher. Dass in den USA (und zunehmend auch in Europa) jedwede Form von staatlicher Sozialpolitik als *sozialistisch* angeprangert werden kann, zeigt jedenfalls, dass „man“ sich auf das diabolisierende Stigmawort glauben verlassen zu können – obwohl dessen Basisadjektiv *sozial* bis heute unangefochten zu den Fahnenwörtern gehört, denen man den Status einer Konsensfiktion kaum absprechen kann.

Was ist seither neu und anders in der Anatomie und Funktionsweise politischer Grundbegriffe, in denen sich Programme, Zeit- und Selbstdiagnosen, Ansprüche und Wissensformen vermischen? Auf diese (ehrgeizige) Frage gibt es, wenig verwunderlich, eine ganze Reihe von Antworten. Sie sind allesamt begrifflich hoch aggregiert, theoriegebunden und in der Empirie der Diskurse nicht empirisch zu validieren, sondern nur auf ihre heuristische Fruchtbarkeit zu prüfen: Erzeugen sie interessante Fragestellungen und weiterführende Hypothesen? Gemeinsam scheint ihnen die Ahnung eines Epochenbruches, der sich in den Grenzen der Re- und Uminterpretation tradierter Leitbegriffe weder programmatisch noch analytisch bewältigen lässt.

Ich will (und kann) mich nur auf eine kleine Auswahl dieser alternativen Modelle beziehen:

[ a ] Das erste lässt sich mit dem Stichwort (flexibler) *Normalismus* zusammenfassen und ist eng mit dem Namen von Jürgen Link verbunden (vgl. Link 2006). Danach werden die modernen kapitalistischen Gesellschaften nicht über Normen, sondern in der Hauptsache über statistische Normalitäten integriert, die fachdiskursiv erhoben und interdiskursiv etabliert werden und den Einzelnen unter den Dauerdruck von Denormalisierungsängsten und Selbstnormalisierungsimperativen stellen.

[ b ] Das zweite Modell teilt mit der Normalismustheorie die Verbindungslinien zu Foucault. Es liegt in einer (ersten) quasi-lexikalischen Version vor als *Glossar der Gegenwart* (Bröckling, Krasmann & Lemke 2004), sein Anspruch ist, eine Art Mosaik zeitgenössischer Machtpraktiken vorzulegen. Und das anhand eines Netzes von Begriffen mittlerer Reichweite, in denen sich Institutionen und Machttechnologien mit programmatisch fraglos plausiblen Wissensformen koppeln und berühren. Dass Arbeitslose *aktiviert* werden müssen, ist plausibel und gleichzeitig programmatisch verkörpert in den Institutionen der Arbeitsverwaltung.

[ c ] Schließlich beziehe ich mich noch auf eine soziologische Analysetradition, die Grundbegriffe (u. a. in der Folge von Luhmanns *Gesellschaftsstruktur und Semantik*) eher auf die Muster der diskursiven Reproduktion staatlicher Legitimität und ergo auf funktional spezialisierte, ausdifferenzierte gesellschaftlich-politische Teilsysteme, speziell auf den Wohlfahrtsstaat beziehen. Auch hier liegt eine quasi-lexikalische (erste) Version vor in den Artikeln von Lessenich (2003), mit Beiträgen über *Anerkennung, Inklusion, Solidarität, Subsidiarität, Sicherheit, Gerechtigkeit* etc.

Meine Rahmenthese ist (wie auch schon früher), dass Begriffsgeschichte ohne Problemgeschichte blind ist. Die vorherrschende und „denkstilgemäße“ Begrifflichkeit (Ludwik Fleck) einer Epoche bildet sich aus und fixiert sich im Rahmen derjenigen Schnittflächen von Erfahrung und Erwartung, die in der öffentlichen Kommunikation und in den politisch-sozialen Institutionen bearbeitet werden. Und dabei definieren die Massenmedien die Sorgen und Probleme, auf welche die Politik mit Lösungsvorschlägen reagiert.

[ 2 ] Zeitdiagnostik: Masterterm *Globalisierung*

*Globalisierung* steht für nichts, wofür man sich öffentlich einsetzt, wofür man kämpft. Sie passiert, ob wir das wollen oder nicht, sie scheint eine gesellschaftliche Naturkraft zu sein. Es gibt eine Anti-Globalisierungs-Bewegung, die aber betont, dass sie *diese* Globalisierung nicht möchte, die neoliberale. Hat man doch der universalistischen Öko- und Umweltbewegung (*global denken, lokal handeln!*) nicht nur den Leitbegriff, sondern auch die universalistische Semantik entwunden. *Globalisierung* legitimiert ökonomischen (und sonstigen) Anpassungsdruck. Die *Wirtschaftsstandorte* kämpfen um ihr Stück von dem globalen Kuchen, und dieser Wettbewerb verspricht all den *underdogs* eine Chance, die den Unterbietungswettbewerb mit den „alten“ Industrieländern des Westens gewinnen. *Globalisierung* etabliert die hemdsärmeligsten Formen kapitalistischer Ausbeu-

tung an der Peripherie und sorgt im Rückschlag dafür, dass sie auch in den Zentren hemdsärmeliger werden. „Die Märkte“ sind es, die den globalen Kuchen verteilen. Vor diesem Hintergrund schrumpft der Staat zum *Standort* in der Globalisierung, und der muss attraktiv sein für die Märkte, und (um sich selbst reproduzieren zu können) moralisch legitimiert gegenüber den Wählern.

Ernst nehmen muss man die *Globalisierung* als Selbstdiagnose (bei allen Sacheinwänden, die Wirtschaftshistoriker mit Recht erheben, wenn sie daran erinnern, dass der Welthandel auch vor dem Ersten Weltkrieg ähnlich globalisiert war wie heute) ganz im Sinne des sozialwissenschaftlichen „Thomas-Theorems“, das lautet: „If men define situations as real, they are real in their consequences“. *Globalisierung* ist das, was Kenneth Burke einen „szenischen Begriff“ nennt: Sie strahlt ab auf alles, was in ihrem Rahmen stattfindet, auf Ziele, Mittel, Akteure und ihre Handlungen, eine Art *ultimate frame*. *Globalisierung* definiert die Horizonte, sie erzeugt Debatten über Risiken und Nebenwirkungen, Gewinner und Verlierer, wer sich ihren Sachzwängen nicht anpasst, wird abgehängt. Sie formt das Verhältnis von Erfahrung und Erwartung, in dem sich (wie wir von Koselleck wissen) geschichtliche Grundbegriffe einnisten müssen.

Woran es fehlt, das ist eine sorgfältige (Re-)Analyse des Begriffsfeldes um *Markt – Staat – Zivilgesellschaft* für den Zeitraum nach dem Ende des „Realen Sozialismus“ und dem Siegeszug des Deutungsrahmens *Globalisierung* in den 80er Jahren des vorigen Jahrhunderts.

Die *Zivilgesellschaft*, auch als Wortkörper neu zumindest im deutschen Diskurs, besetzt (und pflegt) den semantischen Raum zwischen *Staat* und *Markt*, den der Rückzug des Sozialstaates aufgerissen hat – im politischen „Innendienst“. Im politischen „Außendienst“ muss sie gestärkt und aufgebaut werden in den Ländern, die zu niedrigen Normalitätsklassen gehören. Die nämlich zeichnen sich just durch eine unentwickelte *Zivilgesellschaft* aus. In diesem Zusammenhang steht das Wort für die (auswärtigen) Kräfte, die sich für liberal-konsumistische Werte, kurz für die „ethisierte liberale Utopie“ (Kondylis 2001) einsetzen, die sich vor allem durch demonstrative *Toleranz* für ethnische und

sexuelle Minderheiten, durch normalistische Inklusion ehemals devianter Gruppen ausgezeichnet. *Toleranz* ist dabei (wie schon Mannheim 1958: 79 formuliert) nichts anderes als die zum Programm erhobene Tatsache, dass moderne, funktional differenzierte soziale Systeme die Tendenz haben, individuelle Werte, Moralvorstellungen, Glaubenssysteme etc. „auf das Nebengleis des Privaten“ zu schieben. In Stellung gebracht wird die *Zivilgesellschaft* auswärts *gegen* Regierungen, die aus „unserer“ Sicht gestürzt werden müssen.

Im „Innendienst“ steht die *Zivilgesellschaft* für das Bild der Bürger, die den Staat entlasten, indem sie ihre eigenen Angelegenheiten selbst in die Hand nehmen. Da nimmt es nicht Wunder, dass hierzulande vor allem oligarchische Ausgründungen des großen Kapitals wie die *Bertelsmannstiftung* oder die *Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft* sich sehr gerne als *zivilgesellschaftliche* Akteure präsentieren. Kompakte Marktakteure, die nicht als solche erscheinen wollen, wählen eine Verkleidung, in der sie gewissermaßen als Bürgerinitiativen auftreten können. Alle diese Sozialformen (auch die NGOs oder *Nicht-Regierungs-Organisationen* gehören ganz in diese Abteilung) sind im Neoliberalismus genötigt, moraloide Ausdrucksformen und Images anzunehmen. D. h. sie sind kommunikativ Artikulationen von *Sonderinteressen als moralische Allgemeininteressen*. Für diese Sozialformen ist die Zivilgesellschaft der *master term*. Priddat (2003), den man getrost als einen neoliberalen Fundamentalisten bezeichnen kann, formuliert das so:

„Zivilgesellschaft“ („civil society“) ist der Name für eine moderne Variante der Republik, in der die Bürger „ihre Sache selbst in die Hand nehmen“ (*res publica*). In der liberalen Variante geht die Entwicklung der Zivilgesellschaft einher mit der Entlastung des Staates; die Bürger übernehmen Aufgaben des Staates, minimieren ihn, entlasten sich damit von Steuerzahlungen. Die vornehmste Form der Entlastung ist die, *an den Staat keine Ansprüche zu stellen, die man selber erfüllen kann*. (Priddat 2003: 387)

Dieser erbauliche Passus entstammt übrigens nicht einem Zeitungstraktat, sondern einem „wissenschaftlichen“ Aufsatz. Tatsächlich dürften die „Bürger“, von denen hier die Rede ist, von Steuerzahlungen zwischenzeitlich so entlastet sein, dass sie die Mittel haben, die *Zivilgesellschaft* fast nebenbei komplett zu übernehmen. In jedem Falle kanalisiert die *Zivilgesellschaft* zugleich antistaatliche Affekte und basisdemokratische Ansprüche auf Selbstorganisation der Individuen, die durch den Staat (und zugleich *gegen* ihn) aktiviert werden (*empowerment*). Und insofern gehört der Begriff zum typischen Repertoire neoliberaler Neuerwerbungen in der Epoche der Globalisierung.

Diese Struktur: der Staat reformatiert sich diskursiv selbst als ein ehemaliges Institut der Unterdrückung und Bevormundung, das nunmehr zu einer besseren Einsicht gekommen ist und sich abschafft oder zurücknimmt, begegnet uns mehrfach: bildungspolitisch in der Entstaatlichung, Unternehmerisierung der Universitäten durch das Versprechen, ihnen *Autonomie* zu gewähren und sie von öffentlicher Aufsicht zu befreien; sozialpolitisch in der Umkodierung rechtlicher Ansprüche als *Bevormundung und Entmündigung* der Hilfsbedürftigen. Es gilt freilich zu beachten, dass diese *story-line* zu einem Staat gehört, der sich über Anreize, Präventionsprogramme, Selbstnormalisierungsimperative etc., kurz: über eine Art von „Simulation gesamtgesellschaftlicher Inklusion“ (Nassehi 2003) in weit mehr Gebiete aktiv einmischt als der „alte“ Sozialstaat, der rechtliche Ansprüche bearbeitet und sich aus dem Alltagsleben seiner Bürger weitgehend herausgehalten hat.

### [ 3 ] Imagined communities

Nationen, Kulturen, Religionen sind „imagined communities“ in dem Sinne, wie Anderson (1983) das für die Nationen und den Nationalismus dargetan hat. Anders als die *Globalisierung* (oder eine bloße Wirtschaftsgemeinschaft wie die EU) verbürgt die dauerhafte Identifikation mit solchen (programmatisch aufgela denen) ideellen Großgemeinschaften eine protonormale kollek-

tive „Identität“ (zu diesem Begriff Niethammer 2000). Die (mehr oder minder krampfhaften) Versuche, solche dauerhaften Identitäten wiederzubeleben (angesichts einer – außer im Sport und Fußball – historisch diskreditierten *Nation*, einer in der Wohlstandsgesellschaft überflüssigen und moralisch multipel diskreditierten *Religion*), kann man augenblicklich studieren: Von der *Wertgemeinschaft* ist viel die Rede, freilich beschwörend, was ja bedeutet, dass sie keineswegs als bestehend unterstellt werden kann, wiewohl die Staaten ein maximales Interesse am zirkulationsfähigen Image einer solchen *Wertgemeinschaft* haben. Aber da treffen sie neuerdings auf erstarkende *populistische* Konkurrenz (vom *Front National* über die *Wahren Finnen* bis zum *Vlaamse Block*). Selbst das *Abendland* ist wieder erstanden bei den Nationalpopulisten, die sich vielfach europäisch übergreifend (ethnopolitisch) umzulackieren suchen. Für die *Leitkultur* gilt Ähnliches. Kurz: Zum diagnostischen Befund der Gegenwart gehört der weitgehende Ausfall stabiler und handlungsfähiger symbolischer *communities*. Was in der Folge nur heißt, dass solche Gemeinschaften von Fall zu Fall improvisiert werden müssen. Es ist diese (hier nur angedeutete und bisher kaum ausgeleuchtete) Konstellation, in der sich die programmatische Begrifflichkeit der Gegenwart entfaltet. Sie muss dabei auf die verblässenden, älteren Bestände des „Archivs“ (klassischer Bewegungsbegriffe) zurückgreifen, und sie erobert zugleich die archaische, biologische Welt evolutionärer Tugenden und Laster.

Dass (wie oben am Rande bemerkt) funktional differenzierte moderne Massendemokratien die Neigung haben, moralische Einstellungen und Werte, Religion, sexuelle Orientierung etc. auf das „Nebengleis des Privaten“ (Mannheim) zu schieben, erzeugt hingegen die psychologischen Ressourcen für „sekundäre“ imaginierte Gemeinschaften Gleichgesinnter, für Wertegemeinschaften kleiner oder mittlerer Reichweite: Gleichgeschlechtliche, AIDS-Kranke, Vegetarier, Tierfreunde, Behinderte etc. Dass sich solche „sekundären“ *imagined communities* leicht finden (und fast ebenso leicht auch wieder zerstreuen lassen) und somit zeitweise zu aufmerksamkeits- und meinungspolitisch halbwegs „kompakten Akteuren“ werden können, ist sicherlich

der erleichterten medialen Kommunikation (und speziell auch dem Internet) geschuldet. Allerdings handelt es sich durchweg um Ein-Punkt-Projekte mit einer stark begrenzten Reichweite des betroffenen „Wir“. Was aber kompakte Akteure mit deutlich größerer Reichweite (staatliche und wirtschaftliche) nicht daran zu hindern braucht, sich die Rollen und Angelegenheiten moralisch hochwertiger Kleingruppen zu eigen zu machen, um ihr eigenes moralisches Image zu pflegen. Kurz: Wenn Institutionen, Klassen, stabile ethnische oder religiöse Gemeinschaften, Weltanschauungen etc. ausfallen, wie sollen sich dann *moral communities* bilden, wenn nicht über begriffliche Wertimprovisationen und Konsensfiktionen? Die taugen freilich sowohl als Mittel der Selbstorganisation als auch als preiswerte Imageübertrager: Wer ihre Anliegen demonstrativ übernimmt, der partizipiert an ihrem moralischen Kapital.

#### [ 4 ] Von der Umverteilung zur Anerkennung

Ein gemeinsamer Nenner der sehr „diversen“ Untersuchungen zur Semantik des modernen Wohlfahrtsstaates besteht darin, dass weithin von zwei größeren Tendenzen gesprochen wird:

[ a ] der Tendenz zur Umstellung von Figuren der kollektiven Zurechnung sozialer Lagen zur individuellen Zurechnung sozialer Lagen. Begriffe, die dem einzelnen die Verantwortung für sein soziales Schicksal zuschreiben, korrespondieren mit Lösungsansätzen, die ebenfalls am Einzelnen ansetzen: *Ich-AG, Alleinstellungsmerkmale, Branding, Selbstmanagement* (Neckel 2008);

[ b ] der Tendenz zur Umstellung von materiellen Ansprüchen auf Modalitäten der symbolischen *Anerkennung*; In Köln sagt man: „Jeder Jeck ist anders“, und in der offiziösen Symbolwelt moderner Massendemokratien wird ständig das Hochamt der *Vielfalt* und der *Diversität* gefeiert, in der es keine Privilegierten, keine bevorzugten Gruppen geben soll. *Diversitätsmanagement* ist Chefsache in den Unternehmen, besondere Schulen oder

Klassen für Förderbedürftige soll es nicht mehr geben (*Inklusion*), gleichgeschlechtliche Paare sollen heiraten, Kinder adoptieren, einander beerben können, wer zwischen die Geschlechtergrenzen gefallen (oder gegangen) ist, darf deswegen nicht diskriminiert werden.

Innerhalb des tendenziell gedehnten, ausgeweiteten Normalitätsraumes gilt: Wer anders ist, der ist besonders gleich und hat ein (kompensatorisches) Recht auf Anerkennung. Moralische Gefühle bedient der Anspruch auf Anerkennung auch darin, dass natürlich Jahrhunderte der Ausgrenzung und Benachteiligung (bei Frauen, Kolonisierten, sexuellen Minderheiten etc.) wieder gut gemacht werden müssen. In den Theorien von Axel Honneth (1992) ist dieser Gedanke zu einer regelrechten Sozialphilosophie theoretisiert.

Historisch sind die Anerkennungskämpfe der jüngsten Zeit Kämpfe um *Identitäten*: Individuen wollen nicht zu Gruppen gerechnet werden, denen Gleichberechtigung vorenthalten wird. In Erinnerung ist mir aus den 80er Jahren ein US-Transparent (das vielleicht ironisch gemeint war, ich bin da aber nicht sicher!) mit der Aufschrift: „I'm Black, Jewish, Homosexual, and a Social Worker“. Lauter Gruppenzugehörigkeiten, denen es an *Anerkennung* fehlt – aber womöglich nicht *nur* an Anerkennung.

*Anerkennung* ist freilich ein zutiefst moralischer Anspruch. Und das Hochamt der *Diversität* verträgt sich ausgezeichnet mit der (schleichenden oder galoppierenden) Delegitimierung von Sonder- und Gruppeninteressen. Die Ärzte, Piloten oder Lokführer streiken? Das Gemeininteresse an Gesundheit und Mobilität geht vor, und es dauert keine drei Tage, bis das Stichwort von der *Geiselnahme* der Gesellschaft durch Gruppenegoismen die mediale Runde macht. Insbesondere dann, wenn die Interessengruppe (Ärzte, Lehrer, KiTa-Personal...) mit der moralischen Verantwortung für die ihr Anvertrauten eben auch moralisch gepackt werden kann.

Vor dem Hintergrund dieses (scheinbaren) Widerspruchs zwischen der Diversitätsfeier und der Delegitimierung von Gruppeninteressen wird deutlich, dass öffentliche Akteure (der

Staat ist hier ausdrücklich eingeschlossen) universalistische *moraloide Images* pflegen müssen, wenn sie ihre Gruppeninteressen erfolgreich kommunizieren und durchsetzen wollen.

Fischer (2006) argumentiert vor *diesem* Hintergrund (wie oben bereits zitiert), moderne wohlfahrtsstaatliche Politik sei so etwas wie eine „Simulation allseitiger Inklusion“, bei der das Staatshandeln keineswegs ein bestimmtes Ergebnis im Auge habe, sondern lediglich die Reproduktion der eigenen Legitimität und die Ausweitung staatlicher Handlungsmöglichkeiten. Das liegt auf der Hand, wenn man das ziemlich hypertrophierte Feld staatlicher *Prävention* (Bröckling et al. 2004: 210-215) betrachtet – von der „harten“ Prävention im Bereich Sicherheit bis hin zur „weichen“ *Prävention* im Feld von Gesundheit, Genussmitteln, Übergewicht etc. Die schulische *Inklusion* förderbedürftiger, behinderter Kinder in das allgemeine Schulwesen ist ebenfalls einschlägig: Der Staat erklärt (mit einigen Friktionen! Vgl. Knobloch 2015) das eigene Förder- und Sonderschulwesen für stigmatisierend und empfiehlt die Eingliederung aller bislang als „förderbedürftig“ eingestuften Schüler in das allgemeine Schulwesen. Am besten wird dann auch die spezielle professionelle Ausbildung von Förderschullehrern eingestellt (wie in mehreren Bundesländern). Wer sich dem entgegenstellt, ist rasch als „behindertenfeindlich“ geoutet und öffentlich entartikuliert. Der Fall ist insofern exemplarisch, als er zeigt, wie das zahlenmäßig gewiss weit stärkere Interesse einer „statuspanischen Mittelschicht“ (Bude 2011) an der Weitergabe des eigenen Status durch möglichst hochwertige Bildungsdiplome als Partikularinteresse entartikuliert wird, der hoch moralisierte Inklusionsanspruch (der ironischerweise ebenfalls eher von Mittelschichteltern vorgebracht wird, die das Stigma der Sonderschule fürchten) dagegen für universalistisch und moralisch einwandfrei gilt. Offenbar erzeugt der anerkannte Status des Opfers von Ausgrenzung oder Diskriminierung „übernormale“ Ressourcen für die gesellschaftliche Kommunikation. *Anerkennung* ist die Währung, in der diese Ressourcen ausgezahlt werden. Sie ist deutlich preiswerter als *Umverteilung*.

So wird die Delegitimierung organisierter Gruppeninteressen komplementiert von einer Rhetorik der Anerkennung mo-

ralisierbarer Anliegen. Diese Anliegen können partikuläre Trägergruppen haben (Behinderte, Verfolgte, Minderheiten etc.), deren „Gleichberechtigung“ durch eine universalistische Moral geboten ist, oder sie gehen von vornherein auf universalistische „menschheitliche“ Anliegen (Biodiversität, Ökologie, Klimaschutz, Demographie etc.). Der „Rahmen“, in dem sich solche Moralisierungen entfalten, wird gebildet aus den Sachzwängen einer globalen wirtschaftlichen und politischen Interdependenz. Die erkennbare Vormacht der „Märkte“ und ihrer Oligarchen wird balanciert und „kompensiert“ durch massendemokratische Inklusions- und Anerkennungsrituale und die dazugehörigen Symbole.

## [ 5 ] Normalität und Moralisierung

Normalität, so scheint es, wird zwar hoch bewertet, hat aber für sich genommen keine programmatischen Überschüsse, außer eben, dass sie stets gefährdet ist und erhalten werden muss. Dagegen ist die *Ausweitung* von Normalität ein kontinuierliches Programm und eine unerschöpfliche Ressource für Moralisierungen. Viel von der Wohlfahrtsstaatssemantik (Lessenich 2003) lässt sich gewissermaßen als programmatische Ausweitung der Normalitätszone verstehen. Eine zweite Schnittstelle von Normalitätsregimes und Moralisierungen ist dann die flottierende Denormalisierungsangst. Programmatisch aufgeladen (oder aufladbar) ist das Anrecht auf Normalität, die Normalität selbst begrenzt lediglich die Horizonte der Akteure, die gehalten sind, sich im Normalbereich zu halten. Dazu freilich muss die Politik sie in die Lage versetzen, sie aktivieren und mit Hilfen versehen. Die „simulierte Totalinklusion“ aller Bürger mit ihren Anliegen (Fischer 2006, Nassehi 2003) steht für das (stets moralisierbare) Programm, allen ein „normales“ Leben zu ermöglichen (die Normalität bleibt freilich flexibel dosierbar, spaltbar in Normalitätsklassen etc.). Moralisiert werden können solche Inklusionsthemen sowohl durch Initiativen von unten als auch durch den

Staat selbst bzw. durch staatliche Akteure. Je mehr Normalitätsansprüche zu bedienen und gegeneinander aufzurechnen sind, desto größer wird (in der symbolischen Sphäre!) der staatliche Handlungsspielraum. Neoliberale Programmbegriffe wie *Inklusion*, *Diversität*, *Anerkennung* spielen in dieser Sphäre des moralischen Anspruchs auf Teilhabe an den Normalitäten.

Symbolisch aufgehoben sind in den so erzeugten moralischen Gemeinschaften die Unterschiede zwischen den Individuen, die durch die „kalten“ gesellschaftlichen Funktionssysteme erzeugt werden (allen voran durch die „Märkte“, aber auch durch Bildung/Ausbildung, Alter, Gesundheit etc.). Denkstilkonform (im Sinne von Fleck 1935) sind solche improvisierten begrifflichen „Fermente“ neuer Gemeinschaftsgefühle (Mannheim 1958: 161) insofern, als sie den einzigen gangbaren, gut gebahnten Weg einer *Politisierung von Themen* in einer Gesellschaft markieren, in der die Gelegenheiten zu kollektivem Machthandeln ansonsten entscheidend verknappt sind – durch diskursiv etablierte Sachzwanglogiken und individualisierte Selbstnormalisierungsimperative. Insofern ist die kommunikative Moralisierung so etwas wie die massendemokratische Schwundform des Politischen. Die Motive und Ziele unorganisierter Individuen können in einer Massendemokratie nur „gleichgerichtet“ werden durch den moralischen Gehalt gut platzierter Konsensfiktionen. In gemischten und heterogen aggregierten Begriffen, die auch Elemente für politisch organisierte Personen enthalten (*Demokratie*, *Zivilgesellschaft*, *Menschenrechte*, *Gleichheit*), verteilt sich die „Bündigkeit“ so, dass massenwirksam nur der moralische Gehalt werden kann. Die (kommunizierte und ergo preiswerte) Moral *erbt* gewissermaßen den flottierenden Nachlass der im Normalismus zerfallenden „normistischen“ Integrationen und Orientierungen. Sie erbt aber nicht deren traditionelle Festigkeit (als stabiles Gewissen, als Wertesystem, als Innenlenkung, als Institutionsethos im Sinne von Gehlen 1973), sondern macht sie beweglich, von Fall zu Fall neu einsetzbar und variabel. Sie bewahrt jedoch deren „kontrafaktischen“ Modus – was man in der aktuellen „Flüchtlingskrise“ gut beobachten kann, wo die rechtsradikalen Angriffe auf Flüchtlinge, deren Unterkünfte und deren Unterstützer die

moralisch Engagierten in ihrem Engagement eher bestärkt als entmutigt.

Die flottierenden moralischen Imperative der Massendemokratie schließen hoch appellative Lagen, wie sie von den massenmedialen Bildern und Berichten *ad libitum* erzeugt werden können, unmittelbar kurz mit den naturnahen Residuen dessen, was Gehlen (1973) als den modernen *Humanitarismus* bezeichnete, der in den wohlhabenden Massengesellschaften mit der Moral des Eudaimonismus, des Massenlebenswerten, fusioniert habe.

„Wertegemeinschaften“ werden beschworen, sind aber politisch nur begrenzt handlungsfähig und entschlossenen und organisierten kompakten Akteuren an Kampfkraft stets unterlegen. Darum eignen sie sich, für solche kompakten Akteure Legitimität zu schaffen, nicht aber dafür, sie zu bekämpfen oder gar zu ersetzen. In ihrer Gesamtheit bilden sie den massendemokratischen *pool* aktivierbarer legitimatorischer Images. Der Typus von politischer *Feindschaft*, den sie begründen, ist nicht der Typ des Barbaren, Fremden, Heiden, es ist der Typus, der sich aus Egoismus, Eigen- oder Gruppeninteresse einer Gemeinschaft der „Guten“ verweigert. Man darf indessen vermuten, dass die tendenziell grenzenlose „Inklusivität“ moralisierter Gemeinschaften (begrifflich verkörpert durch die öffentliche Nicht-Negierbarkeit von Konsensfiktionen wie *Inklusion*, *Anerkennung*, *Diversität*) eher die Beweglichkeit der Innengruppe zu einem Problem macht: Resonante Anliegen werden gerne von (staatlichen, wirtschaftlichen) Machtakteuren mitbewirtschaftet und in das eigene Image integriert – aber natürlich auch: gegen einander ausgespielt und in Stellung gebracht. Was zählt mehr in der Rentenversicherung? Die *Lebensleistung* der Mütter oder die Alterssicherung der heute Jungen?

Es hängt ebenfalls mit der Differenz von Normalität und Moralisierung zusammen, dass solchermaßen improvisierte moralische Gemeinschaften auch eingesetzt werden können (und eingesetzt werden), um die Eigenlogik funktional differenzierter Systeme mit je eigenem Kode zu relativieren oder zu brechen. Das ist möglicherweise für Kommunikationswissenschaftler und Mikrosoziologen interessanter als für die klassische Begriffsge-

schichte. Wir wissen alle, dass Geld in so gut wie allen sozialen Systemen erworben und eingesetzt werden kann, um deren Funktionslogik zu brechen. Wenn es in Politik, Wissenschaft, Recht, Sport etc. eingesetzt wird, um Entscheidungen zu beeinflussen, spricht man, je nach Konstellation, von Bestechung, Lobbyismus, Korruption – oder aber von Auftragsforschung, Sponsoring, Public-Private Partnership etc. Aber auch Moral-kodes können (möglicherweise noch erfolgreicher) eingesetzt werden, um systemische Eigenlogiken fallweise oder dauerhaft außer Kraft zu setzen. Die wissenschaftlichen Konjunkturen von Klimaforschung und Ökologie sind sicher Folgen der Interferenz von Wissenschaftssystem und (medialer) Moralkommunikation. Medial moralisierte Lagen beeinflussen zweifellos die Rechtsprechung auf dem moralisierten Feld. Und im mikrosoziologischen Bereich kann man ständig beobachten, wie Moralisationen wirken, wo sich Funktionssysteme verschränken: Ein Arzt, dem kommuniziert wird, dass sein Patient abgeschoben wird, wenn er wieder gesund ist, wird leicht eine fortdauernde Krankheit bescheinigen, und ein leistungsfixiertes Schulsystem ist durch moralisierte Anforderungen (wie die der Inklusion) offenbar leicht aus dem eigenen Takt zu bringen (ich bewerte das nicht, ich beschreibe es nur!). So gesehen ist „Moral“, der Luhmann ja den Status eines Kodesystems trotz ihrer binären Logik (gut/schlecht) verweigert, gewiss eine Art symbolisch-kommunikativer (Ersatz-)Währung, deren Kurs steigt, wenn die Stringenz und Bindekraft funktionaler Eigenlogiken nachlässt. Und eine Währung, mit deren Hilfe man in den Funktionsbereich anderer Systeme eintreten und deren Kodes verfälschen kann. Sie „gilt“ überall und nirgends, genauer gesagt: Sie gilt nirgends offiziell und gerade darum kann sie überall (interdiskursiv) eingesetzt werden.

## [ 6 ] Diversität, Inklusion

Schon auf den ersten Blick passen Begriffe wie *Diversität* und *Inklusion* genau in das hier entfaltete Muster. Zwar spielt die In-

*klusion* interdiskursiv bisher in erster Linie in der Schulpolitik, wo sie zum Programm für die Beschulung „behinderter“ Kinder mit Förderbedarf in den allgemeinen Schulen geworden ist. Sie könnte aber in jedem Feld eingesetzt werden, in dem es um die programmatische und symbolische Ausweitung der Normalitätszone geht. Auch das Hochamt der *Diversität* wird augenblicklich in erster Linie in der Schulpolitik gefeiert, es ist aber auch im Umfeld der Flüchtlingskrise zu hören und zu lesen, und auch da ist es nur eine Frage der Zeit, bis auch dort *Inklusion* auf dem Programm steht. Die fachdiskursive Heimat der interdiskursiven *Diversität* liegt freilich in Biologie, Evolution, Genetik. Im DWDS kommt Diversität hochfrequent mit den Attributen *genetisch* und *kulturell* vor. Das häufigste (selbst hoch programmatisch aufgeladene) Kompositum ist die (unbedingt schützenswerte) Biodiversität.

Erkennbar arbeitet der Staat, wenn er diesen (ursprünglich im Multikulturalismus und in der Behindertenbewegung beheimateten) Begriff sich zu eigen macht, an seinem eigenen moralischen Image. Er inszeniert sich, dem Denkstil der Massendemokratie entsprechend, als „Staat für alle“. In der Schulpolitik hat die Forderung nach Inklusion eine ziemlich ausgedehnte Moralgemeinschaft geschaffen, die mit beinahe religiösem Eifer nicht nur das Anrecht, sondern vielfach sogar die Pflicht der Eltern von Kindern mit Förderbedarf betreibt, unabhängig von der Leistungsfähigkeit der Kinder zusammen mit den *normalen* Kindern beschult zu werden, und zwar „zieldifferent“ (was so viel heißt wie: Es ist von vornherein klar, dass die förderbedürftigen Kinder die regulären Abschlüsse der Schule nicht erreichen werden; programmatisch z. B. Schumann 2015).

Die Forderung nach *Inklusion* schließt eine rückblickende Umdefinition der Sonder- und Förderschulen als stigmatisierende Einrichtungen ein. Ähnlich wie sich die öffentlichen Träger bei der „Unternehmerisierung“ der Hochschulen an die Brust geschlagen und für die jahrhundertelange staatliche Bevormundung entschuldigt haben (vor der Gewährung von *Autonomie!*), hat man im Zuge der *Inklusion* die Sonder- und Förderschulen für Teufelswerk erklärt, ungeschickte Landespolitiker sogar, in-

dem sie die Lehrenden dieser Schulen (an denen sich vielfach der idealistischste Teil der Lehrerschaft befindet!) verunglimpft und für Stigmatisierungshelfer erklärt haben.

Gedeckt durch die hoch moralische Konsensfiktion *Inklusion* lassen sich sogar funktionale Differenzierungen im Schulsystem rückgängig machen. In mehreren Bundesländern steht mittelfristig die Schließung der Förderschulen auf dem Programm, in einigen auch die Schließung der universitären Ausbildung für Sonderschullehrer. Das ist ein wenig so, wie wenn man die onkologische Facharztausbildung schließen würde, um Krebskranke nicht zu diskriminieren. Der symbolische Charme der *Inklusion* behinderter, förderbedürftiger Schüler in das allgemeine Schulwesen besteht in dem Eindruck, dass die konstatierte „Anormalität“ eher reversibel zu sein scheint, wenn sie im Rahmen des „normalen“ Schulsystems prozessiert wird (vgl. Link 2013: 108f). Komplementär, aber durch die Moralisierung weitgehend entartikuliert, ist die „Ansteckungsgefahr“ für das normale System, das durch zunehmend randnormale und denormalisierte Teilnehmer selbst droht, durch Nicht-Normalität „infiziert“ zu werden.

Während Sonder- und Förderschulen eine scharfe symbolische Zäsur gegenüber den „Normalen“ markieren (und also im Kern „protonormalistisch“ sind im Sinne von Link 2006, 2013), weitet *Inklusion* die symbolischen Normalitätsgrenzen aus und suggeriert deren Durchlässigkeit nach beiden Seiten. Wer hat am Ende keinen „Förderbedarf“? *Inklusion* ist also typisch „flexibel normalistisch“ im Sinne von Link. Dass es sich bei der schulischen *Inklusion* freilich überwiegend um Symbolpolitik handelt, wird implizit anerkannt in der Formel von der „zieldifferenten Inklusion“. Die bedeutet nämlich, dass es in den ansonsten schultyprelevanten Verpunktungs- und Verdaltungsparametern der Leistungsdimension (zumindest für manche Typen von Behinderung) eben keine numerische Kontinuität gibt.

Nach der Höhe der begrifflichen Aggregation ist *Anerkennung* das abstrakteste, oberste Prinzip, das sich auch am leichtesten zum moralphilosophischen Axiom adeln lässt (Honneth). *Diversität* ist polemisch ausgerichtet an (genetischen, kulturellen,

sprachlichen, ethnischen, leistungsmäßigen...) Homogenitätserwartungen (in Gesellschaft, Betrieb, Schule...). Die *Diversität* hat am schnellsten den Weg in die Managementliteratur und -philosophie gefunden, wo das *Diversitätsmanagement* zu den Tugenden (besser gesagt: zum tugendhaften Image) globaler Unternehmen gehört. Von hier aus konnte *Diversität* zum Programmbegriff des „ethisierten Neoliberalismus“, der „ethisierten liberalen Utopie“ (Kondylis) werden. Er suggeriert, dass jeder, unabhängig von Herkunft, Ethnie, Begabung etc. „seinen“ Beitrag zum Ganzen leisten könne, und dass es die Aufgabe der Verantwortlichen sei, für Bedingungen zu sorgen, unter denen dieser Beitrag geleistet werden kann. Am buntesten blüht die Diversitätsrhetorik, wenn ich recht sehe, in der Schulpolitik, wo ständig von „Vielfalt & Heterogenität als Chance und Reichtum“ die Rede ist. Ohnehin ist das pädagogische Establishment höchst anfällig für diesen Typ von Moralisationen, weil sie dem eigenen Berufsstand eine entscheidende Rolle für die Erreichung solcher moralischen Ziele zuspielen, was mit Imagechancen verbunden ist. Für den Lehrer freilich, der vor einer Klasse mit einer hinreichenden *Diversität* von Herkünften, Sprachen, Begabungen und Behinderungen steht, dürfte das Hochamt der Vielfalt nicht wirklich hilfreich sein: Er hat es zu managen, und wenn er sich überfordert fühlt, dann wird man ihm vorwerfen, seine Schutzbefohlenen im Stich zu lassen, und zwar ganz besonders die Schwachen und Diskriminierten! Eine echte lose-lose-Situation. Hier können nur Helden punkten. Und die werden inzwischen ganz unverblümt gefordert.

Tendenziell delegitimiert das Diversitätshochamt jede „kognitive“ Einteilung und Gruppierung von Menschen nach welchen Kriterien auch immer. *Inklusion* steht daher in schreiendem Gegensatz zur totalisierten Kompetenz- und Leistungsmessung, zur Kompletterpunktung und -verdatung der Schüler durch kontinuierliche Tests und Rankings. Für das Lehrpersonal etabliert sie gleichsam institutionell ein unauflösbares *double bind* (durch völlig unvereinbare moralische Imperative). Vor diesem Hintergrund ist nämlich jede gruppenbezogene Förderungsmaßnahme immer zugleich eine Diskriminierung und Entwertung der je-

weiligen Gruppe, was eine gezielte und spezialistische Unterstützung von Schülern mit den Defiziten erschwert, die bislang in Sonder- und Förderschulen mit speziell ausgebildeten Lehrern betreut wurden. Das erinnert natürlich an die semantischen Schlachten um die Sozialhilfe, der man ja auch nachsagte, sie entmündige und stigmatisiere ihre Bezieher. So schafft die Rhetorik von *Diversität* und *Anerkennung* Ressourcen für eine moralisch einwandfreie Entsorgung öffentlicher Leistungen. Mittels Begriffen wie *Inklusion*, *Autonomie*, *Aktivierung* kann die öffentliche Hand in einem Zuge Leistungen abbauen und Image aufbauen. Trotz oder besser gerade wegen ihrer hoch moralischen Form ist die Anerkennungsrhetorik ein Schritt auf dem Weg zur neoliberalen Utopie, in der alle Empfänger öffentlicher Leistungen bereits dadurch stigmatisiert sind, dass sie sich nicht alles, was sie brauchen, auf dem Markt besorgen können.

Das mag derzeit noch Zukunftsmusik sein. Aber schon jetzt delegitimiert die Diversitätsrhetorik jede „naive“ Identifikation mit der Eigengruppe. Die nämlich kann immer als partikular denunziert werden. Und weil jede „Moral“ insofern paradox ist, als sie das Individuum adressiert, aber gleichwohl notwendig universalistisch ist, von Werten handelt, die für alle gelten, entmutigt sie die Identifikation mit einer (symbolischen oder auch organisierten) Eigengruppe. Die fraglichen Begriffe sind zwar kollektiv wirksam, sie setzen aber am Anspruch des Individuums an und sind auf Individuen zugeschnitten (vgl. Nassehi 2003).

Historisch frappierend am Siegeszug von Anerkennungs- und Diversitätsrhetoriken ist die Gleichzeitigkeit von radikal verschärfter realer sozialer und wirtschaftlicher Ungleichheit bei gleichzeitig wachsender, oftmals geradezu hysterischer Sensibilität für symbolische und semantische „Ungleichbehandlung“ in der öffentlichen Kommunikation (Seeßlen 2015). Auch und gerade die, denen man alles genommen hat, verlangen nach *Anerkennung*, sie wollen als Teil der *Diversität* gewürdigt und in den Bereich der *Normalität* wenigstens symbolisch inkludiert werden.

In der schulischen Inklusionsdebatte der jüngsten Zeit stoßen die „alte“ und die „neue“ begriffliche Logik hart aufeinander.

Nach der „alten“ Logik hätten Blinde, Taubstumme, Autisten, Lernbehinderte, psychisch Kranke etc. einen Anspruch auf spezialistische Förderung durch öffentlich bereitgestellte Experten an besonderen Schulen. Nach der „neuen“ Logik haben sie einen Anspruch darauf, in das allgemeine Schulsystem inkludiert (und eben *nicht* speziell gefördert) zu werden. Der Einwand, sie könnten den Leistungsanforderungen der „Normalen“ nicht genügen, wird beiseite gewischt nach dem Motto: Dabei sein ist alles. Es ist ein wenig so, als würde man fordern, die Paralympics in die allgemeine Olympiade zu integrieren. Politisch austragen müssen diesen Konflikt ausgerechnet die Schwächsten. In Haftung genommen werden die Schulkinder im mess- und leistungsbesessenen „normalen“ Schulsystem, das symbolisch (trotz seiner geradezu bestürzenden realen Machtlosigkeit!) für den Kampf um die Zugehörigkeit zur Mittelschicht steht. Und eingeteilt und getrieben werden sie dazu durch ihre Eltern. Die nämlich (so lange noch Wahlfreiheit besteht!) entscheiden müssen, ob sie ihre förderbedürftigen Kinder dem Stigma der Sonderschule aussetzen wollen, oder dem rüden Selektionsmechanismus des leistungsbezogenen allgemeinen Schulsystems. Diese Entscheidung wird immer abhängen vom Ehrgeiz und vom Anspruchsniveau der Eltern, die wahrscheinlich mehr um ihre Reputation als um die Chancen des Kindes besorgt sind. Bereits jetzt gibt es die Erfahrung, dass ehrgeizige Mittelschichtaspiranten auf Inklusion, Unterschichteltern dagegen eher auf Sonderschulen setzen. Entscheidend ist: Die Individuen tragen die Dinge im Rahmen ihrer Selbstoptimierungspflichten aus.

Wer hier gegen den moralischen *mainstream* der Inklusionsbefürworter argumentiert, der bekommt immer wieder vorgehalten, dass die Sonderschulen de facto ein Ort seien, in dem die Unterschicht mit ihrem sozialen Elend segregiert werde. Das ist auch zweifellos richtig, in Sonderheit für die Abteilungen für Lernbehinderte und sozial Auffällige: In den segregierenden Einrichtungen der Gesellschaft (Sonderschulen, Psychiatrie, Erziehungsanstalt, Gefängnis etc.) finden sich „natürlich“ überproportional die Angehörigen der gesellschaftlichen Schichten, denen der Zugang zu den besseren Arbeitsplätzen, Chancen

und Positionen verwehrt wird. Aber auch wenn 30 oder 40% der Psychatriepatienten in der Hauptsache Opfer ihrer sozialen Lage sind, heißt das nicht, dass die Psychiatrie abgeschafft werden muss, im Gegenteil: Sie muss sensibel werden für den Unterschied zwischen sozialer Benachteiligung und psychischer Krankheit! Wenn es denn einen gibt.

Betrachtet man den augenblicklichen massenmedialen Inklusionskonflikt an den Schulen auf die begriffsgeschichtlichen „Quellen“ hin, die in der *Inklusion* zusammenfließen, so zeigt sich ebenfalls ein charakteristisches Muster. Als sozialwissenschaftlicher Terminus kommt *Inklusion* aus der (Luhmannschen) Systemtheorie und bezeichnet den Operationsmodus der funktionalen Differenzierung (das Recht inkludiert alle systemrelevanten Eigenschaften von Handlungen, Verhältnissen etc.; vgl. Nassehi 2003). Als sozial-programmatischer Begriff stammt *Inklusion* aus der Behindertenbewegung, von wo aus er (z.T. als moralische Radikalisierung des Anspruchs auf *Integration*) auch in die UN-Behindertenrechtskonvention gelangt ist. Nach deren Ratifizierung durch die Bundesregierung wurde das englische *inclusion* teils sogar als *Integration* übersetzt, was zu Protest bei Behindertenverbänden führte. Bis dann die (für Schulpolitik zuständigen) Bundesländer die *Inklusion* programmatisch übernommen und mit „ihren“ Inhalten gefüllt haben (Schumann 2015). Der Ausdruck verkoppelt konnotativ sozialwissenschaftlich-fachliche Bestände, moralisch-emanzipatorische Bestände und politische Imagebestände. Dieser Mix ist durchaus zeittypisch, er findet sich ganz ähnlich in sehr vielen Einträgen des *Glossar der Gegenwart* (Bröckling et al. 2004).

Rezeptiv treffen solche Begriffe beim zugleich individualisierten und in die jeweiligen Lebens- und Berufszusammenhänge strikt eingebundenen Publikum auf die einzig verbliebene Sphäre moralisch-politischer *Freiheit*. Durch seine Bekenntnisse, Meinungen, Konsumententscheidungen, Engagements etc. bekundet das moderne isolierte Individuum, zu welchen moralischen Gemeinschaften es gezählt werden möchte. Das sind naheliegenderweise vor allem die „guten“ Gemeinschaften, deren Reichweite durch strategisch-politische Konsensfiktionen (und mas-

senmediale Resonanzmechanismen) stark erweitert wird. Und welche moralischen Gemeinschaften wären besser als die, die zugleich für emanzipatorische Gleichstellungsansprüche zivilgesellschaftlicher Akteure und für staatliche Imageziele stehen?

Es ist paradox und folgerichtig zugleich, dass Begriffe wie *Inklusion*, *Aktivierung*, *Vielfalt/Heterogenität* nicht in erster Linie die „betroffenen“ Minoritäten adressieren, sondern in der Hauptsache die *normale* Mitte der Gesellschaft. *Inklusion* setzt Ungleichheit voraus und bestätigt sie semantisch, wie Nassehi (2003: 339) notiert. Man kann das auch so formulieren, dass *Inklusion* sich moralisch besser „macht“, wenn es *nicht* die direkt Betroffenen sind, die sie fordern und sich zu ihren Zielen bekennen, sondern die *anderen*. Sonst handelt es sich um (prinzipiell verdächtige) Gruppeninteressen.

Wenn es individuelle Partizipationsansprüche sind, die von der Öko-, Frauen-, Schwulenbewegung etc. „in Bewegungsformeln“ gegossen werden (Nassehi 2003: 349), dann braucht der Staat diese Formeln nur aufzunehmen und in individuelle Förderprogramme zu übersetzen. Aus Öko- und Klimafragen wird dann der Steuernachlass für die Gebäudedämmung der Hausbesitzer, aus der Gleichberechtigung der Geschlechter ein Förderprogramm für Frauen in den Hochschulen, aus der Forderung nach Gleichstellung Behinderter das individuelle Recht auf *Inklusion* in die allgemeinen öffentlichen Schulen. Wen wundert's, dass es in erster Linie die Individuen aus der Mittel- und Oberschicht sind, die diese Förderung in Anspruch nehmen können?

Ein politischer Effekt dieser Konstellation besteht darin, dass der Wohlfahrtsstaat moralische Gruppenforderungen zugleich aufnehmen, individuell entschärfen und in Imagegewinne für sich selbst umwandeln kann. Zugleich lassen sie sich auch zur Abwehr und Delegitimierung *anderer* Gruppenforderungen einsetzen, die ja stets als partikular und gruppenegoistisch moralisch diffamiert werden können. So hat die jüngste *Willkommenskultur* Merkels sogleich zu einem massiven (und, wie man gerade zu sehen beginnt, erfolgreichen) Angriff auf den gesetzlichen Mindestlohn geführt. Der ist nämlich moralisch minderwertig im Vergleich zur Hilfe für Flüchtlinge oder zur Eingliede-

rung von Behinderten in die allgemeinen Schulen. So trägt die kurz- und mittelfristige Improvisation moralischer *communities* dazu bei, dass die staatlichen Akteure Flexibilität gewinnen für die fallweise Hierarchisierung zu bedienender (oder eben nur: zu inkludierender) Gruppenforderungen.

## [ 7 ] Schlussfolgerungen

Billig ist nicht nur die Moralkommunikation, billig ist auch die kulturkritische Attitüde, die in der kritisierten Gesellschaft keine identifikationsfähige Position zu finden vermag, von der aus man programmatisch argumentieren könnte. Insofern sollte ich zum Schluss auch noch ein gutes Wort einlegen für die fallweise Improvisation moralischer Gemeinschaften durch Konsensfiktionen.

Zunächst gilt der axiomatische Satz, dass ein Problem, das nicht moralisiert werden kann, gar nicht den Zugang in die Sphäre öffentlicher Aufmerksamkeit findet. Aufmerksamkeitspolitisch führt also gar kein Weg an der Moralisierung vorbei. Aber das ist trivial. Schwerer wiegt der Umstand, dass die fallweise Erzeugung moralischer Gemeinschaften den Weg bahnt von der politischen Identifikation mit der Eigengruppe („mechanische Solidarität“ bei Durkheim) zur programmatischen Identifikation mit fernen und „fremden“ Gruppen. Die *internationale Solidarität* der kommunistischen Arbeiterbewegung war insofern Vorbild und Modell aller modernen moralischen Gemeinschaften. Sie koppelt die „mechanische“ Eigengruppe an alle ähnlich situierten Fremdgruppen. Der Hauptunterschied zur post- und massendemokratischen Gegenwartskonstellation besteht darin, dass es heute keine zugewiesenen *Primärgruppen* gibt (Arbeiter, Angestellte etc.), deren Interessen moralisch universalisierbar wären. Die sekundären, von Fall zu Fall aufrufbaren moralischen Gemeinschaften sind als einzige übrig.

Moralkommunikation ist ein Mittel zur (unwahrscheinlichen) Gleichrichtung der Antriebe und Motive unorganisierter Individuen („sozialer Atome“). Sie ist keineswegs identisch mit der

Gleichrichtung von Interessen und Handlungen, die ohne Organisation und Institution gar nicht geht. Im Gegenteil, sie unterläuft gerade das organisierte Handeln, das stets eine „feste“ Gruppenmoral auszubilden tendiert, die ihrerseits gegen Moralkommunikation immunisiert. Insofern ist sie *das* massendemokratische Kampffeld. Die improvisierten *moral communities* stecken das Feld ab für kommunikativ flüssige und bewegliche Ressourcen in einer ansonsten weitgehend determinierten massendemokratischen *Sachzwangwelt*. Diese letztere (so hat Karl Mannheim schon vor beinahe 100 Jahren argumentiert; vgl. Mannheim 1964) wächst durch die Ausbreitung wirtschaftlicher Interdependenzen und Determinationen, die bestimmtes Verhalten berechenbar und erzwingbar machen. In den vergangenen „neoliberalen“ Jahrzehnten (so wäre Mannheim heute zu ergänzen) sind marktanaloge Steuerungssysteme auch außerhalb der unmittelbar ökonomischen Sphären etabliert worden. Es ist die wachsende Stringenz und Verlässlichkeit solcher (auf „Selbstonormalisierung“ der Individuen setzenden) marktaloger Kontroll- und Steuermechanismen, die es den flexibel-normalistischen Massendemokratien erlauben, das tradierte Feld der Ideologie, der Religion, der Moral weitgehend freizugeben. Dem entsprechen Wertbegriffe wie *Flexibilität*, *Toleranz*, *Vielfalt*, *Diversität*. Sie indizieren auch, dass die Sachzwänge der ausdifferenzierten Funktionssysteme deren Reproduktion von den Gesinnungen, der Moral, den Werten ihrer Akteure weitgehend unabhängig gemacht haben:

Das bedeutet aber – etwas laxer gesprochen –, dass die moderne Wirtschaftsgesellschaft (gerade weil die wirtschaftliche Zwangsläufigkeit immer mehr auch das Einzelgewebe<sup>1</sup> des Alltagshandelns durchdringt) ‚es sich leisten kann‘, die ‚Ideologien‘ immer mehr freizugeben. (Mannheim 1964: 647)

---

1 In Mannheim (1964: 647) steht statt „Einzelgewebe“ „Einzelgewerbe“, was mir ein Druckfehler zu sein scheint.

Die von Fall zu Fall improvisierten moralischen Gemeinschaften, so ließe sich resümieren, bewirtschaften die wertmäßige moralische und weltanschauliche Kontingenz, die eine „gesinnungsfrei“ oder „gesinnungsentleert“ funktionsfähige Gesellschaft sich glaubt leisten zu können. *Strategisch bewirtschaftbar* werden die moralischen Residuen der Individuen gerade weil sie nicht (mehr) in feste Wertesysteme vom Typ Religion, Weltanschauung etc. eingebunden sind. Wie man an der gegenwärtigen Flüchtlingsdebatte sehen kann, lassen sich in fast allen Lebenslagen Motive mobilisieren, die die Ausweitung der Normalitätszone fordern (*Willkommenskultur, Integration, Chancen der Diversität...*) oder aber Denormalisierungsangst mobilisieren (*Terrorismus, Frauenfeindlichkeit, Homophobie...*). Die politische Auseinandersetzung fließt beinahe automatisch in die Bahnen von Moralisierung und Gegenmoralisierung. Und was sich am Ende durchsetzt, das sind die moralisch „neutralen“ (besser gesagt: neutralisierten) Imperative der ökonomischen (und sonstigen marktanalogen) Sachzwänge.

Die mediale „Sekundärwelt“ trägt erheblich dazu bei, dass Handlungs- und Wertungsantriebe gegen einander abgesetzt und verselbständigt werden können. Wir sehen als gut informierte Zeitgenossen – auch dieses Image hat an Glanz verloren – alles, und bewerten so gut wie alles, aber wir hoffen immer, dass unsere *Normalität* erhalten bleiben möge und wir möglichst wenig teure und schmerzhaft *Verhaltensänderungen* implementieren müssen. Gehlens Kritik an der „hypermoralisch“ ausgeweiteten Familienmoral (Gehlen 1973) wirkt da fast noch optimistisch, angesichts der wahrlich explosiven (und rational gar nicht gedeckten) *Inklusionsgemeinschaften* der Gegenwart.

Die klassische Begriffsgeschichte, mit ihren (zweifelloso widersprüchlichen) Affinitäten zur Theorie- und Ideengeschichte, ratifiziert Karl Mannheims These, mythische, nationale und/oder ideologische (fiktive, symbolische) Gemeinschaften würden in der Moderne abgelöst durch intellektuelle Diskursgemeinschaften, die sich in der öffentlichen Kommunikation selbst konfigurieren (vgl. Hofmann 1996: 35; noch Habermas ist erkennbar ein direkter Erbe dieser Gedankenwelt) und im „Kampf um die Be-

griffe“ herausbilden. Die modernen *moral communities* sind eine Schwundform dieser Schwundform von politischer Vergesellschaftung. Kondylis (2001) sieht den Untergang des Sozialismus zugleich als Untergang der bildungsbürgerlichen Beteiligung am hegemonialen Bogen in den kapitalistischen Gesellschaften: Hinter Begriffen (oder um sie herum) stehen keine nennenswerten Theorien. Improvisierte *moral communities* (mit dem Extremfall der PC-Aktivistinnen und der *Social Justice Warriors* in den USA) verkörpern so etwas wie die naturalisierte und biologisierte Endmoräne intellektueller Kampffelder, sie entstehen und vergehen leicht, lassen sich für wechselnde Anliegen improvisieren und erreichen selten oder nie das Stadium einer weltanschaulichen oder institutionellen Stabilisierung. Und: Sie individualisieren radikal jede soziale und politische Beziehung. Jeder PC-Angriff richtet sich gegen ein Individuum und schießt dieses Individuum aus seinen Gruppen- und Institutionsbezügen heraus. Gruppe und/oder Institution müssen, um ihr eigenes moralisches Image zu wahren, das attackierte Individuum preisgeben. Die politische Wirkung allzeit drohender PC-Attacken (gegen Inklusions-, Diversitäts- Minderheitenverächter) ist radikal vereinzelt und entsolidarisierend. Wo eine Institution bereit wäre, ihre Mitglieder zu schützen (wie bei der radikalen Rechten!), müssten PC-Attacken notwendig im Sande verlaufen.

## Literatur

- Anderson, Benedict (1983): *Imagined Communities. Reflections on the Origin and Spread of Nationalism*. London: Verso.
- Bröckling, Ulrich (2007): *Das unternehmerische Selbst*. Frankfurt/M.: Suhrkamp.
- Bröckling, Ulrich (2017): *Gute Hirten führen sanft. Über Menschenregierungskünste*. Berlin: Suhrkamp.
- Bröckling, Ulrich & Krasmann, Susanne & Lemke, Thomas, Hg. (2004): *Glossar der Gegenwart*, Frankfurt/M.: Suhrkamp.
- Bude, Heinz (2011): *Bildungspanik. Was unsere Gesellschaft spaltet*. München: Hanser.

- Canfora, Luciano (2007): *Eine kurze Geschichte der Demokratie*. Köln: PapyRossa.
- Crouch, Colin (2007): *Postdemokratie*. Frankfurt/M.: Suhrkamp.
- Fischer, Karsten (2006): *Moralkommunikation der Macht. Politische Konstruktion sozialer Kohäsion im Wohlfahrtsstaat*. Wiesbaden: VS.
- Fleck, Ludwik (1935): *Entstehung und Entwicklung einer wissenschaftlichen Tatsache. Einführung in die Lehre vom Denkstil und Denkkollektiv*. Neuausgabe Frankfurt/M.: Suhrkamp 1980.
- Freyer, Hans (1955): *Theorie des gegenwärtigen Zeitalters*. Stuttgart: Deutsche Verlags-Anstalt.
- Gehlen, Arnold (1973): *Moral und Hypermoral*. Frankfurt/M.: Athenäum.
- Hofmann, Wilhelm (1996): *Karl Mannheim. Zur Einführung*. Hamburg: Junius.
- Honneth, Axel (1992): *Der Kampf um Anerkennung. Zur moralischen Grammatik soziale Konflikte*. Frankfurt/M.: Suhrkamp.
- Knobloch, Clemens (1998): *Moralisierung und Sachzwang. Politische Kommunikation in der Massendemokratie*. Duisburg: DISS.
- Knobloch, Clemens (2015): „Moralisierung in der öffentlichen Kommunikation“. In: *Zeitschrift für Literaturwissenschaft und Linguistik (LiLi)*, Jahrgang 45, Heft 177. S. 167-184.
- Kondylis, Panajotis (2001): *Das Politische im 20. Jahrhundert. Von den Utopien zur Globalisierung*. Heidelberg: Manutius.
- Lessenich, Stephan, Hg. (2003): *Wohlfahrtsstaatliche Grundbegriffe. Historische und aktuelle Diskurse*. Frankfurt/M.: Campus.
- Link, Jürgen (2006): *Versuch über den Normalismus. Wie Normalität produziert wird*. 3. Aufl. Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht.
- Link, Jürgen (2013): *Normale Krisen? Normalismus und die Krise der Gegenwart*. Konstanz: Konstanz UP.
- Losurdo, Domenico (2008): *Demokratie oder Bonapartismus: Triumph und Niedergang des allgemeinen Wahlrechts*. Köln: PapyRossa.
- Luhmann, Niklas & Pfürtnner, Stephan H., Hg. (1978): *Theorietechnik und Moral*. Frankfurt/M.: Suhrkamp.
- Mannheim, Karl (1958): *Mensch und Gesellschaft im Zeitalter des Umbaus*. Darmstadt: Wissenschaftliche Buchgesellschaft.
- Mannheim, Karl (1964): „Über das Wesen und die Bedeutung des wirtschaftlichen Erfolgsstrebens“. In: Mannheim (1964: 625-688).

- Mannheim, Karl (1980): „Eine soziologische Theorie der Kultur und ihrer Erkennbarkeit (konjunktives und kommunikatives Denken)“. In: ders.: *Strukturen des Denkens*. Frankfurt/M.: Suhrkamp. S. 155-322.
- Nassehi, Armin (2003): „Inklusion – Von der Ansprechbarkeit zur Anspruchsberechtigung“. In: Lessenich (2003: 331-352).
- Neckel, Sighard (2008): *Flucht nach vorn. Die Erfolgskultur der Marktgesellschaft*. Frankfurt/M.: Campus.
- Niethammer, Lutz (2000): *Kollektive Identität. Heimliche Quellen einer unheimlichen Konjunktur*. Reinbek: Rowohlt.
- Priddat, Birger (2003): „Umverteilung: Von der Ausgleichssubvention zur Sozialinvestition“. In: Lessenich (2003: 373-394).
- Salomon, David (2012): *Demokratie*. Köln: PapyRossa.
- Schumann, Brigitte (2015): „Der bildungspolitische Umgang mit Inklusion und die Folgen“. In: attac-Arbeitskreis Bildung (Hg.):
- Seeßlen, Georg (2015): „Semantical Healing“. In: Jungle World vom 22. Oktober 2015.
- Simmel, Georg (1989): *Einleitung in die Moralwissenschaft*, Erster Band. Frankfurt/M.: Suhrkamp (=Gesamtausgabe, Band 3).
- Simmel, Georg (1993): *Aufsätze und Abhandlungen 1901–1908*, Band II. Frankfurt/M.: Suhrkamp.



## | Wie man öffentlich über *Inklusion* spricht (und was man daraus schließen kann)

### [ 0 ] Vorab

Die medienöffentliche Debatte über Inklusion ist nach zaghaften Anfängen in den vergangenen Jahren jetzt wirklich in Gang gekommen. Sie hat die Grenzen der so genannten Qualitätspresse überschritten und *Stern* und *BILD* ebenso erreicht wie die Talkshows. Das liegt daran, dass die Sache aus der Sphäre wohlmeinender Absichtserklärungen nunmehr heraustritt und auf die nüchternen Realitäten des öffentlichen Schulwesens trifft. Verstehen wird diese Debatte nur, wer sie als Symptom und Indikator, aber auch als einen zentralen Faktor des Bildungsdiskurses nimmt. Das öffentliche Reden über Bildung und Bildungschancen – so meine These – ist ein Stellvertreterdiskurs. Wo mit Emphase über Bildung, Bildungschancen und „bildungsferne“ Schichten gesprochen wird, da geht es im Kern um etwas anderes: um soziale Gerechtigkeit. Obwohl Bildungsabschlüsse und gesellschaftlich-ökonomische Positionen de facto nur (noch) wenig miteinander zu tun haben, steht Bildung symbolisch für den Teil der gesellschaftlichen Position eines Individuums, für den man (eben durch Bildungsanstrengungen) selbst verantwortlich ist bzw. gemacht werden kann. Die deutschen Mittelschichten, denen Soziologen wie Heinz Bude (2011) eine ausgeprägte „Statuspanik“ bescheinigen, versuchen (oft als eine Art Bildungsmanager ihrer Kinder), den eigenen Statuszugewinn per Bildungsanstrengung präventiv an ihre Kinder weiterzugeben. Dieses Motiv treibt Inklusionsbefürworter wie Inklusionsgegner, die einen öffentlich und die anderen heimlich.

[ 1 ] Öffentliche Moralisation, staatliche Sparpolitik  
und private Interessenpolitik

Wer über Bildung zu sprechen glaubt, der spricht tatsächlich, ob er will oder nicht, über die Risiken des sozialen Abstiegs und über die Chancen des sozialen Aufstiegs. Im öffentlichen Reden über „Bildung“ sind Drohung und Verheißung immer trefflich abgemischt. Das wird erst richtig in den Bildungsgeschichten deutlich, in denen die offizielle Verheißung zugleich die subkutane (und öffentlich nicht artikulationsfähige) Drohung *ist*. Hier wäre z. B. an die moralisch unanfechtbare Forderung nach „Inklusion“ zu denken. Deren harter Kern ist die Zerschlagung der bisherigen Sonderschulen und die Eingliederung von lerngestörten und förderbedürftigen Kindern in die Regelklassen und Regelschulen. Neben den nicht-muttersprachlichen Migrantenkindern werden künftig in großer Zahl auch lernbehinderte Kinder im Regelbetrieb der öffentlichen Schulen auftreten.<sup>1</sup> Und zwar Kinder mit allen Arten von Lernbehinderung, von Blinden und Gehörlosen über Autisten, ADHS-Kinder bis hin zu psychisch und sozial auffälligen Kindern. Wie die ohnehin statuspanische Mitte auf diese neue Herausforderung reagieren wird, mag man sich gar nicht vorstellen. Jedenfalls werden die Motive, um die es dabei geht, jenseits der öffentlichen Sagbarkeitsgrenze liegen. Keiner kann sagen: „Ich nehme meine Kinder aus der (öffentlichen) Schule, weil der Lehrer/die Lehrerin sich jetzt auch noch um die Behinderten kümmern muss.“ Jeder kann es aber tun und die Gründe für sich behalten, weil er nach außen nicht unkorrekt oder minderheitenfeindlich wirken möchte. Die stille Logik der Sache wird gewiss dafür sorgen, dass sich ehrgeizige Bildungsprivatisierer am Ende die Hände reiben. Diskurse etablieren Sagbarkeitsgrenzen, und wer sich öffentlich gegen die Inklusion Behinderter in das allgemeine Schulsystem ausspricht,

---

1 Es versteht sich, dass ich hier nur von den erwartbaren diskursiven Breitenwirkungen der Inklusion spreche, nicht von der Sache selbst, für die ja durchaus einiges spricht.

der kann in einer so hochgradig moralisierten Angelegenheit leicht in die böse Ecke gestellt werden. Handeln wird er jedoch nicht nach den moralischen Maximen der Inklusionslyrik, sondern so, wie es seinen artikulierbaren Interessen entspricht: nur das Beste für die eigenen Kinder.

## [ 2 ] Die unmittelbar politische Dimension der Inklusion

Unmittelbar politisch betrachtet wirkt Inklusion als moralischer Schallverstärker für die ehrgeizigen Wünsche der Eltern behinderter und förderbedürftiger Kinder nach Gleichstellung im Bildungssystem. Entartikulierte werden dagegen die (zweifellos vorhandenen) Ängste der nicht minder ehrgeizigen bildungspolitischen Mittelschichteltern mit ihren „normalen“ Kindern. Die nämlich werden die Anwesenheit förderbedürftiger Kinder in der Klasse als Abzug an den Bildungschancen der eigenen „normalen“ Kinder erleben, aber das natürlich nicht laut sagen können.

In der neoliberalen Bildungsideologie ist das (kostenfreie) öffentliche Schulwesen als staatliche Restinstitution für diejenigen vorgesehen, die sich private Bildungseinrichtungen nicht leisten können. Der Staat hat sich nur um die zu kümmern, die nicht am Markt teilnehmen können. Viel zitiert wird in diesem Zusammenhang der *OECD-Policy Brief Nr. 13* aus dem Jahr 1996, eine wahre Fundgrube nützlicher Ratschläge für Staatsakteure, die das öffentliche Bildungswesen gesund- oder besser kranksparen wollen, ohne dafür politische Rechnungen serviert zu bekommen (mehr dazu in Knobloch 2012: 115-118). Geraten wird da u. a. zum schrittweisen Absenken der angebotenen Schul- und Bildungsqualität im öffentlichen Bereich. Und wenn die auch noch politisch korrekt und moralisch geboten ist wie im Falle der Inklusion, kann man das getrost als das Ei des Kolumbus bezeichnen. Wer 4–6 Kinder mit individuell ausdifferenziertem Förderbedarf in der Klasse hat, der muss die Standards senken. Die Inklusion passt trefflich in die Dramaturgie der Bildungspriorisierung. Sie wird tendenziell die „marktfähigen“ Schichten

aus dem öffentlichen Schulwesen heraus manövrieren. Obwohl sie uns als hoch moralische Staatsaktion entgegentritt, fördert die Inklusion de facto allein das kühle Kalkül der Bildungsprivatisierer. Deren Ressource sind die wachsenden Zweifel des Publikums am allgemeinen und öffentlichen Schulwesen.

### [ 3 ] Bologna als Modell – die UN-Behindertenrechtskonvention als internationale Rückendeckung

Kein Zeitungsartikel über Inklusion, der uns den Hinweis vorenthält, es sei die UN-Behindertenrechtskonvention von 2006, welche die Bundesregierung 2009 unterschrieben habe, und sie beinhalte die nunmehr von den Ländern umgesetzte Selbstverpflichtung auf ein inklusives Schulwesen. Es ist ein bildungspolitisch bewährtes Rezept, sich hinter den Auflagen internationaler Organisationen zu verstecken, wenn man nationale Interessenpolitik betreiben möchte. Der so genannte Bolognaprozess hat zur großen Überraschung der Experten (vgl. Niemann 2009) sinnfällig vorgeführt, dass ein traditionsreiches und in der Nationalgeschichte stark verankertes System der Universitätsausbildung beinahe widerstandslos gekippt werden konnte unter Berufung auf eine völlig unverbindliche Absichtserklärung einiger EU-Staatssekretäre. Da es unter den halbwegs Gebildeten zum guten Ton gehört, nationale „Sonderwege“ zu vermeiden und Anti-EU-Haltungen als rechtspopulistisch gelten, ist kaum jemand öffentlich gegen den hochschulpolitischen Putsch aufgetreten, der als „Bolognaprozess“ bekannt geworden ist. Die Inklusion legt da noch einmal nach und gibt sich nicht bloß ein internationales Legitimitationskorsett, sie trägt „über“ diesem Korsett noch ein menschenrechtliches Antidiskriminierungskleid. Wer dagegen auftritt, der stellt sich nicht allein gegen die moralische Autorität der internationalen Gemeinschaft, er riskiert auch den Vorwurf, die Ausschließung Behinderter zu betreiben.

Als Sprachwissenschaftler ziehe ich natürlich den Hut und bewundere die Chuzpe, mit der ein institutionell ausdifferenziertes System von Fördereinrichtungen für Lernbehinderte mit

einem Federstrich als Diskriminierung Lernbehinderter umdefiniert und abgeschafft werden kann. Das ist eine Politik, der man Orwell'sche Qualitäten nicht absprechen kann. Aber wir haben ja auch geschluckt, als wir zum ersten Mal hören und lesen mussten, dass Krankenhäuser Gewinn machen sollten und der Staat seine Armen durch Sozialhilfe entmündigt und ihrer Eigeninitiative beraubt.

In NRW sprechen die Tatsachen zur Inklusion eine ziemlich deutliche Sprache: Das Recht der Eltern, selbst zu entscheiden, ob ihre Kinder mit Förderbedarf auch eine spezielle Fördereinrichtung oder aber die allgemeine Schule besuchen, ist temporär und auf Selbstaufhebung ausgelegt. Da Fördereinrichtungen sofort geschlossen werden, wenn sie unter eine Mindestauslastung sinken, wird faktisch die Wahlfreiheit, die heute den Köder bildet, bereits morgen nicht mehr existieren, weil auch die speziellen Fördereinrichtungen nicht mehr existieren.

Dazu noch eine Randbemerkung. Wo es um die Zerstörung des allgemeinen öffentlichen Schulwesens geht, ist die Bertelsmann Stiftung nicht weit. Die hat im Jahr 2013 den renommierten Bildungsforscher Klaus Klemm mit einer Studie über den Stand der Inklusion in Deutschland beauftragt. Im Vorwort, das die Stiftung dieser Studie beigegeben hat, lesen wir ganz ausdrücklich, was Sache ist bei dem Unternehmen Inklusion. Die „Exklusionsquote“, so lesen wir – sprich: die Zahl der förderbedürftigen Kinder, die nach wie vor an Förderschulen unterrichtet wird! – sei trotz Inklusionsbemühungen in den vergangenen vier Jahren lediglich von 4,9 auf 4,8% gesunken, also ganz unerheblich. Und das obwohl die Zahl der inklusiv unterrichteten Schüler gleichzeitig angestiegen sei. Die Bertelsmänner resümieren:

So hat das Doppelsystem aus Regelschulen einerseits und Förderschulen andererseits unverändert Bestand. Solange dieses Doppelsystem jedoch im heutigen Umfang weiterhin besteht, ist erfolgreiche Inklusion schwierig. Denn die Förderschulen binden jene Ressourcen, die dringend für den gemeinsamen Unterricht benötigt werden. (Klemm 2013: Vorwort)

Was weg soll, das sind die spezialisierten und professionellen Fördereinrichtungen. Da lässt Bertelsmann keinen Zweifel.

#### [ 4 ] Blütenlese I: Gymnasium mit Down-Syndrom

Seit die Massenmedien die Inklusion als Thema für sich entdeckt haben, gibt es täglich Wunsch- und Angstgeschichten. Meistens ist eine Geschichte beides. Viel Wind macht gegenwärtig (Februar 2014) der „Fall“ eines Elfjährigen mit Downsyndrom, der nach dem Willen der Eltern im Herbst 2014 ein Gymnasium in Baden-Württemberg besuchen soll. Lehrerkonferenz und Schulkonferenz haben es abgelehnt, das Kind aufzunehmen. Der Landesschülerbeirat hat sich für eine Aufnahme erklärt, das Kind soll seine „in der Grundschulzeit gewachsenen Freundschaften am Gymnasium fortführen können“ (Soldt 2014). Das dortige Kultusministerium hält sich bedeckt, es begreift, dass es politisch nur verlieren kann, wie auch immer es entscheidet. Das Kind, das kaum lesen und schreiben kann, wird dem „normalen“ Gymnasialunterricht keinesfalls folgen können, es muss „beschäftigt“ werden.

Wer die von PISA erhitzten Debatten um Gymnasialleistungen im Ländervergleich noch im Ohr hat, der reibt sich verblüfft die Augen. Und die Gymnasiallehrer, die man noch gestern darauf verpflichtet wollte, auch die letzten „Kompetenzen“ aus ihren Schülern herauszukitzeln, werden einigermassen verwundert sein, dass Kinder jetzt ans Gymnasium kommen sollen, um ihre Grundschulfreundschaften weiter pflegen zu können. Denkt jemand darüber nach, welche Folgen ein solches Wechselbad von Leistungs- und Moralansprüchen für die motivationalen Zustände des Lehrerkollegiums haben? Oder glaubt jemand, dass einer gemeinsamen Optimierung von Leistung und Gutmenschenmoral wirklich nichts im Wege stehe? Paradoxe Anforderungen an die Berufsgruppe der Lehrer sind freilich ein bewährtes Herrschaftsmittel.

Und damit die Sonderschulen moralisch einwandfrei entsorgt werden können, müssen sie zunächst von den Staatsakteuren,

die für ihren Zustand politisch verantwortlich sind, medienöffentlich schlecht geredet werden. Ein auffälliges (und rhetorisch ungeschicktes) Übersoll hat in dieser Angelegenheit die (ehemalige) Wissenschaftsministerin von Schleswig Holstein, Waltraud Wende abgeliefert. Wie die *FAZ* (am 12. April 2014) berichtete, sprach sie von den Sonderschulen ihres Landes als „Einrichtungen mit kränkenden, belastenden, beschämenden, erniedrigenden Wirkungen, mit Stigmatisierungen“, was ihr einen Missbilligungsantrag der CDU eintrug. Sie hat sich dann doch lieber entschuldigt, aber die Nachricht ist klar und deutlich: Professionelle Sonderschulen sind schädlich für förderbedürftige Kinder, die allgemeine Schule macht frei. Und was die Lehrkräfte an den Sonderschulen tun, ist moralisch fragwürdig, weil eben: Exklusion.

#### [ 5 ] Blütenlese II: Die feine Dialektik der Elternwahlfreiheit

Kein Zweifel: Für das Ego von Eltern, die ihren Kindern gute Lebenschancen und auskömmliche Berufe wünschen, ist es in hohem Maße stigmatisierend, wenn ihre Kinder das allgemeine Schulwesen verlassen und spezielle Förderschulen besuchen müssen. Schon die Hauptschule, ehemals Regeleinrichtung, scheint über dem Eingang den Imperativ „Lasst alle Hoffnung fahren!“ zu tragen. Der Besuch spezieller Förderschulen (früher hießen sie Hilfsschulen) dokumentiert unmissverständlich: Die Schullaufbahn des eigenen Kindes hat den „Normalbereich“ verlassen. Nun wissen wir, dass in einer normalistisch integrierten Gesellschaft (Link 2006) die Individuen und Familien von De-normalisierungsängsten geplagt und von Selbstnormalisierungsimperativen umstellt und getrieben werden. Hier setzt das Inklusionsversprechen mit seinen Lockungen an. Unser Kind, das suggeriert die Inklusion, kann eine allgemeine Schule besuchen, und damit nimmt es den Makel des Nichtnormalen sowohl von den Schultern der Eltern als auch von der beruflichen und sozialen Zukunft des Kindes. Alles scheint ganz einfach zu sein: Man meldet sein Kind an der allgemeinen Schule an, es wird zweifellos

profitieren vom gemeinsamen Lernen mit den „Normalen“, und mit der Stigmatisierung von Eltern und Kindern hat es ein Ende. Nicht zufällig ist es Politik vieler Inklusionsschulen in NRW (ich vermute: auch anderswo), den Eltern nicht mitzuteilen, wie viele Kinder mit Förderbedarf eine Regelklasse besuchen. Die gute Absicht ist, Etikettierungen zu vermeiden – aber „gut gemeint“ ist, wie wir längst wissen, das Gegenteil von „gut“. Als ob es möglich wäre, Autisten, Rollstuhlfahrer und psychisch Auffällige einfach in einer Klasse zu verstecken! Und für die bildungsspanischen Normaleltern lautet die Nachricht: Hinter jedem leistungsmäßig suboptimalen Kind lauert ein Inklusionsfall – und somit das Risiko unzureichender Förderung der eigenen Kinder.

Bester Orwell ist in diesem Zusammenhang die Formel von der „zieldifferenten Inklusion“. Sie besagt, dass ein Kind, das die allgemeine Schule besucht, deren Leistungsziele keinesfalls erreichen wird. Merkwürdig genug, dass der Besuch einer mit Experten ausgestatteten Förderschule diskriminieren soll, die „zieldifferente Inklusion“, bei der die Chancenlosigkeit dem Förderkind von vornherein bescheinigt wird, aber nicht.

Keinen Augenblick darf man bei der Inklusionsdebatte vergessen, dass zwar ausschließlich über die Kinder und ihre Rechte gesprochen wird. Die tatsächlichen Akteure, deren Motive im Geschehen eine Rolle spielen, sind hingegen ausschließlich die Eltern. Sie treffen die Entscheidung, ob ihre Kinder die Förderschule oder die Regelschule besuchen. Und da das öffentliche Schulsystem als eine hierarchische Stufenfolge von Institutionen wahrgenommen wird, die Lebenschancen zuteilen – eine Stufenfolge, bei der die Förderschulen ganz unten, noch unter den Hauptschulen stehen, von Gesamt-, Realschulen und Gymnasien nach oben gefolgt – ist es aus Elternperspektive scheinrational, die eigenen Kinder möglichst hoch in dieser Hierarchie unterzubringen. Das Können und das Wohl der Kinder treten diesem Motiv gegenüber leicht in den Hintergrund. Es ist auch kein Zufall, dass die Inklusion in erster Linie den Schultypen abverlangt wird, die ohnehin schon teilstigmatisierend wirken. Die Gymnasien verweisen (mit Recht) ganz überwiegend darauf, dass es we-

nig Sinn macht, Kinder aufzunehmen, die definitiv kein Abitur machen können.

Der diskursive Kick besteht darin, dass die vermeintliche Entstigmatisierung von Kindern mit speziellem Förderbedarf, welche die Inklusion auf ihre Fahnen geschrieben hat, die ohnehin schon mit sozialer Exklusionsdrohung infizierten Schulformen für das „normale“ Publikum weiter entwerten und bedrohlich erscheinen lassen wird.

[ 6 ] Blütenlese III: Institutionelle Folgen – Der Wettbewerb der Schulen um die „besten“ Behinderten

Spricht man mit Praktikern aus der Schule, so wird einem rasch klar, dass auf der Hinterbühne des hoch moralischen Inklusionstheaters ein ganz anderes (und viel pragmatischeres) Stück gespielt wird. In praxi wird nämlich für die Schulen alles davon abhängigen, wer wie viele Förderkinder welcher Provenienz zuteilt bekommt. Der frohe und fromme (und gegenüber den Lehrern mächtig zynische) Spruch, Vielfalt müsse man gefälligst als Chance nehmen, wirkt da einigermaßen einfältig. Sozial und psychisch auffällige Kinder, deren jedes einen normalen Unterricht nachhaltig zum Entgleisen bringen kann, werden alle mit spitzen Fingern anfassen. Um Blinde und Körperbehinderte mit „normalen“ kognitiven Leistungen wird man sich hingegen reißen. Die Restgruppen liegen irgendwo dazwischen. Als ob die NRW-Landesregierung einen solchermaßen pragmatischen Umgang mit der „Vielfalt“ der Förderbedürftigen auch noch fördern wollte, hat sie die Schlüssel festgelegt, nach denen die Normal- und Regelschulen Förderlehrerstellen zugewiesen bekommen. Da geht es nämlich (sehr im Kontrast zur öffentlichen Inklusionslyrik) mächtig rechenhaft zu, und zwar antizyklisch. Ich zitiere aus einem Artikel der Kölner *Stadtrevue* (4/2014):

Um eine volle Sonderpädagogenstelle zu erhalten, muss eine Klasse sechs Schüler mit einer körperlichen Behinderung aufnehmen. Geht es um sehbehinderte Kinder, erhöht sich diese Zahl auf acht.

Bei Kindern mit Lern- und Entwicklungsstörungen allerdings wird die Anzahl der Stellen budgetiert und den Schulen pauschal und nicht mehr pro Förderkind zugewiesen. (Steigels & Werthschulte 2014)

Dieses wundersame Zahlenwerk, darüber sind sich die Praktiker einig, wird die Konkurrenz um die „besten“ Schüler mit Förderbedarf zugleich anheizen und mit den nötigen Paradoxien versorgen. Im Probetrieb, so darf man getrost vermuten, sind die Verhältnisse noch großzügiger als im späteren Regelbetrieb. Und da, so berichten Steigels & Werthschulte (2014), ist es bereits so, dass die wenigen Förderschullehrer an den Regelschulen nicht nur zwischen den Klassen, sondern auch zwischen verschiedenen Schulen springen müssen, was natürlich einer *individuellen* Betreuung förderbedürftiger Kinder nicht gerade Vorschub leistet. In der inklusiven Grundschule, von der die Autoren berichten, gibt es eine Förderschulkollegin mit 18 Wochenstunden, die für zwei Klassen und darüber hinaus für die Inklusionsberatung zuständig ist. In jeder Sonderschule haben die förderbedürftigen Schüler ständig gut ausgebildete Lehrkräfte, die sich um sie kümmern, aber da werden sie ja leider diskriminiert. Und das ist offenbar nicht der Fall, wenn sie in der Regelklasse von den Lehrkräften versorgt werden, die von ihrer speziellen Behinderung nicht die Spur einer Ahnung und zudem noch die Verantwortung für 25 reguläre Schüler haben.

Wer die beliebte medienöffentliche Übung des Lehrer-Bashings kennt (Sie wissen, Lehrer, das sind die faulen Säcke, die schon mittags nach Hause gehen und 12 Wochen Ferien im Jahr haben), der wird sich auch nicht darüber wundern, wie die Bildungspolitiker auf die Mitteilung des „Nationalen Bildungsberichtes“ 2014 reagieren, wonach es auf allen Ebenen des öffentlichen Bildungssystems (vom Kindergarten bis zum Gymnasium) an hinreichend qualifizierten Kräften für die Inklusion fehlt: mit dem dezenten Hinweis, die Lehrkräfte müssten eben vorbereitet werden auf die schöne neue Inklusionswelt. O-Ton Wanka (CDU): „Wichtig ist, alle pädagogisch Tätigen durch Aus- und Weiterbildung auf die große Aufgabe inklusiver Bildung vorzu-

bereiten. Wir werden deshalb die Forschung und Qualifizierung in diesem Bereich vorantreiben“ (FAZ vom 14./15.6.2014) O-Ton Löhrmann: „In Zukunft wird es darum gehen, Qualifizierungen für das Personal in den Bildungseinrichtungen zu verstärken“. Beide Äußerungen enthalten das Eingeständnis, dass die Schulen völlig unvorbereitet in die Inklusion hineinstolpern. Wird schon irgendwie klappen! Dazu passt, was man von Schulpraktikern hören kann: Wer das Wort buchstabieren kann und im Studium einen Kurs zum Thema gehört hat, der gilt als Experte und wird an seiner Schule nolens volens zum Inklusionsbeauftragten ernannt. So sieht die Endmoräne einer professionellen Sonderpädagogik im schönen neuen inklusiven Schulwesen aus.

#### [ 7 ] Blütenlese IV: Die schulische „Umsetzung“

So hoch gestimmt der moralische Ton bei der Inklusion klingt, so leichtfertig und unverantwortlich ist die Praxis ihrer schulischen Implementierung. Auch das passt zum Ersatzdiskurs Bildung: Alle tun bei geöffnetem Mikrofon übereinstimmend so, als ob es auf dieser Welt keinen wichtigeren Garanten des gesellschaftlichen Erfolgs gebe als die eigenen Bildungsanstrengungen. Tatsächlich herrscht im öffentlichen Bildungswesen seit Jahrzehnten das Rotstiftmilieu und die öffentlichen Ausgaben für Schulen kennen nur eine Richtung: nach unten.

So wird die Inklusion einigen ehrgeizigen Schuldirektoren neue Karrierewege eröffnen. Für die Betreuung förderbedürftiger Schüler bedeutet sie radikale Entprofessionalisierung und für das Lehrpersonal an inklusiven Einrichtungen ebenso radikale Überforderung. Woher soll ein gewöhnlicher Lehramtsstudierender Expertise über die Unterrichtung von Blinden, Tauben, Körperbehinderten, Autisten, ADHS-Kindern, Lernschwachen, psychisch Auffälligen etc. nehmen? Ich fürchte, mit ein paar Weiterbildungsveranstaltungen über Inklusion lässt sich ein zehnmestriges Fachstudium Sonderpädagogik kaum ersetzen. Aber den Ton der moralischen Antreiber habe ich schon im Ohr. Sie erzählen aufmunternde Geschichten von „verhaltensoriginellen“

Kindern, die man keinesfalls zurücklassen dürfe. In der Kölner *Stadtrevue* wird die ehemalige Schuldirektorin Barbara Sengelhoff mit dem Satz zitiert: „Die ersten Kinder, die ich damals noch an meiner vorherigen Stelle in Mühlheim hatte, mit Rolli wegen einer Querschnittslähmung, die haben wir auf den Rücken gepackt und die Treppe raufgetragen, weil wir keine Rampe hatten. Auch das funktioniert. Die wichtigste Voraussetzung ist die Haltung.“ So ist das, moralisch tiptop – und „Haltung“ ist auch noch viel billiger als Expertise, Professionalität und Organisation.

Längst entbrannt ist der Finanzierungsstreit zwischen Ländern und Gemeinden. Die Länder schmücken sich nämlich auch darum gerne mit der Inklusion, weil sie nach herrschender Rechtslage deren Kosten überwiegend an die Gemeinden weiterreichen können. Die schrittweise Schließung der Förderschulen hingegen ist bares Geld für die Länder. Die Gemeinden in NRW (anders als die Großstädte mit SPD-Regierungen) pochen hingegen auf das so genannte Konnexitätsprinzip, das zusätzliche Kosten, die durch Beschlüsse auf Landesebene entstehen, auch von den Ländern getragen sehen möchte. Inzwischen scheint der drohende Rechtsstreit in NRW abgewendet. Die Gemeinden haben ihre Klage gegen die Zusage des Landes zurückgenommen, die tatsächlichen Kosten würden jährlich kontrolliert und gegebenenfalls würde das Land (zusätzlich zu den zugesagten 175 Millionen Euro für die nächsten vier Jahre) nachschießen.

- [ 8 ] Theorie und These:  
Normalistische Ausweitung der Normalitätszonen,  
mit moralischen Mitteln und mit dem Ziel,  
das öffentliche Schulsystem weiter zu denormalisieren

Nach diesem kurzen Ausflug in die alltäglichen Niederungen der Inklusion muss ich Ihnen zur Abwechslung ein wenig Theorie zumuten. Als politisches Fahnenwort betrachtet ist Inklusion das, was man eine Konsensfiktion nennt. Das Prinzip Inklusion ist öffentlich zustimmungspflichtig, weil die Forderung des Gegenteils, die Forderung nach einer „Exklusion“ Lernbehinderter

aus dem öffentlichen Schulwesen nicht diskursfähig ist. Technisch gesprochen kann Inklusion nicht öffentlich negiert werden. Es handelt sich um ein einwandsimmunes Prinzip. Erkennen kann man das daran, dass selbst die radikale Inklusionskritik den sprachlichen Gesslerhut rituell grüßt und unterstreicht, dass Inklusion ja „im Prinzip“ etwas sehr Gutes sei. Um nur ein Beispiel zu geben: Reiter (2014) schreibt: „Es ist richtig, behinderte Menschen zu integrieren. Es ist aber falsch, sie zwangsweise in klassische Schulen zu stecken“.

So viel nur zur Verwendungsglogik des Fahnenwortes Inklusion. Derartige Konsensfiktionen gehören in das Feld der öffentlichen Moralisierung von Problemen. Und Einsatz finden die rhetorischen Ressourcen der Moralisierung in unserer normalistischen Gesellschaft (Link 2006) immer dann, wenn ein Problem nicht normalisiert werden kann oder soll. Um die Frage etwas anders zu formulieren: Was versprechen sich politische (und sonstige) Akteure von einer solchen Inklusionskampagne und vom damit verbundenen (ziemlich radikalen) Umbau des öffentlichen Schulwesens? Die öffentliche Moralisierung eines Problems ist aufmerksamkeitspolitisch effektiv und preiswert. Bevor das Fahnenwort Inklusion in der medialen Zirkulation aufgetaucht war, dürfte kaum jemand auf die Idee gekommen sein, in der Existenz von Förderschulen für Lernbehinderte ein moralisches Problem zu sehen. Eher im Gegenteil: Sie galten als nützlich und nötig. Und wer die Qualität der schulischen Förderung Lernbehinderter hätte kritisieren oder in Frage stellen wollen, der hätte das auch mit „normalistischen“ Mitteln tun können, z. B. über eine weitere Professionalisierung der Betreuung, über die Gleichstellung der Förderschulen mit Regelschulen, durch die Definition von erreichbaren Abschlüssen, die Kooperation mit Einrichtungen, die Arbeits- und Verdienstmöglichkeiten auch für Absolventen mit „schwachen“ Schulabschlüssen bereitstellen etc. Da gäbe es ohne Zweifel viele Möglichkeiten. Stattdessen haben wir die Inklusionskampagne. Ständig hören wir, Vielfalt sei als Chance zu begreifen, niemand dürfe zurückgelassen, jede(r) müsse mitgenommen werden, und was dergleichen wohlklingende Moralformeln mehr sind.

Nun liegt die (demonstrativ tolerante und pseudoegalitäre) Ausweitung von Normalitätszonen zweifellos im Trend des massendemokratischen Normalismus. Denken Sie z. B. an den Aufruhr, den der Versuch, das Thema „sexuelle Vielfalt“ in den Bildungsplänen Baden-Württembergs (bei Elternverbänden und der katholischen Kirche) ausgelöst hat. Und denken Sie an den (als „PC“ verspotteten) sprachlichen Aufwand, der öffentlich betrieben wird, um vorzuführen, wie tolerant und weltoffen die Sprecher gegenüber potentiell diskriminierten Minderheiten seien. Eine solche rhetorisch-demonstrative Ausweitung der Normalitätszonen ist auch die Inklusion. Allerdings hat sie die (beabsichtige oder unbeabsichtigte) Nebenwirkung, weitere Denormalisierungsangst in dasjenige gesellschaftliche System einzuleiten, das die Öffentlichkeit für zentral verantwortlich für die Zuweisung gesellschaftlicher Chancen und Positionen hält – eben in das Schul- und Bildungssystem.

Auf eine Formel gebracht: Inklusion verspricht die Normalisierung der Bildungschancen für förderbedürftige Kinder – natürlich ein moralisch achtenswertes Ziel! Tatsächlich importiert sie aber massive Denormalisierungsrisiken in das öffentliche Bildungssystem und trägt zu dessen heimlicher und stillschweigender Delegitimierung bei. Politisch fatal ist der Umstand, dass auf dem Rücken (förderbedürftiger und anderer) Schulkinder ein handfester politischer Konflikt über den Standort des öffentlichen Schulwesens ausgetragen wird. Je mehr sich Eltern von einer guten Schulbildung für ihre Kinder versprechen, desto mehr werden sie geneigt sein, das öffentliche Schulsystem zu umgehen, in dem jetzt nicht nur die Hälfte der Kinder „Migrationshintergrund“ hat, sondern eben auch noch (nach Art und Umfang unkalkulierbarer) „Förderbedarf“ besteht. Die Anbieter exklusiver Privatschulen werden sich die Finger lecken. Wie auch immer die Sache ausgeht: Die Veranstalter der Inklusion werden mit weißer Weste dastehen, ihr Anliegen ist moralisch einwandfrei, für die freilich absehbaren unerwünschten Folgen sind sie nicht verantwortlich zu machen. Sie haben es ja nur gut gemeint. Am Ende steht der alte Wunschtraum neoliberaler Fundamentalisten: ein öffentliches Restschulwesen, das diejenigen mit mi-

nimalen Bildungsangeboten versorgt, die nicht kapitalkräftig genug sind für den Bildungsmarkt. Die anderen können und sollen zukaufen. Der erklärte Versuch, Förderschüler zu entstigmatisieren, indem man die Förderschulen schließt und abschafft, importiert stattdessen deren Stigma in das allgemeine Schulwesen. Und da wird es sich umso nachhaltiger entfalten, als es nicht öffentlich kommuniziert werden kann.

Der Inklusionsrummel etabliert eine durch und durch paradoxe Kommunikation: Dass es Schulkinder mit besonderem Förderbedarf gibt, wird auf der einen Seite ausdrücklich anerkannt. Ihre Zahl wächst sogar. Auf der anderen Seite wird aber durch deren Unterbringung in den allgemeinen Schulen und durch die Abschaffung der Förderschulen einfach gezeugt, dass förderbedürftige Kinder auch eigene Einrichtungen brauchen. In diese Paradoxie passt der Umstand, dass die meisten radikalen Inklusionsbefürworter es vehement ablehnen, Förderziele für die Inklusionskinder zu formulieren. Offenbar sollen die nicht wirklich gefördert, sondern einfach in ihrem (wie es so schön heißt) „Anderssein“ akzeptiert werden. Das ist zweifellos billiger (hierzu Ahrbeck 2014).

Wenn (wirkliche oder vermeintliche) Exklusion werbewirksam und mit großem Trara moralisch auf einem Gebiet, dem der Sonderpädagogik nämlich, bekämpft wird, liegt der Verdacht nahe, dass sie eigentlich anderswo stattfindet, wo sie im Gegenzug eben nicht thematisiert wird. Und in der Tat ließen sich leicht gesellschaftliche Funktionsbereiche nennen, in denen weit umfänglicheren Minderheiten Teilhabe verweigert wird. Diesen Faden muss ich jedoch liegen lassen und stattdessen einen anderen aus dem Inklusionsknäuel ziehen:

Zu den Merkwürdigkeiten der offiziellen Feier von Vielfalt und toleriertem Anderssein gehört es, dass sie in schreiendem Kontrast steht zu der im Schulsystem allenthalben vorrückenden Standardisierungs-, Kompetenz-, Konkurrenz- und Leistungsorientierung. Es schaut aus, als ob die Inklusion ihren Befürwortern kompensatorisch ein gutes Gewissen verschaffen solle für die ansonsten vorherrschende Test-, Mess-, Vergleichs- und Standardisierungswut. Bisher jedenfalls ist nicht bekannt geworden, dass

Bedürfnisse nach Vielfalt und sanktionslosem Anderssein bei PISA und anderen standardisierten Leistungstests berücksichtigt worden wären. Hieraus folgt zwingend, dass eben allein die per Inklusion in das allgemeine Schulsystem hinein geholten Schüler mit Förderbedarf auch innerhalb des Systems der allgemeinen Leistungsmessung und des Leistungsvergleiches ausgeschlossen bleiben: Exklusion durch Inklusion. Während im Schonraum einer Förderschule individuell erreichbare Leistungsziele durchaus nicht stigmatisieren, tun sie das im Umfeld „normaler“ Schulen fast automatisch, weil eben dort die allgemeine Leistungskonkurrenz wesentlicher Teil des heimlichen und offenen Lehrplans ist. Ob er will oder nicht, konkurriert der Schüler mit Förderbedarf in der Regelschule mit dem Feld, mit dem er eben, wie durch den Förderbedarf offiziell festgestellt, nicht konkurrieren kann.

[ 9 ] „...dass wir alle Menschen mitnehmen müssen“ /  
„no child left behind“

Je höher der öffentliche Moralisierungsbedarf bei den Ansprüchen, desto brutaler die Verhältnisse. Diese Regel gilt so gut wie immer. Von ca. 50.000 SchülerInnen, die jährlich aus den Förderschulen kommen, finden nach einer Statistik des Hauses Bertelsmann lediglich 3.500 eine Lehrstelle. Das sind etwa 7%. Die Nachricht lautet unmissverständlich: Nach der Schule ist Schluss mit der Inklusion. Nun kann man argumentieren, öffentliche Schulen hätten die Aufgabe, vorbildlich zu sein, auch wenn die privatwirtschaftlichen Verhältnisse, in die man nach der Schule eintritt, das nicht sind. Auf der anderen Seite ist bekannt, dass die meisten Firmen auch mit üppiger öffentlicher Förderung belohnt keine Behinderten in Lehr- und Arbeitsverträge nehmen. Ausnahmen zu dieser Regel scheinen allerdings zuzunehmen, wenn man den Medienberichten traut, die neuerdings gerne von den „besonderen“ Kompetenzen von Autisten etc. sprechen, die durchaus lukrativ und verwertbar seien. Statt aber auf *diesem* Wege den Arbeitsmarkt mit verbindlichen Integrationsaufgaben

in die Pflicht zu nehmen, zerstört die öffentliche Hand die Institutionen, die sie für die Förderung Behinderter gegründet hat. Wer hätte je gesehen, dass sich eine christ- oder sozialdemokratische Regierung mit den Arbeitgebern angelegt hätte?

#### [ 10 ] Wortpolitik: Inklusion statt Integration

Nicht näher eingehen kann ich hier auf den sonderpädagogischen Spezialdiskurs, in dem seit einiger Zeit ein heftiger Wortstreit zwischen den Fahnenwörtern Integration und Inklusion tobt. Dazu nur so viel: An der Frontlinie dieser Auseinandersetzung geht es beständig um die Frage, ob der Ausdruck „Integration“ die Erwartung bzw. das Programm beinhalte, die förderbedürftigen Kinder sollten und müssten für die Welt der „normalen“ Kinder passend gemacht werden. Diesem vermeintlich diskriminatorischen und intoleranten Integrationsprogramm halten die Inklusionisten entgegen, nur in ihrem Fahnenwort „Inklusion“ werde dem universalistischen Prinzip der Vielfalt, Gleichheit und Akzeptanz aller Genüge getan. Für einen Sprachwissenschaftler ist vor allem der Wortaberglaube verblüffend, der einen solchen Streit nährt. Als ob es darauf ankäme, wie über die Sache *gesprochen* wird, und nicht darauf, wie die Sache tatsächlich *gemacht* wird! Die Teilnehmer dieses aufgeladenen Wortstreits mögen sich einfach fragen, wo mehr für die Akzeptanz behinderter und förderbedürftiger Kinder getan wird: da, wo sie für ihre Fähigkeiten und Bedürfnisse spezialisierte Institutionen vorfinden, die bereit sind, sich ganz auf sie einzustellen, oder da, wo man ihnen offiziell Förderbedarf bescheinigt und sie dann in den Regelklassen zu verstecken versucht.

#### [ 11 ] Schluss

Das massenmediale Inklusionsfest ist eine Veranstaltung der Bildungspolitiker und der politisch ehrgeizigen Pädagogen. Die Superlative, die uns da begegnen, machen misstrauisch. Die In-

klusion sei das größte bildungspolitische Unternehmen seit der allgemeinen Schulpflicht, habe ich gelesen. Dass es sich um eine wahre Revolution handle, gehört noch zu den bescheidenen Formulierungen. Offenbar handelt es sich bei diesen Trägergruppen der Inklusion um eine Spielart der Imagepolitik. Die Akteure sehen in der Öffentlichkeit moralisch toll aus und können gleichzeitig ganz andere Interessen im Windschatten ihrer Images vorantreiben. Der härteste moralische Druck lastet auf den öffentlichen Schulen. Wer sich da der Inklusion zu entziehen sucht, der sieht aus wie einer, der seine partikularen Interessen gegen ein ethisch einwandsimmunes und universalistisches Programm verteidigt. Also ziemlich schlecht. Zu dieser Stimmung passt, dass viele Lehrer, die Kritik üben an Theorie und Praxis der Inklusion, ihre Namen nicht in der Zeitung lesen wollen. Sie fürchten Sanktionen.

Das Thema Inklusion etabliert einen öffentlichen Kommunikationsbereich, in dem politische Akteure sich selbst und ihre moralisch-universalistischen Identitäten in Szene setzen können. Je härter die allenthalben erfahrbaren Exklusionserfahrungen und Exklusionsdrohungen für das Publikum werden, desto nötiger werden solche *für das Publikum* entlastenden Kommunikationsbereiche. Für die tatsächlich Beteiligten freilich, vor allem die Lehrkräfte, entsteht der Eindruck, dass ihnen ständig neue Lasten auf die Schultern geladen werden. Jetzt sollen sie das noch nebenbei erledigen, was das Förderschulwesen nicht hat leisten können.

Am Ende verbeuge ich mich auch vor dem Gesslerhut Inklusion: Niemand wird abstreiten, dass es einen berechtigten Kern für Inklusionsforderungen gibt. So wie die Debatte läuft, hat dieser Kern jedoch nicht die Spur einer Chance, überhaupt artikuliert zu werden. Er hängt damit zusammen, dass das öffentliche Bildungssystem zusehends als gesellschaftliche Stigmatisierungsmaschine wahrgenommen wird. Das ist jedoch politisch gewollt von allen, die Bildung dem Marktprinzip unterwerfen wollen. Dieses Unternehmen gedeiht nämlich langfristig nur, wenn die Delegitimierung des allgemeinen und öffentlichen Schulsystems weitergetrieben werden kann. Und dazu wird die Inklusion einen

Beitrag leisten. Weil sie nämlich auf der Vorderbühne als moralisch positives Image etabliert, was auf der moralisch entartikulierten Hinterbühne das öffentliche Schulwesen weiter schwächt.

## Literatur

- Ahrbeck, Bernd (2014): „Gemeinsamkeit um jeden Preis“, In: *FAZ* vom 24. April 2014.
- Bude, Heinz (2011): *Bildungs-panik. Was unsere Gesellschaft spaltet*. München: Hanser.
- Klemm, Klaus (2013): *Inklusion in Deutschland – eine bildungsstatistische Analyse* (im Auftrag der Bertelsmann Stiftung). Gütersloh: Bertelsmann.
- Knobloch, Clemens (2012): *Wir sind doch nicht blöd! – Die unternehmerische Hochschule*. 2. Aufl. Münster: Westfälisches Dampfboot.
- Knobloch, Clemens (2013): „Bildung“ – ein Strategiekern neoliberaler Rhetorik? In: *Jahrbuch für Pädagogik 2013: Krisendiskurse*, red. David Salomon und Edgar Weiß. Frankfurt/M.: Lang. S. 105-124.
- Link, Jürgen (2006): *Versuch über den Normalismus. Wie Normalität produziert wird*. 3. Aufl. Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht.
- Niemann, Dennis (2009): *Changing Patterns in German Policy Making – The Impact of International Organizations*. (= TranState Working Papers, No. 99/2009, SFB 597 Staatlichkeit im Wandel, Universität Bremen, Jacobs University Bremen, Universität Oldenburg).
- Reiter, Udo (2014): „Schlicht überfordert“. In: *Süddeutsche Zeitung* vom 14./15. Juni 2014.
- Steigels, Christian & Werthschulte, Christian (2014): „Inklusion – All together now!“ In: *Stadtrevue* 4/2014.



## | Im Krisenlabor – Einige Beobachtungen zum aktuellen Flüchtlingsdiskurs in Deutschland

- [ 1 ] Drei Arten, den Themenkomplex Migration und Flucht zu beschreiben

Wer das öffentliche Reden über Migration und Flucht in Deutschland über längere Zeiträume beobachtet, der findet (mindestens) drei halbwegs unterschiedliche Modelle des Herangehens, die sich in der Gegenwart mischen und überlagern:

[ a ] Das erste dieser Modelle kennen wir hauptsächlich aus der Arbeitsmigration der sogenannten Gastarbeiterzeit der 60er und 70er Jahre. Es ist national oder ethnozentrisch und bewegt sich medienöffentlich in Bildern der Überflutung, Überschwemmung, Überfremdung.

[ b ] Das zweite Modell ist direkt politisch und dreht sich in der Hauptsache um die öffentliche Ausforderung des Grundgesetzes: Politisch Verfolgte genießen Asyl. Die Geschichte der Auseinandersetzungen um das deutsche Asylrecht ist bekannt. Ihren letzten Höhepunkt hatte sie in den 90er Jahren während der Jugoslawienkriege, und sie endete mit der faktischen Schleifung des Asylparagraphen, was dazu geführt hat, dass seither kaum Asylbewerber als solche anerkannt worden sind. Zum Gesamtbild gehört freilich auch, dass viele abgelehnte Asylbewerber geduldet und in prekären Aufenthaltsstatus gewissermaßen fixiert werden.

[ c ] Das dritte Modell ist ökonomisch und normalistisch. Auf dieser Linie geht es um Themen wie „alternde Gesellschaft“, Ge-

burtenrate, Bevölkerungsrückgang, Fachkräftemangel, Finanzierung der Sozialsysteme. Hier wird mit Zahlen, Kurven, Daten, Prognosen (eben normalistisch) argumentiert, und die Pointe ist, dass auf dieser Linie Zuwanderung erwünscht ist, aber eben selektive, gesteuerte, am wirtschaftlichen Eigeninteresse des Landes orientierte. Der Prototyp eines solchen normalistischen Systems ist die durch ein variables Punktesystem gesetzlich geregelte Einwanderung, bei der erwünschte Merkmale (Fachausbildung, geringes Alter, vorhandener Arbeitsplatz) Punkte bringen und ab einer bestimmten Punktzahl geregelt eingewandert werden darf. Kanada hat ein solches System.

Im großen Trend der vergangenen Jahre liegt zweifellos die nachhaltige Verschiebung des Diskurses hin zur normalistischen Linie des dritten Modells (Knobloch 2013). Zweifellos hat sich in der gesellschaftlichen Wahrnehmung Arbeitsmigration (vom osteuropäischen Spargelstecher über die Pflegekraft und Altersbetreuung bis hin zu Technikern und Fachärzten) normalisiert. Bei Stichworten wie Fachkräftemangel, alternde Gesellschaft und Konkurrenz um die weltweit besten Wissenschaftler nicken (fast) alle, und auch wenn die Ideologie des „Multikulturalismus“ bei vielen als veraltet und gescheitert gilt, hat sich sichtbare ethnische Vielfalt in den Städten (vielleicht nur des Westens) weitgehend veralltäglicht.

Zugleich formiert sich aus den (potentiellen und wirklichen) Verlierern eines solchermaßen internationalisierten Arbeitsmarktes eine vergleichsweise breite neurechte Bewegung, deren semantisches Bindeglied zur Mehrheitsgesellschaft das mit dieser geteilte Feindbild des politischen und kulturellen Islams und des islamischen Terrorismus ist. Gegenüber diesen Strömungen schwankt die politisch hegemoniale Elite gewissermaßen zwischen Inklusion und Exklusion. Von „Man muss den Leuten zuhören und ihre Sorgen ernst nehmen“ bis hin zu „Pack“ ist alles zu hören, und zwar sogar von den gleichen Akteuren in kurzen Zeitabständen! Das ist ein O-Ton Sigmar Gabriel.

Dieses „Schwanken“ des offiziösen Islamdiskurses wird deutlich in der Bandbreite zwischen Sätzen wie „Der Islam gehört zu

Deutschland“ auf der einen Seite und der Pegida-Rhetorik auf der anderen (die ja nur darum so erfolgreich ist, weil sie auch bei den Mitgliedern und Anhängern der anderen Parteien vertreten ist).

Vor diesem (natürlich nur in sehr groben Strichen skizzierten) Hintergrund heben sich die Besonderheiten der aktuellen „Flüchtlingskrise“ ab. Es ist leicht zu zeigen, dass sie vor allem die Ordnungs- und Gewichtsverhältnisse zwischen den drei diskursiven Modellen des Redens über Flucht und Migration verschiebt und die Sache ganz neu sortiert. Was wir beobachten, das sind vor allem die mehr oder minder tapsigen Versuche der Teilnehmer, ihren „Ort“, ihre Diskursposition, in diesem neu geordneten Gefüge zu bestimmen und zu befestigen. Und die beinahe unglücklichste Figur (ich muss es zu meinem Bedauern erklären) macht dabei die Linke. Augenblicklich werden die politischen Karten im Flüchtlingsdiskurs alle paar Tage neu gemischt. Die Lage ist augenblicklich hoch „volatil“, würde man an der Börse sagen. Studieren kann man vor allem dynamische Faktoren und Verlaufsmuster einer solchen inszenierten Krise.

Meine These ist, dass die Kanzlerin (ob mit ihrer oder ohne ihre Regierung, weiß ich nicht) in der Flüchtlingsfrage strategisch die maximale Moralposition („Wir schaffen das!“) besetzt hat, um, durch das moralische Image gedeckt, eine für die deutsche Hegemonie in Europa und für das deutsche Exportinteresse optimale langfristige Lösung für die Flucht- und Migrationsprobleme anzubahnen. Durch diesen vermeintlichen Schritt nach „links“ hin zu einer offenen Asylpolitik wird die Linke geschwächt werden und das politische Zentrum, die „Mitte“, wird sich ein weiteres Stück nach rechts verschieben.

## [ 2 ] Die aktuelle „Flüchtlingskrise“

Seit dem Untergang eines mit mehreren Hundert Flüchtlingen besetzten Bootes vor der italienischen Insel Lampedusa eskaliert die hoch moralisierte und moralisch leicht skandalisierbare massive Präsenz ertrunkener Bootsflüchtlinge und an Ferienin-

seln angeschwemmter Leichen in den Medien. Viel ist seither die Rede von einer „Schande für Europa“. Wenn wöchentlich ein paar Flüchtlinge im Mittelmeer ertrinken, dann erregt das die Medien kaum, aber wenn es mehrere Hundert auf einmal sind, dann ist der Skandal und der Imageschaden groß. Zusehends deutlich wurde auch schon früh in der Flüchtlingskrise, dass sie zur (spieltheoretischen) Manövriermasse, zur Ressource für Konflikte zwischen den EU-Staaten und zwischen der EU und der Türkei werden würde. Einige Zeit lang ging es in der Hauptsache darum, Flüchtlinge möglichst weit im Süden, möglichst in den Herkunftsländern oder in griechischen „hot spots“ etc. aufzuhalten, den Schleusern das Handwerk zu legen (und was dergleichen Formeln mehr sind), und die nördlichen EU-Länder gegen die „Ströme“ abzuschotten. Das freilich hätte eine EU vorausgesetzt, die gemeinsam handeln kann, und die gibt es nicht, wie sich alsbald zeigte. Jedes Land versuchte, die Ströme möglichst an den Nachbarn weiterzuleiten und sich vor der Rechtslage zu drücken, die dem ersten EU-Land, das ein Flüchtling erreicht (und in dem er registriert wird), die Verantwortung für alles weitere zuschiebt. Dieser weltweit bestaunten Demonstration der restlosen machtpolitischen Zersplitterung und Handlungsunfähigkeit der EU hat Frau Merkel mit ihrem „Wir schaffen das!“ einen (vor allem für sie selbst) ziemlich riskanten Dreh gegeben.

Denn vor dem Hintergrund einer „nationalen Renaissance“ in Nord-, Ost- und Südeuropa musste das demonstrative Bekenntnis (hier zitiere ich gerne eine höchst pathetische zustimmende Formulierung aus dem linken DISS-Journal) zu einer „unumkehrbaren Hinwendung zu globalen ethischen Verantwortlichkeiten“ (Paul 2015: 2) – so musste die Sache jedenfalls in der internationalen Medienöffentlichkeit ankommen – wie eine Bombe einschlagen. Von einem „existenziellen Signal“ ist die Rede (ebenda), und gerade die Linken können sichtlich nicht umhin, den Hut zu ziehen. Frau Merkel hat (jedenfalls im medienöffentlichen Effekt) just das getan, was linke Moralisten bisher kaum zu fordern wagten! Nämlich dem Verfassungsgrundsatz, dass politisch Verfolgte Asyl genießen, umfassend

zu seinem Recht zu verhelfen – jedenfalls verbal. Und während in der Griechenlandkrise die Deutschen als brutale Vertreter ihrer nationalen Sonderinteressen als Exportweltmeister und Zuchtmeister Europas auf die Bühne gezerzt wurden, schauen sie nun eher aus wie der verlängerte Arm von *Amnesty International*. Oder anders gesagt: wie eine internationale Moralagentur, die gegen die überbordenden Nationalismen der übrigen EU-Staaten ein moralisches Gegengewicht auf die Waagschale wirft. Dass diese Diskursposition nicht ohne Reiz ist für einen ambitionierten europäischen Hegemon, versteht sich von selbst. Man stelle sich vor, Deutschland hätte stattdessen versucht, öffentlich mit den übrigen EU-Staaten auf dem Feld der nationalen Sonderinteressen zu konkurrieren, durch Abschottung, Grenzsicherung, verschärfte Kontrollen etc. Das Ergebnis hätte nur desaströs sein können. Man braucht nur an Schlagzeilen zu denken wie: *Deutschland baut 25 Jahre nach dem Fall der Mauer eine neue Mauer* – und das gegen die europäischen Nachbarn oder ähnlich. Das wäre zweifellos das Ende der deutschen Hegemonieansprüche in Europa gewesen. Es gibt sogar Stimmen, die behaupten, wenn Deutschland auf dem Höhepunkt der Flüchtlingskrise die Grenzen geschlossen hätte, dann wäre es per Dominoeffekt auf der Balkanroute zu kriegerischen Handlungen zwischen Kroatien und Slowenien, zwischen Ungarn und Serbien, zwischen Griechenland und der Türkei oder zwischen Griechenland und Mazedonien gekommen (Zastrow 2015).

Und nur vor diesem Hintergrund ist es verständlich, was die Kapital- und Wirtschaftsfürsten in dieser Lage getan haben. Sie haben nämlich auf bedingungslose Unterstützung des Merkelkurses auf allen Ebenen gesetzt. An der Uni Siegen hat es keine drei Tage gedauert, bis Hochschule und örtliche Unternehmerschaft eine Erklärung auf der Homepage platziert hatten, in der es heißt, dass die Flüchtlinge eine äußerst segensreiche Wirkung auf Demographie und Fachkräftemangel in der Region Siegen-Wittgenstein haben würden. Und in den Zeitungen (d. h. den so genannte Qualitätszeitungen) dauerte es nur unerheblich länger, bis die ersten Kosten-Nutzen-Rechnungen die Runde machten, und alle mit dem gleichen Tenor: Es müssten erst ziemlich erheb-

liche Steuermilliarden eingesetzt werden, aber in absehbarer Zeit werde der Nutzen für die deutsche Wirtschaft und die deutsche Sozial- und Rentenversicherung überwiegen (prototypisch Beise & Bielicki 2015, die Titelseite der SZ am 7./8. November 2016). Die „Märkte“ haben schnell erkannt, dass es sich um eine „Krise“ handelt, bei der die Chancen auf ihrer Seite und die Risiken bei Staat und Steuerzahler verortet sein würden. Selbst wenn die erwünschten „Fachkräfte“ unter den Flüchtlingen kaum zu finden sein würden, taugen auch Massen von Unqualifizierten, um den Druck auf den Arbeitsmarkt, auf den Mindestlohn, auf das Sozialsystem zu erhöhen. In der WDR5-Sendung Politikum (einem verbal aufgehübschten und flotten Stammtisch, der sich gerne ein wenig links gibt) war am 4.11.2015 zu hören, wer sich von den syrischen Flüchtlingen auf dem Arbeitsmarkt bedroht fühle, für den sei es höchste Zeit, in das eigene Humankapital (bzw. in dessen Wertsteigerung) zu investieren. Und im WDR5-Echo des Tages konnten wir am 9.12.2015 mit einiger Verblüffung hören, die (ich zitiere!) „flüchtlingsgetriebene Mehrnachfrage“ werde zweifellos im Jahre 2016 die deutsche Konjunktur beflügeln. In den kleinen Meldungen ist dann zu lesen, dass natürlich auch die Arbeitslosigkeit 2016 steigen werde, weil natürlich nicht alle Flüchtlinge in den deutschen Arbeitsmarkt integriert werden könnten. Insgesamt gibt man sich jedenfalls Mühe, den Gewinn herauszustreichen und die Kosten kleinzurechnen. Klar: Die Gewinne sind privat, die Kosten öffentlich. Die Minister überschlagen sich geradezu in ihrer Bemühung, mit unbezahlten Praktika, Ein-Euro-Jobs und abgesenktem Mindestlohn der Wirtschaft die Flüchtlinge schmackhaft zu machen. Den Höhepunkt des kampagnenartigen Einsatzes der Wirtschaft für die Merkelsche Flüchtlingspolitik bildet eine ganzseitige Artikelserie in der Süddeutschen Zeitung vom 9./10. Januar 2016, in der – nach dem guten alten Strickmuster „Vom Tellerwäscher zum Millionär“ – vier exemplarische Erfolgsgeschichten von Flüchtlingen erzählt werden, die mit Nichts nach Europa kamen, um ein „neues Leben“ zu beginnen, und die heute: eine Milliardenfirma in Frankreich leiten (Fall 1), eine erfolgreiche Ziegenkäserei betreiben

(Fall 2), eine Konditorei oder einen Catering Service eröffnet haben (Fall 3 und 4).

Kurz: Im Machtdreieck von Staat, Wirtschaft und Bevölkerung schafft die „Flüchtlingskrise“ zusätzliche Machtressourcen für die Wirtschaft. Sie wird Geld und sozial- und arbeitsmarktpolitische Zugeständnisse dafür verlangen, dass sie „hilft“, die Flüchtlinge zu integrieren – wovon es abhängt, ob die Rechnung der Regierung Merkel wenigstens innenpolitisch einigermaßen aufgeht.

### [ 3 ] Auf dem falschen Fuß erwischt

Auf dem falschen Fuß erwischt hat die schöne neue Flüchtlingspolitik hingegen die Parteien in ihrer Mehrzahl. Die Effekte habe ich bereits angesprochen. Indem Frau Merkel sich mit „Refugees welcome“ entschlossen an die Spitze der ehemals eher linksliberalen und grün-moralischen Forderungen gestellt hat, gibt es für die solchermaßen Überrumpelten nur noch die Position der *moralischen Überbietung* der Kanzlerin (nach den Kölner Silvester-Ereignissen noch weniger attraktiv als vorher!) und die des realistisch-normalistischen Bremsens (Gemeinden nicht überfordern, *hot spots*, Sicherung der EU-Außengrenzen, schnelle Abschiebung in „sichere Drittstaaten“ etc.). Wie weit die Verunsicherung etwa der SPD geht, belegt eine Momentaufnahme von Ende Januar 2016. Da lesen wir am gleichen Tage in den Zeitungen, dass die SPD-Spitze ein paar Ruhrgebietsortsvereine davon abhalten muss, eine Demonstration gegen Merkels Flüchtlingspolitik unter dem Motto „Genug ist Genug“ abzuhalten, das man wortgleich auch aus der AfD hört. Und dass die SPD in Rheinland Pfalz beschlossen hat, ihren Landtagswahlkampf vor allem gegen die AfD zu führen.

Boris Palmer, Grüner Bürgermeister in Tübingen, hat medienwirksam versucht, die CDU Merkels zu bremsen und vor einer Überforderung der Gemeinden gewarnt. Verkehrte Welt? Oder kluge Vorbereitung der kommenden schwarz-grünen Regierungsbündnisse!

Die CSU, der Merkelpolitik von jeher ebenso lästig wie nützlich, darf in Bayern (nach dem Motto, dass rechts von der CSU nur noch die Wand ist) keinerlei national konservativen Raum für die AfD freigeben. Deren mögliche Positionen muss sie um beinahe jeden Preis selbst besetzt halten. Also muss sie diskursiv auf maximale Distanz zur CDU gehen, kann aber keinen Bruch riskieren, weil sie sonst zur Regionalpartei mutieren und ihren Bundeseinfluss verlieren würde.

Die rechtspopulistischen Gruppierungen des Typs AfD hingegen können ihr Glück noch gar nicht fassen. Für sie ist die von Frau Merkel bezogene Position das reinste Konjunkturprogramm. Es könnte allerdings sein, dass auch sie sich verrechnen und der warme Regen, der auf ihren politischen Anbauflächen niedergeht, am Ende doch nicht ihre Pflanzen wachsen lässt.

Was die mediale Verlaufsdynamik der Flüchtlingskrise betrifft (soweit sie sich im Februar 2016 bereits überblicken ließ), so war anfänglich zu beobachten, dass die überwiegend aufgeklärt-liberalen Journalisten im öffentlich-rechtlichen Rundfunk und Fernsehen das *refugees welcome*-Programm offensiv propagiert haben. Das soziale Milieu des deutschen „Führungsjournalismus“ (d.h. öffentlich-rechtliche Sendeanstalten, *Süddeutsche*, *Spiegel* etc.) ist in einem zu präzisierenden Sinne liberal-moralisch geprägt (hierzu Krüger 2016), mit der Folge, dass auch realistische Einwände von Kommunal- und Sozialpolitikern auf dem Höhepunkt der Auseinandersetzungen im Herbst 2015 als rückständig, national und AfD-affin kodiert werden konnten.

Hypermoralisierung erschwert öffentlichen Dissens, und mancher besorgte Kommunalpolitiker, der sich auf die Flüchtlinge weder vorbereitet noch dafür hinreichend finanziert fand, fand sich stattdessen in eine rechte Ecke gerückt. Wer in einer moralisierten Lage buchhalterisch reagiert, der riskiert zu den Bösen, zu den unmoralischen Bedenkenträgern, gerechnet zu werden. Aber eine solche Stimmung lässt sich nur kurzzeitig aufrecht erhalten, und inzwischen ist die „zivilgesellschaftliche“ Helfereuphorie abgeflacht und die tatsächlich betroffenen Verwaltungsorgane haben ihre Kräfte gesammelt und Handlungsfähigkeit hergestellt. Das Innenministerium, das Merkel zunächst

entmachtet und kaltgestellt zu haben schien, ist inzwischen wieder mächtig präsent. Und seine Rolle wird erwartbar an Bedeutung zunehmen, wenn der „Rückschlag“ ansteht, der das moralische Programm *refugees welcome* auf entweder europäische oder nationale Interessen zurückstutzt.

#### [ 4 ] Europäische Imagepolitik und moralischer Schutzschirm

Wollte man die Dinge auf eine sehr kurze Kurzformel bringen, dann könnte man sagen: In der Griechenlandkrise hat die deutsche Regierung vorgeführt, wie man europäische Hegemonie in der Rolle der eisernen Lady, mit harter Hand administriert. In der Flüchtlingskrise zeigt sie nunmehr, dass man auch den Mutter-Theresa-Komplex durchaus für machtsteigernde Effekte einsetzen kann. Mit der demonstrativen „Willkommenskultur“, mit der sehr erfolgreichen Aktivierung der sogenannten „Zivilgesellschaft“, die in der Organisation und Betreuung der Flüchtlinge die öffentlichen Stellen entlastet *und* zugleich den Staat legitimiert und moralisch adelt, mit der Initiierung einer medienöffentlichen Stimmung, die jede Form von Opposition als national und eigensüchtig erscheinen lässt, schafft sie ein Klima, das die deutsche Hegemonie in Europa auch moralisch zu unterfüttern geeignet ist.

Wissen muss man freilich in diesem Zusammenhang auch, was die deutschen Medien erstaunlich selten berichten (oder gar kommentieren): dass dem demonstrativ radikalen Schwenk der deutschen Flüchtlingspolitik ins Moralische der faktische Zusammenbruch der geltenden europäischen Rechtsordnung in dieser Sache vorausgegangen ist. Die nämlich sieht vor, dass der zuerst von einem Flüchtling betretene EU-Staat fortan juristisch zuständig ist. D.h. jeder weitergereiste Flüchtling kann aus Deutschland, Frankreich, Schweden etc. an das EU-Land (oder „sichere Drittland“) zurückgereicht werden, das er zuerst betreten hat. Einsichtigerweise (die wenigsten Flüchtlinge kommen per Flieger!) lädt diese Dublin-Regelung die Last der Flüchtlinge den Ländern an den EU-Außengrenzen, an der Peripherie, auf.

Den Schwachen also. In diesem Falle: den EU-Ländern an der südlichen Peripherie, also Griechenland, Italien, Spanien (um die größeren zu nennen). Es versteht sich, dass diese Regelung ein hegemonialer Coup der starken zentraleuropäischen Nationen gegenüber der EU-Peripherie ist. Die Regelung ist zutiefst ungerecht. Man hat wahrscheinlich nicht vorhergesehen, dass sie vor dem Hintergrund des (euphemistisch als „Staatszerfall“ bezeichneten) nordafrikanisch-nahöstlichen Szenarios einmal vitale Bedeutung gewinnen könnte. Systematische „Staatszerstörung“ von außen würde die Lage deutlich besser treffen. Von Afghanistan über den Irak bis hin zu Libyen und Syrien betreibt der Westen die Zerstörung staatlicher Ordnungen im Nahen Osten mit nachgerade spielerischer Nonchalance. Und die Bewohner der südeuropäischen EU-Staaten dürften sich mit einigem Recht fragen, warum ausgerechnet *sie* den Preis für diese Politik zu zahlen haben.

Jedenfalls war mit der Masse der Flüchtlinge ab Sommer 2015 klar, dass die ohnehin durch die Finanzkrise bis zum Zerreißen strapazierte südliche Peripherie der EU in die Luft fliegen würde, wenn man ihr (ganz rechtmäßig!) die nahöstlichen Kriegsflüchtlinge *en masse* zuschieben würde. Hätte Deutschland als wirkliche oder prospektive europäische Hegemonialmacht also auf dem geltenden Recht beharrt (das wäre die Eiserne-Lady-Variante gewesen!), dann hätte es zugleich jede Aussicht auf eine ersprießliche EU-Hegemonie zerstört und den ohnehin anstehenden EU-Zerfall beschleunigt. Kurz: Die Wendung ins Moralisch-Universalistische Genre („Wir schaffen das“) war der einzige rationale Ausweg. Und es ehrt die Merkel-Regierung (von der „Großen Koalition“ mag man ja gar nicht sprechen, weil die SPD an all dem ziemlich unbeteiligt und auf dem falschen Fuß erwischt wirkt), dass sie ihn gewählt und den nationalkonservativen CDU-Eliten den Fehdehandschuh hingeworfen hat. Die freilich denken an ihre Pfründe und an ihre Wiederwahl. Dass die deutsche Hegemonie in Europa nur über postnational-universalistische Wertfassaden erworben werden kann, ist ihnen (und vor allem ihren Wählern) viel zu hoch. Und zumindest ist es hohe politische Kunst, etwas, was man durch die Umstände zu

tun gezwungen war, so zu kodieren, dass es wie eine große moralisch-humanitäre Manifestation aussieht! „Wir schaffen das!“

Im Rückblick aus der Perspektive von November 2016 ist nachzutragen, dass die deutsche Hegemonialmacht inzwischen die Dublinregelungen erneut durchgedrückt und reinstalled hat – wohl als Druckmittel, um eine gemeinsame EU-Regelung im deutschen Interesse zu forcieren.

## [ 5 ] Die Linke

Am 4. Januar 2016 macht sich ein Kommentator im WDR 5 (er ist sicher nicht der einzige!) darüber lustig, dass Bernd Riexinger von den Linken die CDU-Bundeskanzlerin Merkel politisch verteidigen muss in der Flüchtlingsfrage (keine Obergrenze, keine militärisch gesicherten Grenzzäune etc.), und zwar sowohl gegen die Angriffe der CSU als auch gegen die der SPD. Das ist natürlich eine Folge der strategischen Besetzung der moralisch „guten“ Position durch die Kanzlerin. Diese strategische Besetzung nämlich lässt den anderen politischen Akteuren (und besonders der Opposition) keine andere Wahl, als entweder die der weiteren moralischen Radikalisierung und Überbietung oder aber den Übertritt in das Lager der moralisch „Bösen“, der Bedenkenträger, der Rechten. Jedenfalls dann nicht, wenn der öffentliche Diskurs moralisch läuft, und das tut er zweifellos.

Kanzlerin Merkel hat nicht nur Linke und Grüne durch ihren moralischen Coup semantisch enteignet und entartikulierte, sie hat auch sinnfällig vorgeführt, dass die Linke in der politischen Öffentlichkeit einzig und allein über moralische Ressourcen verfügt. Und wenn man ihr die wegnimmt, dann hat sie gar keine Ressourcen mehr!

Betrachten wir diese Konstellation etwas genauer. Sie wird ja gerade erst sichtbar in dem Maße, wie der moralische Nebel sich lichtet. Das vertrackte an der jetzt entstandenen Lage ist ja, dass die große Koalition (bzw. Merkel für die große Koalition!) im Schutz der moralischen Maximalfassade (keine Obergrenzen, keine militärisch gesicherten Grenzzäune) genau das durchset-

zen wird, was die Opposition von rechts wie von links jetzt zu fordern gezwungen ist: eine rationale und berechenbare, kurz: eine normalistische Migrationspolitik, geschützt durch ein flankierendes Instrumentarium, das die Zahl der „sicheren Drittstaaten“ vermehrt (bis hin zu Afghanistan, von dem wir beinahe täglich in der Zeitung lesen, dass die Taliban zwei Drittel des Landes kontrollieren und von „Sicherheit“ im westlichen Sinne keine Rede sein kann), das rasche Abschiebung (mit öffentlicher Zustimmung!) erleichtert, das wesentliche Teile des Verfahrens an die europäische Peripherie verlegt – und das durch sein moralisches Image die anderen EU-Länder viel nachhaltiger bindet als ein Oktroi wie gegenüber Griechenland.

Strategisch wird sie am Ende das durchsetzen, was die eher konservativen Kräfte in der CDU (und vor allem in der CSU) fordern, aber sie wird den Anschein erweckt haben, als habe sie tapfer und hartnäckig für die moralisch gute, für die universalistische Position, für eine EU-weite solidarische Regelung gekämpft. Das ist die Voraussetzung dafür, innerhalb der EU weiter Führungsanspruch anmelden zu können. Unmöglich wäre das gewesen, wenn Deutschland gleich die Grenzen geschlossen oder die EU-Rechtsgrundlage verlassen hätte. Es ist ja nichts absurder, als Merkel dafür EU-Rechtsbruch vorzuwerfen, dass sie die nach Deutschland strebenden Flüchtlinge nicht in das EU-Land zurückgeschoben hat, das sie zuerst betreten haben. Das nämlich hätte die EU sofort in die Luft gejagt. Hätte sich Deutschland von vornherein symbolisch „national“ verhalten und in die Reihe von Frankreich, Italien, Polen, Ungarn, Schweden... eingereiht, dann wäre der Hegemonietraum ausgeträumt.

Nichts ist also naiver, als der Merkel-Regierung moralische Naivität in der Flüchtlingskrise zu unterstellen (wie es die neurechte Intelligenz tut, etwa Rüdiger Safranski im jüngsten Heft von *Tumult*; vgl. Steinfeld 2016). Aber das liegt daran, dass die deutsche Neurechte von der *WELT* bis zur Jungen Freiheit nichts anderes gelernt hat als über die Moralheuchelei der liberalen Medienkultur zu schimpfen oder zu spotten. In maschendemokratischer Machtpolitik ist das moralische Image ein Mittel, das natürlich versagen kann. Aber es wird in der Regel

rational und strategisch eingesetzt. Als Quasi Exportweltmeister einer globalen Ökonomie und als europäischer Hegemon kann sich Deutschland, kann sich vor allem das deutsche Kapital kein völkisch-exklusives, kein regressives Image in der Welt leisten. Es bleibt ihm eigentlich gar nichts übrig, als Diversität, Offenheit und Universalismus zu *demonstrieren* – was ja immer noch etwas anderes ist, als solche Werte auch zu *verkörpern* und zu *leben*. Jedenfalls wird all das den Eindruck erzeugen, dass die zweifellos weitgehenden (wirtschaftsrationalen) Beschränkungen der Einwanderung ein „notwendiger Kompromiss“ zwischen dem moralischen Maximalismus Merkels und den begrenzenden Gegenkräften in Deutschland und Europa sind. Das in der Krise erworbene moralische Image dagegen wird erhalten bleiben. Trotz etlicher Blessuren und einer rasch wachsenden AfD hat es jedenfalls für die Wiederwahl 2017 gereicht.

Man darf sich getrost fragen, warum die Linke sich nicht traut, in dieser Sache die „politische Klasse“ frontal anzugreifen. Man bräuchte dazu eigentlich nur die ständig länger werdende Liste der Länder vor sich her zu tragen, aus denen die Flüchtlinge kommen:

Syrien, Irak, Afghanistan, Libyen, Jemen, Kosovo, Bosnien, Eritrea, Mali, Sudan, Somalia...

Es sind ja allesamt islamische Länder, in denen der Westen seit Jahrzehnten Krieg führt oder seine diversen Statthalter Krieg führen lässt, in denen Bomben, Drohnenangriffe, Bodentruppen, konkurrierende Milizen ein Chaos sondergleichen angeordnet haben, in denen die Destabilisierung der Staatlichkeit strategisches Ziel des Westens ist, und zwar aus ganz kühlen geopolitischen Interessen. Dass der Westen die Destabilisierung des Nahen und Mittleren Ostens strategisch betreibt, wäre noch ein Euphemismus. Man muss Saddam Hussein, Gaddafi, Assad nicht schätzen, aber ist ihnen nicht durchweg gelungen, was der Westen angeblich anstrebt? Ein einigermaßen friedliches Zusammenleben von Sunniten, Schiiten und Christen? In Assads Syrien gab es, wenn meine Informationen stimmen, bis vor dem Krieg eine sicher lebende jüdische Minderheit.

Und ist es nicht bis hin zur jüngsten „Reintegration“ des Iran in den Welthandel (die jetzt, im Jahre 2018 schon wieder in Frage steht) immer noch das gleiche Muster? Wenn die Schiiten zu stark werden, rüstet der Westen die Sunniten auf und *vice versa*. Solange die beiden Religionsgruppen sich bis aufs Messer bekämpfen, ist die westliche Welt in Ordnung.

Seitdem der Westen Saddam Husseins Irak aufgerüstet und in den mörderischen Krieg gegen Chomeinis Iran getrieben hat, also seit beinahe 40 Jahren, heizt und kontiniert der Westen die kriegेरischen Konflikte zwischen Sunniten und Schiiten im Nahen und Mittleren Osten. Dafür sind ihm fast alle Mittel und fast alle Allianzen recht. Auch als Gewaltexporteur sind die kapitalistischen Metropolen Weltmeister, nicht nur als Waffenexporteur. Vor dem Hintergrund der desaströsen US-amerikanischen Niederlage in Vietnam und ganz Südostasien hat Hannah Arendt in ihrem letzten großen Essay zur 200-Jahrfeier der Amerikanischen Revolution vorhergesagt, die erfolglos exportierte imperiale Gewalt habe die unwiderstehliche Neigung zum Brüten dahin zurückzukehren, von wo sie ausgegangen ist („home to roost“). Was wir so bequem als „islamischen Terror“ kodieren, das sieht einer solchen „Rückkehr zum Brüten“ verdammt ähnlich.

Was schließlich die Rechte betrifft, in Deutschland wie in Europa, so sind Charme und Risiko der Merkelschen Flüchtlingspolitik ein und dasselbe: Die national konservative Rechte kommt aus ihren Löchern, sie wittert Morgenluft und sucht zu profitieren von archaisch ethnischen und auch von modernen Ängsten in der Mehrheitsbevölkerung. Frau Le Pen macht es vor und die AfD macht es nach (bei allen Unterschieden im Detail). Der Schwung, den die deutsche Flüchtlingspolitik der europäischen Rechten verleiht, kann die Regierung Merkel durchaus immer noch wegfeigen. Aber das gehört zu einer politischen Entscheidung, dass man niemals genau weiß, ob man die Folgen in der Hand behalten wird. In *diesem* Falle ist an der breiten und konsequenten Unterstützung der deutschen Wirtschaft für den Merkelkurs abzulesen, dass die Wirtschaftselite weiß, was die Stunde geschlagen hat. Wenn die anderen wirtschaftsstarken

EU-Länder aus populistischen Gründen auf den „nationalen“ Kurs einschwenken, dann erhält die deutsche Hegemonie automatisch eine gehörige Portion internationaler moralischer Legitimation. Der Zeitpunkt dafür, alles auf eine Karte zu setzen, war jedenfalls günstig gewählt. Die deutsche Wirtschaft boomt, Merkel war 2015 auf dem Zenith der Macht. Wann, wenn nicht dann? Es liegt „voll im Trend“ der neoliberalen Führungsmächte, ein liberal-universalistisches Image zu besetzen. Ein Blick in die USA mit ihren populistischen Fundamentalismen, ihrem Nationalismus, ihrer hoch aggressiven Kriegs- und Außenpolitik, genügt, um deutlich zu machen, dass es eine symbolpolitische „Nische“ für einen „guten“ europäischen Hegemon gibt. Der freilich müsste, um eine Chance zu haben, den nah- und mittelöstlichen Hinterhof einigermaßen befrieden (oder jedenfalls machtpolitisch neutralisieren) können – und danach sieht es nicht eben aus. Zumal dann, wenn man sich am Ärmel in jeden neuen Krieg hineinziehen lässt.

Mittlerweile ist es für alle mit Händen zu greifen, dass sich die Linke entlang der von Frau Merkel vorgegebenen Bruchlinie selbst zerlegt, und das mit einer merkwürdigen Arbeitsteilung. Sahara Wagenknecht (ehemals kommunistische Plattform) gibt die heimat- und sicherheitsaffine „realistische“ Bedenkenposition. Und hier muss ich leider zitieren aus einem Aufruf, der (laut SZ vom 28.7.2016, S. 7) von 50 Linken-Politikern gegen Sahara Wagenknecht unterzeichnet worden ist: Da nämlich ist die Rede davon, dass in Wagenknechts Position „ein Zusammenhang zwischen Terror und Flüchtlingspolitik konstruiert wird“. Das vor allem darf nämlich für die moralische Überbietungsfraktion (Bartsch, Riexinger, von Aken) keinesfalls sein, weil es genauso auch von der CSU und der AfD praktiziert wird.

Als ob es zwischen Terror und Flüchtlingspolitik keinen Zusammenhang gäbe! Es ist nur ein ganz anderer. Warum zeigt niemand von links, dass es die ultimative Perversion neoliberaler Standortkonkurrenz ist, wenn ein Staat wie der deutsche, nachdem er an der Zerstörung staatlicher und gesellschaftlicher Strukturen von Afghanistan über Somalia, Libyen, Syrien etc. aktiv mitgewirkt hat, nunmehr erklärt, dass er für sein wirtschaft-

liches Wohlergehen die besser ausgebildeten Eliten der zerstörten Länder gut gebrauchen kann? Jeder weiß doch, dass die „erste Welle“ von Flüchtlingen nur aus denjenigen sozialen Schichten stammen kann, die über moderne Medien vernetzt ist und die Schleuser bezahlen kann. Das schmutzigste Stück in dieser hoch moralischen Posse besteht darin, dass der Türkei-Deal vorsieht: Für jeden in die Türkei „rückgeführten“ Flüchtling nimmt Deutschland einen syrischen Flüchtling aus der Türkei auf. Man hätte natürlich gerne gut ausgebildete und junge syrische Kriegsflüchtlinge. Die freilich könnte man in der Türkei auch gebrauchen. Weshalb dann das Gezerre losgeht, bei dem die türkische Seite, mehrfach gedemütigt durch die EU, ein lebhaftes Interesse entwickelt, den europäischen Heucheldiskurs vorzuführen, indem es nur die wirtschaftlich uninteressanten Syrer schickt (was einem die Erdogan-Regierung fast sympathisch machen könnte!). Ein Land (bzw. eine ganze Region, einen Kulturkreis) erst militärisch zu zerstören und dann die Eliten abzuziehen, die es für den Wiederaufbau bräuchte, das ist die „Moral“, die man sich in der Tat leisten können muss.

## [ 6 ] Die neue Diskurskonstellation

Wie brüchig und unstabil politische Gruppenmoralisierungen auch in der Flüchtlingsdebatte sind, das hat sich mittlerweile gezeigt: an den Ereignissen in der Silvesternacht am Kölner Hauptbahnhof und in anderen Städten. Weil Verantwortliche wie der Kölner Polizeipräsident ein lebhaftes Interesse daran hatten, öffentlich das „gute“ und „nützliche“ Image der syrischen und der anderen arabischen Flüchtlinge an der Öffentlichkeit zu wahren und in der Hauptsache natürlich auch: um nicht selbst für die Rechte naiv, hilflos und blauäugig da zu stehen, haben die beiden (zufällig?) sozialdemokratischen Polizeihauptlinge in Köln und Hamburg tagelang versucht, die skandalösen Ereignisse der Silvesternacht zu vertuschen. Für die Rechte kommen offenbar organisierte Massenangriffe auf und sexuelle Belästigung von Frauen natürlich wie gerufen, sie haben es schließlich schon

immer gesagt, dass es da massive kulturelle Unverträglichkeiten gibt. Man muss nur studieren, wie sich die Kommentare über „Willkommenskultur“ täglich verändern, seit die Ereignisse der Silvesternacht (so scheinbarweise, wie wir das von allen Skandalen gewöhnt sind) an die Öffentlichkeit gelangen. Sexuelle bzw. sexualisierte Gewalt gegenüber Frauen, die dazu noch als kollektiv organisiert wahrgenommen wird, dürfte so ziemlich das sicherste Instrument für die Herstellung einer „Wir gegen die anderen“-Konstellation sein, halten sich doch die Staaten der ersten und obersten Normalitätsklasse (ganz zu Unrecht übrigens) viel zugute auf ihre individuelle sexuelle Selbstbestimmung. Diese Sphäre ist so hoch moralisiert, dass man nach „Erklärungen“ kaum zu fragen wagt, weil sie immer schon so aussehen, als äußere man „Verständnis“ für die Vorfälle.

Aber vorhersagbar war diese Wendung der Dinge gleich in mehreren Hinsichten:

[ a ] Weil die hypertrophe „Willkommenskultur“ und die „Wirschaffen-das-Euphorie“ von Anfang an nur eine Imagefassade waren, hinter der sich faktische Verschärfungen des Asylrechts und wirtschaftskompatible Einwanderungsregeln gut geschützt veranstalten und moralisch legitimiert durchsetzen lassen.

[ b ] Weil auch die CDU Gegenwirkungen, Skandale und Störungen des Integrationsprozesses braucht, um – flankiert von der umkippenden öffentlichen Stimmung – diese Verschärfungen in Angriff nehmen zu können.

[ c ] Weil das öffentliche moralische Umschminken von Problem- auf Heldengruppen (und zurück) in der Nahostpolitik der Bundesregierung bereits mehrfach vorexerziert worden ist: bei den Kurden, die von Terroristen zu Freiheitskämpfern (gegen den IS) umgekleidet worden sind – bevor sie der Verbündete Erdogan ziemlich ruppig wieder in Terroristen rückverwandelt hat (in einer Aktion Erdogans, die man, wenn das Ganze in Syrien stattgefunden hätte, getrost als „Krieg gegen das eigene Volk“ bezeichnen dürfte). Wenige Wochen, nachdem man die irakischen

Peschmerga-Kurden zu Helden im Kampf gegen den IS ausgerufen, ausgebildet und aufgerüstet hat, verliert man kein Wort über den türkischen Staatskrieg gegen die türkischen Kurden und, um ein weniger prominentes Beispiel zu nennen, bei der Volks- und Religionsgruppe der Jesiden, denen der IS ebenfalls nachstellt, die aber in den deutschen Medien bisher eher für Ehrenmorde, Frauenentrechtung und Blutrache bekannt war.

Allenthalben, im Inland wie im Ausland, ist zu beobachten, dass die universalistisch moralisierte deutsche Flüchtlingspolitik die nationalkonservativen Bewegungen aus ihren Löchern treibt und ihnen neue Anhänger zuführt. Kein Zweifel: Die Regierung Merkel pokert hoch in dieser Sache. Es hat sich zwischenzeitlich erwiesen, dass nach den „Ereignissen in der Silversternacht“ (nicht nur in Köln), die ja für die Rechte wie bestellt kamen, zwar der Coup gegenüber der SPD, den Grünen und der Linken geglückt ist, aber die „Mitnahme“ des eigenen politischen Lagers hat sich auch für die CDU als einigermaßen schwierig erwiesen. Für die CDU gibt es ein handgreifliches *double-bind*, das in dem (in der SZ vom 16./17. Januar 2016 abgedruckten) Schäuble-Interview zugleich auf- und wieder zugedeckt wird: Alle Maßnahmen, die geeignet sind, die national-konservativen Kräfte wieder ins Boot zu holen, bedrohen zugleich aufs äußerste den deutschen Anspruch auf politische Hegemonie in der Flüchtlingskrise. Der nämlich fände ein abruptes Ende, wenn Deutschland sich bei Polen, Ungarn und den anderen nationalpopulistischen EU-Staaten einordnen würde – mit ziemlich fatalen Folgen für die gesamte EU.

Und was naheliegt, auf den ersten Blick aber dennoch etwas unbegreiflich wirkt, ist: Dass wenn die Spitze einer konservativen Regierung demonstrativ einen großen Schritt nach „links“, hin zu einem moralisch-liberalen Image tut, dass das einerseits die Linke handgreiflich schwächt, andererseits das politische Spektrum so verschiebt, dass am Ende die „neue Mitte“ wieder *ein Stückchen weiter rechts* sein wird als vorher. Nur das Image der alten Regierung wird (wenn alles gut geht im Sinne der Merkelstrategen) trotzdem *ein Stückchen weiter links* sein. Mit dem Ge-

samtergebnis, dass die CDU ein größeres Stück des politischen Spektrums abdeckt (und ihre Konkurrenten ein entsprechend kleineres).

## [ 7 ] Krise und Ausnahmezustand als Normalität

Von Milton Friedman, dem Wortführer des neoliberalen Fundamentalismus in Chicago, wird die Empfehlung kolportiert: „Willst du eine Veränderung bewirken, dann löse eine Krise aus!“ (Unsichtbares Komitee 2015: 17). Gleich, wohin wir schauen, ob es sich um Klima, Griechenland, Ressourcen, Zinsen, Finanzmärkte, den Nahen Osten, die Flüchtlinge oder was auch immer handelt, überall sagen uns Medien und Politiker, dass wir entweder von Krisen und Denormalisierungen bedroht oder bereits mitten in der Krise sind. Uralt ist die politische Erkenntnis, dass Not- und Ausnahmezustände staatliche Machthandlungen erfordern und legitimieren, die durch Verfassung und Gesetz nicht gedeckt sind. Jeder Ausnahmezustand erweitert zunächst den Handlungsspielraum der Macht. Vor diesem Hintergrund macht sich der Eindruck breit, dass die neoliberalen Machteliten am „Krisenmodus“ des Regierens zusehends Gefallen finden und ihn bei Änderungs- und Handlungsbedarf auch bewusst auslösen und einsetzen. Es sind nicht die schlechtesten Beobachter, die zu sehen glauben, dass sich das klassische Krisen- und Ausnahmedispositiv der Politik radikal gewandelt habe:

Das Mittel hat nicht mehr den Zweck, die Krise zu beenden. Die Krise wird im Gegenteil ausgelöst, um das Mittel einzusetzen. (Unsichtbares Komitee 2015: 18)

Ob die gegenwärtige „Flüchtlingskrise“ in diesem Sinne strategisch ausgelöst wurde oder ob es vor dem Hintergrund der drohenden europäischen Desintegration auf der „Balkanroute“ für den europäischen Hegemon gar keine Alternative gab, muss hier offen bleiben. Darüber werden die Historiker befinden (bzw. streiten). Das diskursiv für die Merkel-Regierung gefährlichste

und heikelste Motiv ist der Vorwurf, sie habe die Kontrolle über die Grenzen, über die Einwanderung, über die Flüchtlinge vollständig verloren. Die Kölner Ereignisse, Meldungen über Personen, die mit fünf oder sechs verschiedenen Identitäten als Flüchtlinge registriert sind (bzw. gar nicht registriert sind), wachsende Berge unbearbeiteter Asylanträge, der Eindruck, die Regierung könne die Zahl der ins Land kommenden Flüchtlinge gar nicht begrenzen, selbst wenn sie das wolle, spielen der Rechten in die Hände. Frauke Petrys Schießbefehl-Coup hat den Mechanismus (bei aller demonstrativen Empörung und Distanzierung, selbst aus der AfD heraus) geschickt vorgeführt: Dass ein Staat seine Außengrenzen notfalls mit Waffengewalt schützen muss, ist die selbstverständlich bestehende Rechtslage. Das ist geradezu die Definition eines Staates bzw. des staatlichen Gewaltmonopols, und so haben es dann die Freunde der Rechten mit gespielter naivem Augenaufschlag auch verkündet (vgl. etwa die SZ-Leserbriefe vom 2.2.2016, Kommentare bei Bisky 2016, Müller 2016). Und wer im Fernsehen die Bilder von den Grenzzäunen in Ungarn, in Slowenien, in Mazedonien und anderswo gesehen hat, der weiß auch, dass man eine Million Flüchtlinge nur unter massiver Gewaltanwendung daran hindern kann, eine Grenze zu überschreiten. Kein Wunder, dass die Bundesregierung diese „bewaffnete Grenze“ lieber in der Türkei, in Nordafrika oder notfalls in Griechenland haben möchte als in Kufstein. Kein Wunder aber auch, dass die Mittelmeeranrainer nicht begeistert darüber sind, dass sie die Drecksarbeit für die wohlhabenden Nordländer verrichten sollen.

In dieser Konstellation werden auch die Blümenträume von einer nach Normalitätsklassen gestuften EU weiter gedeihen, die von Herfried Münkler (und anderen) neuerdings zirkuliert werden: Danach soll es einen kleinen, wirtschaftlich und politisch hoch integrierten Kern Europas geben, umschlossen von Hinterhofstaaten mit weniger Rechten und Pflichten und nahtlos übergehend in eine bürgerkriegsnahe Peripherie mit niedriger Normalitätsklasse, in welche man Konflikte auslagern und abschieben kann (vgl. Link 2015). Nach einem solchen „Umbau“ der EU hätten die Kernländer (allen voran Deutschland) die

Möglichkeit, an der Peripherie den Notstand zu verhängen. In den Überlegungen, wonach Frontex die EU-Außengrenzen notfalls auch ohne die Zustimmung der Mittelmeerländer „schützen“ soll, klingt das bereits ganz konkret an.

Geblichen ist in der Öffentlichkeit der Eindruck von Hilflosigkeit und Kontrollverlust. Und darauf hacken AfD und Pegida (sowie die CSU) mit wachsender öffentlicher Zustimmung herum.

Und wenn die Regierung nicht in dieses wachsende schwarze Loch fallen will, wird sie (falls es auch dann in der EU noch keinen tragfähigen Konsens über die „gemeinsame“ Sicherung der EU-Außengrenzen, über die europaweite Verteilung der Flüchtlinge, über die Politik gegenüber den Transitländern Türkei, Libyen etc. geben sollte) „ihren“ nationalen Schwenk vornehmen, bei dem sie sich an die Spitze des wachsenden Unmutes setzt und versucht, die Luft aus AfD und Pegida herauszulassen (und sich selbst damit aufzupumpen). Es gehört nicht allzu viel politische Phantasie zu der Vorhersage, dass es dann zu einer „marktkonformen“ Normalisierung der Einwanderung nach den wirtschaftlichen Interessen (und zu weiteren Beschränkungen des politischen Asyls) kommen wird. Und ebenso natürlich auch zu einer konsequenten und rabiaten „Auslagerung“ des Problems an die Außengrenzen der EU.

Die zwischenzeitlich fast völlig aus der Medienöffentlichkeit verschwundenen gehäuften rechtsradikalen Angriffe auf Flüchtlingsunterkünfte (zuletzt mit einer Handgranate) werden dann benutzt werden, um die rechte Bewegung zu spalten: in einen kriminellen Teil, gegenüber dem die Regierung die Ordnung wiederherstellt, und einen in die (dann nach rechts verschobene) Mitte rückholbaren Teil.

## [ 8 ] Nachwort

Wer wissen wollte, wie es weitergeht, der musste eigentlich nur die Diskussion zwischen Journalisten, Kommunalpolitikern und

Wirtschaftsvertretern anhören, die der WDR5-Rundfunk am 12. Februar 2016 nach 20.05 Uhr gesendet hat.

Da jammerten und zankten die Vertreter der Kommunen über die versprochene Zuweisung von 10.000 Euro pro Jahr und Flüchtling, die, wenn man nicht aufpasst, in 2016 und 2017 ohne weiteres auf 5.000 Euro schrumpfen könne. Die Journalisten versuchten, den für die Bevölkerung höchst greifbaren sozialen Widerspruch semantisch zu überbrücken: Was geschieht mit Sport-, Jugend-, Sozialarbeit in den Kommunen, wenn die Flüchtlinge alle Ressourcen der Kommunalpolitik aufzehren? Die Journalisten sagten dann: Sport-, Jugend- und Sozialarbeit sollte man nicht der Flüchtlingsarbeit entgegensetzen, das sei vielmehr gerade das Feld der Integration! Sport-, Jugend- und Sozialarbeit *mit* Flüchtlingen *und* Eingeborenen, das sei die Devise. Nur die Wirtschaftsvertreter, die sprangen gleich auf den Demographie- und Facharbeitermangeldiskurs auf und sagten: Die Möglichkeiten sind toll, aber wir machen alles falsch! Wer wird einen Flüchtling in die Lehre nehmen, dessen Aufenthaltsstatus noch nicht geklärt ist und der vielleicht nach zwei Jahren wieder gehen muss? Wer wird jemanden ausbilden oder einstellen, in seine Qualifizierung investieren, wenn Zeiträume länger als zwei, drei Jahre von der Politik her nicht überschaut werden können? Warum Sprachkurse ohne langfristige Bleibeperspektive? Tatsächlich seien 80% der syrischen, irakischen Mittelschichtflüchtlinge weder sprachlich noch fachlich in der Lage, beruflich qualifizierte Positionen auszufüllen, und damit es sich für die Wirtschaft lohne, in sie zu investieren, müsse ein dauerhafter Aufenthaltsstatus klar sein. Unqualifizierte Arbeit gebe es für sie ohnehin nicht. Jeder, der Ohren hatte zu hören, konnte die Signale verstehen. Sie lauten: Die wirtschaftliche Perspektive des Flüchtlings auf Integration in den Arbeitsmarkt muss den rechtlich-politischen Aufenthaltsstatus bestimmen. Wen *wir* (die Wirtschaft) einstellen, der darf von der Politik nicht wieder abgeschoben werden. Was im Gegenzug heißt: Die anderen kümmern uns nicht. Und das ist nicht bloß der erste, sondern der alles entscheidende Schritt für die Umwandlung des politisch-moralischen Asyls in eine Frage der wirtschaftlichen Opportunität des „Gastlandes“. Der Bei-

fall des Publikums für diese Position war beträchtlich. Bei den Journalisten und Kommunalpolitikern wurde nur sehr spärlich geklatscht. Das ist die Richtung, in die der Zug fährt, und intelligente Politiker haben das von Anfang an gewusst, dass er langfristig nur in diese Richtung fahren kann. Inzwischen wird über gesetzliche Regelungen gesprochen, nach denen nicht abgeschoben werden kann, wer in einem Ausbildungs- oder Arbeitsverhältnis steht. Für den einzelnen Flüchtling bleibt es unkalkulierbar, ob er morgen eine Stelle bekommt oder die Abschiebung in einen sicheren Drittstaat.

Merkels CDU hat (im diskursiven Wettkampf mit der CSU) monatelang die Strategie betrieben: Wir machen *faktisch* die Grenzen dicht und sorgen für die Schließung der Balkanroute, klopfen aber *medienöffentlich* weiterhin die Sprüche von Willkommenskultur, keine Obergrenze, Asylrecht. Die CSU war dagegen natürlich daran interessiert, den faktischen Politikwandel auf ihre propagandistischen Mühlen zu lenken, was eine monatelange Diskrepanz ergab zwischen den geltenden gesetzlichen Regelungen und den geltenden Sprachregelungen. Während die Sprachregelungen immer noch universalistisch und liberal waren, wurden die faktischen Prozeduren längst auf Absperrung der Balkanroute, Türkeiideal und Reaktivierung der Dublin-Regeln rückgeführt.

Die strategischen Akteure der deutschen Wirtschaft betreiben systematisch die Vermischung und Überblendung zwischen wirtschaftlich (d. h. kapitalistisch) erwünschter Einwanderung und politischem Asyl. In einer Publikation der Körber Stiftung (Richter 2015: 206ff) empfiehlt diese, Deutschland sollte in Pristina, Belgrad, Laos in den Botschaften Einrichtungen gründen, die befristete Arbeitserlaubnis für Deutschland ausstellen. Und Asylbewerber, so heißt es da, sollten auch wenn sie juristisch abgelehnt sind, im Land bleiben dürfen, wenn sie einen Arbeitsplatz vor- und nachweisen können. Man könnte auch gleich sagen: „Wirtschaftlich Erwünschte genießen politisches Asyl“. Kommen müsse, so die Körber-Stiftung, ein wirtschaftlich motiviertes Einwanderungsgesetz.

Die SPD, wie immer eifrig dabei, das in ihr Programm aufzunehmen, was ohnehin kommt, was die CDU 14 Tage später auch zum Programm erklären wird und muss, hat am 7. November 2016 (laut SZ vom gleichen Tag) mitteilen lassen, dass sie ein Einwanderungsgesetz mit Punktesystem nach kanadischem Vorbild vorschlägt. Zunächst sollen 25.000 Einwanderer pro Jahr nach diesem Punktesystem zugelassen werden (Alter, Ausbildung, Berufserfahrung, Sprachkenntnis etc.), danach soll die Zahl vom Bundestag jährlich neu festgelegt werden. Na also, geht doch!

Es gehört nicht furchtbar viel politische Erfahrung dazu vorauszusagen, dass die CDU alsbald ein ganz ähnliches, aber aus Imagegründen natürlich total anderes Einwanderungsmodell vorschlagen wird.

## Literatur

- Beise, Marc & Bielicki, Jan (2015): „Flüchtlinge: Das Kosten-Nutzen-Kalkül“. In: *Süddeutsche Zeitung* vom 7./8. November 2015. S. 1
- Bisky, Jens (2016): „Endlich Notstand!“ In: *Süddeutsche Zeitung* vom 3. Februar 2016. S. 9.
- Bullion, Constanze von (2015): „Alle gegen Sahara“. In: *Süddeutsche Zeitung* vom 28. Juli 2016. S. 7.
- Knobloch, Clemens (2013): „Migration und Demographie“. In: Lars Koch (Hg.): *Angst. Ein internationales Handbuch*. Stuttgart: Metzler. S. 351-358.
- Knobloch, Clemens (2015): „Moralisierung in der öffentlichen Kommunikation“. In: *Zeitschrift für Literaturwissenschaft und Linguistik (LiLi)*, Heft 177, Jahrgang 45/2015. S. 167-184.
- Krüger, Uwe (2016): *Mainstream. Warum wir den Medien nicht mehr trauen*. München: Beck.
- Link, Jürgen (2015): „Herfried Münkler erklärt das Wesen des Germropa-Putsches gegen Griechenland: Denormalisierung und Herabstufung in eine niedrige Normalitätsklasse“. In: *kultuRRvolution* 2/2015 (Nr. 69). S. 56-58.
- Müller, Lothar (2016): „Mäßigung unter Verdacht“. In: *Süddeutsche Zeitung* vom 3. Februar 2016. S. 9.

- Paul, Jobst (2015): „Lebenlassen oder Sterbenlassen? Die Flüchtlingskrise zwingt die politische Klasse in Deutschland zur Offenlegung ihrer Wertgrundlagen.“ In: *DISS-Journal* 30/2015. S. 2-4.
- Richter, Michael (2015): *Fluchtpunkt Europa. Unsere humanitäre Verantwortung*. Hamburg: Edition Körber-Stiftung.
- Steinfeld, Thomas (2016): „Von Kindern und Männern“. In: *Süddeutsche Zeitung* vom 15. Januar 2016.
- Unsichtbares Komitee (2015): *An unsere Freunde*. Hamburg: Edition Nautilus.
- Zastrow, Volker (2015): „Mehr nicht“. In: *Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung* vom 10. Januar 2016.



| Beobachtungen über den jüngsten Gebrauch  
des Wortes *Populismus*  
oder: Zum Westen was Neues?

[ 1 ] Eine Anekdote vorab

Bei der mediopolitischen Klasse verursacht der Ausdruck *Populismus* augenblicklich einiges Kopfzerbrechen. Ein paar Beispiele: Auf *ZEIT-Online* wird am 15. Dezember 2016 berichtet, die CDU-Politikerin Julia Klöckner habe den SPD-Kanzlerkandidaten Schulz einen *Populisten* genannt. Etwas später hat dann Minister Schäuble nachgelegt und den armen EU-Bürokraten Schulz mit Donald Trump verglichen, womit er wohl seiner Partei keinen großen Gefallen getan hat.

In der Süddeutschen Zeitung (vom 30. Januar 2017) nennt Heribert Prantl den Kandidaten Schulz ebenfalls einen *Populisten*, aber ganz offenbar in der entgegengesetzten Absicht. Während Frau Klöckner den Kandidaten am linken Rand des legitimen politischen Spektrums verortet (gewissermaßen visavis von der AfD), dominieren bei Prantl klar die Merkmale des „guten“ Populisten: Er nennt Schulz: *unbürokratisch, leidenschaftlich, charismatisch, ehrsam*. Und neben diesen euphorischen Adjektiven fallen die Substantive: *Überschwang, Feuer, Begeisterung*. Es sind dies alles Eigenschaften, die nach Ansicht des SZ-Kommentators für die Politik wichtig sind, der Kanzlerin Merkel aber fehlen.

Am 2. Januar 2016 (beim Deutschlandkongress der Unionsparteien) hat es der CSU-Entwicklungshilfeminister Gerd Müller mit dem folgenden Satz erstmals in die Medien gebracht: Wenn ein afrikanischer Mann 100 Dollar verdiene, so Müller, dann

bringe er davon nur 30 nach Hause, „und du weißt sicher, was er mit dem Rest macht, nämlich Alkohol, Suff, Drogen, Frauen natürlich.“ Auf diesen rassistischen Stammtisch reagieren die Medien mit reflexhafter Empörung, worauf Müller sich dann entschuldigt: „Es tut mir leid, die Aussage war zu undifferenziert.“ Was er wirklich habe sagen wollen, so seine Sprecherin, sei, „dass die ganz besondere Bedeutung in Afrika auf der Jugend und der Stärkung der Frauen und Familien liegen muss.“ (alle Zitate laut *Süddeutsche Zeitung* vom 16. November 2016). Und schon ist aus der rassistischen *hate speech* ein politisch korrektes Moralprogramm (*Frauen, Jugend, Familien*) geworden, und die Medien sind als Hüter dieser Korrektheit zuerst ausgenutzt und dann vorgeführt worden. In der Sache hat sich nichts verändert

Die Frontstellung, mit der wir es augenblicklich zu tun haben, wenn wir über den Gebrauch des Wortes *Populismus* sprechen, ist die zwischen einer moralisierend-korrekten, liberal-universalistischen Redeweise (Fraser 2017 spricht in diesem Zusammenhang, leicht ironisierend, von einem „progressiven Neoliberalismus“, was die Sache recht gut trifft) und einer im Sinne dieses progressiven Neoliberalismus (sagen wir) unkorrekten, provozierenden Redeweise. Diese letztere etabliert ein exklusives Wir (gegen die anderen, die korrupten Eliten, die Ausländer, Afrikaner etc.), während der progressive Neoliberalismus ein inklusives Wir etabliert, das vor allem dessen gebildete Trägerschichten und ihre Minderheiten und Opfergruppen symbolisch einschließt. *Diversität, Vielfalt, Differenz* sind Programm, was denen, die sich abgehängt fühlen, den Eindruck vermittelt, wer den Schaden habe, der brauche für den Spott nicht zu sorgen.

In einer Epoche, in der Wahlen vor allem mit personalen und kollektiven *Images* gewonnen werden, sollten wir nicht von vornherein ausschließen, dass die Redeweisen unterschiedlicher anmuten als die dahinter verborgenen politischen Konzepte. Jedenfalls lautet die Ausgangsthese: *Populistisch* ist gegenwärtig alles, was das wachsende Misstrauen gegen den liberal-moralischen *mainstream* zu artikulieren und zu kapitalisieren sucht. Und im konzentrierten, kampagnenartigen Versuch der liberalen Medien, diesen *populistischen* Angriff abzuwehren, führt die liberale

Presse diesem Angriff weitere Energien zu. Salopp gesagt stellt sich die liberale Presse ziemlich dämlich an. Nicht zuletzt, indem sie und ihre Vertreter allen Misstrauischen und Zweifelnden, allen, die der „ethisierten liberalen Utopie“ (Kondylis 2001) ablehnend begegnen (selbst als christlich-konservative Bürger), mit der Nazikeule drohen. Wie bekloppt muss man sein, einem Aufmerksamkeitspartisanen wie Björn Höcke den Gefallen zu tun, ihn wegen eines Quasi-Zitats aus Martin Walsers berüchtigter Paulskirchenrede („Denkmal unserer Schande“ mit Bezug auf das Berliner Holocaust-Mahnmal) vor Gericht zu zerren? Das kann natürlich gar nicht anders entscheiden, als dass die Formulierung durch die Meinungsfreiheit gedeckt sei. Jede andere Entscheidung hätte dazu geführt, dass die AfD triumphierend verkündet hätte, das Recht decke die gebildete liberale Elite (Martin Walser) und kriminalisiere die Opposition. Etwas abstrakter formuliert: Der zunehmend panische liberale Progressismus schlägt gegenwärtig so konzept- und gedankenlos um sich, dass es für seine Gegner eine wahre Freude sein muss. Wie autoritär dieser progressive Neoliberalismus hinter seiner Imagefassade geworden ist, belegt das (vorerst gescheiterte) Projekt seines italienischen *Hoffnungsträgers* Renzi, dessen staatspopulistisch-antidemokratische Stoßrichtung (*Verfassungsreform*; vgl. Revelli 2016) sich im Vergleich mit Orban, Kaczynski, Erdogan durchaus sehen lassen kann.

Selbst das Ifo-Institut warnt inzwischen (FAZ vom 2. März) vor den wirtschaftlichen Folgen des *Populismus* (höhere Staatsausgaben, höhere Schulden, höherer Löhne, Inflation, Schattenwirtschaft!), sogar mit konkreten Vorschlägen an die etablierten Parteien, wie sie die neuen Populisten bekämpfen und einbinden sollen: Höhere Investitionen in Bildung und sozialen Wohnungsbau (diese Politikfelder sind inzwischen staatlich finanziert und weitgehend privat kontrolliert!), sogar ein erhöhter Mindestlohn findet „eventuell“ Wohlgefallen beim Ifo-Institut. Der Rat, der den Vogel abschießt, lautet freilich: Wichtig sei eine „bessere Unterscheidbarkeit“ der etablierten Parteien. Offenbar haben die Ifo-Experten erkannt, dass die beträchtliche Verengung moralisch zugelassener Themen und Positionen in der liberalen Mitte

Teil des Problems ist. Diesen Ifo-Rat beherzigt Martin Schulz, der gerade prüft, ob und wie man die Agenda 2010 substantiell erhalten und zugleich imagepolitisch rückabwickeln kann – selbst diese kosmetische Operation trägt ihm wieder den Populismusvorwurf ein.

Wer die ultimative Zuspitzung der Imagekonkurrenz (zwischen Liberalen und Populisten) bei weitgehend gleicher faktischer Politik studieren möchte, dem kann man im Februar 2017 nur die *Süddeutsche Zeitung* empfehlen. Am gleichen Tag (dem 23. Februar 2017) beklagt der stadtbekanntere NATO-Atlantiker Hubert Wetzels wort- und tränenreich, dass die Trump-Regierung „mit voller Härte“ gegen illegale Einwanderer vorgeht (besser gesagt: öffentlich erklärt, vorgehen zu wollen), die auch nur in banalen Verkehrsdelikten gegen das Gesetz verstoßen haben: Wer gegen das Gesetz verstoßen hat, kann abgeschoben werden. Wetzels (2017) mahnt *Menschlichkeit* und *Anständigkeit* an, auch wenn das (übrigens von der Obama-Regierung exzessiv genutzte!) Recht den Trumpisten (wie kann es auch anders sein?) recht gibt. In der gleichen Ausgabe wird beiläufig notiert, dass die Merkel-Regierung weitere Verschärfungen des Asylrechts beschlossen hat. Dazu gehört, dass langjährig *geduldete* Familien nach Afghanistan abgeschoben werden, auch wenn deren Kinder in Deutschland geboren sind und die Eltern Arbeitsplätze haben. Ebenso ist in der SZ am gleichen Tag zu lesen, dass der Brauch, Strafzölle für Importe aus China zu erheben, von der EU bereits vor Trump ausgiebig praktiziert worden ist. Kurz: Alles, was gegen Trump moralisiert und mobilisiert werden kann, wird in der gleichen Ausgabe der SZ für Deutschland normalisiert. Recht ist eben Recht. Was in Deutschland seit Jahrzehnten das wirtschaftlich hoch interessante Institut der *Duldung* illegaler Migranten ist (wer geduldet ist, ist damit quasi rechtslos, vogelfrei, der ideale Lohndrucker), das schaffen gegenwärtig (auf Druck der Rechtspopulisten) alle möglichen Regierungen ab, westlich-liberale wie rechtspopulistische. An dieser Front mag es imagepolitische Unterschiede geben, realpolitische gibt es offenkundig nicht. Trotz weitgehend gleicher Politik wird in der westlichen Moralszene Frau Merkel bejubelt und Herr Trump

ausgebuht. Offenbar können Images wichtiger sein als Fakten. Ein Thema, das wir unter dem Stichwort *postfaktisch* wieder aufnehmen müssen.

[ 2 ] Triviales: Populisten sind zunächst immer die anderen

Diagnostisch beginnen wir also mit der Beobachtung, dass die klassische These vom stigmatisierenden Feindbegriff *Populismus* offenbar gegenwärtig nicht so recht greift. Während in der Regel gilt: *Populisten* sind immer die anderen (man selbst ist auch mit den gleichen programmatischen Forderungen und rhetorischen Techniken *Demokrat*), scheint sich momentan zu befestigen, was bereits seit Längerem zu beobachten war: Was Haiders FPÖ m. W. erstmals versucht hat: den Populismuskomplex als Selbstbeschreibung zu verwenden, wird vom französischen *Front National* und von der *AfD* testweise fortgesetzt.

Dazu passt, dass auch die politologischen Expertenmeinungen zum *Populismus* (sagen wir) milder geworden sind. Was den Verdacht nährt, dass auch die Politologen nichts anderes tun, als die Verschiebungen im mediopolitischen Gebrauch des Wortes zu registrieren und rationalisierend nachzuvollziehen. Wer neuere politologische Definitionsversuche sichtet, der findet jedenfalls, dass die Brückenfunktion des Populismus zwischen der Mitte und den Rändern des politischen Spektrums hervorgehoben wird. Mit dem Tenor: der *Populismus* belebt das (ansonsten von konsensueller Erstarrung bedrohte) Geschäft der politischen Mitte.

In der Topologie des politischen Raums markiert das als *populistisch* bezeichnete Segment die Übergangszonen zwischen den (als *extremistisch*, *radikal*, *terroristisch* stigmatisierten) rechten und linken Randzonen und der *demokratischen Mitte* (Link 2013: 169ff). Rein strukturell kann man jederzeit die *populistische* Übergangszone zwischen der Mitte und den (sogenannten) Extremen von beiden Seiten her ausleuchten: entweder als gefällige Verkleidung für *extremistische*, *fascistische*, *radikale* Programme, welche ein für die Mitte akzeptables Image ver-

passt bekommen (sollen), oder als notwendige Irritation einer konturarm, träge und selbstgefällig gewordenen Mitte. Beide rhetorischen Strategien lassen sich gegenwärtig beobachten. Zusammen bilden sie das dramaturgische Potential des Ausdrucks. Welche Variante bevorzugt wird, hängt nicht zuletzt ab von der Frage, welches Bild vom Zustand der Mitte gezeichnet werden soll (wie Altenbockum 2016 als erfahrener journalistischer Praktiker weiß!). Ist sie stark und selbstbewusst (oder wird so porträtiert), dann kann sie die Themen und Programme der Ränder in sich einbauen und damit neutralisieren: Wenn erst einmal alle *öko* sind (und sein müssen), geht von einer radikal ökologischen Partei keine politische Gefahr mehr aus. Nach diesem Rezept (so Altenbockum 2016) hat die Mitte die Grünen und auch die Linke verschlungen, warum sollte sie nicht auch die AfD spalten und neutralisieren können?

Freilich werden Trump, Orban, Kaczynski, Erdogan, Le Pen etc. als Populisten porträtiert, die ihrerseits die (liberale) Mitte verschlungen haben oder zu verschlingen drohen. Und das ist, in der gegenwärtigen Dramaturgie der liberalen Medien, eben das Schicksal, das einer schwachen, zerstrittenen, unglaubwürdigen Mitte droht. Also lautet das derzeit alles beherrschende Thema: Wie sollen die liberalen Medien mit den *Populisten* umgehen? Müller (2016) rechnet das hoch moralisierte Verhältnis zwischen dem (guten) Volk und den (bösen) Eliten zu den definierenden Merkmalen des *Populismus*, übersieht dabei aber völlig, dass die Populisten gerade damit punkten, dass sie auf Schritt und Tritt die liberale Selbstmoralisierung (den stets penetrant mit kommunizierten *cantus firmus*: „Wir sind die Guten“) angreifen – und dabei vorführen, wie dünnhäutig die liberale Diversitäts- und Meinungsfreiheitspresse auf abweichende Meinungen reagiert (und wie flexibel und pragmatisch sie alle moralischen Prinzipien über Bord wirft, wenn ihre Interessen auf dem Spiel stehen). Und die neuen Führer der populistischen Bewegungen inszenieren sich gerade nicht als Gutmenschen, sondern als furchteinflößende Helden, die mit dem moralischen Gesäusel Schluss machen, die gegenüber dem *Establishment* das *Volk* und gegenüber dem *Volk* dessen rücksichtslos personalisierte Macht verkörpern (hierzu

wiederum Seeßlen 2017). Der moralisierte Themenpark des progressiven Neoliberalismus (Frauen, Minderheiten, Flüchtlinge, Bildung) wird demonstrativ „demoralisiert“. Zu den geborenen Helden der populistischen Szene gehören darum Personenkategorien, die unter den besonderen Schutz der liberalen Minderheitenmoral fallen und diesen demonstrativ zurückweisen: Frauen, Schwule, Migranten. Die Beispiele sind Legion, von Marine Le Pen über Akif Pirincci bis zu Milo Yiannopoulos.

*Populismus*, so wäre zu resümieren, ist derzeit die Generalformel der hegemonialen mediopolitischen Klasse für alles, was die Segnungen der neoliberalen Globalisierung an ihren nationalen *Standorten* politisch in Frage stellt: den freien Handel, den Euro, die Austerität, die Deindustrialisierung, den Sozialabbau, die Privatisierung und Einschränkung öffentlicher Leistungen, die Postdemokratie etc. Der Fall Griechenland hat allen europäischen Ländern anschaulich vorgeführt, wie es einem *Standort* ergeht, der zum Protektorat der Finanzmärkte degradiert wird und keine nationalen Machtressourcen dagegen mobilisieren kann.

### [ 3 ] Systematisches: Lokalisierung des Gegners in der Grenzschleuse zur normalen Mitte

Als semantisches Bindeglied zwischen den *Populisten* und der *Mitte* gilt vielen Politologen das (geteilte) Prinzip der *Volkssouveränität*. Als differenzierendes Merkmal für *Populisten* gilt die (rhetorische) Ablehnung der institutionellen Vermittlungen, der Repräsentation. Der Populist spricht direkt für das Volk und identifiziert die vermittelnden, repräsentativen Instanzen mit der korrupten (medialen, wirtschaftlichen, politischen) Machtelite. Anders gesagt: mit organisierten Sonderinteressen, die nicht die des *Volkes* sind.

Nun ist die (rhetorische) Abweisung organisierter Sonder- und Gruppeninteressen ein Ideologem, das der *Populismus* mit der neoliberalen Weltanschauung teilt. Für Hayek (1967 und öfter) stören alle politisch organisierten Gruppeninteressen das

segensreiche Wirken der *unsichtbaren Hand* des Marktes, die aus den zahllosen Individualinteressen der atomisierten Marktteilnehmer das maximale Gemeinwohl generiert. Was Fischer (2006) den „semantischen Coup des Liberalismus“ nennt, macht aus der asymmetrischen Entgegensetzung von egoistischen Individualinteressen und Gemeinwohl beinahe Synonyme – vorausgesetzt, niemand stört die *unsichtbare Hand* des Marktes, die auf geheimnisvolle Weise das eine in das andere verwandelt. Aber während für den Neoliberalen die Gesamtheit der Marktteilnehmer den Souverän bildet, ist die metaphysische Instanz der Populisten das (ethnische, kulturelle, sprachliche...) *Volk*.

In der neoliberalen Weltanschauung kommen Staat und Nation ebenfalls vor: als *Wirtschaftsstandorte* in der globalen Marktkonkurrenz. Als solche haben sie zu garantieren, dass die politischen Rahmenbedingungen für die Märkte stimmen, damit die unsichtbare Hand ihr Werk möglichst ungestört verrichten kann. Für die Bevölkerung jedoch ist der Nationalstaat (trotz aller Globalisierung) der einzige Adressat ihrer Erwartungen, Interessen, Ängste. Der Eindruck, die *Europäische Union* sei eine Veranstaltung der Kapitaleliten, während der *Sozialstaat* weiterhin auf nationaler Ebene verhandelt und reproduziert werde (wenn überhaupt!), ist keineswegs falsch. Dass der Populismus sie politisch zu kapitalisieren sucht, ist nicht nur naheliegend, sondern auch rational. Dass auch Linke, die sich nicht in die moralisierende Front der progressiven Neoliberalen einreihen (lassen) wollen (wie z. B. Sahra Wagenknecht), hier die Konfrontation suchen, ist vielleicht unpopulär, aber nötig. Soll die Linke die Opfer der progressiv-liberalen Kriegspolitik des *Westens* (von Afghanistan über den Irak bis Libyen, Syrien, Yemen) jetzt als billige Arbeitskräfte willkommen heißen? Die moralisierende Figur, der *Westen* habe die Opfer seiner eigenen Kriegspolitik doch gefälligst menschlich zu behandeln, ist mächtig zynisch. Hätte die Linke nicht eher dafür zu sorgen, dass diese neokoloniale Kriegspolitik ein Ende hat? Und *menschlich behandeln* heißt ja wohl nur: in den Arbeitsmarkt integrieren. *Inklusion* in die globale Ökonomie wird zum einzigen legitimen Fluchtmotiv. Die offizielle rechtliche Unterscheidung zwischen politischem Asyl und wirtschaftlicher

Migration wird ja nicht nur von Flüchtlingen, sondern auch von populistischen wie von liberalen Standortpolitikern gleichermaßen systematisch zerschossen und unterlaufen (Knobloch 2013).

Was die Gazetten *Populismus* nennen, kommt genau dann auf, wenn der neoliberale *Standortwettbewerb* Verhältnisse hervorbringt, welche die Machtproduktion nationaler Wirtschafts- und Politikeliten gegenüber globalen Wirtschafts- und Finanzeliten unmöglich zu machen drohen. Bei allem Gewäsch über das *Volk*: Es handelt sich bei populistischen Unternehmungen stets um Elitenprojekte. Ganz ebenso wie es ohne freiwillige und unfreiwillige Unterstützung durch weitreichende Massenmedien kein erfolgreiches populistisches Projekt gibt – trotz allen Geredes über die *Lügenpresse*.

Und natürlich ist die semantische Opposition von *Volk* und *Elite*, wie sie (nicht nur) von Populisten gepflegt wird, keine einfache Realität, sondern ein klassisches Paar „asymmetrischer Gegenbegriffe“ (Koselleck 1975) und teilt deren Funktionsdynamik: Sie schafft ein gutes Wir und ein böses Nicht-Wir. Zum *Volk* müssen sich mehr oder minder alle rechnen, aber niemand identifiziert sich öffentlich als (oder mit der) *Elite*. *Elite* ist innerhalb dieser asymmetrischen Figur ein Feindbegriff. Nichts wäre also irreführender, als den soziologisch-diagnostischen Begriff der *Elite* mit dem polemisch-rhetorischen Begriff der *Elite* gleichzusetzen. Mit den Worten Kosellecks:

Es kennzeichnet die auf ungleiche Weise konträren Gegenbegriffe, dass die eigene Position gerne nach solchen Kriterien bestimmt wird, dass die daraus sich ergebende Gegenposition nur negiert werden kann. Darin liegt ihre politische Effektivität, aber zugleich ihre mangelhafte Verwendbarkeit im wissenschaftlichen Erkenntnisgang. (Koselleck 1975: 215)

*Elite* ist in der asymmetrischen Konstellation hauptsächlich *Nicht-Volk*, was auch immer sie sonst noch sein mag. Tatsächlich unterstellt der Wortgebrauch in der asymmetrischen Konstellation, dass es eine kompakte, handlungsfähige und strategisch vorgehende *Elite* gebe, der man die Verantwortung für alles in

die Schuhe schieben kann, was das *Volk* verärgert. Insofern steckt schon in der rhetorischen Konstellation von *Volk* und *Elite* ein Stück Verschwörungstheorie. Tatsächlich gibt es (national wie global) Wirtschafts-, Macht-, Verwaltungs-, Kultureliten mit Überlappungen, gruppeninterner Konkurrenz etc. Signifikant ist allerdings, dass sich erfolgreiche Populisten in der Öffentlichkeit gerne der antielitären Bild- und Formensprache der Populärkultur bedienen (wie Seeßlen 2017 am Beispiel Trump zeigt). In Sport, Fußball, Kino, Werbung, Popmusik ist es das *Volk*, das die Hegemonie zumindest habituell verkörpert, während die literarisch, musikalische, geistige Hochkultur ein (elitäres) Nischenleben im Feuilleton führt.

Und noch in einer weiteren (durchaus vertrackten) Hinsicht steckt in der doppelten asymmetrischen Konstellation: Liberale Mitte vs. Populismus und Volk vs. Elite eine widersprüchliche begriffliche Dynamik: die der beweglichen Opposition von Universalismus und Partikularismus. Die liberale Mitte definiert sich selbst durch ihren moralischen Universalismus, der freilich für die ritualisierten Minderheits- und Opferkategorien reserviert ist. Den populistischen Gegner definiert sie als partikularistisch, erkennbar im semantischen Feld von *Rassismus*, *Fremdenfeindlichkeit*, *Ausländerfeindlichkeit*, *Frauenfeindlichkeit*, *Homophobie* etc. In der populistischen Gegenerzählung ist die liberal-moralische *Elite* die partikulare Gruppe und das *Volk* die universalistische Selbstbeschreibung, die im Gegenzug für die eigene ethnische und/oder kulturelle Gruppe reserviert wird. Im Rahmen der asymmetrischen Gegenbegriffe gibt es also insofern eine auffallende Symmetrie, als jeweils die eigene Position als universalistisch bestimmt wird und die gegnerische als partikularistisch. D. h., der für die Eigengruppe reklamierte Universalismus ist gewissermaßen der gemeinsame semantische Nenner beider Gruppierungen. Man muss Todds (2016) Analyse nicht teilen, wonach der moralische Liberalismus des hegemonialen Machtblocks (und besonders der Sozialdemokratie) das universalistische Programm zu einer höchst partikularen und ausschließenden unbewussten Praxis sei, während der programmatische Partikularismus des FN (und der *America First*-Bewegung) mit einem

universalistischen und einschließenden Unbewussten gekoppelt sei. Die symmetrische Anordnung der beiden Asymmetrien liefert aber die semantischen Ressourcen für eine solche Deutung.

Der (semantische!) Universalismus der liberalen Mitte ist moralisch, menschenrechtlich, er schaut gewissermaßen aus der privilegierten Optik der höchsten Normalitätsklasse auf diejenigen, die er als Opfer definieren (und von sich selbst unterscheiden) kann, sogar dann, wenn sie seine eigenen Opfer sind. Gäbe es diesen Unterschied nicht, wären die anderen keine Opfer, dann gäbe es auch keinen Grund, auf sie Rücksicht zu nehmen. Man muss Minderheit, Opfer, Angehöriger einer niederen Normalitätsklasse sein, um Anspruch auf rituelle Schonung zu haben. Kriegsflüchtlinge haben das eher als einheimische Arbeitslose.

Der (semantische) Universalismus der Populisten ist ebenfalls ein „Universalismus der Eigengruppe“. Er schaut aber von unten auf die heuchlerischen Eliten, die dem eigenen *Volk* den Status der Opfergruppe vorenthalten. Wer zur Eigengruppe gehört oder sich ihren Werten unterwirft, der hat Anspruch auf die Solidarität der anderen. Zu dieser Konstellation passt, dass Deutschland, von Todd (2016: 156) als „Epizentrum des europäischen Differentialismus“ bezeichnet, zugleich auch Epizentrum des inklusiven liberalen Moralismus ist und auf den Westen, die Menschenrechte, die Demokratie und den Freihandel zumindest verbal nichts kommen lässt. Man wird kaum abstreiten können, dass alle erklärten Universalismen einen latenten, für das Publikum verborgenen Exklusionsbereich haben.

Interessanter und ergiebiger scheint mir die Frage nach der Trägerschicht – nicht der als *populistisch* bezeichneten Aktivitäten, Organisationen etc., sondern der Trägerschicht des *Populismusvorwurfs*. Und das scheint ganz überwiegend die gebildete, gut situierte und liberale Mittelschicht zu sein. Niemand bekämpft den Populismus so inbrünstig wie die *ZEIT*, die früher als Zentralorgan des deutschen Studienrats galt und heute den progressiven Neoliberalismus verkörpert. Als *populistisch* wird alles kodiert, was diese Schicht verängstigt, bedroht, einschüchtert – eine Schicht, die sich als Trägerin egalitärer, universalistischer und moralischer Werte sieht und definiert.

Die Trägerschicht der als *populistisch* bezeichneten Aktivitäten und Organisationen ist dagegen (trotz der *white-trash*-These) ziemlich diffus. Die Rede ist von den *sozial Abgehängten*, den *Globalisierungsverlierern*, der *unteren Mittelschicht*, die an den moralischen Universalismus der gehobenen Mitte nicht mehr glaubt. Todds (2016) Analyse der FN-Wählerschichten und der «Ich bin Charly»-Demonstranten scheint mir die Bruchlinien genauer zu markieren als der (mäßig selbstkritische) Tenor der liberalen Medien, der da lautet: Man habe zu wenig auf die sozialen Fragen und zu sehr auf moralisch-politische Korrektheit geachtet in der Vergangenheit. Dominiert wird die öffentliche politische Meinung (so Todd 2016: 179ff) von einer gebildeten, gehobenen Mittelschicht, die bislang von den ärgsten Krisenfolgen verschont geblieben ist. Diese Schicht verteidigt den liberalen Status quo und seine Werte, und die Auseinandersetzung mit dem *Populismus* handelt davon, ob es dieser Schicht gelingt, die sozial und materiell bedrohte untere Mitte ideologisch weiterhin einzubinden.

Verräumlichen lässt sich diese *westliche* Konstellation, indem man die politische Drecksarbeit an die niedrigeren Normalitätsklassen der Peripherie vergibt und das saubere moralische Image für die Oberliga reserviert (nichts anderes meint das *Europa der verschiedenen Geschwindigkeiten*, nichts anderes meint der Flüchtlingspakt mit der Türkei, mit Ägypten etc.). Man darf durchaus vermuten, dass die deutsche Regierung mit klammheimlicher Freude auf die Ankündigung Ungarns und Polens reagiert, an den Grenzen stacheldrahtbewehrte Containerlager einzurichten, in denen Asylsuchende interniert werden. Offiziell ist man hierzulande naturgemäß empört. Aber de facto ist die Balkanroute durch Abschreckung ein Stückchen dichter.

[ 4 ] Bedingte Reflexe bei der liberalen Presse  
(nebst blinden Flecken)

Es gehört zu den Standardaussagen der Politikwissenschaft, dass *populistische* Aktionen, Äußerungen etc. von den Medien bevor-

zugt aufgegriffen und kommentiert werden. Ihre mediale Präsenz ist notorisch hoch, und schon darum ist es auch für die sogenannte Mitte stets reizvoll, den eigenen Äußerungen eine Prise *Populismus* mitzugeben. Das reizt die Empörungreflexe der Medien und sichert deren Aufmerksamkeit. Das Etikett *Populist* wird zuerst denen angeheftet, die es in der Kunst, die mediale Empörungsmaschine für ihre Zwecke einzusetzen, einigermaßen weit gebracht haben. Galt bisher der Satz, dass *Populisten* ihr eigenes Boulevardmedien-Imperium benötigen, um hinreichend bekannt zu werden (Fox, Breitbart für Trump, der Fininvest-Komplex für Berlusconi etc.), trotz aller demonstrativen Feindschaft gegen die *Lügenpresse*, so wäre augenblicklich zu konstatieren, dass die liberalen Qualitätsmedien mehr zur Verbreitung *populistischer* Parolen beitragen als der Boulevard, insofern sie nämlich mit reflexartiger Empörung auf gezielte Verletzungen ihrer Korrektheitsnormen reagieren. Die solchermaßen (zugleich ertappten und ins Rampenlicht gerückten) Missetäter rudern dann mit Pawlowscher Regelmäßigkeit zurück, relativieren ihre Aussagen, üben demonstrativ Selbstkritik, was *ihre* Glaubwürdigkeit erhöht und die Medien als moralisierende Wächter über den korrekten Sprachgebrauch weiter diskreditiert.

*Nolens volens* tragen die liberalen Medien mit dazu bei, dass die *populistischen* Positionen über ihre Dauerpräsenz normalisiert werden. Und ein Effekt dieser Normalisierung besteht darin, dass sich die *Mitte* alsbald im rechtspopulistischen Themenkorb bedenkenlos bedienen kann, was aber ihre Glaubwürdigkeit beim liberalen Restpublikum gewiss nicht befördert, sondern nur weiter schwächt. Klassiker der republikanischen (ich sage bewusst nicht: demokratischen) Politik, Hannah Arendt vor allem, haben immer wieder betont, dass vor allem die moralisierende Heuchelei repräsentative Macht demontiert und delegitimiert. Wie sonst wäre es zu erklären, dass es populistischen Figuren durchaus nicht schadet, wenn es in ihrer Umgebung nicht „anständig“, sondern eher halbseiden, skandalös, wie bei Popstars eben, zugeht? Niemand nimmt den Mittelepolitikern ihr moralisches Image ab.

*Verschwörungstheorie, postfaktisch* – so lauten die (durchaus panischen und unüberlegten) Schlagworte, mit denen die liberale Presse das abtrünnige Publikum beschimpft, das nicht länger gewillt ist, ihr ein Monopol über die *Fakten* zuzugestehen. Dabei dürfte es den ein oder anderen Zeitungsleser geben, dem zum Stichwort *Verschwörungstheorie* zuerst einfällt, dass hinter allem Bösen, das auf der Welt passiert (US-Wahlen, Syrien, Ukraine, Cyberangriffe – *you name it*), Russland im Allgemeinen und Putin im Besonderen stecken. Im Weltbild der liberalen Medien, versteht sich. Und ist es nicht absolut *postfaktisch*, wenn Nikolaus Piper in der *SZ* erklärt, das Tragische am Ende von TTIP sei, dass nunmehr nicht *demokratische* Länder die Spielregeln des Welthandels machen – nachdem jahrelang nichts unversucht geblieben ist, Texte, Verhandlungen, Themen von TTIP gegen demokratische Zudringlichkeiten verlässlich abzuschirmen? Und was unter den Stichworten *Echoräume* und *Informationsblasen* verhandelt wird, dass nämlich Mediennutzer bevorzugt suchen und akzeptieren, was ihr Weltbild bestätigt (und Abweichendes konsonant uminterpretieren), dürfte für den moralisierenden liberalen Universalismus nicht weniger gelten als für seine Gegner, eher mehr. Die faktische Differenz zwischen liberal-moralischem *mainstream* und *Populismus* ist eine andere. Es ist die Differenz zwischen offenem, rhetorisch unverbrämtem Macht- und Wirtschaftsnationalismus auf der einen, moralisch-universalistisch beschönigtem Macht- und Wirtschaftsnationalismus auf der anderen Seite. Je stärker eine Nation, desto mehr neigt sie zum moralischen Universalismus, je schwächer sie ist, desto ausgeprägter die Neigung zum defensiven *Populismus*. Die üppige Blüte des Populismusvorwurfs gegenüber wirtschaftlich schwachen EU-Nationen ist also *auch* Indikator dafür, dass sich der nationale *Standortwettbewerb* innerhalb der EU, der ja zur Geschäftsgrundlage der *Gemeinschaft* gehört, antagonistisch verschärft. Geradezu witzig mutet es an, dass der demonstrative EU-Kampf gegen Steueroasen natürlich nur Oasen außerhalb der EU meint, ist doch die EU selbst nichts anderes als ein kaum regulierter Unterbietungswettbewerb um die niedrigsten Unternehmenssteuern. Im März 2017 kann man in den Zeitungen

lesen, dass selbst die weltoffenen Niederlande Vorkehrungen dagegen treffen, dass ihre großen *nationalen* Wirtschaftsakteure von *global players* aufgekauft werden. Und im April 2017 lesen wir in der SZ, dass die „kleinen“ EU-Länder Malta, Luxemburg, Irland sich mit Händen und Füßen gegen alles wehren, was den Wettbewerb um die niedrigsten Unternehmenssteuern in der EU begrenzen könnte. Die (keineswegs erst mit dem jüngsten *Populismus* einsetzende) Blüte des nationalen *Protektionismus* dürfte damit zusammenhängen, dass die vom nationalen *Standortwettbewerb* an die Peripherie geschleuderte Industrieproduktion zumindest teilweise in die Zentren zurückkehren kann, wenn sie digitalisiert wird und kaum noch lebendige Arbeit verschlingt. Arbeitsplätze schafft sie dann freilich für Roboter (und die, die sie steuern, warten etc.). Kein Wunder, dass die (wenigen) Langfristideologen des progressiven Neoliberalismus schon über eine Robotersteuer nachdenken.

[ 5 ] Details zum Topos Populismus:  
Expertophobie, Verschwörung, postfaktisch

Ein m. W. neues dramaturgisches Element in der Strategie der als *populistisch* kodierten Gruppierungen ist momentan die demonstrative Ablehnung und Befehdung der liberalen *Think Tanks*. Die treten als wissenschaftliche *Experten* auf und fungieren im politischen Diskurs als Meister des Sachzwangs. In einer Szene, in der *postfaktisch* zum Wort des Jahres gewählt werden kann, sind Experten die letzten Nothelfer. Und es zeugt von pragmatischer Kompetenz, wenn die neuen Populisten in den (neoliberalen) *Think Tanks* ihre Feinde erkannt haben. Im Mediensystem verkörpern die Experten und *Think Tanks* den Anspruch, zwischen Fakten und Meinungen unterscheiden zu können. Solche Expertengremien gehören zu einer Öffentlichkeit, die wissenschaftsreligiös denkt und fühlt. Sie versehen das moralisch Richtige mit dem Segen des wissenschaftlich Begründeten. Die Kombination aus moralisch richtig und wissenschaftlich geboten ist in diesen Tagen diskursiv unschlagbar. Zu den einflussreichen liberalen *Think Tanks* gehört ohne Zweifel die *Stiftung Wissenschaft und*

*Politik.* Dass just dieses Expertengremium einen milden expertenkritischen Gastkommentar in der SZ veröffentlicht, ist darum beachtenswert (Geden & Brozus 2017). Die beiden Experten analysieren als solche die Ablehnung, die ihnen neuerdings entgegenschlägt. In der Brexit-Kampagne hat der damalige britische Justizminister Gove den bemerkenswerten Satz geäußert, die Menschen in diesem Lande hätten die Nase voll von Experten – als Antwort auf die Frage, ob er einen Ökonomen nennen könne, der die Brexit-Kampagne unterstützt. Die beiden Experten notieren in diesem Zusammenhang ganz kühl, dass es ein Irrtum sei, die liberale und vorpopulistische Politik habe auf der Basis von Fakten und Expertise gehandelt. Auch würden Wahlentscheidungen niemals in der Hauptsache materielle Interessen widerspiegeln. Besonders hübsch ist ein Passus, der einfach zitiert werden muss:

Sachrationale Problemlösungen sind in Reinform nur dann zu erwarten, wenn ein Problem konkurrenzpolitisch irrelevant ist, von Parteien oder Regierungen also nicht zur Abgrenzung gegen Kontrahenten verwendet wird. Dies ist allenfalls bei technisch-regulatorischen Detailproblemen der Fall. Häufig aber nutzen die politischen Lager wissenschaftliche Expertise zur Profilierung und Legitimierung eigener Grundsatzpositionen. (Geden & Brozus 2017)

Einigkeit wird also hergestellt über Motive wie *Bildung* oder *schnelles Internet*, die alle Parteien wollen müssen. Bloße Fakten (und damit sind wir wieder auf einem Stand, den Hannah Arendt bereits in den frühen 1970er Jahren erreicht hatte!) sind politisch uninteressant, erst programmatische Narrative geben ihnen Bedeutung. Dass im 1. Weltkrieg das Deutsche Reich in Belgien einmarschiert ist und heute die Erdtemperaturen steigen, sind Fakten. Aber politische Bedeutung erhalten sie erst in Narrativen über die deutsche Kriegsschuld und den anthropogenen Klimawandel. Die Pointe von Geden & Brozus (2017) lautet demnach: Populisten und ihren Wählern gehe es nicht um materielle Interessen und Inhalte, sondern um Identitätspolitik. Wichtiger sei es, das Richtige zu wollen, als es auch zu errei-

chen. Machtgewinn bestehe darin, die eigene Problemdefinition durchzusetzen. Damit haben die Autoren ungewollt auch etwas über die neoliberale Identitätspolitik verraten, wiewohl sie über die populistische zu sprechen glauben. Will denn der progressive Neoliberalismus nicht auch die Demokratie universalisieren, den allgemeinen Wohlstand verbreiten, die Zivilgesellschaft stärken, die Menschenrechte und Minderheiten schützen etc. – und erreicht überall das Gegenteil? In der Tat geht es in der Politik nicht um das, was Experten uns als Fakten verkaufen wollen, immer in der Absicht, einwandsimmune Sachzwänge für politisches Handeln zu etablieren, es geht vielmehr um das, was wir wollen.

Da Wissen, Aufklärung, Bildung, Expertise zur rhetorischen Macht- und Überlegenheitstechnik der liberalen Eliten gehören (hierzu auch Seeßlen 2017: 52ff), gehört es im Gegenzug zum populistischen Programm, ständig zu demonstrieren, dass man auch ohne Wissen reich und mächtig werden kann. Das gefällt dem Publikum, weil es subkutan begreift, dass die ganzen liberalen Experten Wissen so aufbereiten, dass es politische Entscheidungen zu Lasten der Mehrheit legitimiert: Banken, Energiekonzerne, Großspekulanten, die sich verzockt haben, müssen mit Steuergeldern gerettet werden, Bildung und Altersvorsorge müssen privatisiert, den segensreichen Wirkungen des Marktes überantwortet werden, das tägliche Expertenstakkato in den Qualitätszeitungen über die blöden Deutschen, die sich nicht trauen Aktienfonds zu kaufen, obwohl die doch so sichere Gewinne abwerfen etc.

## [ 6 ] Die diskursive Konstellation der Linken im rechtspopulistischen Umfeld

Zur hektischen und konzeptionslosen antipopulistischen Betriebsamkeit, die in den liberalen Leitmedien zu beobachten ist, gehört auch der penetrante Versuch, Trump mit Hilfe von bereitwilligen Psycho-Experten als gestörte, anormale, narzisstische Persönlichkeit zu präsentieren. Hier wären heitere Details zu berichten, z. B. der Psychotherapeut, dem der fachliche An-

stand gebietet, darauf hinzuweisen, dass es Ferndiagnosen im Bereich psychischer Erkrankungen nicht geben könne – bevor er dann den drängenden journalistischen Wunsch nach einer solchen Ferndiagnose doch erfüllt. Oder es wird behauptet, der frisch gewählte Trump sei mit dem Bösen (sprich: mit Putin) im Bunde, der ja schließlich auch seine Wahl gefördert habe. Selbst in den *Blättern für deutsche und internationale Politik* wird derartiges verbreitet, pikanterweise von einem ehemaligen McKinsey-Ökonomen (Henry 2017). All das gehört in den Bereich des hektischen Normalitätsmanagements, das Populistisches auf der Vorderbühne in den Bereich des Nicht-Normalen verweist. Und weil das Populismus-Bashing in dem Maße an öffentlicher Glaubwürdigkeit verliert, wie es einhergeht mit der Übernahme der kritisierten Forderungen unter anderen Image-Vorzeichen, braucht der liberale Globalismus augenblicklich nichts so sehr wie eine Auffrischung seiner progressiven Repertoireelemente.

Und an diesem Punkt kommt die Linke ins Spiel, die in ihren linkssozialdemokratischen und sozialistischen Spielarten zu einem integrierten Bestandteil dessen geworden ist, was Nancy Fraser (2017) den progressiven Neoliberalismus nennt. Aus Kapitalismuskritik ist Menschenrechts- und Minderheitenpolitik geworden, aus der Klassensolidarität das Ideal des individuellen Aufstiegs durch Bildung, aus rechtlichen Ansprüchen an den Sozialstaat eine demütigende staatliche *Aktivierungspolitik* gegenüber den Einzelnen. Der rasche Kollaps sozialdemokratischer Parteien in Europa (zu beobachten in Italien, Frankreich, Holland, Spanien – und in Deutschland keineswegs dauerhaft gestoppt durch den neuen *Hoffnungsträger* Schulz) unterstreicht, wie dringend dem liberalen Globalismus linke Image-Elemente zugeführt werden müssen, wenn er seine akute Krise noch einmal meistern soll. Die Linke wäre schlecht beraten, wenn sie dem progressiven Neoliberalismus diesen letzten Liebesdienst erweisen würde, liefe sie doch Gefahr, mit ihm zusammen unterzugehen. An Avancen wird es ihr in nächster Zeit freilich nicht fehlen. Rhetorisch werden die andocken an den hoch moralisierten antifaschistischen und antirassistischen Werten der Linken. Wer kann sich schon verweigern, wenn es darum geht, einen neuen

*Faschismus* zu verhindern? Und selbstverständlich wird sich die liberale Mitte an die Brust schlagen und versprechen, mehr für *Bildung* und *soziale Gerechtigkeit* zu tun. Auch dagegen kann man links schwerlich etwas haben.

So könnte (jedenfalls beim deutschen Exportweltmeister) der populistische Gegner das Unmögliche möglich machen: eine Politik, die zugleich rechtspopulistische Positionen aufnimmt (um das Feld nicht der AfD zu überlassen!) und ein linkspopulistisches Image *gegen rechts* aufbaut. Anderson (2017) argumentiert, der Rechtspopulismus verkörpere die öffentliche Unzufriedenheit mit der neoliberalen Hegemonie glaubwürdiger als der (sogenannte) Linkspopulismus. Wenn das stimmt, hängt es gewiss damit zusammen, dass man links noch nicht begreift, wie das beinharte Austeritätsregime im Inneren, das moralisierende Diversitäts- und Migrationshochamt in der Imagepolitik und die faktisch zunehmend radikale Abschottung gegenüber den Opfern der eigenen neoimperialen Kriegspolitik miteinander zusammenhängen. Das semantische Dilemma der Linken bringt Seeßlen (2017: 135) so auf den Punkt:

Ist es einmal so weit gediehen, dass sich *das Volk* und *die Linke* so weit voneinander entfernt haben, wie es augenblicklich der Fall scheint, ist eine Zwickmühle aufgetan: Wer sich *diesem* Volk wieder anzunähern versucht, zum Beispiel auf die Sahra-Wagenknecht-Art, erhält den Stempel der Kapitulation vor dem *rechten Rand*; wer das rechte Volk, kultiviert vielleicht, verachtet, muss sich gegen den Stempel des Elitären zur Wehr setzen. Der Stand der Dinge kann nur so beschrieben werden: Das Volk und die Linke haben miteinander nichts gemein. Dies freilich wäre nur dann eine schlechte Nachricht, wenn die Linke auf den Begriff *Volk* hereinfällt, den die Rechte und der Neoliberalismus vorgeben.

Auch Stegemann (2017), etwas weniger trotzig als Seeßlen, sieht die Linke in der moralischen Gefangenschaft des progressiven Neoliberalismus, fatalerweise just in dem historischen Moment, in dem die Widersprüche zwischen dem beinharten Machtinteresse der Kapitaleliten und ihrer moralisch-universalistischen

Fassade offen aufbrechen. Er empfiehlt einen linken Populismus mit hoher Zuspitzungsbereitschaft, der sich an der liberalen Hegemonie misst und abarbeitet, nicht an den von ihren Vertretern hysterisch ausgerufenen populistischen Gegnern, die ja immer rechtspopulistische sind, auch wenn sie Wagenknecht heißen. Auch das belegt immerhin, dass der Begriff *Populismus* in Bewegung geraten ist.

### [ 7 ] Schluss, oder: defensiver und offensiver *Populismus*

Die als *populistisch* markierten Bewegungen und Regimes betreten die Weltbühne ökonomisch und militärisch nicht (bzw. nicht mehr) als universalistische Vertreter der *westlichen Werte*, sondern als Repräsentanten einer Ethnie, einer Nation, einer Kultur oder Religion. Universalistische Programme, das lehrt die Geschichte, sind offensiv und expansiv, auch wenn der semantische Kern des Universalismus partikular oder national ist. Die Französische Revolution ist das historische Muster einer programmatischen Fusion von nationalen und universalistischen Werten. Dass der ungarische und polnische (und der türkische) Populismus primär defensiv sind, auch wenn sie offensiv auftreten, dürfte einleuchten. Mit dem griechischen Beispiel vor Augen können in der Türkei eigentlich nur noch Lemminge einen EU-Beitritt anstreben. Die westlichen Kriege im Nahen Osten, die finanzierten und bewaffneten Regimewechsel in Osteuropa, die NATO-Expansion im Baltikum, der Anti-Terror-Krieg etc., all das waren bis dato expansive und universalistische *westliche* Projekte. Deswegen ist Trump ein prinzipiell anderer Fall als die genannten defensiven Populisten. Die USA waren bis jüngst die Verkörperung der globalistischen Fusion von nationalem und universalistischem Programm. Dass die USA nun offiziell ins *populistische* Lager wechseln, hat gravierende Konsequenzen für die Ausgestaltung der Erzählung von der globalen Welt. Die Deutschen, und in ihrem Schlepptau die Kern-Europäer, drängen in den vakant gewordenen *slot* des universalistischen Hauptakteurs der global-liberalen Ökonomie. Die USA hingegen sind

mit Trump erkennbar ökonomisch defensiv und militärisch offensiv. Das Elitensegment, das mit Trump zur politischen Macht gelangt ist, will die militärische Vormacht erhalten und ausbauen, mit dem Ziel, dass der ultimative militärische Hegemon auch für die Kapitalanlage eine Art verlässlicher letzter Instanz bleiben soll. *Populismus* heißt der Versuch, ethnisch und/oder kulturell wieder zusammenzuschieben, was die globale Ökonomie auseinanderreißt.

## Literatur

- Altenbockum, Jasper von (2016): „Populismus – und was nun?“ In: *Frankfurter Allgemeine Zeitung* vom 2. Dezember 2016.
- Anderson, Perry (2017): „Bouillonnement antisystème“. In: *Le Monde diplomatique* Nr. 756 vom März 2017.
- Antoon, Sinan (2017): „Wer ist das Volk?“ In: *Süddeutsche Zeitung* vom 23. Februar 2017.
- Brumlik, Micha (2017): „Vom Proletariat zum Pöbel: Das neue reaktionäre Subjekt“. In: *Blätter für deutsche und internationale Politik* 1/2017. S. 56-62.
- Fraser, Nancy (2017): „Für eine neue Linke oder: Das Ende des progressiven Neoliberalismus“. In: *Blätter für deutsche und internationale Politik* 2/2017. S. 71-76.
- Geden, Oliver & Brozus, Lars (2017): „Die irritierten Experten“. In: *Süddeutsche Zeitung* vom 6. Februar 2017.
- Henry, James S. (2017): „Wie Donald Trump lernte, Russland zu lieben“. In: *Blätter für deutsche und internationale Politik* 2/2017. S. 47-69.
- Knobloch, Clemens (2013): „Migration und Demographie“. In: Lars Koch (ed.): *Angst. Ein interdisziplinäres Handbuch*. Stuttgart: Metzler. S. 351-358.
- Kondylis, Panajotis (2001): *Das Politische im 20. Jahrhundert. Von den Utopien zur Globalisierung*. Heidelberg: Manutius.
- Koselleck, Reinhart (1975): „Zur historisch-politischen Semantik asymmetrischer Gegenbegriffe“. In: Weinrich, Harald (Hg.): *Positionen der Negativität* (=Poetik und Hermeneutik VI). München: Fink. S. 65-104.

- Wiederabgedruckt in: ders.: *Vergangene Zukunft*. Frankfurt/M.: Suhrkamp 1979. S. 211-259.
- Krüger, Uwe (2016): *Mainstream. Warum wir den Medien nicht mehr vertrauen*. München: Beck.
- Lilla, Mark (2017): „Das Scheitern der Identitätspolitik“. In: *Blätter für deutsche und internationale Politik* 1/2017. S. 48-51.
- Link, Jürgen (2013): *Normale Krisen? Normalismus und die Krise der Gegenwart*. Konstanz: Konstanz UP.
- Müller, Jan-Werner (2016): *Was ist Populismus?* Berlin: Suhrkamp.
- Müller, Jan-Werner (2017): „Das Prinzip Verantwortungslosigkeit“. In: *Süddeutsche Zeitung* vom 13. Februar 2017.
- Nachtwey, Oliver (2016): *Die Abstiegs-gesellschaft. Über das Aufbegehren in der regressiven Moderne*. Berlin: Suhrkamp.
- Prantl, Heribert (2017): „Er hat, was Merkel fehlt“. In: *Süddeutsche Zeitung* vom 30. Januar 2017.
- Revelli, Marco (2016): „Autoritär gewendet. Regierungspopulismus und das Modell Renzi“. In: *LUXEMBURG* 3/2016. S. 38-43.
- Seefßen, Georg (2017): *Trump! Populismus als Politik*. Berlin: Bertz & Fischer.
- Stegemann, Bernd (2017): „Der liberale Populismus und seine Feinde“. In: *Blätter für deutsche und internationale Politik*, Heft 4/2017. S. 81-94.
- Todd, Emmanuel (2016): *Wer ist Charly? Die Anschläge von Paris und die Verlogenheit des Westens*. München: Beck.
- Wetzell, Hubert (2017): „Mit voller Härte“. In: *Süddeutsche Zeitung* vom 23. Februar 2017.

## | Sprachliche Techniken der Vermeidung und Herstellung antagonistischer Perspektiven

- [ 1 ] Dämpfen, entschärfen, neutralisieren:  
das Einebnen scharfer Grenzen

Normalistische und gouvernementale Regimes pflegen den weichen und flexiblen Übergang von der Eigen- zur Fremdgruppe, von Innen nach Außen, von Freund zu Feind. Im Grenz- und Übergangsbereich zwischen Innen und Außen setzt der hegemoniale Diskurs zahllose Grau- und Zwischentöne. Im Migrations- und Flüchtlingsdiskurs werden wir täglich bombardiert mit einer bunten Mischung aus Teilhabeangeboten („Wir schaffen das! Wir brauchen euch“), Angsterzählungen („Jeder Asylbewerber kann ein IS-Kämpfer sein“) und ambivalenten Angstbewältigungserzählungen („Mehr Flüchtlinge in Arbeit, in Ausbildung, in eigener Wohnung vs. mehr Abschiebungen, mehr Asylbetrug“). Eine solche Technik der systematischen Fragmentierung einer von vielen für bedrohlich gehaltenen Kategorie (Migranten) hat für den Staat den Vorteil, dass die betroffenen Individuen nicht leicht eine eigene kompakte und handlungsfähige Wir-Identität ausbilden können. Jeder einzelne Migrant soll stets in der Unsicherheit leben. Er kann nie wissen, ob er morgen Arbeit und Wohnung und Bleiberecht erhält, ob er nach der Dublin-Regel in ein anderes EU-Land verbracht, in sein Heimatland abgeschoben oder als Gefährder inhaftiert wird.

Auch die innenpolitische Feindlage wird mit ähnlichen Mitteln für potentielle Gegner als unübersichtliches und kaum kalkulierbares Grenz- und Übergangsgebiet gestaltet. Zu besichtigen war das jüngst am Beispiel der G20-Gipfelproteste

in Hamburg. Während die Anwesenheit offizieller Feinde wie Trump, Putin und Erdogan Staatsakteure ja oft dazu ermuntert, die politische Öffentlichkeit zum „Aufstand der Anständigen“ aufzurufen, bestand die Besonderheit dieser (wie auch der vorangegangenen) Gipfelproteste in einer ganz spezifischen medialen Vorbereitung der kommenden Ereignisse. In der spielen als solche angekündigte Gewalttäter, Gesetzesbrecher, in- und ausländische Chaoten und ähnliche Feindkategorien die Hauptrolle. Ob diese hochgespielten Gewalterwartungen dann „eingelöst“ werden, spielt keine Rolle. Wenn ja, waren die Polizeiprognosen richtig. Wenn nein, hat der vorausschauende Polizeieinsatz das Schlimmste verhindert. Und welche Variante eintrifft, darüber entscheidet ebenfalls die Polizei, die ja in Hamburg nicht gezögert hat, auch friedliche Gruppen anzugreifen. Kalkulierbar ist für die demokratische Öffentlichkeit allein der (abschreckende) Effekt auf den Protest, der in einer solchermaßen aufgeheizten Lage unweigerlich entsteht: Jeder einzelne weiß nicht, ob er am Ende in der demokratischen Inklusionszone oder in der extremistischen Exklusionszone (und damit womöglich im Knast) herauskommen wird. Es hängt auch nicht vom Verhalten des Einzelnen ab, in welcher Kategorie er schließlich landet. Er muss mit allem rechnen. Da wirkt Kraushaars (2017) Appell, Radikalität als Kategorie nicht zu kriminalisieren, nicht mit „Extremismus“ gleichzusetzen, etwas hilflos. Es ist ja gerade die Verwischung der Grenzen, die den Kern einer solchen vereinzelnden, radikalen Protest abschreckenden Strategie bildet.

Diese Strategie der fließenden und nicht kalkulierbaren Übergänge ins Außen hat Vorteile für den Staat. Der behält nicht nur stets den Umschlagpunkt unter seiner Kontrolle, an dem zugelassene Opposition in harte Exklusion umschlägt, er macht diesen Punkt auch fallweise beweglich, für seine Gegner unberechenbar und hindert sie so an einer gemeinsamen politischen Strategie. Augenfällig wird die Differenz, wenn man klassische politische Antagonisierungen vergleicht. Von Hannah Arendt stammt der Satz: Wer als Jude angegriffen wird, muss sich auch als Jude verteidigen. Wer ein absolutes Feindetikett trägt, der hat durchaus keine Alternative als die unbedingte Zugehörigkeit zur so iden-

tifizierten Wir-Gruppe anzunehmen, gleich ob er sich mit dieser identifiziert oder nicht. Harte Verfeindungsstrategien, wie man sie etwa gegenwärtig in der Türkei beobachten kann, wo nach dem Putschversuch hunderttausende als „Terroristen“ und/oder „Gülen-Anhänger“ entlassen, verhaftet, enteignet worden sind, setzen auf Abschreckung und Polarisierung. Als Gülen-Anhänger kann so ziemlich jeder kodiert werden, der einmal Kontakt mit den zahllosen Einrichtungen der (ehemals mit Erdogan verbündeten) Massenorganisation hatte. Und als Kurde wird man es inzwischen wieder schwer haben, in der Türkei nicht jederzeit als Terrorist markiert zu werden. Als totalitär könnte man in diesem Sinne Verfeindungsstrategien markieren, die den (möglichst symbolisch vereinheitlichten) Feind unmittelbar da beginnen lassen, wo die Inklusionsgrenze der Eigengruppe verläuft. Wo es nichts gibt zwischen dem „Wir“ und dem Terrorismus, da gilt eine totalitäre Logik der Verfeindung. Wie in der Türkei, wo der Putschversuch der Regierung die Gelegenheit präsentierte, alle politischen Gegner zu absoluten Feinden zu erklären.

Der Vergleich zwischen einer weichen und flexiblen und einer harten, präventiven Verfeindung offenbart also, dass die Produktion von Unsicherheit in einer atomisierten Öffentlichkeit bei beiden Strategien ähnlich ausfällt. Einen erheblichen Unterschied gibt es aber für die Handlungs- und Organisationsfähigkeit der solchermaßen hart oder flexibel Ausgeschlossenen. Die harte Variante erleichtert bzw. erzwingt die Selbstorganisation der Ausgeschlossenen, die weiche Variante erschwert sie.

Wir werden sehen, dass dieses Muster sich an anderen potentiell antagonistischen Fronten wiederholt.

## [ 2 ] Asymmetrische Feindbeziehungen, unerklärte und eingefrorene Kriege

Ist von den Kriegen, die „der Westen“ nach 1990 geführt hat, auch nur ein einziger ein erklärter Krieg gewesen? Irak I und Irak II, Afghanistan, Bosnien, Kosovo, Libyen, Syrien und einige kleine Polizeiaktionen mehr. Keine schlechte Bilanz für ein viertel

Jahrhundert. Schon den Vietnamkrieg haben die USA, wenn ich recht sehe, nicht erklärt. Die zweite, nicht weniger wichtige Frage müsste lauten: Ist irgendeiner von all diesen Kriegen (sagen wir) gewonnen oder beendet worden oder in einen Zustand der regionalen oder zwischenstaatlichen Befriedung übergegangen? Die Antwort auf beide Fragen ist: Nein. Die Kriege des Westens (und nicht nur die, siehe den Krieg in der Ostukraine) sind unerklärt und sie führen nicht zu einer (wie auch immer gearteten) Lösung des zugrunde liegenden Konflikts. Im Gegenteil, allenthalben scheint die Hegemonialmacht daran interessiert, den Krieg einzufrieren, bevor er endgültig entschieden ist.

Kriegerische Konflikte werden diskursiv asymmetrisiert. Sie finden grundsätzlich nicht zwischen Staaten oder gar Völkern statt. Grundsätzlich vermieden wird (nicht erst seit dem Ende der sozialistischen Staaten) alles, was den Schluss nahelegen könnte, dass es für den Westen einen Feind auf Augenhöhe gibt. Stets sind es Koalitionen von westlichen Ländern, die mit oder ohne moralische Rückendeckung der Vereinten Nationen Krieg führen oder von ihren Stellvertretern und Agenten führen lassen. Polizei- und Strafaktionen, sogenannte humanitäre Einsätze, Krieg gegen den Terror, forcierter Regimewechsel, Verhinderung von Völkermord – all das sind Formeln, die wir mittlerweile kennen. Sie unterstreichen das unerklärte Recht derjenigen Staaten, die sich selbst wirtschaftlich, sozial und politisch zur obersten Normalitätsklasse rechnen, überall auf der Welt Krieg zu führen, wo sie es fallweise für nötig halten. Aber das eben grundsätzlich, ohne einem anderen Staat den Krieg zu erklären. Die unter Obama massiv ausgeweiteten Drohnenangriffe in zahlreichen Ländern gehören ebenfalls in diese Logik. Diese Aktionen gelten offiziell nicht Staaten, sondern individualisierten Bösewichten, Terroristen, auch wenn sie gelegentlich Hochzeitsgesellschaften treffen.

Dieses merkwürdige Vorrecht wird eifersüchtig gehütet. Konkurrierende Mächte, die es wagen, selbst für sich Zonen zu definieren, in denen sie ihre Interessen auch militärisch durchsetzen (Russland auf der Krim, in der Ostukraine; China im Südchinesischen Meer), werden mit Sanktionen bedacht und mit militä-

rischen Drohgebärden eingeschüchtert. Symbolisch geht es dabei um die Anmaßung der niedrigen Normalitätsklassen, auch zum Kreis derer zu gehören, die souverän über Freund und Feind entscheiden können. Und für den Westen um das globale Monopol auf diese Souveränität. Darum wirkt es auf den hiesigen Medienutzer so peinlich bzw. ungeheuerlich, wenn der Machthaber eines Zwergstaates der untersten Normalitätsklasse (Nordkorea) qua Atommacht Anspruch auf eigenständige Feinderklärungen gegen die USA erhebt. Sprachlich den Vogel abgeschossen hat freilich jüngst die *New York Times*, als sie russische Militärmanöver auf russischem und weißrussischem Territorium lokalisierte mit der Formulierung „an der Peripherie der NATO“ – als ob Russland Richtung NATO expandiere und nicht vice versa.

Die Gesamtheit dieser Konflikte asymmetrisierender Maßnahmen hat zwei Effekte: Erstens schiebt sie die Grenze zwischen Normalität und Denormalisierung nach vorn und erlaubt es der souveränen Macht, sich als Herr und Garant der Normalität nach innen zu präsentieren, die ja in der Tat in ihren Metropolen, trotz des allenthalben drohenden Terrors, fortduert. Krieg, Zerstörung, Unmenschlichkeit sind ausgelagert, und die akzeptierten Regierungen des Westens haben in der Hauptsache dafür zu sorgen, dass das auch so bleibt. Wenn sie das (in der Wahrnehmung der massendemokratischen Öffentlichkeit) nicht mehr können, schlägt die Stunde der neonationalen Populisten.

Der zweite Effekt besteht in der nach innen ausgleichenden und sozial-ökonomische Gegensätze überblendenden Funktion solcher Regimes. Sie bauen die Denormalisierungsdrohung für und gegen jedermann auf und versprechen dann (bisher einigermassen erfolgreich), sie so zu begrenzen, dass „wir“ weiterleben können wie bisher. Jedenfalls lassen sich für dieses erklärte Ziel Massen mobilisieren und auf die Straße bringen (Todd 2015). Niemand erwartet unter den massendemokratischen Verhältnissen der Gegenwart eine Utopie oder universellen Fortschritt. Jeder wäre bereits zufrieden, wenn ihm garantiert werden könnte, was er gerade hat. Das gilt für die staatstragenden Mittelschichten, und die sozial-ökonomisch darunter liegenden Schichten haben keine Ambition außer eben der, an den (ver-

meintlichen) Sicherheiten der Mitte teilzuhaben. Kollateral gilt in den *westlichen* Ländern eine Außenpolitik als akzeptabel, die diesen Zielen dient, auch wenn sie dafür Diktatoren hofieren, andere Diktatoren militärisch stürzen, ehemalige Terroristen zu Freiheitskämpfern umdefinieren und die gesamte Drecksarbeit an die Peripherie auslagern muss. Nach innen gilt alles als akzeptabel, was die Fortdauer der Normalität in einer Lage sichert, die von Denormalisierungen bzw. Denormalisierungsdrohungen umstellt ist.

[ 3 ] Der „Krieg gegen den Terror“ oder: *home to roost*

Der Terrorismus befriedigt das Bedürfnis nach einem Feind, der für alle jederzeit bedrohlich ist bzw. als solcher dargestellt werden kann, auch wenn ihn hierzulande die wenigsten je erfahren, gesehen, erlitten haben. In einer massendemokratisch atomisierten Gesellschaft muss ein absoluter Feind wie der (islamische) Terrorist bestimmte Bedingungen erfüllen. Er muss (gefühl) überall und jederzeit jeden Einzelnen bedrohen können. Erratische, wahllose und unvorhersehbare Bedrohungen können leicht universalisiert werden. Sie enthemmen und legitimieren den Überwachungsstaat und rechtfertigen den generalisierten Ausnahmezustand. Wo eine verallgemeinerte Denormalisierungsangst den politischen Horizont verengt und zustellt, da findet auch die Terrorangst einen fruchtbaren Nährboden. Sie antizipiert permanent und überall die extreme Bedrohung der Eigengruppe. Auch wenn es Tatsachen gibt, die nicht recht ins Bild passen: Dass der Straßenverkehr und der Alkohol hierzulande deutlich mehr Opfer fordern als der Terror und die ganz überwiegende Mehrzahl der Opfer des islamistischen Terrors in den islamischen Ländern selbst zu beklagen ist.

Mittels einer so organisierten (bzw. kommunizierten) Bedrohung lassen sich für den Moment ganz unerwartete politische Einheiten zusammenschließen, wie Todd (2015) an den „Wir-sind-Charly“-Demonstrationen nach den Pariser Anschlägen

auf die Redaktion der Satirezeitschrift Charly Hebdo gezeigt hat. Diese Demonstrationen haben nämlich (so Todd 2015: 82) die Gegensätze innerhalb der Mittelschichten ebenso (temporär) zum Verschwinden gebracht wie sie die Rechte und die Linke zusammengeschießt (und die politische Schwäche der radikalen Linken offenbart) haben. In der Tat ist eine diffuse und allgegenwärtige Bedrohung, der sich jeder Einzelne ausgesetzt sieht, die obligatorische Form des Feindes in der Massendemokratie. In diesem Falle zeigt Todd (2015) exemplarisch, wie sich die liberal-progressive Koalition zusammenschließt, die gegen den Populismus und gegen den islamischen Terrorismus geeint ist.

Verfeindung in einer massendemokratisch atomisierten Gesellschaft, die den Wert der „Diversität“ in ihre programmatische Selbstbeschreibung aufgenommen hat, die kulturelle und ethnische Einheitlichkeit wenigstens offiziell ablehnt (keine „Leitkultur“ etc.), muss deutlich anders organisiert sein, als das bei klassischen Feindkategorien der Fall ist. Nicht zufällig werden wir täglich Zeuge davon, dass „der Islam zu Deutschland gehört“ und dass der (radikale, politische etc.) Islam die größte Bedrohung unserer Lebensweise ist, die wir nach jedem Anschlag krampfhaft als unzerstörbar vor uns her tragen, obwohl sie ihre Verletzlichkeit ständig augenfällig demonstriert. Keinesfalls darf eine Religion (eine Weltreligion!) zum Feindbild werden. Religionsfreiheit gehört zum Kern liberal-progressiver Gesellschaften. Offenbar sind moderne massendemokratische Machttechniken dadurch gekennzeichnet, dass sie die latenten (aber vielfältigen) Bedrohungen der eigenen Lebensweise und der Eigengruppe im Hintergrund präsent halten, aber die Kontrolle über die ultimative Verfeindung zu keinem Zeitpunkt aus der Hand geben. Das diszipliniert die Eigengruppe und fragmentiert mögliche Feindgruppen.

Zu den eisernen Gesetzen, nach denen der massendemokratische Westen Feindschaft inszeniert, gehört aber auch eine Exteriorisierungslogik, wie sie auch in ökonomischen und ökologischen Angelegenheiten gepflegt wird (vgl. Lessenich 2017): Gewaltverhältnisse und Gewaltereignisse werden an die Pe-

riperie der niedrigen Normalitätsklassen ausgelagert, gleich ob es sich um die sogenannten »hot spots« für Flüchtlinge, um Auffang- und Aufhaltelager für Migranten oder um manifeste Kriegshandlungen handelt. Eigene Opfer, zumal Kriegs- und Gewaltopfer, darf es in der postheroischen Massendemokratie möglichst nicht geben. Man denke an die Trauerfeier, die die Verteidigungsministerin jüngst für zwei während des Auslandseinsatzes in Mali abgestürzte und ums Leben gekommene Hubschrauberpiloten veranstaltet hat. Es waren keine Kriegshandlungen, denen sie zum Opfer gefallen sind, der Absturz hätte auch in der heimischen Kaserne passieren können. Aber es gilt der Anspruch: Von auswärtigen Kriegseinsätzen müssen möglichst alle unversehrt wieder nach Hause kommen. Umkommen darf man im normalen Berufsverkehr. Harte Antagonismen werden ausgelagert, räumlich und sozial. Und wer im Fernsehen sieht, wie brutal es anderswo zugeht, der weiß das Leben in der obersten Normalitätsklasse zu schätzen.

Der (islamische) Terrorismus ist nur deswegen als massendemokratisches Feindbild geeignet, weil er für die permanente und allgegenwärtige Drohung steht, die externalisierte militärische Gewalt dorthin zurückzubringen, woher sie aus der Perspektive der Afghanen, Iraker, Libyer etc. gekommen ist. Als innerer Feind bleibt er unsichtbar bis zum Augenblick des Anschlags. Die rasche mediale Multiplikation der Denormalisierungsbilder weltweit überzeugt das atomisierte Publikum davon, dass Anschläge jederzeit und überall stattfinden können. Die ritualisierten Erklärungen der Politik, das wir „unsere Lebensweise“ beibehalten und gegen den Terror verteidigen, wird komplementiert durch den Ausbau der Überwachung und den Abbau von Bürgerrechten zugunsten einer Sicherheit, die – wie alle wissen – gar nicht zu erlangen ist. Ein überzeugter Selbstmordattentäter ist weder im Vorfeld zu erkennen noch zu stoppen.

Als unbedingter Feind ist der islamische Terrorismus das Symbol dafür, dass die ausgelagerten antagonistischen Gewaltverhältnisse daran gehindert werden müssen, in die Länder der oberen Normalitätsklassen zurückzuschlagen.

## [ 4 ] Schluss

Die modernen Machttechniken der Vereinzelung und der Flexibilisierung der Innen-Außen-Grenzen haben einen beträchtlichen Teil der traditionellen Linken dadurch entschärft, dass sie deren Anhänger in die Front des „progressiven Neoliberalismus“ (Nancy Fraser) einzugliedern verstanden. Der nicht assimilierbare Rest ist weitgehend bedeutungslos. Linke Versuche, ein antagonistisches Deutungsmuster zu (re-)etablieren, bleiben meist deklarativ und hilflos. „Wir sind die 99%“ mag zwar dem numerisch-statistischen Stil der Gegenwart entsprechen, ist aber kein Programm, und wird unweigerlich die Antwort provozieren: „Wir hingegen sind das 1%, und unser Erfolg zeigt, dass wir die Besten sind“. Auch in Griechenland und Spanien sind die Ansätze zu einer neuen antagonistischen Front (wie sie Laclau & Mouffe vorschwebt) zumindest ausgebremst. Dagegen deuten sich in der Front zwischen westlichem Liberalismus und nationalen Populismen Verfeindungen innerhalb der hegemonialen Politik- und Wirtschaftseliten in verschiedenen Ländern an (für die USA Rilling 2017). Hier handelt es sich allerdings um konkurrierende Strategien für das gleiche Ziel: eine Mehrheit der isolierten Individuen hinter eine Regierungspolitik zu bringen, die die wirtschaftlichen und politischen Interessen des Landes in der globalisierten Szene zu vertreten und zu verteidigen beansprucht – einmal universalistisch, individualistisch, weltoffen-global und einmal mit harten nationalen Bandagen. Das sind aber nur Imagevarianten, denn die weltoffen-globalen Länder verteidigen ihre nationalen Machtinteressen nicht weniger hart als die populistischen. Sie profitieren nur mehr von der Anziehungskraft ihrer Ökonomien auf gut Ausgebildete aus der Peripherie. „Unsere Lebensweise als Hoffnung und Perspektive für alle“, kommunizieren die einen. Einwanderung ist dann der Beweis für die Attraktivität des eigenen Modells. „Die Menschen, die zu uns kommen“, stärken das globale Image des Wirtschaftsstandortes. Sie sind willkommen, wenn sie „unsere Lebensweise“ annehmen und unsere Wirtschaftskraft vermehren.

Die anderen erklären, die Eingeborenen vor fremden Kulturen und vor internationaler Konkurrenz schützen zu wollen. Und weil die erste Option einen universalistischen Anstrich hat und moralisch ungleich sympathischer einher kommt, vergisst man gerne, dass es eben der liberale globale Westen ist, der die Drecksarbeit und die Folgen der eigenen Lebensweise konsequent exportiert. Deren Folgen sind anderswo zu besichtigen. Der Populismus eines Erdogan ist *auch* ein legitimer Versuch, das westliche Ordnungssystem zu knacken und sich der Hinterhof-Logik zu entziehen, die z. B. das Flüchtlingsabkommen der EU mit der Türkei beinhaltet.

Immer alle Optionen und Ressourcen der Verfeindung in der Hand zu behalten und keinem anderen Akteur die Möglichkeit zu geben für eine erklärte symmetrische Gegnerschaft, darauf läuft die „buribunkische“ Strategie des Westens hinaus. Die Buribunken, ein satirisch als „geschichtsphilosophisch“ deklariertes literarisches Text Carl Schmitts (vgl. Balke 2002), portraituren eine Gesellschaft, in der die Individuen gehalten sind, permanent ihre Haltungen, Einstellungen, Gefühle zu allem aufzuzeichnen, so dass jederzeit ermittelt werden kann, wer was denkt und wie die laufenden Ereignisse bewertet werden. Zu echter politischer Gegnerschaft taugen die sozialen Atome der Massendemokratie nicht. Und knapp hinter der staatlich offiziellen Diversitätssparole in puncto Kultur und Identitäten verbirgt sich die Forderung nach säkularer Einstimmigkeit in allen wesentlichen Angelegenheiten (Todd 2015: 180). Keinesfalls darf ein symmetrischer Antagonismus aufkommen, weder außen- noch innenpolitisch.

Jede Linke, die im Westen auch nur die Chance haben möchte, als eine politische Alternative zum Neoliberalismus wahrgenommen zu werden, wird sich aus dessen universalistisch-moralisierender Umarmung befreien müssen. Was ja nicht heißt, dass Identitäts-, Opfer- und Minderheitenkategorien ihr gleichgültig sein müssen, im Gegenteil. Aber ohne die Fähigkeit, selbständig einen wirksamen Antagonismus gegen die neoliberale Macht zu definieren, wird es nicht gehen. An Versuchen hat es ja nicht gefehlt bei linken Theoretikern, aber z. B. die „multitude“ ist pro-

grammatisch kaum bestimmter als die entgegengesetzte und individualisierende „diversity“.

Wenn ein allenthalben als durchgeknallt portraierter peripherer Machthaber wie Kim Jong Un den USA mit Krieg droht, dann ist es diskurstaktisch der größte Fehler, die Provokation anzunehmen und ebenfalls mit Krieg zu drohen. Schon das macht den stets als Operettendiktator Präsentierten zu einem Gleichen. Trump ist in das Fettnäpfchen gestolpert, und seine Generäle haben alle Mühe, die diskursive Ordnung wieder herzustellen. Denn *jede* symmetrische Verfeindung kann leicht, wenn sie nicht mehr unterdrückt werden kann, die durch die Hegemonie des Westens latent gehaltenen Konflikte zwischen den größeren Nationen und Staaten an die Oberfläche bringen. Das ist im Übrigen, wie die westdeutschen Atlantiker in allen Qualitätszeitungen sofort begriffen haben, auch die eigentliche Gefahr, die mit den populistischen Regimes in der EU, in der NATO, in den USA selbst wieder aktuell wird. Der Westen als symbolische Hegemonialmacht, als globales Kollektivsymbol, zeigt dem Rest der Welt die bis aufs Messer konkurrierenden kapitalistischen Staaten als eine unschlagbare symbiotische Einheit, die gegen jeden erklärten Feind eine „Koalition der Willigen“ schmieden kann. Wahre Briten, Finnen, Ungarn, US-Amerikaner und andere Nationalpopulisten zerschlagen diese Inszenierung *eines einzigen* kompakten Akteurs und bringen die symmetrische Feindschaft konkurrierender kapitalistischer Staaten erneut auf die globale Tagesordnung. Die USA verschwinden ja nicht als aggressive Militärmacht von der Bildfläche, sondern nur als symbolische Verkörperung des Westens und seiner moralisch-universalistischen Fassade.

## Literatur

Balke, Friedrich (2002): „Die Signatur des Feindes. Carl Schmitt und die Moderne“. In: Geulen, Christian & Anne von der Heiden & Burkhard Liebsch, Hg.: *Vom Sinn der Feindschaft*. Berlin: Akademie. S. 133-152.

- Kraushaar, Wolfgang (2017): „Wie ein negatives Echo von 1968. Was früher radikal war, wird heute als extremistisch klassifiziert und damit aus dem öffentlichen Diskurs ausgeschlossen. Plädoyer für einen Wechsel in der politischen Terminologie“. In: *Süddeutsche Zeitung* vom 1. August 2017. S. 11.
- Lessenich, Stephan (2017): *Neben uns die Sintflut. Die Externalisierungsgesellschaft*. Berlin: Hanser.
- Rilling, Rainer (2017): „Strongmen, politische Krieger und Empire. Wo sie zusammenkommen, wird es kompliziert und heftig“. In: *LUXEMBURG. Gesellschaftsanalyse und linke Praxis*. Online-Sonderausgabe, August 2017.
- Schmitt, Carl (1950): *Der Nomos der Erde im Völkerrecht des Jus Publicum Europaeum*. Berlin: Duncker & Humblot.
- Schmitt, Carl (1963): *Der Begriff des Politischen. Text von 1932 mit einem Vorwort und drei Corollarien*. Berlin: Duncker & Humblot.
- Todd, Emmanuel (2015): *Wer ist Charly? Die Anschläge von Paris und die Verlogenheit des Westens*. München: Beck.

## | Wissenschaftskritik – zur Einführung

### [ 1 ] Vorab

Wenn Sie (wie ich) seit 30 Jahren studentische Hausarbeiten lesen würden, dann wüssten Sie auch, dass es in diesen Hausarbeiten einen Satz gibt, der mit großer Regelmäßigkeit wiederkehrt und der zugleich Ausdruck und Symptom für ein nicht nur unter Novizen (aber dort besonders) verbreitetes Missverständnis von „Wissenschaft“ ist. Da heißt es immer wieder, über diese oder jene These sei in der Wissenschaft *noch* keine Einigkeit hergestellt. Im Hintergrund dieses Satzes werden die Konturen eines Deutungsmusters erkennbar, das in den Wissenschaften ein kontinuierlich zur großen „Wahrheit“ vorrückendes und immer perfekteres Erkenntnisunternehmen sieht.

Nur vor diesem Hintergrund wird die Aussage, man sei über diese oder jene These *noch* nicht einig, überhaupt sinnvoll. Tatsächlich ist „Einigkeit“ in jeder Disziplin eine ausgesprochen knappe Ressource. Wer mit meiner Generation studiert hat, dem ist, ob er wollte oder nicht, irgendwann ein Buch begegnet, das in den 70er Jahren des vorigen Jahrhunderts ein echter Aufreger in der Wissenschaftsdiskussion war: Thomas Kuhns *Die Struktur wissenschaftlicher Revolutionen*. Der Autor kontrastiert (vor allem in den harten naturwissenschaftlichen Disziplinen) Phasen der so genannten „Normalwissenschaft“ mit Phasen der „wissenschaftlichen Revolution“, in denen ganze Axiomatiken und Glaubenssysteme so umgewälzt werden, dass Kontinuität gegenüber früheren Vertretern der Disziplin gar nicht mehr denkbar ist. Wissenschaftliche Revolutionen – so die These Kuhns – sind echte Neuanfänge, sie stehen in keiner Kontinuitätsbeziehung zu ihren Vorläufern. Zwischen der vordarwinschen Biologie mit

ihren ewigen und unveränderlichen Arten und dem modernen Darwinismus, der alle Arten auf einen einzigen Milliarden Jahre langen Prozess der Variation und der Selektion zurückführt, gibt es keinen kontinuierlichen Wissensfortschritt, sondern einen harten Bruch. Von einem „Fortschritt“ kann man dann nicht sprechen, wenn ein komplettes System von Annahmen umgestürzt wird.

„Einigkeit“ gibt es aber in einer Disziplin auch in Phasen der so genannten „Normalwissenschaft“ nicht. Einigkeit bezieht sich nämlich auch da nur auf bestimmte, nicht weiter in Frage gestellte Grundannahmen, während die Schlussfolgerungen und die empirischen Details auch in Zeiten der Normalwissenschaft umstritten bleiben. Warum das so sein muss, kann man sich leicht klar machen. Stellen Sie sich vor, Sie wollen in der Sprachwissenschaft oder in der Chemie oder wo auch immer als Wissenschaftler Karriere machen. Stellen Sie sich weiterhin vor, Sie schreiben darum ein dickes Buch, in dem sie „beweisen“, dass alles, was Ihre zeitnahen Vorgänger und Chefs gesagt und geschrieben haben, goldrichtig und nicht zu bezweifeln sei. Kann durchaus sein, dass die dann geschmeichelt sind und Sie promovieren oder habilitieren und in den erlauchten Kreis des eigenen Netzwerks aufnehmen. Jeder andere freilich wird sagen: der hat nichts Eigenes geleistet, sondern nur seinen Chef nachgebetet. Zur soziologischen Dynamik wissenschaftlicher Karrieren gehört aber, dass Sie *beides* haben müssen: die Verankerung in einem Netzwerk Gleichgesinnter und eine erkennbare, individuell zurechenbare Eigenleistung, mit der Sie sich auch von den Angehörigen Ihres Netzwerks abheben, ohne diesen zugleich zu signalisieren, dass Sie sie für Dummköpfe halten und ihre Axiome umzustürzen gedenken. Denn dann hat Ihre Karriere kein Netz mehr und Sie werden wahrscheinlich abstürzen. Es entbehrt nicht der Ironie, dass man diese *soziologische* Dynamik der Normalwissenschaft ziemlich gut mit den darwinistischen Prinzipien der Variation und Selektion beschreiben kann. Wenn Sie Ihre Vorgänger und Zeitgenossen identisch reproduzieren, wird man sagen, Sie seien nicht originell, sondern ein Plagiator. Wenn Sie sich zu weit vom Nest entfernen, wird man sagen, Sie seien abge-

hoben, unverständlich und isoliert. So ist immer dafür gesorgt, dass sich ein „Paradigma“ der Normalwissenschaft mit Variation reproduziert, solange keine Revolution ins Haus steht. Bildlich gesprochen müssen Sie sich mit den übrigen Angehörigen Ihrer Disziplin noch reproduzieren/fortpflanzen können, wenn Sie Erfolg haben und es zu etwas bringen wollen. Können Sie das nicht mehr, dann fallen Sie aus der fachlichen Reproduktion heraus. Das Beste, was Ihnen dann noch passieren kann, ist, dass Sie „Ihrer Zeit voraus“ sind und von Späteren dann posthum als Vorläufer entdeckt und in Anspruch genommen werden. Dann gelten Sie später als Stammvater (oder Stammutter) einer neuen Art. Aber das ist ein schwacher Trost, erleben werden Sie das nicht, zeitlebens bleiben Sie dann ein Außenseiter, Querkopf und Spinner.

Obwohl wir vom Promovieren bis zum Nobelpreis die Fiktion pflegen, wissenschaftliche Leistungen seien individuell zurechenbare kognitive Leistungen (was sie auf *einer* Ebene ja durchaus sind!), gilt de facto ein *Prinzip der fachkommunikativen Anschließbarkeit*. Sie müssen sich ein Stück entfernen von der *communis opinio*, aber Sie dürfen sich keinesfalls zu weit entfernen von dieser. Kontrollierte Variation heißt die Devise. Wenn Ihre Kollegen nichts mehr anzufangen wissen mit Ihren Thesen und Ergebnissen, dann ist Gefahr im Verzug und Sie sind zu weit gegangen. Die Einheit der Disziplin ist eine Einheit der kommunikativen Anschlüsse. Konformität mit Ihren *peers* und antiautoritäre Abweichung müssen höchst sorgfältig abgemischt werden in einer wissenschaftlichen Karriere.

Tatsächlich sind nämlich alle Wissenschaften *soziale Kampfplätze*, sie waren es immer und sie werden es immer sein. Ihre Axiome, Thesen, Methoden scheinen aus der Erkenntnistradition der Fächer selbst geschöpft, aber sie sind immer durch tausend meist unsichtbare Fäden verknüpft mit den Annahmen und Deutungsmustern, die in der jeweiligen Gesellschaftsordnung zirkulationsfähig sind. Man spricht zwar von „reinen“ (und „angewandten“) Wissenschaften, aber eine „reine“ Wissenschaft ist und bleibt eine Fiktion wie eine Jungfrauengeburt. Auch die Grundannahmen der „reinen“ Wissenschaften hängen an den

Selbstdeutungsapparaturen der Gesellschaften, in denen sie als Wissenschaften anerkannt sind. Ob z. B. der Mensch als eine biologische Spezies unter anderen gilt oder als das Ausnahme- und Sonderwesen, das in den sonstigen Plan der Evolution nicht einzufügen ist, macht für die Wissenschaften vom Menschen einen riesigen Unterschied. Die zur Zeit hohen Positionen von Evolution und Ökologie im allgemeinen Bewusstsein der Gesellschaften sorgen dafür, dass in den Axiomaten der Human- und Gesellschaftswissenschaften ganz andere unhinterfragbare Grundsätze gelten als etwa im Zeitalter der Soziologie zwischen 1930 und 1980. Und was man überhaupt nicht sagen kann, ist, dass die Axiomatik des soziologischen Zeitalters „falsch“ gewesen sei und die des evolutionistisch-ökologischen „richtig“. Es handelt sich vielmehr um zwei unterschiedliche Brillen, die die Wissenschaftler ihres Zeitalters *volens nolens* tragen, und die dafür sorgen, dass sie einmal bestimmte Eigenschaften aufblenden (und andere, die nicht zur jeweiligen Axiomatik passen, abblenden). So kann man eigentlich nie sagen: Früher hat man dies und das so gesehen, und das war falsch, sondern immer nur: Früher hat man eine andere Brille getragen und bestimmte Dinge nicht gesehen, die wir heute sehen, dafür aber hat man damals Dinge gesehen, die wir heute nicht mehr sehen. Das gilt jedenfalls für die Human- und Sozialwissenschaften.

Natürlich gibt es auch echte Irrtümer und deren ebenso echte und dauerhafte Widerlegung. Ein ziemlich wirkmächtiges Ethos der neueren Wissenschaftstheorie besteht darin, dass man nur Hypothesen als „wissenschaftlich“ akzeptiert, bei denen zuvor definiert ist, welche Art von empirischer Erfahrung sie widerlegen (falsifizieren) würden. Aber so einfach sind die Dinge in der Regel nicht. Denn jede fachliche Disziplin basiert auf Grundannahmen, die nicht in Frage gestellt und ergo auch nicht widerlegt werden können.

Ludwik Fleck, der Begründer der modernen Wissenschaftssoziologie, hat schon in den 30er Jahren des vorigen Jahrhunderts ein Buch geschrieben, das den wunderschönen Titel trägt: *Entstehung und Entwicklung einer wissenschaftlichen Tatsache* (Fleck

1980). Da ist die Rede von Denkstilen und Denkkollektiven, in deren Rahmen jeweils passen muss, was sich auf dem Felde der wissenschaftlichen Wahrheiten als solche qualifizieren und behaupten will. Wahrheit, so schreibt er, ist die jeweils denkstilgemäße Auflösung eines konkreten Problems. Um ein Beispiel aus der Gegenwart der Linguistik zu nehmen: Zählen, Messen, Experimentieren, die szientifischen Verfahren der Naturwissenschaften, gehören definitiv zum augenblicklich herrschenden Denkstil der Linguistik. Die Denkstildominanz der Naturwissenschaften erfasst seit einigen Jahrzehnten nach und nach auch die geistes- und sozialwissenschaftlichen Fächer. Und das liegt nicht an diesen Fächern selbst, es liegt daran, dass sie sich den Leitwirkungen nicht entziehen können, die von den in jeder Hinsicht für vorbildlich geltenden Natur- und Technikwissenschaften ausgehen. Sie sind es, die den vorherrschenden Denkstil bestimmen.

## [ 2 ] Wissenschaftsgläubigkeit

Die enormen Machtpotentiale, die mit den Wissenschaften der Neuzeit verbunden sind, hängen sehr eng damit zusammen, dass in den modernen Massendemokratien die Wissenschaften zu einer öffentlichen Ersatzreligion geworden sind, an welche alle die fest glauben, die an sonst nichts glauben. Wer sich also auf dem Spielfeld der jeweiligen „Wahrheit“ durchsetzen und behaupten kann, der hat enorme Macht- und Gewinnchancen. Wenn es als medizinische Wahrheit gilt, dass unruhige Kinder mit Ritalin therapiert werden können, dann greifen wissenschaftsgläubige Eltern zu diesem Mittel, wenn sie mit ihren Kindern nicht klar kommen oder von ihnen genervt sind. Die Pharmafirmen, die eine solche „Wahrheit“ durchsetzen können, verdienen Milliarden. Die enorme Popularität von Wissenschaftssendungen in den meinungsprägenden Schichten (von „Leonardo“ im WDR-Rundfunk bis zu „Quarks & Co“ im öffentlich-rechtlichen Fernsehen) belegt zugleich ein großes öffentliches Bedürfnis nach fachlicher Aufklärung und eine nicht minder große Glaubens-

bereitschaft gegenüber allem, was erfolgreich unter der Flagge „Wissenschaft“ zu segeln vermag. Und das ist erfahrungsgemäß Einiges!

Die Wissenschaften unserer säkularisierten, massendemokratischen Gegenwart sind eingebaut in die Apparaturen wirtschaftlicher und politischer Macht. Die Autorität der Wissenschaft hat die alten Autoritäten der Tradition, der Religion, des normativen Gewissens – und selbst die Autorität der eigenen Erfahrung – längst entthront. Missverständlich und zu pauschal wäre es freilich, die Wissenschaften (bzw. die Wissenschaftlichkeit) schlechthin als Ersatzreligion zu bezeichnen. Religionsersatz ist vielmehr das, was die Konsumenten populärer und „exoterischer“ wissenschaftlicher Ergebnisse in diesen suchen. Mit den Worten von Margery Arent Safir:

Was Laien in populärwissenschaftlichen Werken suchen, ist nicht Wissenschaft als solche, sondern das, was ein Licht auf die „großen Fragen“ des Lebens zu werfen verspricht. (in Hoffmann et al. 2009: 23)

Namentlich die Naturwissenschaften (so fährt die Autorin fort) habe Auslegungs-, Selbstdeutungs- und Orientierungsfunktionen übernommen, die vordem anderen Orientierungsinstanzen zugeordnet waren und seien eine Art „Mythologie des Wissens“ geworden.

Wie eng diese populären und „exoterischen“ Wissenschaften als Spender allgemein akzeptierter Autorität mit den Apparaturen der politischen Macht verknüpft sind, kann man tagtäglich an den gängigen Legitimationsritualen beobachten: Überall bemüht die Politik Expertenrunden und wissenschaftliche Kommissionen. Und wenn jemand gegen einen gesetzlichen Mindestlohn argumentieren möchte, dann wird er todsicher nicht sagen: „Wir wollen das nicht“, er wird sagen, es sei „wissenschaftlich“ nachgewiesen, dass ein Mindestlohn Arbeitsplätze koste, worauf dann die Gegenseite sagen wird, dass es fast überall gesetzliche Mindestlöhne gebe und das nirgends erkennbar zu weniger Arbeitsplätzen geführt habe etc. Es geht hier, wie gesagt, nicht um

Einzelheiten, sondern um den Modus der öffentlichen Legitimation politischer Entscheidungen. Und in diesem Modus spielen vermeintlich wissenschaftliche Erkenntnisse die entscheidende Rolle. Entscheidend ist, dass es natürlich tatsächlich um einen Machtkampf geht, wenn z. B. um gesetzliche Mindestlöhne gestritten wird. Wenn man diesen Machtkampf indessen verschiebt auf das Feld wissenschaftlicher Expertise, dann wird aus stark und schwach richtig und falsch. Die *FAZ* lässt am 21.10.2013 Ökonomen für und gegen einen gesetzlichen Mindestlohn antreten. Naturgemäß sind sie sich nicht einig, ob die Einführung eines solchen Mindestlohns „Arbeitsplätze kostet“. Damit kann man bekanntlich sogar Massenmord legitimieren. Aus Zugeständnissen im Machtkampf werden so automatisch „neue wissenschaftliche Einsichten“. Die allgemeine Wissenschaftsreligion erlaubt es, Macht in Wahrheit umzukodieren und Wahrheit in Macht.

Überall schießen *think tanks*, Stiftungen, wissenschaftliche Politikberatungen etc. aus dem Boden. *Wissenschaft schafft öffentliche Legitimation*, und das ist uns so selbstverständlich, dass man einigermaßen komisch angeschaut wird, wenn man nur daran erinnert, dass es im Feld der Politik nicht um Wahrheit geht, sondern um Meinung und Macht. Dass es also eigentlich zum politischen Feld gehört, dass die Stimme des fachlichen Experten kein Gramm schwerer wiegt als die Stimme des fachlichen Laien.

Wenn Sie sich öffentlich (wie derzeit noch eine Mehrheit hierzulande) gegen Gentechnik in der Landwirtschaft aussprechen, dann bekommen Sie mit absoluter Sicherheit zu hören, es sei dies doch alles nachweislich harmlos für Umwelt und Gesundheit. So selbstverständlich erscheint es inzwischen in der Öffentlichkeit, dass Wissenschaft politische Entscheidungen zu legitimieren vermag. Machen Sie mal das Experiment und sagen in einer solchen Debatte, was wissenschaftlich nachweisbar sei oder auch nicht, sei Ihnen völlig egal, Sie seien gegen Gentechnik in der Landwirtschaft, weil deren unweigerlicher Effekt in einer gigantischen Machtverschiebung zugunsten der wenigen globalen Saatgutkonzerne, in der umfassenden Enteignung der landwirtschaftlichen Produzenten bestehe, dann sind Sie zwar wieder

auf dem eigentlichen Feld der Politik, aber vermutlich einigermaßen isoliert. In diesem Sinne wäre es heilsam, wenn man auf dem politischen Feld mal wieder hören würde „Wir wollen das (nicht!)“ anstatt immer nur „Es ist wissenschaftlich nachgewiesen, dass...“.

Für die politische Macht produzieren die Wissenschaften Sachzwänge, Legitimation dafür, dass politische Entscheidungen so getroffen werden, wie sie getroffen werden, sie helfen also der Politik dabei, das Machtfeld „sachlich“ zu tarnen, Machtentscheidungen so erscheinen zu lassen, als seien sie motiviert durch unabweisliche wissenschaftliche Tatsachen. Damit entlasten sie die Politik von dem Aufwand, die Machtfolgen ihres Handelns öffentlich diskutieren zu müssen. Dieser Effekt freilich ist abhängig vom öffentlichen Vertrauen, das die Wissenschaften genießen. Sollte dieses Vertrauen nachlassen, wäre die Symbiose von Politik und wissenschaftlichem Sachzwang gefährdet. Darauf komme ich zurück.

[ 3 ] Ressourcen, materielle und symbolische  
(am Beispiel der Klimaforschung)

Auf dem Feld der Wissenschaften geht es um Ressourcen, um Meinungsmacht und um Reputation. Wie jedes soziale Feld verfügen auch die Wissenschaften über Eigenregeln, eine Art eigener „Währung“. Sie haben Zulassungsbedingungen. Sie und ich, wir können uns nicht zu Fragen der Atomphysik oder der Meteorologie äußern. Wir gehören nicht zum Feld. Was wissenschaftliche Neulinge lernen müssen, das sind die (überwiegend impliziten und stillschweigenden) Regeln, die für die Zulassung zum jeweiligen disziplinären Feld gelten. So weit ein Fachstudium wissenschaftlich ist, sozialisiert es die Studierenden in der Hauptsache für die Normen und Regeln des Feldes. Immer und überall gibt es einen axiomatischen Fundus an akzeptierten Annahmen und Methoden, herrschende (und oft auch dissidente) Denkstile, die Sie bedienen (oder wenigstens berücksichtigen) müssen, wenn Sie im Feld Reputation erwerben wollen.

Die Tatsache, dass sich wissenschaftliche Disziplinen im Idealfall „reflexiv“, also nach ihren eigenen Zulassungs- und Reputationsregeln reproduzieren, hat der französische Soziologie Pierre Bourdieu einst in den Satz gefasst: Ein guter Historiker sei jemand, den gute Historiker für einen guten Historiker halten. Selbstverständlich können Sie hier jedes beliebige Fach einsetzen. Über die Qualität Ihrer fachlichen Leistungen kann nur ein anderer Experte im nämlichen Fach urteilen, so dass insgesamt eine Art geschlossenes System entsteht. Das ist auch die Voraussetzung für die Bildung innerfachlicher Seilschaften, Netzwerke, pressure groups, die um die verfügbaren Ressourcen und um die Durchsetzung ihrer jeweiligen Axiomatiken konkurrieren. Das wissenschaftliche Feld macht seine Eigenlogik dadurch geltend, dass es offiziell nur fachliche Kampfformen zulässt. Sie müssen das Fachpublikum davon überzeugen, dass Ihre Position richtig und ergiebig und die der anderen unrichtig oder heuristisch nicht sinnvoll ist. Sie müssen im wissenschaftlichen Feld die Konkurrenz widerlegen, Sie können sie nicht einfach aufkaufen oder durch Billigangebote aus dem Markt drängen wie auf dem Feld der Wirtschaft. Aber das ist in der Hauptsache eine ideale Konstruktion, tatsächlich und empirisch werden die Dinge erst da interessant, wo man sich genauer die „Übersetzungsregeln“ anschaut, nach denen außerfachliche Ressourcen in innerfachliche und innerinstitutionelle Macht umgesetzt werden.

Aber die Fäden, mit denen eine jede wissenschaftliche Disziplin in den Vor-Urteilen und Kämpfen ihrer gesellschaftlichen Epoche fest hängt, sind nicht nur kognitiv, sondern in aller Regel auch ganz handfest materiell. Jede Forschung, die über Bücherlesen und am Schreibtisch nachdenken hinausgeht, benötigt Geräte, Ressourcen, Zeit, Stellen und vieles andere mehr. Und wer im Wissenschaftsbetrieb arbeitet, der weiß natürlich, dass es in jedem Feld eine teils politisch, teils markt- und machtmäßig verregelte Konkurrenz um die erforderlichen Ressourcen gibt. Es gibt immer gesellschaftliche Instanzen, die darüber entscheiden, in welche Forschungsgebiete Forschungsressourcen gelenkt und von wo sie abgezogen werden sollen. Die so genannten Drittmittelgeber (allen voran die DFG, einerseits eine halbstaatliche,

andererseits eine auf der Selbstorganisation der Wissenschaften beruhende Instanz) lenken den Ressourcenstrom nach Relevanzkriterien, die selbst in der Wissenschaftsforschung untersucht werden können.

Erfahrungen mit der Beschaffung ideeller und materieller Ressourcen stehen im Tableau der „Übersetzungsregeln“ weit oben. Wenn die Wissenschaften öffentlich um Geld, Aufmerksamkeit und Ansehen konkurrieren, dann benötigen sie Streiter, die ihnen Zugang zu all diesen Ressourcen verschaffen können. Das ist partiell völlig rational, weil es eben nur unterstreicht, dass auch die Fächer Teil „ihrer“ Gesellschaften sind. Aber es ist natürlich auch potentiell fatal, weil es den oben skizzierten Mechanismus der reflexiven fachlichen Selbstreproduktion außer Kraft setzt. Auf einmal ist nicht mehr der ein guter Historiker, den andere gute Historiker für einen guten Historiker halten, sondern der, der viele Drittmittel organisieren kann, international gut vernetzt ist und gute Beziehungen in die massenmediale Öffentlichkeit hat.

Das ist alles relativ gut bekannt und kann hier nur angedeutet werden. Möglicherweise noch interessanter sind die Auswirkungen, die in den vergangenen Jahrzehnten von Megathemen der medialen gesellschaftlichen Selbstdiagnose ausgegangen sind, weil sie ein neues und anderes Verhältnis zwischen (medialisierter und politisierter) Wissenschaft und Gesellschaft anzeigen. Ich denke an Komplexe wie Gentechnik, Ökologie, Klimawandel, Hirnforschung, die in den Hierarchien der gesellschaftlichen Aufmerksamkeit ganz oben stehen (oder standen) und massive Auswirkungen auf die Organisation und Wahrnehmung der Wissenschaft haben und hatten.

Während die Meteorologie bis vor wenigen Jahren ein ressourcenarmes Nischenfach ganz ohne öffentliche Wahrnehmung gewesen ist, hat sie die globale medienöffentliche Debatte über den menschlich induzierten Klimawandel in kürzester Zeit zu einem wissenschaftlich-politischen Megaakteur aufgepustet, der über fast unbegrenzte Ressourcen kommandiert, sowohl materielle als auch vor allem aufmerksamkeitsökonomische. Aber auch über enormes Druckpotential gegenüber der Politik. Ein

Klimaforscher, der heute nicht täglich in den Medien zu hören oder sehen ist, der macht irgendetwas falsch. Die Folgen sind vielfältig, man kann z. B. seine mediale Prominenz innerfachlich zur Geltung bringen. Gleichzeitig hat dieser kometenhafte Aufstieg der Klimaforschung aber auch die öffentliche Skepsis, das Misstrauen gegen Wissenschaft und Forschung befeuert und den Beobachtern klar gemacht, was eine allzu dichte Kopplung zwischen medialer Problemwahrnehmung und politischer Ressourcenallokation de facto bedeutet. Alle für Entwicklung und Ressourcen des Faches wichtigen Debatten werden auf dem Forum der medialen Öffentlichkeit ausgetragen, nolens volens wird jeder Klimaforscher zu einem Akteur, der sich genau überlegen muss, wie viel Fachlichkeit er sich in seinen öffentlichen Äußerungen eigentlich noch erlauben kann. Die öffentliche Debatte ist binarisiert und polarisiert zwischen Anerkennung und Leugnung, Dramatisierung und Bagatellisierung des menscheninduzierten Klimawandels. Jede esoterische fachliche Äußerung wird exoterisch der einen oder der anderen Seite zugeschlagen, einschließlich des jeweiligen Sprechers. Und mit einem Male wird deutlich, dass wissenschaftliche Disziplinen an einem medienöffentlich für relevant gehaltenen Problem andocken müssen, um Ressourcen und Macht zu erhalten. Dieser Zusammenhang schürt aber Misstrauen, denn er zwingt die wissenschaftlichen Akteure in das Feld der Aufmerksamkeitsökonomie, wo eine völlig andere Logik bedient werden muss als in der Fachkommunikation. Der Klimawandeldiskurs zeigt vor allem die Effekte, die mit falschen Katastrophenprognosen einhergehen. Wer eine Katastrophe ankündigt, der hat natürlich die mediale Aufmerksamkeit, aber wenn sie nicht eintritt, dann hat er seine Glaubwürdigkeit und Reputation verspielt. Überdies ist mit Gewöhnungseffekten zu rechnen. Unser medialer Horizont ist derart dicht mit drohenden Katastrophen umstellt, dass wir verzweifeln müssten, wenn wir ihnen allen unsere Sorge und Aufmerksamkeit widmen würden. In diesem Sinne erwartet der Bielefelder Wissenschaftssoziologe Peter Weingart, dass in Kürze Gewöhnungseffekte gegenüber „wissenschaftlichen“ Bedrohungsszenarien eintreten werden (Weingart 2001: 273).

Dieser Nexus gilt nicht nur für so spektakuläre Fälle wie die Klimaforschung, er gilt z. B. auch für die Pädagogik, wo die so genannte empirische Bildungsforschung mit ihren Testbatterien mittlerweile alle Ressourcen abräumt, weil sie die PISA- und Rankingängste bedient und verspricht, Kriterien und Rezepte zu liefern, mit denen man im öffentlichen Wettbewerb der Bildungssysteme besser abschneidet.

Bei den Beobachtern wächst währenddessen der Verdacht, die Disziplinen betrieben vor allem ihre eigene Image- und Ressourcensicherung, indem sie an öffentlich dramatisierten Problemen andocken, es entsteht der Eindruck, sie seien eben „ganz normale“ Vertreter ihrer eigenen Interessen im allgemeinen Macht-, Aufmerksamkeits- und Geldspiel und keineswegs die Autoritäten und Wahrheitslieferanten, als die sie (noch) gelten. Kurz: Das Misstrauen wächst in dem Maße, als die Wissenschaften sich den Regeln medialer Aufmerksamkeitsökonomie unterwerfen, ein öffentliches Problemlöser-Image pflegen und nicht mehr als strikte Wahrheitssucher wahrgenommen werden, sondern als Akteure, die zuerst ihre eigenen Existenz- und Ressourcensicherung betreiben.

Peter Weingart schreibt über die absehbaren Folgen dieses Strukturwandels im Verhältnis von Wissenschaft und Öffentlichkeit:

Jenseits nostalgischer Kulturkritik drängt sich die Frage auf, ob die Wissenschaft als Institution völlig unbeeinflusst davon bleiben wird, dass sie sich der Öffentlichkeit mit den Mitteln und in der Symbolsprache kommerzieller Werbung anzupreisen und Akzeptanz zu gewinnen sucht. Die konservativste Vermutung ist, dass sie von der umworbenen Öffentlichkeit auch in den Kategorien kommerzieller Werbung wahrgenommen werden wird. (Weingart 2001: 246f).

Im fraglichen Kontext sehen manche Wissenschaftsforscher bereits einen galoppierenden Prestigeverlust wissenschaftlicher Experten in der allgemeinen Öffentlichkeit. Philipp Kitcher schreibt (in Hagner 2012: 211f), in den letzten Jahrzehnten sei

die Autorität der wissenschaftlichen Experten „drastisch zerrüttet“ worden:

Dafür ist keine bestimmte philosophische Bewegung verantwortlich – das postmoderne Denken wird ja nicht mit dem Trinkwasser verabreicht. Ebenso wenig liegt es daran, dass der schlüssige Nachweis für die Unzuverlässigkeit wissenschaftlicher Ergebnisse erbracht worden wäre. Schuld ist vielmehr erstens der auf Wissenschaftler ausgeübte Zwang, sich zu dringlichen Fragen zu äußern, ehe ein klar artikulierter Konsens gegeben ist, der in unkomplizierter Sprache vorgestellt und begründet werden kann. Zweitens die Funktionsweise der „Prestigewirtschaft“, die den Verfahrensweisen wissenschaftlicher Gemeinschaften zugrunde liegt; und drittens die unvermeidliche Vermischung von wissenschaftlicher Arbeit und Werturteilen.

[ 4 ] Wechselwirkung zwischen esoterischer  
und exoterischer Wissenschaft

Besonders interessant sind die Wechselwirkungen zwischen der „esoterischen“ Währung innerfachlicher Reputation und der „exoterischen“ Währung allgemeiner, interdiskursiver Bekanntheit und Relevanz. Je nach Thema, Fach und Zeitverhältnissen können sie sehr unterschiedliche Formen annehmen. Denken Sie an den Fernsehhistoriker Guido Knopp, dessen allgemeine Bekanntheit wahrscheinlich die jedes „wirklichen“ Historikers weit übersteigt. Wenn Sie aber einen „wirklichen“ Historiker nach Guido Knopp fragen, ist es wahrscheinlich, dass Sie eine höhnische Bemerkung oder eine unanständige Fingergeste zu hören bzw. zu sehen bekommen. In diesem Falle lässt sich die außerfachliche Reputation nicht in innerfachliche Macht oder Reputation umsetzen. Es gilt dann, was – weiter oben schon zitiert – Bourdieu einmal paradox und lehrreich so formuliert hat: Ein guter Historiker ist jemand, den gute Historiker für einen guten Historiker halten. Das System des esoterischen Reputati-

onserwerbs ist geschlossen und reflexiv. Aber die Diffusion der im engen Sinne fachlichen Fragen in den exoterischen bzw. interdiskursiven Raum ist bereits angelegt in den Mechanismen, die fachliche Karrieren und Ressourcenbeschaffung antreiben: Man sucht Anschluss bei Problemlagen mit hohem öffentlichem Aufmerksamkeitswert.

Ganz anders der exoterische Ruhm. Er ist ganz eng mit den Mechanismen der massenmedialen Aufmerksamkeitsökonomie verzahnt. Das Quantum öffentlicher Aufmerksamkeit für ein bestimmtes Problem lässt sich aber unter beschreibbaren Umständen gewissermaßen einwechseln in Ressourcen disziplinärer Machtentfaltung. Ein Beispiel: Seit dem sogenannten PISA-Schock, also seit etwa zehn Jahren, erleben wir einen spektakulären Aufstieg der empirischen Bildungsforschung. Sie hat alle ihre innerfachlichen Konkurrenten restlos abgeräumt mit dem werbewirksamen Versprechen, dass sie herausfinden könne, woran es liegt und was man dagegen tun kann. Das ist ein Beispiel für die „Übertragung“ von exoterischer Aufmerksamkeit in fachlich-disziplinäre Macht und Ressourcenreichtum.

Populäre Wissenschaft s.str. ist Wissenschaft für Nichtfachleute, also für breite Kreise erwachsener, allgemein gebildeter Dilettanten. Sie ist demgemäß nicht als einführende Wissenschaft aufzufassen, da gewöhnlich nicht ein populäres Buch, sondern ein Lehrbuch die Einführung besorgt. Charakteristisch für eine populäre Darstellung ist der Wegfall der Einzelheiten und hauptsächlich der streitenden Meinungen, wodurch eine künstliche Vereinfachung erzielt wird. [...] Endlich die apodiktische Wertung, das einfache Gutheißen oder Ablehnen gewisser Standpunkte. Vereinfachte, anschauliche und apodiktische Wissenschaft – das sind die wichtigsten Merkmale exoterischen Wissens. Anstelle des spezifischen Denkwanges der Beweise, der erst in mühsamer Arbeit herauszufinden ist, entsteht durch Vereinfachung und Wertung ein anschauliches Bild. Der Gipfel, das Ziel populären Wissens ist die Weltanschauung. (Fleck 1980: 149)

Das Bedürfnis nach Orientierungssicherheit, das die Triebkraft unseres säkularisierten Wissenschaftsglaubens bildet, wird nur durch die einfache und anschauliche und populäre Form des exoterischen Wissens befriedigt. Und was wir gegenwärtig im Wissenschaftssystem beobachten, das ist die schrittweise Kolonisierung fachlicher Eigenlogiken durch exoterischen (also eigentlich feldfremden) Außendruck.

Das Schielen auf die Logik der Erzeugung öffentlicher Aufmerksamkeit, die dann wiederum im Konkurrenzkampf um Ressourcen eingesetzt werden kann, hat mittlerweile beträchtliche Ausmaße. So hören wir, wenn es um biogenetische Forschung geht, wie von einer Endlosschleife den Satz, das alles werde irgendwann einmal in neue Medikamente und Behandlungstechniken, in der Überwindung bedrohlicher Krankheiten etc. münden. Auffallend ist indessen, dass all das bisher nicht einmal ansatzweise erkennbar ist. Man hat den Eindruck, die Forscher greifen einfach auf die aufmerksamkeitspolitischen „frames“ der Massenmedien zu (Weingart 2001: 250) und wecken Erwartungen, von denen sie genau wissen, dass sie auf absehbare Zeit vollkommen unrealistisch sind. Weingart schreibt:

So werden abzuwendende globale Katastrophen, Hoffnungen auf neue Medikamente und Behandlungstechniken oder die Chance, grundlegende Menschheitsprobleme zu lösen, beschworen, die mediale Aufmerksamkeit erringen und im Konkurrenzkampf um knapper werdende Ressourcen als Legitimationsbasis dienen können. Diese Strategie greift vor allem dort, wo der wissenschaftsinterne Mechanismus der ‚peer review‘ an Bedeutung verliert und direktere politische Entscheidungen die Ressourcenzuweisung bestimmen. (Weingart 2001: 250)

Wiederum gilt diese „Wissenschaft-Medien-Kopplung“ (Weingart) banalerweise nicht bloß in den Fächern, in denen die ganz großen Themen und Geschäfte verhandelt werden, sondern auch im Klein-Klein der Geistes- und Sozialwissenschaften. Wenn die Medien z. B. einmal das Problem „Computerspiele und Jugendgewalt“ entdeckt und öffentlich skandalisiert haben, dann

entsteht unweigerlich eine „Forschungslücke“, in der ein findiger Sozialwissenschaftler oder Pädagoge dann seine Nische baut. Sinn für mediale Themen und Logiken wird dann auch bei Wissenschaftlern zu einer interessanten Kompetenz.

Hier wird der mediale Aufmerksamkeitsmechanismus eingesetzt, um ein wissenschaftssoziologisch bekanntes Problem in der kommunikativen Reproduktion der Disziplinen zu „lösen“. Bekanntlich bleiben gut 50% aller wissenschaftlichen Artikel ganz ohne Anschlusskommunikation, sie werden niemals zitiert und sind daher kommunikativ so gut wie nicht vorhanden. Doktoranden wissen ein Lied davon zu singen, wenn ihre Qualifikationsarbeiten womöglich nicht ein einziges Mal rezensiert werden und die Gutachter die einzigen Leser bleiben. Umgekehrt weiß man, seit man Zitierungen zählt, dass gut 80% aller Zitate aus lediglich 20% aller veröffentlichten Texte stammen. Das Andocken an einem Problem mit medienöffentlicher Aufmerksamkeit sichert demnach dem Nachwuchswissenschaftler wenigstens die mediale Resonanz und ist somit auch karrieretechnisch empfehlenswert.

## [ 5 ] Schluss

Die Behauptung, Wissen sei Macht, ist auf eine reichlich vertrackte Weise wahr. Ursprünglich gedacht zur Ermächtigung der Machtlosen, die sich durch Aufklärung und Wissenserwerb in der Gesellschaft hocharbeiten sollten, ist Fachwissen in einem umfassenden Sinne Herrschaftswissen geworden. Nicht nur in dem vor allem bei Foucault untersuchten Sinne, dass die Wissensordnungen der Zeit mit institutionalisierter oder individualisierter Disziplinarmacht verflochten sind, sondern auch in dem Sinne, dass die Wissenschaften in einer „verwissenschaftlichten Gesellschaft“ als Legitimationsquelle für politisches Handeln erhalten und diesem den Anschein außerpolitischer Richtigkeit und machtfreier Wahrheit verleihen.

Die paradoxen Gegenwirkungen dieser Konstellation zeichnen sich bereits ab. In der medial öffentlichen Kommunikation

werden zugleich die Wissenschaften vergesellschaftet, als „eigensinniges“ Funktionssystem werden sie geschwächt, aber eben auch entzaubert und auf ihre Relevanz befragt. Unter demokratisch wünschenswerten Bedingungen müssten Politik und Wirtschaft eigentlich nicht an Kolonisierung der Wissenschaft, an Brechung ihrer Eigenlogik, interessiert sein, im Gegenteil: eine möglichst autonome, unabhängige Instanz von Reflexion, Kritik, Distanz, desinteressierter Wahrheitssuche und Skepsis gegenüber allen Vereinnahmungsversuchen wäre gewiss im allgemeinen Interesse. Voraussetzen würde das innerhalb der Disziplinen eine Art Ethos des Störens und Unbequem-Seins. Ungefähr das Gegenteil also eines glatten, gefälligen und einwandsimmunen *mission statements* wie „Zukunft menschlich gestalten“.

Dass Wissen Macht ist, zeigt sich mittlerweile als Teil des Problems. Wir brauchen jetzt Wissen, das in der Lage ist, Macht zu kontrollieren und zu begrenzen. Die Tatsache, dass die staatlichen Akteure die hübsche Formel von der „Autonomie“ der Universitäten dazu verwendet haben, sich als Garantmacht der Neutralität und Eigenständigkeit der Wissenschaften zurückzuziehen und sie dem (wie es so schön heißt) freien Spiel der Marktkräfte zu überlassen, zeigt unmissverständlich, wohin die Reise geht. Von einer an Gesamtinteressen gebundenen Reflexionsinstanz werden die Wissenschaften zu einem „Teil der Wertschöpfungskette“. Der Rückzug des Staates zieht sie schrittweise in den Geltungsbereich des Privatrechts, so dass sie, obwohl steuerfinanziert, ihre Ergebnisse geheim halten und privat verwerten können. Bereits jetzt gibt es zahllose Forschungsk Kooperationen, bei denen öffentliches Geld privat verwertetes und geheim bleibendes Wissen fördert.

Es gehört in diesen Tagen zum guten Ton, von der „Wissengesellschaft“ zu schwadronieren und von dem Umstand, dass Wissen in der Zukunft die wichtigste Ressource für ökonomische Innovationen sein wird. Hinter dieser vermeintlichen Aufwertung der Wissenschaft verbirgt sich de facto ihre Unterwerfung unter die Imperative der Ökonomie. Es soll zukünftig nur noch das Wissen zählen, das verwertungsträchtig ist. Schon heute ist es allgemein bekannt, dass die Pharmafirmen nur noch in Medi-

kamente für Krankheiten investieren, für die hinreichend viele zahlungskräftige Patienten verfügbar sind. Die Wohlstandskrankheiten des imperialen Zentrums sind da viel lukrativer als die bedrohlichen Krankheiten der Peripherie, deren Opfer gar nicht genug Knete haben. Da muss man womöglich noch riskieren, dass alsbald moralischer Druck aufgebaut wird, frühzeitig billige Generika zuzulassen, was nur den erwarteten Gewinn schmälert.

Es gibt auch kaum Zweifel daran, dass der Glaube an einen naturwüchsigen wissenschaftlichen Fortschritt (ein Modus, in dem man irgend etwas *noch nicht* endgültig sicher weiß!) in den Orientierungsbedürfnissen der Individuen den Platz eingenommen hat, an dem ehemals die Hoffnung oder Gewissheit auf ein ewiges Leben nach dem Tode stand. Die Wissenschaften haben sich, nachdem sie in der Aufklärung die Religion vom Thron geschubst hatten, selbst auf diesem niedergelassen. Insofern muss ein blinder Glaube an die Wissenschaft ebenso kritisiert werden wie die Unterwerfung von Forschung und Lehre unter ökonomische und aufmerksamkeitspolitische Imperative. Die *taz* hatte neulich einen hübschen Artikel, dessen Autor doch tatsächlich bemerkt hatte, dass es mit einem Male die Genetiker und Biochemiker sind, die vom ewigen Leben und der Überwindung des Todes sprechen, wenn sie z. B. nach den Genen forschen, die den Alterungsprozess steuern – das ewige Leben ist in der Tat ein Thema, das bisher den Religionen vorbehalten war.

Peter Weingart resümiert die zunehmende Verflechtung und Kopplung der Wissenschaften mit den anderen gesellschaftlichen Funktionsbereichen folgendermaßen:

In dem Maß, in dem wissenschaftliches Wissen eine ubiquitäre Nützlichkeit gewinnt und dementsprechend weit Verwendung findet, schlagen die Erwartungen an diese Nützlichkeit auch ‚nach innen‘ durch: Die Wissensproduktion orientiert sich am Markt, an der Politik, an den Medien. Im Sinne dieser Wechselseitigkeit der Erwartungen bedeutet *Verwissenschaftlichung* der Gesellschaft eben zugleich immer auch *Ökonomisierung, Politisierung und Medialisierung* der Wissenschaft. (Weingart 2001: 124)

Das einfach zu beklagen, als Korruption und Instrumentalisierung der Wissenschaften, bliebe notwendig folgenlose Kulturkritik. Es wird darauf ankommen, das Bewusstsein davon zu verstärken, dass – trotz der herrschenden Legitimationspraxis durch pseudowissenschaftliche Sachzwänge – die Wissenschaften uns eben durchaus nicht sagen können, was wir wollen sollen. Erst dann, wenn wir wirklich wissen, was wir wollen, dann können wir die Wissenschaftler fragen, was wir tun müssen, um diese Ziele zu erreichen, mit welchen Bedingungen und Widerständen wir zu rechnen haben werden.

Das Wissen war zu allen Zeiten für die Ansichten jeweiliger Teilnehmer systemfähig, bewiesen, anwendbar, evident. Alle fremden Systeme waren für sie widersprechend, unbewiesen, nicht anwendbar, phantastisch oder mystisch. Wäre es nicht an der Zeit, einen weniger egozentrischen, allgemeineren Standpunkt einzunehmen und von vergleichender Erkenntnistheorie zu sprechen?

(Fleck 1980: 34)

## Literatur

- Fleck, Ludwik (1980 [1935]): *Entstehung und Entwicklung einer wissenschaftlichen Tatsache. Einführung in die Lehre vom Denkstil und Denkkollektiv*. Frankfurt/M.: Suhrkamp.
- Fleck, Ludwik (2011): *Denkstile und Tatsachen. Gesammelte Schriften und Zeugnisse*. Herausgegeben von Sylwia Werner und Claus Zittel. Berlin: Suhrkamp.
- Hagner, Michael, Hg. (2012): *Wissenschaft und Demokratie*. Berlin: Suhrkamp.
- Hoffmann, Roald et al. (2009): *Sprache, Lügen und Moral. Geschichtenerzählen in Wissenschaft und Literatur*. Frankfurt/M.: Suhrkamp.
- Weingart, Peter (2001): *Die Stunde der Wahrheit? Zum Verhältnis der Wissenschaft zu Politik, Wirtschaft und Medien in der Wissensgesellschaft*. Weilerswist: Velbrück.



## | 1968 als umkämpfter Erinnerungsort (und als Zurechnungsadresse)

### [ 1 ] Vorab

1968 ist auch 50 Jahre nach dem Bezugsdatum ein umkämpfter und umworbener Erinnerungsort. Wer dieses Jahr im Zeichen von 1968 an die Öffentlichkeit drängt, der hat gute Chancen auf mediale Aufmerksamkeit. Kein Wunder, dass die üblichen Verdächtigen einmal mehr zuschlagen. Und dass neue Akteure auf den Markt der Aufmerksamkeit drängen.

Einmal mehr treten die Zeitzeugen in den Ring, mit der Autorität derjenigen, die dabei gewesen sind. Ihre Rolle im Diskurs ist (mit der treffenden Formulierung von Sylvia Bovenschen) die des „Hüters der Ereignisse“. Als Historiker sind sie immer auch mit ihren gegenwärtigen Selbstbildern und Identitäten im Spiel – aber das trifft selbstverständlich auch auf die später geborenen Historiker zu, die sich gegenüber den „Dabeigewesenen“ profilieren müssen.

Wolfgang Kraushaar, Inhaber eines zeitgeschichtlichen Großbetriebs beim Hamburger Institut für Sozialforschung, ist dick im Geschäft. Vom Zeitungsaufsatz (SZ vom 25. April 2018) über das Reclambändchen aus der Reihe „100 Seiten“ bis zum (angekündigten) illustrierten Vierbänder über „Die 1968er Bewegung international“ ist er überall dabei. Und dabei haben wir den Klett-Cotta-Band über „Die blinden Flecken der 1968er Bewegung“ noch nicht einmal erwähnt. Heinz Bude, ebenfalls Zeithistoriker und ebenfalls aus dem Umkreis des Hamburger Instituts stammend, hatte bereits in den 1990er Jahren unter dem Titel „Das

Altern einer Generation“ längere Interviews mit einigen Protagonisten von 1968 geführt und ausgewertet, die er nun unter dem hübschen Titel „Adorno für Ruinenkinder“ recyclet und neu auswertet. Leggewie (2018) gibt seine Version vom zwischenzeitlich heimatlosen Antikapitalismus unter dem Titel „Kein Sozialismus ist auch keine Lösung“. Krippendorf (2008) erzählt die Geschichte von der Warte des kämpferischen Politikwissenschaftlers, der mit einigen Kollegen das Berliner Otto-Suhr-Institut erobert und zu einem Zentrum linker Theoriebildung macht.

Neu auf den Markt drängen feministische Deutungen von 1968. Adamczak (2017) argumentiert in ihrem Vergleich zwischen der Oktoberrevolution 1917 und 1968 (ein Vergleich, der aus meiner Sicht nicht ganz unproblematisch ist!), 1968 sei in erster Linie eine Bewegung der Verflüssigung und Auflösung erstarrter Verhältnisse zwischen den Geschlechtern gewesen, eine Bewegung der Pluralisierung und Differenzierung homogenisierter Beziehungsformen (Tenor: von der Großfamilie und der Kleinfamilie über die WG zum Single-Haushalt). Auch Hodenberg (2018) behauptet im Rückblick, 1968 sei in Wirklichkeit weiblich gewesen, wogegen Kraushaar (2018) m.E. zurecht daran erinnert, dass eine starke Frauenbewegung sich erst 1971 im Kampf um die Abschaffung des § 218 konfiguriert habe. Die größte Demonstration gegen den Abtreibungsparagraphen habe 1975 der *Kommunistische Bund Westdeutschland* auf die Straße gebracht, der nicht gerade ein Hort des Feminismus gewesen ist.

Anders als vor zehn Jahren zum 40. Jahrestag sind heuer die medienöffentlichen Umkodierungsversuche auf Krawall, Straßenschlachten, RAF, ja auf „linken Faschismus“ (hierzu Bollenbeck 2008), jedenfalls aus den Mitte-Medien weitgehend verschwunden. Vor zehn Jahren hatte sich noch ein Götz Aly in der *Frankfurter Rundschau* an solchen (aufmerksamkeitspolitisch natürlich äußerst vorteilhaften!) Versuchen beteiligt. Heute ist dieser Motivkreis in die Medienszene der Neuen Rechten abgewandert, deren Reichweite sich freilich seither vervielfacht hat. Wer will, kann sich da das Lied von der „rot-grün versifften 68er Republik“ anhören.

Kurz: Lernen lässt sich aus der erneuten Geschäftigkeit um 1968 vor allem, dass die Optik der Gegenwart mit ihren aktuellen Fronten und Gruppierungen in jeden Historisierungsversuch (mehr oder minder unkontrolliert) einschießt. 1968 ist eine Zurechnungsadresse geworden (und das schon seit 1978). Das versteht sich, weil man das Vergangene ja durchaus im Lichte dessen betrachten kann und soll, was später daraus geworden ist. Damit man aber die Dinge nicht zu gradlinig in den Realität gewordenen Folgen auflöst, ist es vielleicht nützlich, mit ein paar ganz evidenten Widersprüchen zu beginnen. In diesen Widersprüchen bleibt am ehesten erhalten, was 1968 ausgemacht hat. Wenn wir indessen schauen, was sich historisch durchgesetzt hat von den 1968er Anliegen, dann werden wir sehen: Es war in erster Linie das, was mit der Modernisierung und Globalisierung des neoliberalen Kapitalismus einigermaßen kompatibel war.

## [ 2 ] Zur Szene

Zur „Szene“ der späten 1960er Jahre gehört die Erfahrung (und Gewissheit), dass an vielen Ecken und Enden der Welt vieles in Bewegung geraten ist. Wilde Streiks erschüttern die europäischen Ökonomien – und das, nachdem die Gewerkschaften bereits in den frühen 60er Jahren erhebliche Lohnzuwächse erkämpfen konnten. Es war weltweit „viel los“, schreibt Adamczak (2017: 11): Befreiungsbewegungen, antikoloniale Regimewechsel, die kubanische Revolution, der Krieg in Vietnam und dann in ganz Indochina, Chile, Angola, Mozambique, die Revolte der Schwarzen in den USA, das Free-Speech-Movement in Berkeley, die Zerschlagung des Prager Frühlings durch die Truppen des Warschauer Paktes.

Aber nicht nur in der großen Politik, auch sonst war „viel los“: Eine rebellisch anmutende Popkultur mit großen Festivals („Three days of love, peace, and music“), wildes experimentelles Kino, allerlei Subkulturen mit Drogen, allenthalben blühen Kinderläden, Elterninitiativen, antiautoritäres Gedankengut, alternative Lebensformen, WGs. Schon länger ist die literarische

Kultur „engagiert“. Nichts bleibt, wie es ist. Das ist der vorherrschende Eindruck, das Lebensgefühl. Die ganz große Weltpolitik und die ganz kleinen Emanzipationen aus den Zwängen des Alltagslebens, all das rückt ziemlich eng zusammen (um dann freilich in den 1970er und 1980er Jahren wieder auseinanderzulaufen). Und der vorherrschende Eindruck, das vorherrschende Zeitgefühl, ist: Es geht voran, mehr Leute mischen sich ein. In Frage gestellt wird so ziemlich alles Überkommene: Staat, Familie, Autorität, Kultur. Das (inzwischen längst wieder normalisierte) Stigmawort für alles Etablierte wird das Adjektiv *bürgerlich*.

Ein paar Widersprüche:

[ a ] 1968 kommt als „Studentenbewegung“, das ist jedenfalls die erste Medienchiffre, die zirkuliert (vielleicht auch nur, weil man Studenten – im Vergleich zur „arbeitenden Bevölkerung“ – leicht als privilegierte Müßiggänger kodieren kann, bis heute übrigens): die sprichwörtliche „kleine radikale Minderheit“. Tatsächlich dürfte es vorher und nachher in der deutschen Geschichte nie wieder öffentliche Milieus gegeben haben, die stärker entmischt und vielfältiger waren als die Szenen der späten 60er und frühen 70er Jahre. Es gab ja nicht nur den SDS, sondern alle möglichen Treffs, Lokale, Szenen, in denen (außer Schülern und Studenten) Subkulturen, Randgruppen, Politisierte aus allen möglichen Soziallagen sich trafen, tranken und diskutierten – allerdings ganz überwiegend aus der jüngeren Generation.

[ b ] Charakteristisch für „die 68er“ ist einesteils eine heute ganz unglaublich anmutende Obsession mit Fragen der Theorie, der Analyse, der „richtigen“ Modellbildung, ein Intellektualismus mit eingebautem Überbietungsgestus und mit Widerlegungsobsessionen. Es dominiert der Typus des „universellen Besserwissers“. Und es scheint einmal mehr um die „reine Lehre“ zu gehen. Das *Bewusstsein* (es gibt immer ein *richtiges* und ein *falsches*, das sind zweifellos Folgen der Frankfurter Schule) wird regelrecht zum Fahnenwort. Man schlägt sich hoch detaillierte Theorien um die Ohren. Die Buchauflagen intellektuell höchst

anspruchsvoller Theoretetexte betrogen leicht das Hundertfache heute üblicher Zahlen. Konservative Analytiker (Kondylis 2001 und öfter) sehen in diesem Habitus eine Endmoräne des zutiefst bildungsbürgerlichen Weltbildes, das gerade die marxistischen Meinungsführer der 68er geprägt habe (und ich meine: Kondylis hat recht).

Was allerdings auch nicht recht zusammenpassen will, das ist die anti-autoritär selbstbewusste Kritikbereitschaft der intellektuellen 68 gegenüber allem und jedem und ihr Vertrauen in die Autorität der Schriften und Theorien einiger intellektueller „Überväter“ (Bollenbeck 2008) wie Marx, Engels, Freud. Zu denen sich dann in den maoistischen Kleinmilieus der 70er Jahre noch Mao Tse Tung und Enver Hoxa gesellten!

Auf der anderen Seite und nicht minder charakteristisch war der ausgeprägte Hedonismus in den diversen Szenen. Man isst und trinkt gerne gut, fährt nach Frankreich und Italien, ist Konsumpionier auf vielen Feldern und schätzt das gute Leben. [Das Etikett „Kohlsuppenkommunist“ habe ich mir mal zugezogen von einem äußerst genussfreudigen 68er].

Schon in den 70er (und erst recht in den 80er) Jahren trennen sich diese Szenen. Die asketischen Kämpfer gehen „in die Betriebe“, versuchen richtige Arbeiter zu werden – meist im Umkreis der (maoistischen, „anti-revisionistischen“) K-Gruppen, aber durchaus auch in der DKP. In den frühen Öko-Milieus der späten 70er gibt es sowohl Asketen als auch Genießer. Später kommt die Rede von der „Toscanafraktion“ auf etc., und aus den kargen Bioläden der Frühzeit werden kulinarische Tempel.

Eng verbunden mit der Theorieobsession der 68er war ihre durchaus beträchtliche Breitenwirkung an den Universitäten, wo zahlreiche ihrer Protagonisten alsbald Karriere machen. Das wurde durch den Umstand erleichtert, dass zeitgleich der kräftige Ausbau und Neubau der westdeutschen Universitäten erfolgte – und deren soziale Öffnung. Ergo wurde viel neues Personal gebraucht und eingestellt. Bis in die 90er Jahre gab es in den Geistes- und Sozialwissenschaften starke linke und auch marxistische Positionen (hierzu genauer Lauerermann 2008).

Der (nur auf den ersten Blick) widersprüchliche Mix aus einer ausstrahlungsstarken und selbstbewussten Subkultur und einer politisierten und kämpferisch-antiautoritären Intelligenz ist verantwortlich für die originellen und spektakulären politischen Kampfformen der frühen 68er: Sit-ins, Blockaden, das Übernehmen und Umdrehen öffentlicher Veranstaltungen, die Revitalisierung der Traditionen des zivilen Ungehorsams, schlagende Sprüche, Parolen, politisierte Konzerte und Kulturveranstaltungen etc. Diese Lust an der politischen Aktion, am kollektiven Handeln im emphatischen Sinne des Wortes, an der Unterbrechung der „normalen“ Abläufe, hat allein Hannah Arendt (1972) an der Studentenbewegung gesehen und analysiert.

[ c ] Zur Theorieobsession in erheblichem Widerspruch stehen die zweifellos dominierenden moralischen Antriebskräfte der 68er Bewegung. Empörung über den US-Krieg in Vietnam, über Napalmangriffe auf wehrlose Dörfer (die Bilder trug das Fernsehen in jedes Wohnzimmer), Empörung über den Schah von Persien (und seine Jubelperser-Schlägertruppe), Empörung über die weiter nach oben führenden Karrieren zahlloser NS-Täter, Empörung über die Bigotterie der Elterngeneration, den Mord an Benno Ohnesorg, über die Springer-Hetzpresse etc. Das eklatante moralische Versagen der Elterngeneration erzeugt einen ausgeprägten und reaktiven Moralismus.

[ d ] Im einigermaßen widersprüchlichen Motivmix der Akteure von 1968 findet sich immer neben der „großen Politik“, deren Formen demokratisiert, den etablierten Eliten entrissen, durch Beteiligung weiterer Kreise kontrolliert werden sollten, auch die „Arbeit am Selbst“. Unter den Stichworten „Emanzipation“, „Selbstverwirklichung“ etc. sollen die eigenen Bedürfnisse, Wünsche, das eigentliche Selbst freigelegt werden. Hier ist Kraushaar (2018) durchaus zuzustimmen.

## [ 3 ] Drei Zugänge

Der Soziologe Helmut Schelsky war ein kluger Mann. Als die CDU sich im Bundestagswahlkampf 1980 anschickte, die alten „Freiheit statt Sozialismus“-Plakate aus dem Keller zu holen, da gab er stattdessen einen Rat, der Zukunft hatte. Man solle doch besser, da nun einmal die von den Konservativen als gemeinschaftsfeindlich und hedonistisch gezeißelte „Selbstverwirklichung“ des Individuums einen hohen und allgemein akzeptierten Wert bilde, das freie Unternehmertum als Inbegriff einer solchen erfolgreichen „Selbstverwirklichung“ oder „Emanzipation“ präsentieren und gewissermaßen programmatisch und verbindlich machen. Das hat man 1980 noch belächelt. Als dieser Rat schließlich auf der ganzen Linie von den Inhabern politischer und ökonomischer Macht beherzigt wurde, war Schelsky schon lange tot. Die 80er Jahre waren das Trainingslager dieser Machttechnik, der Zusammenbruch des Staatssozialismus war ihre Bewährungsprobe. Seitdem haben wir sie am Hals und wissen nicht mit ihr umzugehen. Wir sind umstanden von den Wiedergängern unserer eigenen Parolen: Für „Kreativität“, „Autonomie“ und „Praxisrelevanz“ brauchen wir nicht mehr zu kämpfen. Der Staat und die Wirtschaft fordern diese Eigenschaften von uns. „Aus der Hochschulreform, die die Studenten einmal gefordert hatten, war eine Hochschulreform geworden, mit der die Regierung drohte“, schreiben Heinzen & Koch (1985: 49). Und seit den 90er Jahren empfiehlt selbst die bayrische „Kommission für Zukunftsfragen“ (unter Beteiligung von Ulrich Beck) den politischen und wirtschaftlichen „Entscheidungsträgern“ (wie es so schön heißt) das Leitbild des unternehmerischen Selbst als absolut einwandsimmune Zukunftsfigur (Bröckling 2007: 57). Und in den vergangenen zehn Jahren ist das Lied mit den emanzipatorischen Leitthemen des neuen Unternehmertums immer schriller geworden: *kreativ, innovativ, divers und vielfältig, autonom, start up, Gründer* – das müssen wir heute mehr oder weniger alle sein. Kein Zweifel: Der neoliberale Selbstsorge-Imperativ ist ein (uneheliches) Kind der 68er, mit Vergnügen adoptiert von den Propagandisten des unternehmerischen Selbst, die den

konsumistischen Hedonismus ebenso zu schätzen wissen wie die Bereitschaft, lebenslang für den eigenen Markterfolg zu lernen – oder besser: zu strampeln.

Da wir den Salat nun einmal haben, lautet die Frage, wie wir ihn uns angerichtet haben (oder wer ihn uns angerichtet hat). Dieser Frage kann man sich auf verschiedene Arten nähern (bitte um Entschuldigung für das Proseminarhafte dieser Einleitung):

Drei Zugänge zur Analyse und Beurteilung von 1968 möchte ich stichwortartig unterscheiden. Folgende Titel schlage ich vor:

- 1) Der **Kreuzweg**, die Stationen der Brechung, die aus den (mehr oder weniger revolutionären) Wellen von 1968 ein kaum noch wahrnehmbares Kräuseln der Wasseroberfläche gemacht haben;
- 2) Nicht ganz zusammenfallend damit die Kette der **medialen Rethematisierungen** von 1968, vornehmlich zu medientypischen Anlässen wie den runden Geburtstagen 1988, 1993, 1998 und eben 2008 und 2018;
- 3) Schließlich die Bestandaufnahme der strukturellen **Veränderungen des Feldes** (oder der Felder), in denen die 68er aktiv waren und denen sie ihre Wirkungsgeschichte verdanken.

Die Punkte (1) und (2) fasse ich stichwortartig zusammen und komme dann kurz auf Punkt (3) zu sprechen.

[ 4 ] Der Kreuzweg: Stationen demolierter Hegemonie  
bzw. 50 Jahre mediale Rethematisierung von 1968

▷ In den frühen 70er Jahren ist immer noch „viel los“. Allerdings entmischen sich die zahlreichen Szenen und Strömungen der späten 60er zusehends. Bewegungen, Parteien, Bürgerinitiativen, teils mit sehr umfassenden, teils mit sehr punktuellen Zielen und Programmen. Es entsteht die Ökobewegung (mit zahlreichen Untergruppierungen), die Anti-AKW-Bewegung, die Frauenbewegung, in den späten 70ern dann die zwar lokale, aber mit erheblicher Ausstrahlung und Militanz operierende

Bewegung gegen die Frankfurter Startbahn West, die DKP ('68 gegründet) etabliert sich auf niedrigem Niveau, die maoistischen Parteien und Parteigründungsinitiativen auf noch kleinerem. Und, was sich als wichtig herausstellen wird: Es etabliert sich eine nicht unbedeutende alternative Wirtschaftsszene mit Bioläden, Biobauern, Aussteigerkommunen, alternativen Umzugskollektiven etc.

▷ Die erste Station des eigentlichen Kreuzweges ist natürlich der „deutsche Herbst“ des „Terrorismus“ und der RAF. Der Staat nimmt die Feinderklärung an und weitete sie qua „Sympathisantensumpf“ auch auf studentische, akademische, kulturelle Milieus aus, die bislang mit den potentiellen Kosten und Risiken des Dagegenseins relativ wenig Erfahrung gesammelt hatten.

▷ Im Jahr 1978 verbreitet sich nicht nur das Etikett „die 68er“ in der Öffentlichkeit, womöglich durch den Stichwortgeber Klaus Hartung, es formiert sich auch unter dem damals für durchaus provokant geltenden Titel „Mut zur Erziehung“ eine pädagogisch reaktionäre Fronde, die es in den Medien relativ weit bringt. Ich nenne sie hier nur als Symptom und Indiz dafür, dass der antiautoritäre Konsens gegen Ende der 1970er Jahre bröckelt und zerfällt, obwohl niemand daran zweifeln wird, dass die Folgen, die 1968 für die Kindererziehung in Schule und Familie hatten, nachhaltig und radikal waren.

▷ Im Jahr 1985 markiert ein in der Studentenpopulation ziemlich gut verkauftes Buch (80.000 Exemplare im ersten Jahr) mit dem Titel „Von der Nutzlosigkeit, erwachsen zu werden“, die heiter-depressive Lebenserfahrung der 1955 bis 1965 geborenen, die mit den 68er noch Werte und Orientierungen teilten, aber nicht mehr deren sichere Aufstiegschancen. Die Wege nach oben sind inzwischen eng und verstopft. „Lebenslange Jugendstrafe“ drohte den Zuspätgekommenen, die auch damals schon das Leben bestrafte. Die nicht eingestellten Lehrer fuhren Taxi oder gründeten alternative Umzugsunternehmen. Am Ende die-

ser enttäuschten Erwartungen steht allerdings noch der trotzige Vorsatz, weiterhin links zu bleiben und den Mund aufzumachen.

▷ Die nächste Station des Kreuzwegs wird bestimmt durch den ersten starken Schub für die diskursive Umkehrung der emanzipatorischen Motive. Es geht um die rasche Kommerzialisierung der bunt-kleinteiligen Alternativwirtschaft. Aus den Bioläden, Ökobauern und Umzugsklitschen werden Selbstunternehmer, die weißgott nicht mehr nur die Alternativszene adressieren. Dazu nur einen Satz von Bröckling:

Im Rückblick betrachtet erweisen sich die verschiedenen Ausfaltungen der Gegenkultur nach 1968 trotz ihrer antikapitalistischen Stoßrichtung als Labors unternehmerischer Verhaltensorientierung. Die Versöhnung von Leben und Arbeiten, welche die Alternativbewegung proklamierte, realisiert sich für die neuen Selbständigen als Ausgreifen der Arbeit in alle Lebensbereiche. Wichtig für die Genealogie des unternehmerischen Selbst ist der Hinweis auf die gegenkulturellen Wurzeln der neuen Selbständigkeit insbesondere, weil er repressionstheoretische Erklärungen der unternehmerischen Anrufung unterläuft. (Bröckling 2007: 58)

▷ 1988, im 20. Jahr nach der Studentenrevolte, war die veröffentlichte Meinung milde und versöhnlich. In Moskau regierte ein gewisser Gorbatschow. Man würdigte die Studentenbewegung als ein inzwischen historisches Stück der turbulenten Modernisierungsgeschichte des Landes.

▷ 1989/90, Kollaps, Implosion des Staatssozialismus (und wie die Sprachregelungen heißen mögen) nenne ich nur. Der „reale Sozialismus“, im Westen wahrgenommen als immer doch etwas monströser Klotz am Bein der Neuen Linken, bezeugte im Nachhinein, dass er doch auch erheblichen Auftrieb gegeben hatte. Aber da hatten die 68er den Kopf schon unter Wasser.

▷ Im Jahre 1993, es war das 25. Jahr des Kreuzweges, veranstalteten diverse Massenmedien Foren mit Titeln wie „Sind die 68er

an allem schuld?“ In diesem Jahr durften alle Schnellhistoriker ihre Notdurft an den 68ern verrichten. Titel wie der genannte indizieren, dass es sogar den empfindlicheren Vertretern der journalistischen Zunft zu viel wurde. In diesem Jahr, 1993, war die Repräsentanz der 68er in den Medien enorm, die Repräsentanz in der politischen Machelite geradezu lächerlich gering. Da gab es den freiberuflichen Frankfurter Dezernenten für multikulturelle Angelegenheiten und den unaufhaltsamen hessischen Umweltminister. Gleichwohl titelte E. Fuhr in der *FAZ* (27.3.93): „Alle sind 68er“, um danach zu konstatieren, die Folgen von 1968 lähmten bis heute die Republik. Ihr „neototalitärer Kern“ (Hermann Lübke) war ohne weiteres vereinbar mit ihrem pflichtfeindlichen „Hedonismus“ (Antje Vollmer), und auch das „vagabundierende Protestpotential“ (Kurt Sontheimer) war nicht ohne, und stand offenbar nicht im Widerspruch zum „intellektuellen Konformismus“ (E. Fuhr) der 68er. Kurz: Schon 1993 ging diskursiv eigentlich so gut wie alles mit den 68ern. Viel Steigerung schien nicht mehr möglich.

▷ Fast unbemerkt vollzieht sich in den 90er Jahren die weitgehende Refeudalisierung der Elitenreproduktion, der Übergang zu lückenloser Selbstrekrutierung und die Abschließung höherer Positionen gegen Personen, die nicht über den rechten Stallgeruch verfügen (Michael Hartmann hat das im einzelnen untersucht). Das dürfte, obwohl medial völlig absent, die folgenreichste (und wohl verflucht „nachhaltige“) Abwicklung der 68er gewesen sein. Sie ratifiziert den Statuswandel des reflexiven Bildungswissens von exemplarisch-exklusiv zur Selbstmarginalisierung im hegemonialen Konzert der Massendemokratie.

▷ Mit Michel Houellebecq (und seinem Roman „Elementarteilchen“) nimmt sich dann (im 30. Jahr – 1998) ein neuer Kultautor der letzten verbleibenden Erfolgsgeschichte der 68er an: der „sexuellen Befreiung“, die freilich schon seit Röhls *Konkret* und dem Flirt mit den *Sankt-Pauli-Nachrichten* nicht mehr ganz ungetrübt war. Nun geht es aber ernstlich zur Sache: Nachdem der

Autor warenförmige Libertinage und Sexmarkt im ersten Schritt kulturkritisch vorführt, erklärt er sie im zweiten umstandslos für eine Folge von Emanzipation, Feminismus und 68ern. Diese Vorlage wird allenthalben mehr oder weniger dankbar aufgenommen.

Zur Kreuzweg-Station von 1998 gehört natürlich auch die rot-grüne Schröder/Fischer-Regierung mit dem Kosovokrieg und der (späteren) Agenda 2010. Hier gibt es die Lesarten: die 68er seien jetzt „angekommen“ in den höchsten Machtpositionen vs. die konträre, die man zusammenfassen könnte mit der Formel: „angekommen schon – aber in welchem Zustand!“ Erst in der gegenwärtigen und jüngsten Runde bringt Heinz Bude auch die Agenda 2010 als ein spätes 68er-Projekt ins Spiel (darüber spottet Kraushaar 2018).

▷ Wir nähern uns rasch der Gegenwart: Die Schnellschieser unter den Feuilletonisten fangen bereits 2007 an, den nicht eben zahlreichen verbleibenden 68er Kreuzträgern auf ihre Dornenkronen zu schlagen und die Redeweisen und Deutungsmuster für den 40. Jahrestag in Umlauf zu bringen. Nur Götz Aly trägt inzwischen nicht mehr das Kreuz, sondern seit 2007 das Bundesverdienstkreuz. Allen voran ist Steinfeld mit dem schönen Bild des „Scheinriesen“ 1968 (jedem Fan von Lukas, dem Lokomotivführer wohl vertraut), der als „Vollzugsbeamter der Modernisierung“ nur fortgeführt habe, was sich schon lange aufgebaut und angedeutet habe. Nur Exorzisten und Angeber kämen überein in der Riesenhaftigkeit des Kolosses 1968, der sich bei näherer Betrachtung als ganz mickriger Zwerg entpuppen soll.

▷ Da in letzter Instanz alles öffentlich Abgewickelte mit dem NS enggeführt werden muss, konnte dieses Schicksal auch den 68ern nicht erspart bleiben. Den willigen Vollstrecker gibt (wie gesagt) 2008 Götz Aly in der *FR* (zugleich eine „Fähre“ beim Umbau der *FR* von der sozialliberalen Kritik zum Boulevard). Dazu ist kein Wort zu verlieren.

▷ Der Rest baut im Jahr 2008 auf die Engführung von RAF-Terror und Studentenrevolte. Die *BILD* notiert, der Selbstbetrug der 68er beherrsche noch heute das Leben in Deutschland „bis in dessen letzte Fasern“: Staatsgläubigkeit, kryptosozialistische Versorgungssysteme, Selbsthass, Identitätsverlust, das sei das Erbe von 1968.

▷ Was ist neu, wenn wir die gegenwärtige und letzte Station des Kreuzwegs im Jahr 2018 dazu nehmen? Nun, einiges ist bereits angekommen: Das harte 68er-Bashing ist übergegangen auf die explizit rechten Medien, deren Expansion ziemlich ungebremsst weiterläuft. Wenn wir die eher linke Rezeption betrachten, dann fällt auf, dass sie sich in zwei Linien zerlegen lässt. Einmal die (im weitesten Sinne) feministische, die es (im Einklang mit den im hegemonial liberalen Milieu durchweg erfolgreichen und moralisch durchgesetzten Gleichstellungsansprüchen von Frauen, sexuellen Minderheiten, alternativen Lebensformen, mit einer Umakzentuierung der ganzen 68er Bewegung) in diese Richtung versucht. Und zum anderen diejenigen Linken, die den 68ern gerade das zum Vorwurf machen: Ihre (angeblich) vorrangige Beschäftigung mit Kultur-, Minderheits- und Identitätsproblematiken, ihren raschen Abschied vom Klassenkampf und von der sozialen Spaltung (Didier Eribon, Luc Boltanski). All das habe dazu geführt, dass der rebellisch strömende Impuls von 1968 letztlich auf den Mühlen des modernen Konsumkapitalismus, des „progressiven Neoliberalismus“ (Nancy Fraser) und der hedonistischen Massendemokratie gelandet sei.

Hierzulande war es der konservative politische Philosoph Kondylis (1991, 2001), der diese Lesart zuerst verbreitet hat. Mit Steinfeld (2007) taucht sie dann auch in den liberalen Medien auf. Und seit Eribons *Rückkehr nach Reims* hat sie (endlich!) die innerlinke Diskussion erreicht. Im Augenblick hat dieser „Kampf zweier Linien“ (um eine alte maoistische Formel neu zu beleben) in der Linken ein beträchtliches Spaltpotential. Was aber nicht recht verständlich ist: Wer Anspruch auf Meinungsführerschaft erhebt, der sollte in der Lage sein, emanzipatorische Minderhei-

tenrechte und soziale Gruppen- und Klasseninteressen gemeinsam zu vertreten.

Im Wirtschaftsteil der liberalen Zeitungen finden wir 2018 ein mildes einerseits – andererseits. Piper (2018) würdigt den Beitrag „der Wohlstandskinder“ von 1968, sie hätten Deutschland offener und westlicher gemacht, aber eben auch einen „problematischen Antikapitalismus“ etabliert, eine (hier muss ich zitieren) „linke Sehnsucht nach umfassender Versorgung“ – was man angesichts des allseitigen Aktivismus der 68er nur als ziemlich postfaktisch-groben Unfug bezeichnen kann. Die 68er-Feindschaft gegenüber dem autoritären Staat haben die neoliberalen Propagandisten gerne für sich umdefiniert: nur eben so, dass es der Sozialstaat und der wirtschaftlich gestaltende Staat ist, den sie als autoritär kodieren. Also genau der Staat, den die 68er wollten.

Extrem witzig ist im Vergleich dazu die Medienstrategie von *FOCUS* (Fuhrer 2018), und die geht ungefähr so: Die 68er haben alles, was ihnen zugerechnet wird, von anderen abgekupfert: die Anti-Nazi-Masche, die Popmusik, die Emanzipation der Frau etc. Für alles gibt es Vorläufer (das muss man erst mal bringen und erst einmal widerlegen! Als ob es nicht für alles in der Welt „Vorläufer“ gäbe!). Schon 1968 sahen die 68er so etwas von alt aus! Wenn die Meinungsführerschaft auf die AfD übergegangen sein wird, dann wissen wir jedenfalls jetzt, dass der *FOCUS* das neue Zentralorgan sein wird.

## [ 5 ] Was daraus geworden ist

Vieles von dem, was in seiner Gesamtheit 1968 ausmacht, ist (sagen wir) angekommen in der massendemokratischen Realität des neoliberalen Kapitalismus. Aus den rebellischen Sub- und Gegenkulturen sind florierende Geschäftszweige geworden, aus der Ökobewegung sind die Grünen hervorgegangen, die sich alsbald (unter tatkräftiger Mithilfe der Medien und der etablierten Parteien) in „Realos“ und „Fundamentalisten“ zerlegten. Mit Ströbeles Abgang aus dem Bundestag dürfte der letzte wirklich linke Grüne aus der Partei verschwunden sein. Schwieriger und

weniger eindeutig liegen die Dinge bei den starken Ansätzen zu einer linken und emanzipatorischen Gegenöffentlichkeit, die für das Bild der 1970er Jahre nicht weniger prägend ist als der im Zeichen der RAF- und Terrorsympathisanten-Hysterie geführte staatliche Kampf gegen jede linke Meinungsführerschaft. An den Hochschulen ist die kämpferische Gegenöffentlichkeit in den frühen 1980er Jahren versandet. Und mit ihr auch der beinahe religiöse Glaube an die Macht des richtigen und kritischen Bewusstseins und der (alternativen) Theorie.

Was sich im Gegenzug etabliert in den 80er Jahren, das sind zahlreiche Bürgerinitiativen und Bewegungen mit konkreten politischen Anliegen (und dementsprechend reduziertem Theoriebedarf), am stärksten unter ihnen sicher die (in der gesamten Bevölkerung verankerte) Friedensbewegung, die die größten Demonstrationen in der Geschichte der BRD auf die Straße gebracht hat.

Die ganz normale Massendemokratie, die die 68er in Deutschland herzustellen halfen, ist just die gesellschaftlich-politische Ordnung, die für deren werthafte programmatische Überschüsse keine Verwendung mehr hat. Die ständigen Querelen um „Amerikanismus“ und/oder „Antiamerikanismus“ der 68er verkennen darum, dass es in der Hauptsache die ganz normale massendemokratische Kultur war, der man zum Durchbruch verhalf (und die naturgemäß von da, wo sie noch nicht durchgesetzt war, „amerikanisch“ aussah).

Intellektuelle weigern sich häufig einzusehen, „dass Ideen und Werte überhaupt in größerem Umfang nur wirken, indem sie eben ‚verdreh‘ und ‚verfälscht‘, indem sie also durch interessierte Interpreten verarbeitet werden“ (Kondylis 2001: 32). Das ist als Erkenntnis doch einigermaßen marxistisch, dass sich die Idee blamiert, wenn sie sich nicht dem Interesse verbinden lässt. Nun sind aber Marxismus und Sozialismus (neben vielem anderen) auch bildungsprogrammatische Projekte gewesen, deren Konjunktur und Wirksamkeit mit der allgemein-gesellschaftlichen Vorbildlichkeit von Bildungs- und Aufstiegs- und Aufklärungsideologien zusammenhängt. Kein Wunder, war doch der Dreischritt von Bildung, Aufklärung und sozialem Aufstieg die

prägende Erfahrung für die 68er Generation. Und diese Erfahrung wird Modell für die 68er (ein Modell, das sich später, in der Rede von den „bildungsfernen Schichten“, gegen die Erben von 68 wenden lässt).

In echten und „normalen“ Massendemokratien etabliert sich aber ein Typus von kulturellem Pluralismus, der die Privilegierung einer bildungsbürgerlichen Kultur beseitigt. Und so gesehen wäre der Hegemonieverlust der 68er nicht so sehr ein Zeichen für das „Ende des Proletariats“ als vielmehr für das „Ende des Bildungsbürgertums“ als kulturell vorbildlicher sozialer Formation. Es ist wohlgermerkt ein Weg, der endet, nicht nur eine „Bewegung“.

Natürlich bedeutet der kulturelle Pluralismus der Massendemokratie nicht, dass es keine herrschende Ideologie mehr gäbe. Zum einen rücken „Pluralismus“ und „Toleranz“ selbst in die Funktion einer individualistischen Leitwertlehre ein. Heute wird allenthalben das Hochamt von „Diversität“ und „Vielfalt“ gefeiert. Und das gilt ebenfalls für die emanzipatorisch-autonom-kreativen Tugenden der 68er, die auf den neuen Märkten gewissermaßen Pflicht geworden sind.

Der kulturelle Pluralismus der Massendemokratie bedeutet auch nicht, dass es für distinktives Bildungswissen künftig keine Nischen und Subkulturen mehr gäbe. Im Gegenteil. Der symbolische Distinktionswert von Bildungswissen dürfte schon bald wieder steigen. Die Pointe ist eine ganz andere:

Der neue hegemoniale Zusammenhang zeigt sich eben darin, dass Bildungswissen künftig eben nicht mehr sein wird als eine Subkultur, während es bis zur 68er-Epoche eben auch ein Bestandteil der hegemonialen Kultur war. Ergo mit Bereitschaft und Möglichkeit, vorbildlich, modellbildend zu wirken. Politikfähige Motive, die sich aus der Bildungskultur in die Breite der Gesellschaft hineinbewegen, werden ersetzt durch die Motive der Gegenbewegung. Vom Fußballplatz und aus dem Fitnessstudio in die Bildungsschichten bewegt sich jetzt der kulturelle drift. Strukturell ausgebremst ist die Kopplung von Bildungswissen, politischer Irritations- und Kampfbereitschaft und sozialem Aufstieg.

1968 war die Endmoräne der bildungsbürgerlichen Hegemonie in dem Sinne, dass letztmalig (das natürlich vorläufig aus der analytischen Sicht von 2018) kritisch-reflexive Bildungsgedanken den Weg genommen haben, den die Traditionen der Aufklärung und des Marxismus vorgezeichnet haben: aus der elitären Selbstreflexion der Gesellschaft in deren sozial-programmatische Praxis. Der soziologische Befund für 1968 lautet in ungehöriger Vereinfachung: Es gab eine schmale, radikale Intelligenz mit großer Ausstrahlung, aber ohne einen eigenen angestammten Ort in der sozialen Hierarchie. Man zählte sich definitiv nicht zur „alten“ Elite, und eine neue war nicht in Sicht.

Es ist keine historische Seltenheit, dass Schichten, die eine fällige Umwälzung am nachdrücklichsten vorantreiben, dieser Umwälzung als erste zum Opfer fallen. Die Bedeutung bürgerlicher Bildungseliten beruhte ja nicht auf deren Wissen selbst. Die Kenntnis von Latein, Hölderlin und Hegel prädestiniert nicht per se zu Leitungsaufgaben in einer kapitalistischen Gesellschaft. Vielmehr ist es die Engführung zwischen der hegemonialen *Vorbildlichkeit* dieses Wissens (seinem Modellcharakter) und dem mit seiner Hilfe programmierten *Aufstieg* in administrative und sonstige Leitungsfunktionen. Diesen Nexus haben die 68er letztmals genutzt *und* zugleich zerschlagen geholfen. Kondylis (2001: 214) hat das schön formuliert: Die „vereinten Kräfte der Kulturrevolution und der Wirtschaft“ hätten sich bei aller Gegnerschaft in der Losung treffen können, Bildung sei in den Dienst der „Praxis“ und der „Gesellschaft“ zu stellen. Wessen Vorstellungen von „Praxis“ und „Gesellschaft“ am Ende siegreich sein würden, das sei ohne viel Phantasie vorhersehbar gewesen: die der kapitalistischen Märkte.

Kraft *dieses* Strukturwandels sind die Bildungseliten in der Massendemokratie nicht mehr der Ausgangspunkt hegemonialer Meinungsbildung. Sie sind, wenn sie nicht pure Spezialisten bleiben, günstigenfalls Stichwortgeber einer professionalisierten Medienszene, die ihr Fundament <anderswo> hat (dahinter lauert natürlich ein Problem), sagen wir in einer Projektion der „Mitte“ auf das massenmedial adressierte <Wir>. Ein handgreifliches Symptom dieses Strukturwandels ist, dass die 68er längst

ihren Frieden mit Springer & *BILD*, mit dem Boulevard, gemacht haben. Nichts ist heute so fern wie die „Enteignet Springer!“ – Kampagne. Heute kann und muss man auch die Bildungseliten vom Boulevard her aufrollen, wie Bertelsmann als zeitgemäßes (und hegemonial hochgerüstetes) Pedant vormacht.

Völlig übersehen wird in der ausufernden Bewältigungsliteratur, dass die kulturrevolutionären und die marxistisch-linksradikalen Züge von 68 schon früh damit begonnen haben, sich tendenziell wechselseitig auszuschließen. Während noch um 1970 herum die Zentren rebellischer Politik und die Zentren einer sozial entgrenzten Gegenkultur dieselben waren, verspießert die revolutionäre Linke ebenso zügig (in der DKP-Szene nicht weniger als in den maoistischen Sekten) wie sich die Gegenkultur entpolitisiert und kommerzialisiert. Hier genauer zu schauen, wäre durchaus interessant (hierzu wie auch zum Komplex Amerikanismus/Antiamerikanismus Tanner 1998). Mit dieser Engführung geht nämlich auch die Lust an der originellen und provokativen öffentlichen Aktion baden, die Kennzeichen der frühen 68er Jahre war.

Die weltweit durchgesetzte Globalisierungssemantik besiegelt – natürlich vorläufig – die Niederlage der Linken auf dem Feld *universalistischer* Orientierungen und Deutungsmuster. Zur Attraktivität der 68er Leitbegriffe gehört deren „globale“ Perspektive, semantisches Pendant der Tatsache, dass der „Ruck“ von 1968 zeitgleich in ganz unterschiedlichen Weltgegenden zu verspüren war. Das <Wir> von 1968 war mehr als vage, aber es war weder national noch anderweitig „partikular“. Es umfasste den Vietkong *und* die sozial Benachteiligten, die Emanzipation des Einzelnen *und* die klassenlose Gesellschaft. Mit dem Ende des Staatssozialismus werden alle Spielarten des Universalismus kapitalistisch verwaltet.

Für den Zeithistorikerblick steht 1968 für die Zusammenführung von Studentenbewegung, Ostermarschbewegung, Antinotstandsbewegung. Die prototypische Aktionsform der gezielten und phantasievollen Regelverletzung garantierte eine Zeitlang viel mediale Aufmerksamkeit, maximale Provokation der Staatsorgane, einen hohen Vorführeffekt, was deren Humorlosigkeit

betraff, und zog immer die Lacher auf die eigene Seite. Mit der Neukalibrierung des Verhältnisses von Staat, Medien, öffentlicher und veröffentlichter Meinung, mit der Professionalisierung der Meinungsproduktion war dieser Effekt nicht mehr zu erzielen.

## [ 6 ] Nachgedanken

Das latente Bezugssystem der medialen Rethematisierung von 1968 ist die Selbstdeutung der jeweiligen Gegenwart. Und die sucht in der Hauptsache eine Zurechnungsadresse. Als Ereignisbegriff ist 1968 fest etabliert, die Frage ist, was man mit diesem Ereignis verbinden möchte. Um eine Zurechnungsadresse geht es auch in Steinfelds Scheinriesendiagnose von 2007/8, die im Kern von Kondylis abgeschrieben ist. Sie besagt, dass 1968 lediglich Vollzugsbeamte des hedonistisch-massendemokratischen Zeitgeistes zu einer Party mit Selbstmissverständnissen versammelt waren. Das trivialisiert die 68er im Nachhinein durch die Erzählung, sie hätten nur all dem zum Sieg verholfen, was ohnehin nicht aufzuhalten und längst auf dem Weg war. Auf dem Weg nämlich zu einer ganz normalen westlichen Massendemokratie. Zur Seite steht dieser Trivialisierungsgeschichte eine Polarisierungsgeschichte, die ungefähr so geht:

Die einen sagen: Alles, was heute schlecht ist, hat 1968 seinen Anfang: Terror, Ruin der Familie, kryptosozialistische Versorgungsmentalität, blindes Staatsvertrauen. Die anderen: Alles, was heute gut, modern und „demokratisch“ ist, hat seinen Anfang 1968, wieder andere tauchen 1968 zur Gänze in ein kaltes Bader-Meinhof-Bad (Motto: „Die Freiheit war stärker“, und sie wird es auch künftig sein, wenn Ihr bereitwillig auf alle Bürgerrechte verzichtet). Das ist relativ abgeschmackt, hat aber für den Diskursbeobachter (und in dieser Rolle trete ich auf) einen harten Kern. Es zeigt nämlich an, dass es gelungen ist, die Widersprüche von 1968 medial in Fragmente zu zerlegen, für die jeweils eine ganz und gar eindeutige, eine ambivalenzfreie „Bewertung“, eine wasserdichte Konsensfiktion möglich ist. Genau

das zeigt den vollständigen Sieg des massendemokratischen Typs professioneller öffentlicher Meinungsproduktion über eine immer widersprüchliche Aufklärung.

Der Typus des aufklärerischen Bildungswissens, der den 68ern als Treibstoff und als Aufstiegsmodell diente, ist heute keineswegs verschwunden. Er führt aber bei seinen Trägern eher zur Selbstmarginalisierung in einer exklusiven intellektuellen Subkultur, deren Debatten die Öffentlichkeit weder erreichen noch gar beeinflussen.

Für einen Sprachwissenschaftler wäre es naheliegend, die Receptions­geschichte von 1968 entlang der Programm- und Fahnenwörter der Bewegung zu schreiben. Dafür fehlt mehr als nur der Raum. Aber das Bild würde wohl ungefähr so aussehen:

Die Leitbegriffe von 1968ff zerfallen im Rückblick von 2018 in zwei Hauptgruppen, in enteignete einerseits und umgedrehte andererseits, die wir im schönen neuen und herrschenden Gebrauch selbst nicht wiedererkennen: *Autonomie, Selbstverantwortung, Relevanz, Praxis, Aktivierung, Kreativität, Nachhaltigkeit, Flexibilität, Toleranz, Vielfalt, Reform...* Von Programmwörtern der Emanzipation sind sie zu Markt- und Wirtschaftstugenden der atomisierten Selbstunternehmer mutiert, teils auch zu seltsam verdrehten Programmwörtern des neoliberalen Staates geworden.

Und enteignete und entwertete, die wir selbst nicht mehr so gerne verwenden, weil ihnen jeder programmatische Rückhalt in der medienöffentlichen Kommunikation abhandengekommen ist: *Kommunismus, Sozialismus, Proletariat, Arbeiterklasse, Verstaatlichung, Revolution, Enteignung, Monopole...*

*Verstaatlicht* ist zwischenzeitlich die Profitgarantie für die großen privatkapitalistischen Akteure, die gerettet werden müssen (*too big to fail* etc.), *enteignet* werden die kleinen Sparer, die doch gefälligst riskante Aktien kaufen sollen, anstatt sich auf ihren garantierten Sparbuchzinsen auszuruhen, die ja ohnehin zwischenzeitlich „Negativzinsen“ sind, und die *Revolutionen* werden natürlich von den Finanzmärkten selbst gemacht.

## Literatur

- Adamczak, Bini (2017): *Beziehungsweise Revolution. 1917, 1968 und kommende*. Berlin: Suhrkamp.
- Arendt, Hannah (1970): *Macht und Gewalt. Zwei Essays*. München: Piper.
- Bollenbeck, Georg (2008): „Lehrstück mit viel Publikum“. In: *Freitag* 24 vom 13. Juni 2008.
- Bude, Heinz (2017): *Adorno für Ruinenkinder. Eine Geschichte von 1968*. München: Hanser.
- Bröckling, Ulrich (2007): *Das unternehmerische Selbst. Soziologie einer Subjektivierungsform*. Frankfurt/M.: Suhrkamp.
- Bröckling, Ulrich et al., eds. (2004): *Glossar der Gegenwart*. Frankfurt/M.: Suhrkamp.
- Erdl, Marc Fabian (2004): *Die Legende von der politischen Korrektheit. Zur Erfolgsgeschichte eines importierten Mythos*. Bielefeld: transcript.
- Fuhrer, Armin (2018): „50 Jahre 1968: So kupfernten die Möchtegern-Revolutioner bei anderen ab“. In: *FOCUS-online* vom 1. April 2018.
- Gilcher-Holtey, Ingrid, ed. (1998): *1968 – Vom Ereignis zum Gegenstand der Geschichtswissenschaft*. Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht.
- Heinzen, Georg & Koch, Uwe (1985): *Von der Nutzlosigkeit erwachsen zu werden*. Reinbek: Rowohlt.
- Hodenberg, Christina von (2018): *Das andere Achtundsechzig*. München: Beck.
- Houellebecq, Michel (1999): *Elementarteilchen*. Köln: Dumont (zuerst franz. 1998).
- Kondylis, Panajotis (1991): *Der Niedergang der bürgerlichen Denk- und Lebensform*. Weinheim: VCH.
- Kondylis, Panajotis (2001): *Das Politische im 20. Jahrhundert. Von den Utopien zur Globalisierung*. Heidelberg: Manutius.
- Kraushaar, Wolfgang (2018): „Umso schlimmer für die Tatsachen“. In: *Süddeutsche Zeitung* vom 25. April 2018).
- Kraushaar, Wolfgang (2018a): *1968* (Reclam Reihe 100 Seiten). Stuttgart: Reclam.
- Kraushaar, Wolfgang (2018b): *Die blinden Flecken der 68er Bewegung*. Stuttgart: Klett-Cotta.
- Kraushaar, Wolfgang (2018c): *Die 1968er Bewegung international*. 3 Bde. Stuttgart: Klett-Cotta.

- Krippendorf, Ekkehart (2008): „1968 – Moral und Engagement“. In: *Blätter für deutsche und internationale Politik*, Heft 7/2008. S. 95-100.
- Lauer mann, Manfred (2008): „Theorie als Realität“. In: *Blätter für deutsche und internationale Politik*, Heft 7/2008. S. 101-112.
- Leggewie, Claus (2018): „Kein Sozialismus ist auch keine Lösung“. In: *Blätter für deutsche und internationale Politik*, Heft 4/2018. S. 110-118.
- Lucke, Albrecht von (2007): „40 Jahre 2. Juni – Die Geburt der 68er Generation aus der Gewaltdebatte“. *Blätter für deutsche und internationale Politik* 6/2007. 727-741.
- Piper, Nikolaus (2018): „Wie die Wohlstandskinder 1968 die Wirtschaft veränderten“. In: *Süddeutsche Zeitung* vom 18. Februar 2018.
- Steinfeld, Thomas (2007): „Der Scheinriese. Mythos 1968: Es wäre Zeit, ihn zu beerdigen. Stattdessen wird er immer größer“. *Süddeutsche Zeitung* vom 27./28. Oktober 2007.
- Tanner, Jakob (1998): „The Times They Are A-Changing“ – Zur subkulturellen Dynamik der 68er Bewegungen. In: Gilcher-Holtey (1998: 207-223)





Der Band enthält Essays und Vorträge, die sich, teils publizistisch, teils kritisch-linguistisch mit Themen und Motiven der medialen Macht- und Meinungskommunikation auseinandersetzen. Leitbegriffe und Fahnenwörter mit steilen Verwendungskarrieren in den letzten Jahren („Inklusion“, „Diversität/Vielfalt“, „Verschwörungstheorie“) werden unter die Lupe genommen, ebenso auch Ausdrücke, die durch ihre Allgegenwart im öffentlichen Reden längst unauffällig geworden sind (wie das heimliche Fahnenwort „sozial“). Was dabei in Umrissen sichtbar wird, ist ein Bündel sprachlicher Machtpraktiken, die dadurch allgemeine Zustimmung zu erzwingen suchen, dass sie Dissidenz moralisch diskreditieren. Kompakte Machtakteure betreten die öffentliche Bühne moralisch gewandert (zur Sache geht es dann hinter verschlossenen Türen!). Das Publikum sieht die Moralfassade und nickt. Wer möchte schließlich nicht zur Gemeinschaft der Guten gezählt werden?

CLEMENS KNOBLOCH, Jahrgang 1951, ist Sprach- und Kommunikationswissenschaftler. Von 1991 bis 2016 lehrte er Germanistische Sprachwissenschaft an der Universität Siegen. Veröffentlichungen zu den Themenfeldern: Öffentliche und politische Kommunikation, Deutsche Grammatik, Geschichte der Sprachwissenschaft, Sprachpsychologie und Spracherwerb.